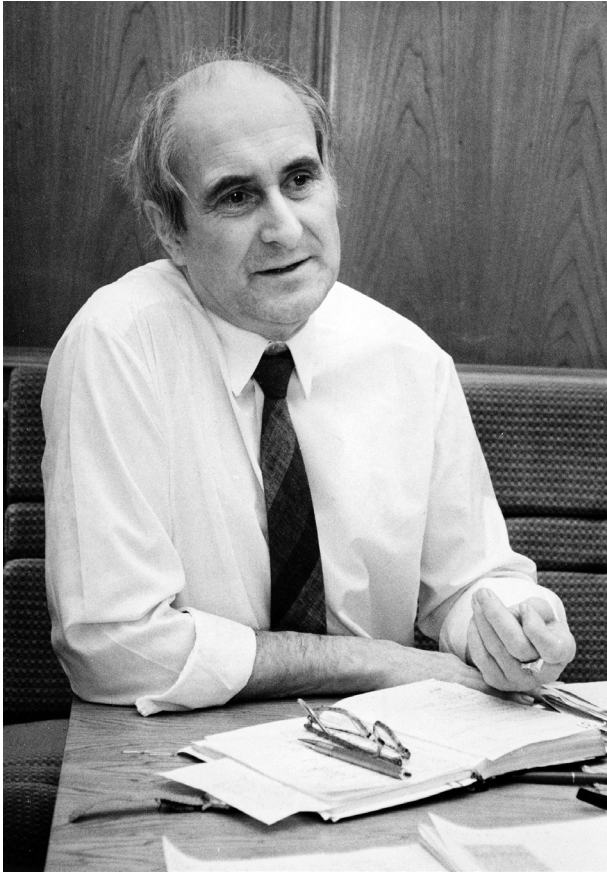


Wolfram Adolphi (Hrsg.)

**HEINRICH FINK.
FRIEDEN ALS
LEBENSGRUNDSATZ**

29

Heinrich Fink. Frieden als Lebensgrundsatz



Heinrich Fink im Jahr 1991

Wolfram Adolphi (Hrsg.)

**HEINRICH FINK.
FRIEDEN ALS LEBENSGRUNDSATZ**

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein, Henning Heine
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: März 2021
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Fotos: Waltraud Harre
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Für die Texte auf den Seiten 83–87, 87–91 und 91–102:

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.

Für die Texte auf den Seiten 103–104 und 105–110:

© Alle Rechte vorbehalten. Karl Dietz Verlag, Berlin.

Für die Texte auf den Seiten 110–114, 114–124 und 124–134:

© Alle Rechte vorbehalten. NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Berlin.

Für die Texte auf den Seiten 135–136, 136–138 und 138–141:

© Alle Rechte vorbehalten. Verlag 8. Mai GmbH, Berlin.

Trotz sorgfältiger Prüfung und Recherche konnten nicht alle Rechteinhaber*innen ermittelt oder erreicht werden. Berechtigte Ansprüche bitten wir an die oben genannte Adresse zu richten.

INHALT

Wolfram Adolphi Heinrich Fink. Frieden als Lebensgrundsatz	9
Teil 1 Reden im Deutschen Bundestag	39
Aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zu dem am 11. Februar 1999 veröffentlichten Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen zur Verletzung des internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durch die Bundesrepublik Deutschland (4. März 1999)	39
Zum Konzept des Bundes zur Förderung von Gedenkstätten, zur Erhaltung der Gedenkstätten in den Konzentrationslagern in den neuen Bundesländern und zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin (22. April 1999)	42
Zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas (25. Juni 1999)	45
Zur Errichtung einer «Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas» (11. November 1999)	46
Zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses (2. Dezember 1999)	47

Zur Errichtung einer «Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas» (15. Dezember 1999)	49
Zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung (20. Januar 2000)	50
Zum Kunstprojekt «Der Bevölkerung» von Hans Haacke im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes (5. April 2000)	53
Zum Entwurf der PDS für ein Gesetz über den Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus (13. April 2000)	55
Zu den Anträgen «Versöhnung durch Ächtung von Vertreibung» und «Weiterentwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen» (9. Juni 2000)	57
Jüdisches Leben in Deutschland unterstützen – Anschläge auf Synagogen in Deutschland ächten (12. Oktober 2000)	59
Zum 4. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (1999) (18. Januar 2001)	61
Zum Jüdischen Museum, zur «Topographie des Terrors» und zum Mahnmal für die ermordeten Juden Europas (25. Januar 2001)	63
Zum Islam in Deutschland (17. Mai 2001)	64
Zur Errichtung eines Einheits- und Freiheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit (9. November 2001)	67
Zum Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2000 (24. Januar 2002)	70

Zum Jüdischen Museum, zur «Topographie des Terrors» und zum Mahnmal für die ermordeten Juden Europas (25. Januar 2002)	72
Zur Dokumentation der freigelegten russischen Graffiti-Inschriften im Reichstagsgebäude in historisch gerechtfertigtem Umfang (14. März 2002)	74
Zum Zentrum gegen Vertreibungen (16. Mai 2002)	76
Zur Gesamtkonzeption für Berliner Gedenkstätten für die Opfer der SED-Diktatur (13. Juni 2002)	77
Aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zu dem am 6. Juni 2002 vorgestellten Friedensgutachten der fünf führenden Friedensforschungsinstitute (14. Juni 2002)	78
Zum Antrag «Antisemitismus ächten – Zusammenhalt in Deutschland stärken» (27. Juni 2002)	81
Teil 2	
Reden, Aufsätze und Gespräche 1968 bis 2016	83
Vorwort zu: Stärker als die Angst. Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden (1968)	83
Wir Geretteten, wir drücken eure Hand (1968)	87
Vorwort zu: Dietrich Bonhoeffer – Gefährdetes Erbe in bedrohter Welt. Beiträge zur Auseinandersetzung um sein Werk (1986)	91
Ansprache zur Wiedereröffnung des Friedhofes Adass Jisroel in Berlin (26. Juni 1986)	103

Der unwegsame Weg der Wahrheit. Rede zur Übernahme des Rektorates der Humboldt-Universität zu Berlin (3. Mai 1990)	105
Begrüßungsrede beim Akademischen Festakt der Humboldt-Universität zu Berlin in der Komischen Oper Berlin (25. November 1991)	110
«Heimkehr ins Paradies». Diskussion mit Reinhold Andert und Cuno Füssel im «Kulturforum der PDS» (8. Dezember 1996)	114
Heinrich Vogeler und die Utopie vom neuen Menschen. Gespräch mit Jan Vogeler in der Inselgalerie in Berlin (4. Dezember 2003)	124
Kraft zu kämpfen. Rede auf der XII. Rosa-Luxemburg-Konferenz (2007)	135
«Es darf kein Recht auf Volksverhetzung geben». Gespräch mit Markus Bernhardt für die Tageszeitung junge Welt (6. Januar 2014)	136
«Ihr müsst die Kirchen dabeihaben!» Gespräch über Peter Gingold mit Mathias Meyers für die Tageszeitung junge Welt (8. März 2016)	138
Ausgewählte Literatur	143

Wolfram Adolphi

HEINRICH FINK. FRIEDEN ALS LEBENSGRUNDSATZ

1

Am 9. November 2001 – dem 12. Jahrestag der Öffnung der Berliner Mauer 1989, der zugleich der 63. Jahrestag der faschistischen Reichspogromnacht 1938 und der 83. Jahrestag des Beginns der Novemberrevolution 1918 war – fand im Deutschen Bundestag eine Debatte zu jenem Freiheits- und Einheitsdenkmal auf der Berliner Schlossfreiheit statt, dessen Errichtung wir jetzt, zwei Jahrzehnte später – in den Jahren 2020/21 – tatsächlich erleben. Realisiert wird der 2011 als Sieger aus einem Wettbewerb hervorgegangene Entwurf «Bürger in Bewegung» des Stuttgarter Büros Milla und Partner, der in einer großen begehbaren Schale besteht, die sich unter dem Gewicht der auf ihr Spazierenden langsam in verschiedene Richtungen neigt.

Heinrich Fink (*31.3.1935, †1.7.2020) kann nicht mehr Zeuge dieser Denkmalserrichtung sein; sehr wohl aber war er Zeuge und Teilnehmer jener Bundestagsdebatte im Jahre 2001, und dabei ist ihm etwas widerfahren, das symbolkräftig ist und deshalb an den Anfang dieser Reden- und Textsammlung gestellt werden soll.

Er – Heinrich Fink, der Theologieprofessor im Ruhestand, der 1998 als Parteiloser für die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in den Bundestag eingezogen und von seiner Fraktion mit der Wahrnehmung der Funktion des kultur- und medienpolitischen Sprechers betraut worden war – hatte zum Ende seiner Rede den Gedanken des zur Debatte stehenden Antrages noch einmal aufgegriffen, wonach «die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 im Gegensatz zu Bismarcks Einigungswerk von oben dem unbeeirrten Engagement unzähliger Basisgruppen von unten zu verdanken» sei, und darauf seine Überzeugung gegründet, «dass die Basis, also die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern, über ihr Denkmal mitentscheiden sollten und nicht nur wir als Mandatsträger im Bundestag unmittelbar darüber bestimmen». Dann – nachdem er eine Verbindung hergestellt hatte zum gerade erst beschlossenen Bau eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas und zum fortgesetzten Fehlen

von Denkmälern für die «im Namen Großdeutschlands» vernichteten Sinti und Roma, für die Euthanasieopfer und für die Lesben und Schwulen – war er fortgefahren mit der Forderung, dass «wir [...] es uns mit der Entscheidung für ein Einheitsdenkmal schon schwer machen [sollten]». Und weiter: «Vielleicht sollten wir es überhaupt der nachfolgenden Generation überlassen, ob sie uns ein Denkmal setzen will.» Da war der CDU-Abgeordnete Eckart von Klæden mit dem Ruf dazwischengefahren: «Ihnen soll ja auch keines gesetzt werden!», und Fink hatte geantwortet: «Warten Sie nur.»¹

So also war das. Am Rednerpult stehend hatte das Wort: ein 66 Jahre zählender aktiver Gestalter der Umbrüche des Herbstes 1989 und des sich anschließenden, am 3. Oktober 1990 sein Ende findenden 41. Jahres der DDR. Ein Repräsentant der friedlichen Revolution, der sich in seiner Rede mit Fug und Recht in das «uns» einschloss, dem das Denkmal gewidmet werden sollte, denn: Er hatte nicht nur im Herbst zu den Aufstehenden gehört, sondern in diesem 41. Jahr auch als am 3. April 1990 frei gewählter Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin Verantwortung übernommen für deren Erneuerung «aus eigener Kraft und mit den vorhandenen Menschen»² – eine Anstrengung, der eineinhalb Jahre später, am 28. November 1991, durch den aus Baden-Württemberg nach Berlin geholten Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU) mit einer auf den nie bewiesenen Vorwurf, Fink sei inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen, gegründeten fristlosen Entlassung ein abruptes Ende bereitet worden war.

Per Zwischenruf glänzte: ein 35-jähriger westdeutscher Rechtsanwalt aus Niedersachsen, der es da schon zum Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion gebracht hatte und seinen Bezug zur Revolution in der DDR 30 Jahre nach den Ereignissen – da ist er schon lange Jahre Leiter des Bereiches Außenbeziehungen der Daimler AG – so beschreibt: Im Dezember 1989 sei er als Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union gemeinsam mit dem damaligen Bundesvorsitzenden Hermann Gröhe «nach Ost-Berlin und in die DDR gefahren» und habe dort «unter anderem den Zentralrat der FDJ, also der Freien Deutschen Jugend, aber auch Oppositionsgruppen getroffen». Die Volkskammerwahl am 18. März 1990 betreffend sei er davon überzeugt, dass Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinen zahlreichen Wahlkampfauftritten in der DDR «wesentlich dazu beigetragen» habe, dass «die Allianz für Deutschland» sie «mit großem Abstand für sich entscheiden konnte».³ Von einem besonderen Interesse des seinerzeitigen Göttinger Jurastudenten von Klæden an der Studentinnen- und Studentenbewegung an der Humboldt-Universität ist da

1 Zur Rede im Wortlaut siehe unten, S. 67–70.

2 Fink, Heinrich: Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde. Erinnerungen des ersten frei gewählten Rektors. Mit einem Geleitwort von Daniela Dahn und mit Nachbemerkenungen des damaligen Kanzlers der Universität Karl Schwarz, Hannover 2013, S. 16.

3 Ost, West, Gesamtdeutsch – Eckart von Klæden im Interview (ohne Datum), unter: www.daimler.com/karriere/ueber-uns/mauerfall/ost-west-gesamtdeutsch.html.

nichts zu lesen, und auch ist nicht zu erkennen, dass er dem Beschluss des Zentralen Runden Tisches der DDR vom 5. Februar 1990 irgendeine Bedeutung beigemessen hätte, wonach die dort vertretenen «Parteien und Gruppierungen» erklärt hatten, «im Sinne der Chancengleichheit und eines fairen Wahlkampfes bis zum 18. März 1990 auf Gastredner aus der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin zu verzichten».⁴ Es konnte dieser Beschluss – so hatte wenige Tage später, am 9. Februar, in der Wochenzeitung *Die Zeit* Joachim Nawrocki in Anbetracht der Entschlossenheit und Geschwindigkeit, mit der die in Westdeutschland herrschende Politik und Wirtschaft das Geschehen in der DDR an sich riss, festgestellt – «nicht bindend» sein, «da sich SPD, CDU, DA⁵ und LDPD nicht daran halten» würden. Aber allemal – so meinte Nawrocki – sei er doch «Mahnung», «es mit dem Überstülpen des westdeutschen Parteienschemas auf die DDR, mit der Umfunktionierung der DDR-Wahlen zu einer Art Vorwahlkampf und Test für die Bundestagswahlen nicht allzu bunt zu treiben.»⁶

Aber sie hatten es «allzu bunt» getrieben, bei diesen Wahlen und danach,⁷ und auch und in ganz besonderer Weise mit Heinrich Fink, und ganz in dieser Tradition hatte Eckard von Klaeden postuliert, dass ihm, dem DDR-Revolutionär und Rektor, kein Denkmal gesetzt werden solle – und Fink hatte «Warten Sie nur» geantwortet. Wir nehmen hier dieses «Warten Sie nur» als Aufforderung und stellen Reden und Texte von Heinrich Fink zum wichtigsten Thema seines Lebens – dem Frieden – zusammen.

4 Hier zitiert nach: Hahn, André: Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht – Politische Kultur im letzten Jahr der DDR. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi, Berlin 1998, S. 152.

5 DA ist die Abkürzung für Demokratischer Aufbruch, eine der im Herbst 1989 gegründeten neuen Parteien, die sich im Februar 1990 mit der Deutschen Sozialen Union (DSU) und der CDU aus der DDR im Wahlbündnis «Allianz für Deutschland» zusammenschloss.

6 Zitiert nach: Hahn: Der Runde Tisch, S. 153. – Unter der Überschrift «Betäubt vom Tempo der Profis» hatte Nawrocki des Weiteren geschrieben, dass es im Wahlkampf nicht mehr die SED-Nachfolger, sondern vielmehr «die großen Bonner Parteien» seien, «die den kleineren Gruppen Sorgen machen. Gegen Willy Brandt, wenn er für die SPD spricht, gegen Helmut Kohl, der sechs große Wahlkampfauftritte in der DDR plant, gegen Hans-Dietrich Genscher können Oppositionsgruppen wie das NEUE FORUM oder Demokratie Jetzt wenig aufbieten.»

7 Im Jahre 2020 – 30 Jahre nach den Ereignissen – zieht Daniela Dahn auf der Basis umfassender Presserecherchen Bilanz der westdeutschen Einmischung und Dominanz mit von den westdeutschen Medien selbst benutzten Beschreibungen: «Massiver Wahlkampf auf fremdem Territorium, falsche Versprechungen, Desinformationen, Regierungsanarchie, Sportpalaststil, Angstkampagnen, wirtschaftliche Erpressung, Diktat, Kapitulationsforderung, Dreistigkeit, Instrumentalisierung von Übersiedlern [gemeint sind die aus der DDR in die BRD Übersiedelten; W.A.], Zermürbungsstrategie, schussreif machen, Annexion, geistige Besetzung, Herbeireden einer ausgewogenen Situation, Erzeugung von Panik und Hysterie.» Diese «in allen Medien beschriebene Stimmung», so Dahn, «war das Gegenteil von einer rationalen, von Sachkenntnis getragenen Wahl». Und sie hat Zahlen parat: 94 Wahlkampfveranstaltungen von CDU/CSU in der DDR, 60 von der SPD, 48 von der FDP und 3 von den Grünen. Über parteinahe Stiftungen flossen 4,5 Millionen DM an die Ostpartner der CDU/CSU, 1,5 Millionen an die Partner der FDP und 1,5 Millionen an die Ost-SPD. Hingegen: «Bündnis 90, die friedlichen Revolutionäre aus dem Osten, auf die angeblich alle so stolz waren, bekamen null Komma null Unterstützung aus dem Westen». Auch die PDS konnte «unter Dauerbeschuss» und «ohne Erfahrung mit westlichen Wahlkämpfen» ihren Wahlkampf «nur mit Ostgeld» führen. (Dahn, Daniela: Volkslektüre. Eine Presseschau, in: Dahn, Daniela/Mausfeld, Rainer: Tamtam und Tabu. Die Einheit: Drei Jahrzehnte der Bewährung, Frankfurt a. M. 2020, S. 13–88, hier S. 83 f.)

Der Theologe und Hochschullehrer Heinrich Fink, von 1980 bis 1989 Direktor der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin, war in der DDR kein Mann einer größeren Öffentlichkeit. Das änderte sich im Herbst 1989. Da fand sein Wirken erst große Ost-, dann Gesamtberliner und schließlich – als die Angriffe, die am 28. November 1991 in seinem Rauswurf aus der Universität gipfelten, schärfer wurden und das Politische im Vorgehen gegen ihn immer deutlicher zutage trat – auch gesamtdeutsche und internationale Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang sind einige Bücher über ihn und mit ihm erschienen, die zu bedeutsamen Dokumenten geworden sind:⁸ Dokumenten des Versuches der «Erneuerung aus eigener Kraft», der getragen war von – um es mit Daniela Dahn zu sagen – der «Illusion», es «würde die Zeit bleiben, aufarbeitend Neues zu schaffen und damit sogar den Westen anzustecken»,⁹ und Dokumenten zugleich der resolut siegreichen, jedes «Anstecken» verhindernden Gegenströmung. Mit der am 3. Oktober 1990 vollzogenen «überstürzten Rechtsangleichung» sei – so Daniela Dahn weiter – «der Demokratisierungsschub [...] blockiert und ins Gegenteil verkehrt» worden. «Obwohl es dem Willen vieler Menschen in Ost und West widersprach, wurde keine einzige der verkrusteten westlichen Strukturen aufgebrochen und Ostdeutschland zum Ableger des angeblich siegreichen Modells geklont.»¹⁰

Die umfänglichste Dokumentation der Geschehnisse um die Entlassung und Amtenhebung Heinrich Finks hat schon im Januar 1992 – also noch mittendrin in den Auseinandersetzungen – mit einem Sonderheft unter dem Titel «Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin» das dreiköpfige Redaktionskollektiv der Monatszeitschrift *UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen* – Helmut Steiner, Marion Kunze und Jörn Schütrumpf – vorgelegt. Das war kein Zufall. Auch die *UTOPIE kreativ* war ein Kind des 41. Jahres der DDR und der Idee der «Erneuerung aus eigener Kraft».¹¹

8 Gemeint sind in der Reihenfolge ihres Erscheinens: Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation der Zeitschrift *UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen*, Berlin, Januar 1992; Karau, Gisela: Die «Affäre» Heinrich Fink, Berlin 1992; Maleck, Bernhard: Heinrich Fink: «Sich der Verantwortung stellen», Berlin 1992. – 2013 erschienen die hier schon zitierten Erinnerungen von Heinrich Fink unter dem Titel «Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde».

9 Dahn, Daniela: Demokratisierungsdruck aus dem Osten. Geleitwort in: Fink: *Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde*, S. 7–12, hier S. 7 f.

10 Ebd., S. 8 f.

11 Die erste Nummer der Zeitschrift war – noch unter dem ihr dann in einem juristischen Namensstreit entzogenen Namen *UTOPIE konkret* – im September 1990 erschienen. Bis zu ihrer Einstellung im Dezember 2008 war *UTOPIE kreativ* ein wichtiger Ort der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung im Allgemeinen und der Sowjetunion und der DDR im Besonderen, gab sie älteren Gesellschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern Raum für ihr Ringen um ein erneuertes Verständnis von Geschichte und Gegenwart und jüngerer für ein erstes gedrucktes Eingreifen in diese Debatten, führte sie Autorinnen und Autoren vorwiegend sozialistischen Selbstverständnisses aus Ost und West zusammen. «Ohne Utopien kein demokratisches Gesellschaftsverständnis!», hatte Chefredakteur Steiner im Editorial der Nr. 1 programmatisch erklärt und die Frage gestellt, ob mit dem Scheitern der «ersten historischen Variante» des

Im Editorial des Sonderheftes hieß es, dass sich «im ‹Fall Fink›» viele Probleme der Herstellung der deutschen Einheit «bündeln und überlagern»: «DDR-Geschichte und Staatssicherheit, Selbstbesinnung, Selbstkritik und Selbstachtung von ‹gelernten DDR-Bürgern›, Wissenschaft und Intellektuelle im gesellschaftlichen Transformationsprozess, Identitäten und Eingriffe ‹von außen›, Solidarität und Widerstandskultur gegen Diffamierung und erneute Ausgrenzungsmechanismen, die Aufmerksamkeit des Auslands». Insofern sei «der Fall Fink kein Fall Fink, sondern Indiz für die politische Kultur und das intellektuelle Klima im vereinigten Deutschland». Zur Arbeitsweise bei der Zusammenstellung der Dokumentation wurde angemerkt, dass «die bereits in früheren Heften begonnene Zusammenarbeit mit dem Studentenrat der Humboldt-Universität» fortgesetzt worden sei.¹²

Das Heft enthält neben den offiziellen Dokumenten der «Absetzung im Schnellverfahren», einer Darstellung der «Bewegung an der Humboldt-Universität» und des «Pro und Contra im Abgeordnetenhaus» auch die Wortmeldungen des Schriftstellers Christoph Hein, der Schriftstellerin Christa Wolf, des Mathematikers und Politikers Walter Romberg, des Generalsuperintendenten der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Günter Krusche, der Schriftstellerin Daniela Dahn, der Schauspielerin Käthe Reichel, des in der DDR für sein Buch «Die Alternative» ins Gefängnis gebrachten, 1979 in die BRD getriebenen Philosophen Rudolf Bahro, des Schriftstellers Stefan Heym und des Molekularbiologen und Politikers Jens Reich bei einer «Veranstaltung des Studentenrates der Universität mit Berliner Prominenten» am 28. November 1991 sowie über 60 Briefe und Stellungnahmen von Einzelpersonen und Organisationen zur Verteidigung Heinrich Finks aus aller Welt. Nur einige Organisationen seien hier stellvertretend genannt: die Konferenz Europäischer Kirchen, die Evangelische Studentengemeinde der Freien Universität Berlin, die International Association of Educators for World Peace, die Fédération Internationale Syndicale de l'Enseignement, das Europäische Bürgerforum; und einige Namen aus Wissenschaft und Politik: Dick Boer, Georges Labica, Wolf-Dieter Narr, Waltraut und Ernst Engelberg, Gregor Gysi. In der *l'Humanité* in Paris erschien am 12. Dezember 1991 eine Petition von französischen Akademikerinnen und Akademikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – unter ihnen Gilbert Badia und Lucien Sève, die Rechtsanwältin France Weyl, der Schriftsteller Gille Perrault und der Europaabgeordnete Francis Wurtz –, in der die «zuständigen deutschen Behörden» aufgefordert wurden, die Entlassungsentscheidung «auszusetzen», und «die französische Regierung und der

Sozialismus denn «auch die Ideale einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung untergegangen» seien, oder ob es «nicht gerade die – auch und nicht zuletzt – sozialistischen Forderungen nach menschlicher Freiheit, öffentlicher Diskussion, demokratischer Einflussnahme, leistungsgerechter Anerkennung, gleichgestelltem Zusammenleben und wachsender Lebensqualität» gewesen seien, die «das Scheitern dieses Gesellschaftstyps entscheidend bewirkt» hätten? (UTOPIE konkret, Heft 1, September 1990, S. 3).

12 Politische Kultur (Dokumentation), S. 5.

Präsident der Republik», «ihren Einfluss für die Rückkehr von Heinrich Fink auf seinen Posten geltend zu machen».¹³

Stefan Heym fasste die Situation am 28. November in die Worte, dass er und viele andere zunächst «froh» darüber gewesen seien, «dass die Volkskammer einen unbescholtenen Mann Gottes und der Bürgerbewegung, eben den Herrn Gauck, zum Hüter der Akten bestimmte».¹⁴ Wer aber hätte ahnen können, «dass Herr Gauck selber seine Hand dem fahrlässigen Umgang mit diesen Akten leihen würde. Denn was dem Rektor Fink geschah, ist auch anderen schon geschehen. Ja, es sieht so aus, als stünde jedesmal, wenn die in Bonn oder Westberlin bei der Abwicklung einer relativ reputierlichen Institution der früheren DDR nicht recht vorankommen, eine entsprechende Akte aus den Gauck'schen Vorräten zur Verfügung, nicht aber dann, wenn es um die Entlarvung von Leuten aus dem Geheimen Apparat geht, die sich um Wohl und Profit der neuen Herren des Landes verdient gemacht haben.»¹⁵

UTOPIE kreativ ließ auch Gegner Heinrich Finks zu Wort kommen, die auf ihre Weise die weit über die Person des Rektors hinausgehende Bedeutung der Auseinandersetzungen bestätigten. Aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurde nachgedruckt ein Artikel des Historikers Heinrich August Winkler, der nach 20 Jahren an der Universität Freiburg im Oktober 1991 an die Humboldt-Universität gekommen war. Winkler umschiffte die Frage nach dem Vorhandensein beweisfähiger Akten mit der Formel, dass, «wenn Fink als Inoffizieller Mitarbeiter eingestuft worden ist», dies «an seiner Bereitschaft zu loyaler Kooperation» gelegen habe – Kooperation «mit einem Regime, das er, vielleicht bei manchen Vorbehalten im Einzelnen, doch innerlich bejahte». Die «Christliche Friedenskonferenz, zu deren prominentesten Figuren [sic!] Fink und sein Mentor Hanfried Müller gehörten», sei eine «kommunistische Tarnorganisation» gewesen; die von Fink geleitete Sektion Theologie eine «Gleichschaltungszentrale». Als Rektor habe Fink mit der von ihm gemeinten «Erneuerung» «genau das» getan, «was die alten Kader von ihm erwarteten». Wo «die Gauck-Behörde Erkenntnisse» mitteile, witterte er «eine politisch motivierte Kampagne – eine

13 Ebd., S. 154.

14 Der 1940 geborene, in der DDR als evangelisch-lutherischer Pastor und Kirchenfunktionär tätige Joachim Gauck war am 4. Oktober 1990 zum «Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personengebundenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes», mit Inkrafttreten des am 14. November 1991 vom Bundestag verabschiedeten Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 29. Dezember 1991 zum «Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)» bestimmt worden. Er übte dieses Amt, in dem er einer Behörde mit zeitweilig einigen Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorstand («Gauck-Behörde»), bis zum Jahre 2000 aus. Ihm folgten an der Behördenspitze Marianne Birthler (2000–2011) und Roland Jahn (seit 2011). Gauck war von 2012 bis 2017 Bundespräsident.

15 Politische Kultur (Dokumentation), S. 70. – Stefan Heym, den man in der BRD vor 1989 für seine SED- und DDR-kritischen Bücher, von denen ein Teil in der DDR verboten, aber in der BRD erschienen war, weithin gefeiert hatte, wurde drei Jahre später selbst zum Ziel eines auf «die Gauck'schen Vorräte» gegründeten Angriffs. Als er 1994 auf der Liste der PDS in den Bundestag gewählt worden und abzusehen war, dass er am 10. November 1994 als Alterspräsident die mit diesem Amt verbundene Eröffnungsrede halten würde, wurden in den Medien Stasi-Vorwürfe lanciert, die sich schon bald als völlig unbegründet erwiesen, der Union jedoch als Vorwand dienten, ihm demonstrativ Ehrenbezeugung und Beifall zu versagen.

Verschwörung, die sich nicht nur gegen ihn als Person» richte, «sondern gegen «seine» Universität und ihre Studierenden, ja mehr noch: gegen die «engagierten Christen» und alle anständigen Menschen der ehemaligen DDR, die ihre Identität in das neue Deutschland hinüberretten wollen».¹⁶

Der Publizist Henryk M. Broder gab im *Spiegel* zu erkennen, wie tief ihn das, was Daniela Dahn als «Ansteckung des Westens» bezeichnete, beunruhigte. Nach einem die DDR und den deutschen Faschismus gleichsetzenden Rundumschlag der Art, dass «von der anfänglichen Bereitschaft, mit der Vergangenheit aufzuräumen, es diesmal besser zu machen als nach '45, wenig geblieben» sei – denn es werde statt aufzuräumen «gemogelt, geschummelt, laviert und herumgeeiert» –, und der ebenso herablassenden wie diffamierenden Feststellung, wonach es «ganz natürlich» sei, «dass die ehemaligen «Zonis» – nachdem sie «40 Jahre taktiert» und «sich mit kleinen Notlügen und großen Chimären das Leben zurechtgelegt» hätten – «auf diese Weise aus dem Sumpf ihrer Geschichte zu entkommen versuchten», ging er zur Attacke auf jene westdeutschen Intellektuellen über, die ihrerseits Zweifel an der Richtigkeit des Vorgehens gegen Heinrich Fink geäußert hatten. Unter ihnen habe – so Broder – Mathias Greffrath, der Chefredakteur der einstigen DDR-Zeitschrift *Wochenpost*, den Vogel abgeschossen, «als er den Streit um [...] Fink mit der «Dreyfus-Affäre» verglich: «Auch damals ging es darum, ob eine Gruppe von Staatsbürgern minderes Recht hat, erschwerten Zugang zu Staatsämtern und offiziellen Würden.» Solcherart «Statements» – so Broder weiter – seien «von anderer Qualität als die verklemmten Exkulpationsübungen der «Zonis», stellten sie doch ein Mittel dar, mit dem «die staatstragenden linksalternativen Freigeister [...] ihr Grundrecht auf Kollaboration» verteidigten. Das genau sei es, weshalb sie sich «mit einem» – gemeint ist Fink – solidarisierten, «der von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch gemacht hat». «Wir» würden uns «noch wundern» – schloss Broder –, «wie viele inoffizielle Repräsentanten die untergegangene DDR vor allem in der BRD hat».¹⁷

3

Mit dem Interesse an den politischen Vorgängen wuchs auch das Interesse an der Persönlichkeit und dem Werdegang des Heinrich Fink. Im kleinen, vom einstigen Sportjournalisten Klaus Huhn (alias Klaus Ullrich) gegründeten SPOTLESS-Verlag, dessen Programm zu wichtigen Teilen in der Dokumentation der sich überschlagenden Ereignisse der «Abwicklung» der DDR bestand, erschien im Mai 1992 das von der vor allem durch ihre Kinderbücher bekannt gewordenen Schriftstellerin Gisela Karau verfasste Büchlein «Die «Affäre» Heinrich Fink», zu dem Klaus Huhn eine auf Stunde

16 Politische Kultur (Dokumentation), S. 181f. – Der Beitrag von Winkler war am 5. Dezember 1991 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen.

17 Politische Kultur (Dokumentation), S. 185f. – Der Beitrag von Broder stammt aus dem *Spiegel*-Heft vom 16.12.1991 (S. 205–208).

und Minute genaue «Chronik des 25. November» beisteuerte – jenes Tages, an dessen Abend Wissenschaftssenator Manfred Erhardt den Rektor davon in Kenntnis setzte, dass er fristlos gekündigt würde. Fink hat Gisela Karau im Februar 1992 – zu einer Zeit also, da er noch ganz im Banne seines Rauswurfs und der folgenden Ereignisse stand – seinen Werdegang erzählt, und diese Erzählung soll hier noch einmal aufgerufen werden.

Als Sohn von Weinbauern in Bessarabien am Schwarzen Meer sei er – gab er Gisela Karau zu Protokoll – zur Welt gekommen (am 31. März 1935): als Nachfahre von Leuten, die 1847 aus purer Not aus Württemberg ausgewandert waren. «Der Älteste kriegte den Hof, für den zweiten reichte es noch zum Handwerker, und der dritte hatte eben nichts mehr» – so sei es immer gewesen in den schwäbischen Bauernfamilien, und darum hätten sich seine Urahnen ans Schwarze Meer aufgemacht und begonnen, das Land zu kultivieren. Unter ihnen, den Bessarabiendeutschen, habe nun ein neuer Spruch gegolten: «Die erste Generation hat den Tod, die zweite die Not, die dritte das Brot.» Die vierte, die seiner Eltern, – habe es dann schon zu etwas Wohlstand gebracht.

1940 – im Ergebnis des Hitler-Stalin-Pakts, mit dem das bis dahin rumänische Bessarabien zum Bestandteil der Moldauischen Sowjetrepublik gemacht wurde – sei die Familie unter dem Ruf «Heim ins Reich» angesiedelt worden. Mit Pferd und Wagen sei sie nach Odessa gezogen und dann mit dem Schiff donauaufwärts nach Jugoslawien. Nach einem kurzen Aufenthalt in einem Sammellager sei es weiter in die Tschechoslowakei¹⁸ gegangen, wo noch einmal eineinhalb Lagerjahre warteten.

Dann habe man ihnen Ende 1942 in der Nähe von Posen einen Bauernhof zugewiesen.¹⁹ Daran habe er sehr genaue Erinnerungen. Sie seien um die Mittagszeit dort angekommen, und seine Mutter habe geweint, denn die Betten, aus denen die Polen in der Nacht zuvor vertrieben worden waren, seien noch warm gewesen. Auch an einen Besuch in Lodz erinnere er sich und an eine Straßenbahnfahrt durchs Ghetto. Er habe sich «die Nase am Fenster plattgedrückt, da flog plötzlich der große weite Rock meiner Mutter über mich, denn sie meinte, das darf der Junge nicht sehen. Meine Schwestern waren schon älter, sie waren 1921 und 1923 geboren, und ich fragte sie später, was war denn da? Sie sagten, da sind Menschen, die man Juden nennt, die sind durch die Straßen getrieben worden.»

18 Die Tschechoslowakei als Staat war 1938 durch die Besetzung ihrer westlichen Teile durch das faschistische Deutschland zerschlagen worden. Im März 1939 verkündete die Slowakei ihre Selbstständigkeit – sie wurde 1940 zum Verbündeten Deutschlands –, und in den noch verbliebenen tschechischen Teilen errichtete Deutschland das «Protektorat Böhmen und Mähren». Ein Hinweis Finks auf zeitweiliges Hopfenpflücken lässt vermuten, dass die Familie in dieses «Protektorat» gebracht worden war.

19 Posen – polnisch Poznań – gehörte in dieser Zeit zu jenem Teil des vom faschistischen Deutschland okkupierten Polen, der als «Warthegau» bezeichnet wurde. Aus diesem «Warthegau» wurden Zehntausende polnische Familien weiter nach Osten – ins «Generalgouvernement» – vertrieben, um Platz zu schaffen für die «heim ins Reich» geholten «Volksdeutschen» aus Bessarabien, Siebenbürgen und dem Baltikum.

Dass es Juden gab, habe er schon als ganz kleiner Junge in Bessarabien gewusst. Vater und Großvater hätten ihren Wein und ihre Karakulschafe an russische Juden verkauft, die von Odessa kamen. Das seien «Gestalten wie aus dem Märchenbuch» gewesen, «mit Kaftan und Hüten und Schläfenlocken». Dass die Seinen ihnen nicht konfliktfrei begegneten, habe er später erst erfahren. Zwischen Lichtmess und Ostersonntag habe man ihnen den Zutritt zum Grundstück verweigert. «Das war Passionszeit, und es hieß, die Juden haben unseren Herrn Jesus ermordet.» Das seien «Kindheitsmuster», die er nicht vergessen könne.

Die Zeit auf dem Bauernhof bei Posen, den er später mit seiner Frau und den erwachsenen Kindern einmal besucht und «fast unverändert» vorgefunden habe, bezeichnete Fink seiner Interviewerin gegenüber als «wichtig». Es habe in der Nähe eine Kirche gegeben, aber seine Eltern seien mit ihm und seinen Geschwistern nach Posen in die Kirche gegangen, «weil meine Mutter es nicht gerne sah, dass der Pfarrer unter dem Talar eine braune Uniform hatte».

Gegen Kriegsende seien sie «wieder umgesiedelt» worden. Vom 20. Januar bis zum 16. Februar 1945 seien sie unterwegs gewesen, an die Front rückende Soldaten seien ihnen entgegengekommen, das alles habe er sehr intensiv erlebt, «vor allem einen Tieffliegerangriff», und so habe er seine Kindheit «mit sehr viel Angst» verbracht, aber auch «mit sehr viel Geborgenheit durch die Eltern, die Schwestern». Sein Bruder sei mit 18 Jahren gefallen.

Neue Lebensstation sei «ein Dorf bei Brandenburg» geworden. Da der Vater nicht Soldat werden müssen, «weil die Landwirtschaft im ›Warthegau‹ Leute brauchte», hatte die Familie immer zusammenbleiben können, und am neuen Ort habe der Vater dann bei einer Erkundungstour mit dem Rad in der Nähe von Ziesar einen Hof gefunden, «dessen Eigentümer von den Russen erschossen worden war», und diesen Hof habe er gepachtet.

Bis 1949 sei er, Fink, in eine Einklassenschule gegangen, dann auf die Schule in Ziesar gewechselt und dort «durch Neulehrer ermuntert» worden, «den Sprung auf die Oberschule in Brandenburg zu wagen». 1954 habe er das Abitur gemacht und – nachdem er 1953 Zeuge einer Auseinandersetzung zwischen FDJ und Junger Gemeinde geworden war – den Entschluss gefasst, Theologie zu studieren.

Sein Theologiestudium in Berlin beschrieb Fink als «sehr angeregt». Durch seinen Lehrer Heinrich Vogel habe er die Rolle der Bekennenden Kirche begriffen, in Begegnungen mit dem Rabbiner Martin Riesenburger Zugang zur jüdischen Tradition gefunden, und das sei sein «kontinuierliches Thema» geworden. Er habe sich in der evangelischen Studentengemeinde engagiert und sei 1958/59 in deren Geschäftsstelle für die gesamte DDR als studentischer Vertreter tätig gewesen.

Mit dem ersten theologischen Examen in der Tasche sei er nach Halle an der Saale ins Vikariat gegangen, aber als 1961 nach dem Bau der Mauer an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität ein Assistent gefehlt habe, sei er gern nach Berlin zurückgekehrt, denn dort habe er wieder mit seiner späteren Frau – Ilseget Fink –,

mit der er in der Studentengemeinde bekannt geworden sei, zusammenleben können. Bald sei es auch zur Hochzeit gekommen, 1963 seien Tochter Mirijam, 1967 Sohn Daniel und 1971 Tochter Rahel geboren worden, er habe «sehr intensiv» an der Fakultät gearbeitet und «das Vertrauen der Studenten gewonnen und Seminare gemacht, die sie interessiert haben». Zu einem wichtigen Thema sei ihm das Dasein von Ausgegrenzten geworden, «Juden, Behinderte, auch Homosexuelle, Menschen, gegen die sich die Gesellschaft nicht verhielt, wie sie sich nach meiner Ansicht verhalten sollte». In ihm habe sich – auch weil «unser erstes Kind behindert war und wir uns sehr bald auf das gemeinsame Leben mit einem behinderten Menschen einstellen mussten – die Überzeugung gefestigt, «dass eine Gesellschaft sich so beschreibt, wie sie sich zu ihren Minderheiten verhält».

Als eine besonders wichtige Erfahrung im Umgang mit Ausgegrenzten beschrieb Fink die Zusammenarbeit mit der Gefängnisfürsorgerin der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel, Gertrud Staewen, bei der er während des Studiums «im damals noch unbegrenzten Berlin» durch Vermittlung Heinrich Vogels ein Praktikum machen konnte.

Promotion 1965, Habilitation 1979, im selben Jahr Professur und 1980 Berufung zum Direktor der Sektion Theologie, der er bis 1989 geblieben ist – das sind die Stationen seiner wissenschaftlichen Laufbahn, wie sie Fink seiner Interviewerin beschrieb. In seiner Habilitationsschrift sei es um «Karl Barth und die Bewegung Freies Deutschland» gegangen und um Barths Thema, die von den Nazis verfolgte Bekennende Kirche.

Von Gisela Karau nach seiner Sicht auf die DDR befragt, sagte er, dass er dort «voll und bewusst» gelebt habe. Seine Verwandten seien aus Posen kommend nach Württemberg gezogen, hätten dort ihren Lastenausgleich bekommen und «ihre Häusle gebaut als echte Schwaben». Anders seine Eltern. Der Vater habe gemeint, «in Württemberg könne man nur Kleinbauer sein, der den Misthaufen unterm Küchenfenster hat». Er habe die Weite der Mark Brandenburg lieben gelernt, «und wir waren hier zu Hause». Zudem habe ihn die pietistische Tradition dazu bestimmt, zu bleiben, «wo einen Gott hingestellt hat». Man suche sich das nicht aus, und man fliehe nicht, und das sei auch seine – Finks – theologische Erziehung gewesen: «Wir leben in der DDR, der ehemals russisch besetzten Zone, und da laufen wir nicht weg.»

Drei Dinge seien es, die ihn in der DDR zu einem «konstruktiven Leben» befähigt hätten: erstens die Überzeugung, dass die DDR eine von Antifaschisten regierte Alternative zur Bundesrepublik sei – «Antifaschisten hatten bei mir immer Schonzeit, auch wenn ich mich über manche Dinge bei Honecker aufgeregt habe, habe ich doch immer bedacht, dass er bei den Nazis im Zuchthaus war» –; zweitens die «sozialistische Vision», für die er sich eingesetzt, die er aber mit der parteioffiziellen Ablehnung von Perestroika und Glasnost auch verschwinden gesehen habe; und drittens «soziale Gerechtigkeit, um die wir uns auch selber gekümmert haben». Seine Familie sei 1959 in die LPG eingetreten, und das sei eine sehr schwere Zeit gewesen, denn «die Methode der Kollektivierung» sei «nicht zu rechtfertigen» gewesen, aber als sie sich dann zu

diesem Schritt überwunden hatte, sei es ihnen doch «spürbar besser» gegangen. «So, wie sie dann leben konnten, haben sie vorher nicht gelebt, sie hatten ihren Arbeitstag, sie hatten ihren Urlaub, sie hatten ihr gutes Auskommen, die Häuser wurden renoviert, die sozialen Verhältnisse waren für meine Mutter und meine Schwestern sehr günstig.» Sein Vater jedoch sei schon 1953 gestorben – «an gebrochenem Herzen». Er habe die Geschehnisse auf dem Land in dieser Zeit nicht verwinden können, es habe ihn kaputt gemacht, «wie viele Bauern weggingen, Haus und Hof im Stich ließen», es sei für ihn «unbegreiflich und unerträglich» gewesen, dass Bauern so etwas fertig bekamen.

Ja, bestätigte Fink seiner Interviewerin, es habe soziale Unterschiede in der DDR gegeben, «aber wir haben uns dafür eingesetzt, dass sie überwunden wurden, dass Gleichberechtigung herrschte zwischen Mann und Frau, zwischen Alt und Jung». Jeder habe seinen Arbeitsplatz gehabt, der arbeitende Mensch habe etwas gegolten, und das «war für mich Heimat, und für diese Heimat mit all ihren Problemen stand ich ein, war bemüht, diese Probleme lösen zu helfen», und dazu bekenne er sich auch weiterhin.

Dem Anlass und Zeitpunkt des Gesprächs mit Gisela Karau entsprechend spielten nach diesem Rückblick auf Finks Leben insgesamt die Stasi-Vorwürfe eine große Rolle. Fink schilderte, wie er immer wieder mit dem MfS in Konflikt geraten sei:

So etwa, «wenn es um Studenten ging, die aufmüpfig waren». 1965 sei er nach einem Ernteeinsatz in der Nähe von Neubrandenburg verhört worden, weil Studenten abends in der Gaststätte das Lied «Auf der Mauer, auf der Lauer sitzt 'ne kleine Wanze» gesungen hätten. «Ein lächerlicher Vorgang.» 1967 habe ein Student exmatrikuliert werden sollen, der dagegen aufgetreten war, dass in der DDR-Propaganda Israel als «Speerspitze des Imperialismus» bezeichnet wurde. Er, Fink, habe darauf mit der Erklärung geantwortet, seine Lehrtätigkeit aufzugeben, «wenn auch nur ein Student wegen der Beurteilung Israels rausgeschmissen» werde. Seitdem habe er als Zionist gegolten, seine Aktivitäten bei der Rekonstruktion und Pflege jüdischer Friedhöfe seien «argwöhnisch überwacht» worden. Zudem sei er als Veranstalter ökumenischer Symposien mit internationaler Beteiligung aus Lateinamerika, Afrika und fast allen europäischen Staaten «natürlich vorher und hinterher von Sicherheitsbeauftragten der Universität befragt» worden. Aber, so betonte er seiner Interviewerin gegenüber, es seien ihm «nie Angebote einer Mitarbeit gemacht worden», er habe «nie eine Verpflichtung unterschrieben», habe sich «nie in konspirativen Wohnungen getroffen» und «niemals Berichte über Personen verfasst».

Dass die Staatssicherheit ein Interesse an ihm gehabt habe, habe er gewusst, aber es habe ihn «nicht beunruhigt». Aus seinen Akten sei ersichtlich, dass es bereits 1956 erste Observationen gegeben habe. Offensichtlich sei die Stasi an seinen Auslandsbeziehungen interessiert gewesen, «an den ökumenischen Kontakten, an meiner Beziehung zu Israel». Es sei in den Akten nachzulesen, dass er «'nen Judentick» habe, «die Kinder hätten jüdische Namen». Weiter fänden sich Bemerkungen über seine «Ein-

schätzung des Sechstagekrieges und so weiter». Das habe ihn alles nicht überrascht. Er hätte doch gemerkt, wie genau registriert worden sei, wann er in seinem Haus Besuch bekommen habe. Es gebe in seiner Akte «ein ganzes Paket von Autonummern», es sei alles gesammelt worden. Leider jedoch sei «ein Teil der Akten 1989 gelöscht worden», und diese Tatsache sei jetzt «gefährlicher als die Akten es wären».

Sein Wissen um dieses Verschwinden von Akten schilderte Fink so: Im Februar 1991 habe er den Bescheid erhalten, dass ihm in der Frage einer Zusammenarbeit mit der Stasi «nichts vorzuwerfen» sei, aber gleichzeitig sei in seinem Umfeld ein spürbares Misstrauen ihm gegenüber zu spüren gewesen. Anonym sei ihm dann am Telefon mitgeteilt worden, dass es «nicht verständlich» sei, dass seine «Akten verschwunden sind». Erst dadurch habe er davon überhaupt Kenntnis erhalten, und in der Zeit, in der *Frankfurter Allgemeinen* und in der Welt sei dann zu lesen gewesen, dass es «einen Vorgang ›IM Heiner‹» gebe.

Am 28. Oktober 1991 habe er bei Gauck in einer ganz anderen Angelegenheit vorgesprochen. Studenten hätten Gauck um Unterstützung bei einer Untersuchung von Verbindungen zwischen der Stasi und der Universität gebeten, also zum Beispiel bei der Klärung der Frage, ob die Stasi einzelnen Fachbereichen direkte Forschungsaufträge erteilt habe, aber ihr Schreiben sei nicht beantwortet worden, und so habe er – Fink – Gauck bitten wollen, erstens die Universitätsangehörigen «bevorzugt zu überprüfen» und zweitens sich des studentischen Briefes anzunehmen. Aber dann sei ein Mitarbeiter Gaucks zu ihm gekommen, um ihm zu sagen, es gebe da «einen Vorgang ›Heiner‹», und er habe darauf arglos reagiert mit der Bemerkung, dass das in der Tat sein Vorname sei, und sei «ohne große Beunruhigung» wieder gegangen. Als ihm – wiederum anonym – mitgeteilt worden sei, es gebe eine Nachricht an den Senator, er sei IM, habe er bei Gelegenheit der Personalversammlung der Universität Anfang November den Senator gefragt, ob das richtig sei, und zur Antwort erhalten, dem Senator sei «nichts diesbezüglich bekannt».

Am 25. November 1991 fand die Immatrikulationsfeier der Universität statt. Fink habe, so erzählte er es Gisela Karau, Elie Wiesel als Gast begrüßen können, einen Menschen, der ihm «sehr viel bedeutet» habe, und für den nächsten Tag sei ein Flug nach Israel geplant gewesen, wo er auf Einladung der Bar-Ilan-Universität an der Einrichtung eines Lehrstuhls «Juden in Preußen» teilzunehmen gedacht habe. Während des Festakts sei ihm ein Brief gereicht worden mit der «Aufforderung, noch am gleichen Abend» beim Wissenschaftssenator Professor Erhardt zu erscheinen. Er habe gedacht, die Aufforderung habe mit der Reise zu tun, sei dann aber vom Senator darüber informiert worden, dass es «ein Schreiben der Gauck-Behörde vom selben Tag, dem 25. November 1991», gebe des Inhalts, Professor Fink sei «seit 1969 als inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit unter dem Decknamen Heiner tätig gewesen». Er habe dem Senator und am nächsten Tag auch der Öffentlichkeit erklärt, dass er sich «keinerlei Zusammenarbeit mit der Stasi im Sinne des Schreibens der Gauck-Behörde vorzuwerfen habe» und dass es sich seiner Ansicht

nach um eine «politisch motivierte Manipulation» handele, die nicht zufällig «mit der anstehenden Wiederwahl des Rektors» zeitlich zusammenfalle.

Am nächsten Tag sei ihm bekannt geworden, dass der Senator eine Sitzung der Personalkommission einberufen hätte, um «personalrechtliche Maßnahmen» gegen ihn zu veranlassen. Er selbst sei zu dieser Sitzung nicht eingeladen worden. Der Entscheidung, ihn fristlos zu entlassen, habe «nur der Brief der Gauck-Behörde zugrunde» gelegen, jedoch «keine Prüfung der Akten». Es habe «keine Anhörung» gegeben. Von seiner Kündigung habe er durch die Presse erfahren.²⁰

4

Ein paar Monate vor den Ereignissen im November 1991, am 5. Februar 1991, führte der Journalist und Politiker Günter Gaus, der von 1974 bis 1981 Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR gewesen war und die Entwicklungen in Ostdeutschland nicht nur mit großem Interesse, sondern auch einem für Westdeutsche seltenen Verständnis für Widersprüche und Konflikte in der DDR-Geschichte verfolgte, in seiner Fernseh-Interview-Reihe «Zur Person» ein Gespräch mit dem Rektor Heinrich Fink. Es ging da noch nicht um die Stasi, wohl aber um den Konflikt, der schließlich mittels der Stasi-Vorwürfe «gelöst» wurde. Fink stehe – so leitete Gaus das Gespräch ein – «im Konflikt zwischen einer vom Staat vorgegebenen Abwicklung der meisten geisteswissenschaftlichen Fächer an der Humboldt-Universität zur Liquidierung des alten Regimes und der von ihm gewünschten Erneuerung aus eigener Kraft».²¹ Fink nahm die Gelegenheit wahr, diese Erneuerung ausführlich zu beschreiben: Es sei «unser Auftrag», «diese Universität mit all den Altlasten, die alle uns bewusst sind, selbst fertig zu werden, nicht ohne Hilfe von außen, sondern dass Kolleginnen und Kollegen uns fragen, wissen wollen: wie habt ihr das und jenes damals, als ihr dieses und das geschrieben habt, gedacht, und nicht urteilen über Literatur, über Situationen, über Ereignisse auch in der Universität, ohne wissen zu wollen, was wir selbst dazu gesagt haben.» Und weiter: «Abwickeln ist ein sehr autoritärer Begriff, Abwickeln ist auch ein sehr autoritäres Vorgehen. Ich möchte gerne, dass ich mit einbezogen werde. Ich schätze die Autorität von außen, aber ich möchte nicht, dass man nicht mehr nach der Sache fragt, sondern autoritär schon auf uns einwirkt.»²² Und noch: «Das Konzept der Abwicklung ist ein geschichtsloses Konzept, es gibt den Menschen nicht die Möglichkeit, sich zu entscheiden, und es ist auch ein Konzept des Rasenmähers, es ist ein Konzept des Rasierapparates, es ist kein differenziertes Konzept, das nach Gerechtigkeit fragt.»²³

20 Karau: Die «Affäre» Heinrich Fink, S. 28–39.

21 Neue Porträts in Frage und Antwort. Günter Gaus im Gespräch mit Heinrich Fink, Wolfgang Thierse, Volker Braun, Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Ullmann, Stefanie Spira, Regine Hildebrandt, Angela Merkel, Joachim Gauck, Hans Bentzien, Berlin 1992, hier: Heinrich Fink, Gespräch vom 5. Februar 1991, S. 11.

22 Ebd., S. 13.

23 Ebd., S. 14.

Auf die Frage von Gaus nach dem «tiefsten Grund» dafür, warum «außerhalb der Universität» sein Konzept «für nicht brauchbar angesehen» werde und man darauf bestehe, dass doch «die Abwicklung durch staatliche Vorgabe geschehen» müsse, antwortete Fink, dass «der tiefste Grund natürlich der rationelle Grund» sei. «Es werden Stellen frei, und es werden die Stellen frei, die natürlich auch sehr begehrt sind, es werden die Stellen frei, die natürlich Ideologie produziert haben», das gestehe er durchaus ein, aber es werde so «keine Erneuerung an der Universität geben». Das sei zu merken «in dem Prozess», in dem sich die Universität jetzt befinde. Er glaube, «dass der Opportunismus seine Blüten treibt, dass man froh ist, dass einige abgewickelt werden und die anderen sich in den Lehnstuhl zurücklehnen können». Das betreffe natürlich nicht alle; er habe auch «ganz große Hilfe und ganz große Sympathie, gerade auch aus naturwissenschaftlichen Fächern» erfahren. Viele sagten wie er: «Es geht um uns alle, und es geht um diese Universität.»²⁴

Gaus fragte auch, ob Fink sich in Bezug auf sein Leben in der DDR «schuldig» fühle, und Fink bejahte das. Er fühle sich «schuldig» dahingehend, dass er «manchmal geschwiegen» habe, wo er «hätte reden sollen» und wo er auch «hätte reden können, wo man sogar erwartet hat», dass er «hätte reden müssen». Und er fühle sich «schuldig, dass die Alternative DDR, wie sie hätte sein können», nicht mehr von ihm «verantwortet worden» sei. Ob es «auch Feigheit» gewesen sei, fragte Gaus weiter. Darauf antwortete Fink, dass er «eigentlich nie mutig» gewesen sei, aber das «nicht unbedingt feige nennen» würde. «Nennen Sie es, wie Sie wollen.»²⁵

Zum Ende des Gesprächs, bei dem es dann doch noch um die Stasi ging und Fink erklärte, dass er selbstverständlich gern einmal Einblick in seine Akte hätte, warf Gaus die Frage auf, ob «die vereinigten Deutschen mit dem Übergewicht der weiterhin schimmerlosen Westdeutschen zu einer angemessenen Aufarbeitung fähig» seien. Fink antwortete, dass er «den Eindruck» habe, «dass Menschen sich verschließen, je mehr die Bücher geöffnet werden». Das wolle er nicht. Es gehe «nicht um Vorhalten von Vergangenheit», sondern «um Berichte dieser Vergangenheit», die «uns jetzt nicht mehr belasten» dürfe. Vielmehr «sollten [wir] diese Vergangenheit gemeinsam tragen», dann werde auch «die Aufarbeitung der Geschichte» – er könne «dieses Wort schon fast nicht mehr hören» – «eine Möglichkeit» werden. «Dass sich Menschen öffnen», das wolle er gerne, «dass sich Menschen aus der Bundesrepublik mit Menschen aus der DDR zusammensetzen und sich gegenseitig berichten». Er sei froh darüber, dass ältere Freunde Finks Kinder einluden und sich von ihnen erzählen ließen, wie sie die DDR erlebt haben. Dabei entstehe «auf einmal eine DDR-Identität bei diesen Kindern, die sie vorher nie gehabt haben», und das sei sicherlich auch «ein Ja-Sagen

24 Ebd., S. 16f.

25 Ebd., S. 25.

zu einer Geschichte, die man ihnen gerne nehmen will». Wem man aber Geschichte nehme, dem nehme man «auch ein Stück Identität».²⁶

Der Zufall nun wollte es, dass just am Abend des 25. November 1991 – zur selben Stunde, da Heinrich Fink vom Wissenschaftssenator Manfred Erhardt davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass die Gauck-Behörde mitgeteilt habe, dass «Herr Prof. Dr. Fink [...] seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen «Heiner» tätig gewesen [ist]»,²⁷ und Erhardt auf die Bitte Finks, Akteneinsicht nehmen zu können, da er «nie etwas unterschrieben» und «nie im Bewusstsein gehandelt» habe, «anderen Bürgern zu schaden oder informeller Mitarbeiter gewesen zu sein», mit dem Hinweis reagierte, das Schreiben der Behörde sei «Urkundenbeweis»²⁸ –, dass also ausgerechnet an diesem Abend wieder ein Gespräch in der Sendereihe «Zur Person» stattfand. Der Gesprächspartner von Günter Gaus hieß diesmal Joachim Gauck.²⁹

Geredet wurde auch über eine Stasi-Akte, aber nicht über die Fink'sche, sondern über eine, die Gauck selbst betraf. Aus dem Sommer 1988 stammend, war sie ge-

26 Ebd., S. 31.

27 Politische Kultur (Dokumentation), S. 29.

28 Karau: Die «Affäre» Heinrich Fink, S. 54. – Die hier zitierten Sätze stammen aus einem vom Senatsbeamten Klopsch angefertigten Vermerk über das «Gespräch zwischen Senator Erhardt und Rektor Fink am Abend des 25.11.1991, 19.40–20.35 Uhr», der als Bestandteil der weiter oben genannten, von Klaus Huhn verfassten Chronik des 25. November bei Karau auf den Seiten 51 bis 57 abgedruckt ist. – Mit dem Hinweis auf den Charakter des Schreibens als «Urkundenbeweis» machte Erhardt seinen Standpunkt klar, dass es weiterer Prüfung des Sachverhalts nicht bedürfe, und er fügte hinzu, dass «im Falle F[ink] keine andere Behandlung angezeigt» sei «als in anderen Fällen, wo F[ink] der Vorsitzende (später durchgestrichen und handschriftlich durch «Mitglied» ersetzt. K[laus] H[uhn]) der Personalkommission gewesen sei, also um Maßstäbe und Kriterien wisse.» (Ebd.) – Der Verfasser dieses Vorworts war ein solcher «anderer Fall» und kann daher diese groteske Verfahrensweise einschließlich der qua Amt erfolgenden Teilnahme Heinrich Finks an ihr aus eigenem Erleben bestätigen. Mit Datum vom 18. Oktober 1991 erhielt er ein Schreiben von Rektor Fink des Inhalts, dass dieser sein – des Verfassers – Arbeitsverhältnis «unter Bezugnahme auf den Einigungsvertrag, Anlage I, Kap. XIX, Sachgebiet A, Abschn. III, Nr. 1, Abs. 5, Nr. 2 [...] im Auftrage der Personalkommission der Humboldt-Universität zu Berlin [...] fristlos, hilfsweise fristgemäß zum 15.11.1991» kündige. «Die Personalkommission» habe in ihrer «Sitzung vom 10.10.1991 diese Kündigung beschlossen» und ihn, Fink, «mit der Durchführung dieses Beschlusses beauftragt.» – Für diese ohne Gespräch oder Anhörung vollzogene Kündigung brauchte es nicht einmal den «Urkundenbeweis» eines Schreibens der Gauck-Behörde. Es waren «für die Kündigung [...] die folgenden Gründe maßgebend: Sie waren langjähriger Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit und haben sich im Abgeordnetenhaus von Berlin» – dort war der Verfasser vom 2.12.1990 bis zur auf keinerlei Aktenfunde sich gründende Niederlegung seines Mandats im August 1991 Mitglied der PDS-Fraktion – «zu Ihrer inoffiziellen Tätigkeit in diesem Rahmen bekannt.» Es sei «vor diesem Hintergrund [...] das Festhalten an dem bestehenden Arbeitsverhältnis im Hinblick auf die Beachtung, welche die Universität in der Öffentlichkeit findet und finden muss, nicht zumutbar.» Die Universität sei «im Zuge ihrer strukturellen und fachlichen Erneuerung in erheblichem Umfang auf die Anerkennung und das Vertrauen der Öffentlichkeit angewiesen. Dieses Vertrauen [...] wie auch die notwendige Zusammenarbeit der Mitarbeiter der Universität untereinander würden durch die Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in unzumutbarer Weise belastet und beeinträchtigt werden.» Die Personalkommission habe «den Vorgang in der Sitzung vom 10.10.1991 abschließend geprüft», der Personalrat sei «gehört worden» und habe «der Kündigung nicht widersprochen.» – Damit kein Zweifel besteht: Der Verfasser war IM – und zwar der im Ausland tätigen «Hauptverwaltung Aufklärung» –, und das war eine andere Situation als bei Fink. Dennoch machten beide die gleiche Erfahrung, keine Chance zum Vertreten ihrer Positionen vor der Personalkommission erhalten zu haben. – Und auch dies ist noch zu sagen: Heinrich Fink und der Verfasser haben miteinander über all dies gesprochen und bis zum Tode Finks in guter Beziehung zueinander gestanden.

29 Neue Porträts in Frage und Antwort, hier: Joachim Gauck, Gespräch vom 25.11.1991, S. 191–214.

rade von der Zeitung *Die Welt* abgedruckt worden. Gaus referierte den Aktentext: Ein Stasi-Mann sei zu Gauck gekommen, um den Verlauf des jüngst abgehaltenen regionalen Evangelischen Kirchentags in Rostock zu erörtern. Gauck habe aus seiner abschätzigen Meinung über den Stasi-Apparat keinen Hehl gemacht, aber auch gesprochen «von den positiven Zielsetzungen, die die sozialistische Gesellschaft in der DDR hat», und davor gewarnt, diese könnten «gefährdet» werden. Der Besucher habe ihm mitgeteilt, dass die «Besuchseinreise» seiner «nach Westdeutschland übergesiedelten Kinder in die DDR» stattfinden könne, und ihm namens seines Ministeriums für die Durchführung des Kirchentages gedankt. In einem behördeninternen Vermerk am Ende des Protokolls habe der Stasi-Mann vorgeschlagen, «den operativen Vorgang Gauck, Deckname Larve, zu archivieren und einen IM-Vorlauf anzulegen, also eine erste Unterlage über einen späteren informellen Mitarbeiter».³⁰

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass diese von Gaus zitierte Gauck-Akte einen Zusammenhang deutlich macht, auf den Heinrich Fink in Bezug auf den Umgang mit seiner Person und den ihn betreffenden Akten immer wieder vergeblich hingewiesen hat: dass die Akten ein von der Stasi bestimmtes Eigenleben führten und daher aus ihnen niemals direkt auf das Leben der betreffenden Menschen geschlossen werden dürfe. Im Mai 1992, mit einigem Abstand zu den Herbstereignissen, erläuterte Fink im Gespräch mit dem Publizisten Bernhard Maleck, wie er das meinte: Er habe in seinen Stasi-Akten «Darstellungen von Situationen» gefunden, die ihm «noch sehr genau in Erinnerung» seien; der «erstellte Bericht» aber sei «eine totale Fehlinterpretation». Denn die dort erwähnten «Theologen aus den USA», mit denen er «wiederholt verabredet war und die an Bonhoeffer interessiert waren zwecks eigener Forschung», hätten ihn «keineswegs für die CIA anwerben» wollen. Für ihn sei klar: Die «plumpe, auf Unkenntnis beruhende Deutung der abgehörten Gespräche» mache auch ein «Erfolgsbedürfnis» der Stasi-Leute sichtbar. Deshalb brauche es genau benannte «wissenschaftliche Kriterien und Methoden [...], mit denen man die Ereignisse aufzuschlüsseln versucht». Zweifellos seien «Archive die wichtigste Quelle für den Umgang mit Geschichte», «also auch die Akten und Karteien des MfS». Es komme jedoch «darauf an, die Kontexte der Ereignisse zu berücksichtigen und dass die Autoren selber unter Druck standen». Es müsse nun darum gehen, «in öffentlicher Diskussion [...] Kriterien zu erstellen, die endlich auf dem Niveau einer Menschenrechtsdiskussion sind, anstatt an mittelalterliche Methoden der Denunziation anzuknüpfen, die der kirchlichen Inquisition dienen».³¹

Zurück zu Gauck. Er machte im Gespräch mit Gaus seinem Unmut darüber Luft, dass *Die Welt* «ohne Zustimmung des Befragten aus einer Opfer-Akte zitiert» habe, und beklagte, «wenn man den Leuten nicht mitteilt, dass hinterher dieser IM-Vorlauf nicht angelegt wurde, weil die Vorgesetzten nämlich gesagt haben, das ist sinnlos»,

30 Ebd., S. 202.

31 Maleck: Heinrich Fink, S. 86.

wenn man also «selektiv raussucht aus einer solchen Opfer-Akte, dann können sie letztlich auch die Opfer zu Helfern machen».³² Das ist ein Befund, der ganz nah bei dem Fink'schen liegt, und es bleibt Gaucks Geheimnis, warum er sich davon nicht in seiner Fink-Entscheidung leiten ließ. Aber ohnehin hatte er ein seltsames Verständnis von der Wirkung seines Handelns. Von Gaus zum Ende des Gesprächs darauf verwiesen, dass Menschen «aufgrund ihrer Verstrickungen, wie sie sich aus den Stasi-Akten ergaben, von ihren Arbeitsplätzen entfernt worden sind, ohne dass sie vorher dazu gehört wurden», und mit der Frage konfrontiert, ob es sein könne, «dass wir im Eifer gelegentlich rechtsstaatliche Regeln aus dem Auge verlieren», räumte Gauck ein: «Wo das so geschieht, kann das sein.» Und fügte hinzu, dass er «ganz froh» darüber sei, «dass es in der Mehrzahl der Fälle anders ist».³³ Zu dieser unbewiesenen «Mehrzahl» hat Fink nicht gehört.

5

In der ausführlichen Debatte des Stasi-Vorwurfs liegt immer auch die Gefahr, dass anderes keine Beachtung mehr findet und ein ganzes Leben auf diese eine Frage verengt wird. Die weiter oben bereits zitierten Gespräche, die Bernhard Maleck im Mai 1992 mit Heinrich Fink führte, bieten eine große Menge Material dafür, sich dieser Einengung zu entziehen. Was bei Gisela Karau der Aktualität wegen sehr gestrafft erzählt wurde, konnte nun an vier Gesprächstagen ausführlich ausgebreitet werden, und so entfaltet sich ein weites Panorama des Fink'schen Lebens, aus dem hier – dem Thema der Textsammlung Rechnung tragend – die Friedensfrage noch einmal besonders herausgehoben werden soll.

Welche Ereignisse Fink zum Pazifisten werden ließen, fragte Maleck, und Fink antwortete: «Als Erstes die Bergpredigt, dann persönliche Erfahrungen» – er nennt den Tod des Bruders im Krieg – und «die gewaltigen Opfer in diesem Krieg überhaupt». Der Bezugspunkt seines Pazifismus sei «die deutsche Vergangenheit, die deutsche Geschichte», er sei «in Deutschland Pazifist», und das sei ihm wichtig zu betonen, weil er und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der DDR «Schwerter zu Pflugscharen» gefordert hätten, Ernesto Cardenal, der Priester und Minister in der Regierung Nikaraguas, ihnen aber gesagt hätte, «dass es der Pflugschare und der Schwerter bedürfe» und sie doch bitte beachten sollten, «dass die Proportionen in Lateinamerika und hier in Europa andere sind». Für ihn – Fink – jedenfalls gelte: «Krieg ist kein Mittel, um Probleme zu lösen.» Und wenn er «bis zum Golfkrieg Pazifist war», dann sei er jetzt

32 Neue Porträts in Frage und Antwort, S. 203 f.

33 Ebd., S. 214.

«radikaler Pazifist». ³⁴ Tief beeinflusst sei er von der Perestroika und den «einseitigen Abrüstungsmaßnahmen» Gorbatschows.³⁵

Breiten Raum in den Gesprächen nahm Finks Engagement in der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) ein – jener Organisation, die Heinrich August Winkler im Dezember 1991 als «kommunistische Tarnorganisation» diffamiert hatte.³⁶ Er – Fink – sei zu ihr gekommen durch die «Kirchliche Bruderschaft», die «eine Nachfolgegruppierung der Bekennenden Kirche» und «in der Bundesrepublik» – «sehr mitgestaltet» durch «das Wirken von Martin Niemöller» – «sehr aktiv» gewesen sei. Dort habe es die Idee einer «Östökumene» gegeben, Gerhard Bassarak, der Leiter der Evangelischen Akademie, habe ihm – Fink – «die Intentionen» erklärt, und sie hätten ihm «sehr positiv» geklungen. Hintergrund von allem sei der 1948 in Amsterdam gegründete Ökumenische Rat der Kirchen, «der seinen Vorläufer schon in der Zeit des Faschismus» hatte und einen «Zusammenschluss der Kirchen gegen den Krieg» darstellte, «der auch bewirkt hat, dass die Evangelische Kirche in Deutschland ein Schuldbekennnis formulierte, das als Stuttgarter Schuldbekennnis in die Geschichte eingegangen ist». Da nun aber dieser Ökumenische Rat in seiner Tätigkeit «auf die Kirchen in der westlichen Hemisphäre gerichtet» war, habe «die Russisch-Orthodoxe Kirche, die ja von allen Kirchen am meisten vom Zweiten Weltkrieg betroffen war», nicht dazu gehört. Das habe ihn – Fink – sehr bewegt, denn für ihn sei diese Kirche «stark mit Kindheitserinnerungen belegt», und darum habe er die Absicht Martin Niemöllers und Hans Iwands begrüßt, «unter den Bedingungen des Kalten Krieges die Brüder und Schwestern im Osten jetzt nicht alleine» zu lassen. So sei für ihn die CFK «von Anfang an eine Möglichkeit des Dialogs und des Miteinanderredens» gewesen, eine «Möglichkeit, über Dinge zu reden, die uns gemeinsam betreffen, über die wir aber deshalb nicht so gerne reden, weil es da Schuldige und Betroffene gibt». Die Tatsache, dass die CFK ihren Sitz in Prag genommen hat, habe ihn «noch mehr für sie eingenommen», weil er meinte, «dass in einem Land, das von Deutschland besetzt gewesen ist, ein guter Platz für eine christliche Friedenskonferenz» sei. Die erste «Allchristliche Friedensversammlung» habe 1961 in Prag stattgefunden und sei «schon zu dieser Zeit sehr stark von den sozialistischen Staaten unterstützt» worden.

34 Golfkrieg meint jenen auch als ersten Irakkrieg bezeichneten Feldzug, mit dem eine von den USA geführte, fast eine Million Soldatinnen und Soldaten umfassende Koalitionsarmee vom 17. Januar bis 5. März 1991 auf die irakische Invasion Kuwaits im August 1990 reagierte. Der Krieg war eine in höchstem Maße ungleiche Auseinandersetzung. Er forderte auf irakischer Seite, deren Truppenstärke mit 650.000 angegeben wird, um die 100.000 Opfer an Toten und Verwundeten, auf der Seite der Koalition um die 1.000. Im Bewusstsein dessen, dass mit diesem Krieg nicht nur dem Irak schwere Schäden zugefügt, sondern auch die mit dem Ende des Ost-West-Systemkonflikts verbundenen Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden brutal zu Grabe getragen wurden, gab es weltweit Protestkundgebungen. Auch in Berlin versammelten sich Zehntausende zu Antikriegsdemonstrationen, darunter an den Vormittagen auch Tausende Schülerinnen und Schüler. Die im Krieg seitens der USA eingesetzte Munition aus abgereicherter Uran führte noch Jahre und Jahrzehnte später zum Tod von Soldatinnen und Soldaten auch der USA und zu dauerhaften Umweltschäden.

35 Maleck: Heinrich Fink, S. 17.

36 Vgl. Fußnote 16.

Das aber habe ihn «damals nicht weiter gestört». Die Konferenz sei «die erste Begegnung dieser zwei Konfessionen – Protestantismus und Orthodoxie –, die erste Begegnung von Leuten aus dem Westen und aus dem Osten» gewesen; das habe er als «wegweisend» empfunden, «vor allem» im Hinblick auf die durch die Konferenz erklärte «Ächtung der Atombombe». Sein Lehrer Heinrich Vogel habe «60 Thesen gegen diese Atombombe» formuliert, «die in der Aussage gipfelten, dass die Atombombe Sünde gegen Gottes Schöpfung» sei.³⁷

Als weiteres bedeutsames Moment für seine Arbeit in der CFK bezeichnete Fink die – der CFK «heute so sehr angekreidete» – Tatsache, dass «schon damals ein paar Marxisten dabei waren». Ihm sei «der Dialog mit den Marxisten» immer «sehr wichtig» gewesen. Dieser sei auch «vonseiten der Paulus-Akademie der Katholischen Kirche» geführt worden, allerdings mit dem Ziel, «den anderen zu der eigenen Meinung zu missionieren», weshalb er – Fink –, dem es nicht um Bekehrung ging, sondern darum, «auf eine gemeinsame Meinung hinzuarbeiten», bei der CFK geblieben sei. Dort habe er als «Grunderfahrung» die Begegnungen mit Emil Fuchs, der der CFK angehörte, und dessen Sohn Klaus Fuchs erlebt – dies Letztere für ihn deswegen «so wichtig», weil Klaus Fuchs «im Grunde genommen das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den USA und der Sowjetunion hergestellt hat, indem er das Atomgeheimnis an die Sowjetunion verraten hat».³⁸

Das Jahr 1968 habe für die Jugend in der CFK eine «unwahrscheinliche Zerreißprobe» bedeutet. An der Konferenz im März des Jahres habe auch Rudi Dutschke teilgenommen, «der ja seine eigenen DDR-Erfahrungen hatte und diese auch sehr deutlich artikulierte und uns stark kritisierte». Dutschke habe dazu aufgefordert, «viel aggressiver» die Sowjetunion zu analysieren und anzugreifen. Das habe er – Fink – «zwar bedenkenswert» gefunden, aber «als Stalinist beschimpft» zu werden, sei für ihn «überhaupt nicht angemessen» gewesen.

«Fast zerbrochen» sei die CFK – «nicht als Idee, wohl aber als Institution» – am auch von Fink abgelehnten Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in die ČSSR zur Beendigung des «Prager Frühlings» am 21. August 1968. Für ihn – Fink – sei «sofort die Assoziation zu 1938 lebendig» gewesen: «Deutsche marschieren nach Prag.»³⁹ Die Leute, die die CFK wegen der Invasion künftighin «gemieden» haben «wie z. B. Georges Casalis aus Paris oder Hannes de Graaf aus Holland», seien für ihn «die wichtigsten» gewesen. In der DDR hätten sich unter anderen Albrecht Schönherr

37 Maleck: Heinrich Fink, S. 46 f.

38 Ebd., S. 47 f.

39 Diese Befürchtung hat sich glücklicherweise nicht bestätigt: Die Truppen kamen aus der Sowjetunion, Polen, Ungarn und Bulgarien. Die Nationale Volksarmee der DDR (NVA) nahm an der Besetzung der ČSSR nicht teil. Politisch jedoch gab es an der Bündnistreue der DDR im Warschauer Vertrag keinen Zweifel. Es standen auch zwei NVA-Divisionen an der Grenze zur ČSSR für einen möglichen Einsatz bereit, und Teile einer NVA-Nachrichteneinheit waren dem Führungsstab der Invasionstruppen auf dem Truppenübungsplatz in Milovice zugeordnet. Widerstand gegen den Einmarsch wurde in der DDR teilweise mit großer Härte verfolgt.

und Helmut Bandt aus der CFK zurückgezogen, er – Fink – sei aber «ganz bewusst geblieben», weil «ein neues Moment» in die CFK gekommen sei: «die Kontakte zu Lateinamerika und zu Afrika, die Begegnungen mit Theologen von diesen Kontinenten und Kuba». Dadurch habe er «die Theologie der Befreiung näher kennengelernt» – einer Befreiung, die sich «nicht in erster Linie aus revolutionären Vorgängen und marxistischen Revolutionstheorien» ableite, «sondern aus der Bibel». ⁴⁰

Auf die Frage Malecks, wie sich die CFK in der ersten Hälfte der 1980er Jahre im Angesicht der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der DDR und in der BRD entwickelt habe, bestätigte Fink, dass es die Bereitschaft gegeben habe, im Interesse einer möglichst breiten Bewegung gegen neuerliche atomare Hochrüstung auch die Gemeinsamkeiten mit dem Staat DDR stärker auszuloten – so zum Beispiel «mit dem Bund evangelischer Kirchen, mit dem Friedensrat der DDR, mit der Liga für Völkerfreundschaft, auch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen». Zum Bestreben Erich Honeckers, trotz der Zuspitzungen in der Raketenfrage und gegen die Position der Sowjetunion mit der BRD im Gespräch zu bleiben, sagte Fink, dass das für ihn die «stärkste» und für ihn «am meisten einsichtige» Phase der «Friedenspolitik der DDR» gewesen sei. Und ob dies auch – fragte Maleck weiter – der Punkt gewesen sei, der ihn glauben ließ, «dass auch vernünftige und notwendige Veränderungen und Reformen in der DDR eher möglich werden könnten»? «Ja, sicherlich», antwortete Fink, die Tatsache, dass die CFK «als nichtstaatliche Organisation bei der UNO vertreten war», habe ja auch geheißen, «dass sie Gesprächspartner beim Staat und seinen Gremien hatte», und «die Aufnahme von Verhandlungen zur Abrüstung und deren Resultate» seien durchaus auch als «ein Stück Erfüllung der Botschaft der Christlichen Friedenskonferenz» zu sehen. ⁴¹

1984 übernahm Heinrich Fink den Vorsitz im Regionalausschuss der CFK der DDR, von 1979 bis 1991 gehörte er zudem der Synode der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg an. Zum Konzept der «Kirche im Sozialismus» sagte er im Maleck-Gespräch, dass es für ihn bedeutet habe, «dass die Kirche nicht mehr ihrer alten antisozialistischen Position folgen wollte, dass Kirche sich nicht mit der Idee des Sozialismus einlassen könne». Den Vorwurf, die Kirche habe «Kumpanei mit den Oberen» gemacht, weise er zurück. Die Kirche sei auf die Menschen «gewiesen» gewesen, «die in der DDR lebten», und «mit denen wollten wir leben und Veränderungen schaffen». Er lasse sich «nicht im Nachhinein von irgendjemandem vorschreiben», mit wem er «hätte reden dürfen und mit wem nicht». Er habe, «bewegt von dem Bestreben, das Leben für Menschen in der DDR zu verbessern, mit jedem geredet, der engagiert war». ⁴²

40 Maleck: Heinrich Fink, S. 48 f.

41 Ebd., S. 50 f.

42 Ebd., S. 54.

Mit all dieser Erfahrung ausgestattet, stellte sich Heinrich Fink, seit 1980 Direktor der Sektion Theologie, am 13. Dezember 1989 der Herausforderung, die Rolle des Moderators des an der Humboldt-Universität gerade gegründeten Runden Tisches zu übernehmen.⁴³ Der gute Ruf, den er in der Erfüllung dieser Aufgabe über alle Sektions-, Partei- und Gruppierungsgrenzen hinaus gewann, hat für seinen Erfolg bei der Direktorenwahl am 3. April 1990, bei der er sich mit deutlicher Mehrheit gegen drei weitere Kandidaten durchsetzte, zweifellos eine große Rolle gespielt. Im Gespräch mit Maleck beschrieb er seine Arbeitsweise am Runden Tisch wie folgt: Es sei ihm um «die Einbeziehung aller Gruppen der Universität» gegangen, «auch der Gruppen, die nach Meinung der Bürgerbewegung nicht mehr an diesen Tisch gehörten». Er sei davon überzeugt gewesen, dass es «einen bestimmten Übergang» geben müsste, «und dazu waren alle nötig».⁴⁴ Die so geschaffene «Möglichkeit für alle, mitzuberaten», sei wohl diejenige Zeit gewesen, «zu der es ein Maximum an Demokratie an der Universität gegeben hat».⁴⁵ Darum habe er, als er am 4. Mai 1990 das Direktorenamt angetreten habe, «dafür gesorgt, dass der Runde Tisch an der Universität weiter existiert und nach der Beschlussfassung des neuen Statuts der Universität in einen hochschulpolitischen Rat umgewandelt wird», zu dem «alle Gruppen und Parteien Zugang» hatten.⁴⁶

Mit dieser Denk- und Arbeitsweise, die ganz auf neue Formen demokratischer Mitbestimmung setzte, geriet Fink in zunehmenden Konflikt mit dem Berliner Senat. Sein Konzept zur Neuwahl des Akademischen Senats der Universität, demzufolge es «eine Quotierung geben sollte von 35 Prozent Professoren, 30 Prozent Studenten, 25 Prozent wissenschaftliche Mitarbeiter und 10 Prozent Angestellte», um so «eine echte Repräsentation aller Meinungen» zu gewährleisten, kollidierte – so schilderte er es Maleck – mit «den Festlegungen des Berliner Hochschulgesetzes, welches sehr viel weniger demokratische Mitsprache für alle Gruppen der Universität vorsieht und den Bedingungen hier im Osten sowieso nicht gerecht werden kann». Mit der Festlegung, dass der Anteil der Professoren in allen Gremien 50 Prozent betragen müsse, habe es diesen «wieder eine dominierende Vormachtstellung» garantiert und die Studentin-

43 Runde Tische wurden in dieser Zeit vielerorts gebildet, um den friedlichen Dialog zwischen den alten DDR-Parteien und -Massenorganisationen und den neuen Parteien und Bewegungen zu ermöglichen. Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen stellten sich oft als Einladende und Moderierende zur Verfügung. So auch beim Zentralen Runden Tisch der DDR, der am 7. Dezember 1989 in Berlin erstmals zusammentrat. Die Einladung lautete: «In Abstimmung mit dem Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen lädt das Sekretariat des Bundes evang. Kirchen zu einem Rundtisch-Gespräch am 7. Dezember 1989, 14.00 Uhr in den Gemeindesaal der Brüdergemeinde im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstraße 30, in Berlin ein. An dem Rundtisch-Gespräch werden je zwei Vertreter der Parteien und der neuen Gruppierungen teilnehmen.» (Hier zitiert nach: Hahn: Der Runde Tisch, S. 60.) – Der Zentrale Runde Tisch beendete seine Arbeit nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990.

44 Der Verfasser dieser Einleitung kann das bestätigen. Er saß zeitweilig an diesem Runden Tisch als Vertreter des provisorischen Vorstandes der Universitätsorganisation der SED, dann SED/PDS, der nach dem Rücktritt der alten SED-Kreisleitung Anfang November gebildet worden war.

45 Maleck: Heinrich Fink, S. 58.

46 Ebd., S. 57.

nen und Studenten «auf einen untergeordneten Platz in der Mitbestimmung» verwiesen.⁴⁷ Fink seinerseits suchte nach Erweiterung der demokratischen Verfahren – so etwa bei der Wahl der neuen Prorektoren durch den Akademischen Senat, die zwar durch das Statut der Universität so «nicht vorgeschrieben» gewesen sei, aber dazu geführt habe, dass unter seinem Rektorat «alle Leitungsmitglieder der Universität demokratisch gewählt» worden seien.⁴⁸

Einen Höhepunkt erreichten die Differenzen mit dem Berliner Senat im Zusammenhang mit dessen «Abwicklungsbeschluss». Er habe – sagt Fink – erst einmal «an die Herkunft der Vokabel ‚Abwicklung‘ denken» müssen, denn «wer hätte gedacht, dass eine ‚braune‘ Vokabel sich als wendebrauchbar erweisen würde», und dann sei ihm im Gespräch mit der zuständigen Senatorin Barbara Riedmüller-Seel die Konzeptionslosigkeit des Senats bewusst geworden. Die Senatorin habe betont, «dass man die ideologisch belasteten Fächer abwickeln» müsse – und darum auch den Fachbereich Ästhetik/Kunstwissenschaften. Er – Fink – habe ihr geantwortet, dass diesen Fachbereich schon «Kurt Hager [...] 1985» habe «abwickeln» wollen, «wegen allzu viel Gorbatschowismus». Da habe sie begriffen, dass sie ihre ursprüngliche Absicht aufgeben müsste, und er – Fink – habe gemerkt, dass «keine historischen Kenntnisse, keine durchdachten Überlegungen vorhanden» und «unsere Erfahrungen und unser Erneuerungswille erst gar nicht gefragt» gewesen seien.⁴⁹

Seine Rektorenzeit resümierend fand Fink im Gespräch mit Maleck deutliche Worte. Was «gewonnen» worden sei «mit den Veränderungen in der DDR, im 41. Jahr ihrer Existenz» – «die Universität und die Wissenschaft freizumachen von jeglicher Instrumentalisierung» –: «diese Freiheit» habe nach seinem jetzigen Erkenntnisstand «die Universität nicht mehr».⁵⁰

Das Ansehen, das Heinrich Fink wegen seines Wirkens in der Universität in Berlin und darüber hinaus genoss, war eng verbunden mit dem, das er sich schon im Oktober/November 1989 im Zusammenhang mit der Aufklärung des gewalttätigen Handelns der DDR-Sicherheitskräfte am 7. und 8. Oktober erworben hatte. Fink war – so erzählte er Maleck – am Abend des 8. Oktober «aus dem Synagogengottesdienst zum Jom Kippur, dem Versöhnungstag der Juden, nach Hause» gekommen und hatte dort Familie und Freunde «in nachdenklicher Diskussion über die Ereignisse» gefunden. Fragen seien gestellt worden wie die: «Warum reden wir nicht mit der Polizei und der Stasi? Warum vertrauen sie nicht unseren guten Absichten, den Sozialismus zum Positiven zu verändern? Warum reichen für sie Knüppel als Argumente?», und es sei dann die Entscheidung getroffen worden, «zum 22.00-Uhr-Fürbittgottesdienst in die Gethsemanekirche» zu gehen – dorthin, wo sich Menschen

47 Ebd., S. 58.

48 Ebd., S. 59.

49 Ebd., S. 59f.

50 Ebd., S. 62.

versammelt hatten, die «ihre Meinung öffentlich bezeugten». Nach dem Gottesdienst war auf die aus der Kirche Kommenden von den Sicherheitskräften eingepöbeln worden; auch Fink hatte Verletzungen an Hals und Rückenwirbeln davongetragen. In den folgenden Tagen war ihm klar geworden, dass «das, was in diesen Nächten in Berlin und anderen Städten der DDR passierte, [...] öffentlich zur Sprache gebracht werden [musste]», und so habe er «bei jeder Gelegenheit» den Ruf unterstützt, «eine Unabhängige Kommission zur Klärung der Ereignisse einzusetzen» – so auch «am 27. Oktober auf dem Rathausplatz», wo er sich von der Menge «genötigt» gesehen habe, zu reden. Als diese Unabhängige Kommission am 3. November «endlich» gebildet worden war – und zwar «von Vertretern der Akademie der Künste, künstlerischen Verbänden, demokratischen Initiativen, Vertretern von Kirchen, Anwälten, Ärzten und Psychologen – wurde, berief auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Untersuchungsausschuss ein. In diesem habe er – Fink – mitgearbeitet und sich dafür eingesetzt, «dass beide Untersuchungsausschüsse miteinander verhandelten und schnell gemeinsam an die Arbeit gingen».

Von den Mitgliedern der Unabhängigen Kommission nannte Fink im Gespräch mit Maleck namentlich die Schriftstellerinnen Christa Wolf und Daniela Dahn, den Schriftsteller Christoph Hein und den Theologen, langjährigen Berliner Stadtjugendpfarrer und persönlichen Referenten von Bischof Gottfried Forck Michael Passauer – alles weithin bekannte Persönlichkeiten, die, als sie sich im November 1991 ihrerseits für ihn einsetzten, sehr genau wussten, mit welchem großem Einsatz und getragen von welchen hohen Idealen er sich in der länger als ein Jahr andauernden Aufklärungsarbeit engagiert hatte. Die bedrückende Atmosphäre bei dieser Arbeit beschreibend, sprach Fink mit Maleck von den «bitteren Erfahrungen, dass Staatsmänner, Polizei und Untersuchungsorgane mehr am Vertuschen als an einem «aufdeckenden» Verfahren interessiert» gewesen seien. «Aus den persönlichen Gesprächen mit Betroffenen und den Protokollen» aber hätten die Kommissionsmitglieder die feste «Überzeugung gewonnen, dass in den Nächten des 7. und 8. Oktober 1989 das in der DDR geltende Recht durch staatliche Organe im höchsten Maße verletzt worden ist».⁵¹

7

Aus diesem Holz war der Mann geschnitten, der 1998 auf der Liste der PDS in den Bundestag einzog. Ein Mann auf ganz eigenem Weg, mit ganz eigenem Kompass. Dessen Nadel immer vor allem in diese eine Richtung wies: Frieden. Frieden im Großen und im Kleinen. Frieden als zielbewusste Aushandlung zwischen den Staaten und als Bewegungsform der Gesellschaft, bestimmend allen Umgang miteinander als gewaltfrei und auf Ausgleich gerichtet.

51 Ebd., S. 72f.

Seine «Haltung, integrativ zu wirken», habe ihm – so Fink im Gespräch mit Ma-leck – «manchmal den Vorwurf» eingebracht, «ausgleichend und versöhnlerisch» und «nicht genug kämpferisch» zu sein. Er könne «mit solchen Meinungen schwer umge-hen», denn für ihn sei «das wichtigste Instrument der Auseinandersetzung die Spra-che», und «solange Menschen miteinander reden können, gehen sie auch menschlich miteinander um». Seine «größten Verletzungen» habe er «an dem Punkt erlebt», wo «Menschen nicht mehr mit mir geredet haben». In der DDR seien solche Verletzungen passiert, «wo mit Menschen nicht geredet wurde und wo man meinte, man wisse, wie sie denken» – aber er erlebe solches für sich eben «auch im Augenblick» [im Mai 1992].⁵²

Die im Folgenden zu lesenden Reden, Texte und Gespräche sind Zeugnisse dieses Fink'schen Ringens um demokratischen Dialog und Frieden. Den ersten Teil bilden – chronologisch geordnet – 22 der insgesamt 58 Reden, die Fink von 1999 bis 2002 im Deutschen Bundestag gehalten hat.⁵³ Die PDS, zu deren Fraktion Fink gehörte, hatte bei den Wahlen am 27. September 1998 mit 5,1 Prozent der Stimmen erstmals die Fünfprozenthürde genommen und damit ebenso erstmalig das Recht erworben, eine Fraktion zu bilden. Bis dahin hatte sie sich mit dem Status einer Parlamentsgruppe zufrieden geben müssen. Die Regierung in dieser 14. Legislaturperiode des Bundestages, in der im Sommer 1999 auch dessen Umzug von Bonn nach Berlin erfolgte, bildeten – nachdem seit 1982 eine Koalition aus CDU/CSU und FDP regiert hatte – erstmals die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. In der Opposition befanden sich also neben der PDS auch die CDU/CSU und die FDP. Die PDS-Fraktion war mit 36 Abgeordneten die kleinste der fünf im Parlament vertretenen Fraktionen (SPD 298, CDU/CSU 245, Grüne 47, FDP 43). Um die Reden in ihrer Debattenbezogenheit verständlich und die oft gegensätzlichen Positionen anderer Rednerinnen und Redner sichtbar zu machen, sind dem Abdruck zahlreiche, zum Teil ausführliche Anmerkungen beigegeben, die sich in den Fußnoten zu den jeweiligen Beiträgen befinden und mit einem * versehen sind. Beim Lesen insgesamt ist zu bedenken, dass Heinrich Fink wegen der nach Fraktionsstärke berechneten Redezeit stets viel weniger Minuten zur Verfügung hatte als die Rednerinnen und Redner der großen Fraktionen SPD und CDU/CSU.

Es ist ein für das Leben und Wirken Heinrich Finks bemerkenswerter Umstand, dass in die Zeit seiner Tätigkeit als Abgeordneter sehr wichtige Entscheidungen für die Entwicklung Berlins als Bundeshauptstadt und für die Entwicklung der deut-schen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik insgesamt gefallen sind. In den De-

52 Ebd., S. 18.

53 Heinrich Fink war – wie eingangs bereits erwähnt – von seiner Fraktion zum kultur- und medienpolitischen Sprecher bestimmt worden. Er hat daher neben den hier abgedruckten 22 Reden zu kultur- und friedenspoliti-schen Fragen auch 36 Reden zu medien- und auch bildungspolitischen Tagesordnungspunkten gehalten, die hier aus thematischen und Platzgründen leider ausgespart bleiben müssen.

batten um die Gestaltung der Stadtmitte, um das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, um Denkmäler für die ermordeten Sinti und Roma und für die Opfer der Euthanasie, um den Erinnerungsort «Topographie des Terrors», um das Freiheits- und Einheitsdenkmal, um den Wiederaufbau des Schlosses und um die Gestaltung des Reichstagsgebäudes nicht nur als Tagungsort des Parlaments, sondern auch als Lernort der Geschichte konnte Fink all sein Wissen, seine Erfahrungen und seine Ideale zur Geltung bringen. Aber auch seine Reden zur Lage in Ostdeutschland, zu Problemen der Friedensforschung, zum Zusammenleben der Religionen oder zur Auswärtigen Kulturpolitik sind Zeugnis seines Ringens um eine auf Verständigung und Aufklärung zielende komplexe Problemerkörterung, die auch für die Nachgeborenen wichtig bleibt.

Den Bundestagsreden folgend sind abgedruckt drei Aufsätze und eine Rede Finks aus der DDR-Zeit, zwei Reden, die er 1990/91 als Rektor der Universität gehalten hat, und vier Gespräche und eine Rede aus den Jahren 1996, 2003, 2007, 2014 und 2016. Es sind diese Dokumente den Bundestagsreden ganz bewusst nicht voran-, sondern nachgestellt, weil sich auf diese Weise die Kontinuität im Fink'schen Denken und Handeln besonders eindrucksvoll darstellt. Der sich da im Bundestag auf Dietrich Bonhoeffer beruft, tut dies eben nicht aus irgendeiner taktischen Erwägung heraus, sondern weil er sich – wie der hier abgedruckte Text aus dem Jahr 1987 zeigt – sein Leben lang mit dem Leben und Werk Bonhoeffers befasst und dessen Maximen des Eintretens für Frieden und Gerechtigkeit nachdrücklich zu den seinen gemacht hat. Der da an Nelly Sachs erinnert, hat sie einst selbst in Stockholm getroffen und über sie geschrieben. Der sich da zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas äußert, hat schon 1968 ost- und westdeutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten dafür gewonnen, Bericht zu geben von ihren Anstrengungen zur Rettung von Jüdinnen und Juden, und diese Berichte in der DDR im christlichen Union-Verlag unter dem Titel «Stärker als die Angst. Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden» herausgegeben. Das ist ein Buch, das auch all jenen zu lesen empfohlen sei, die der absichtsvoll gepflegten Legende Glauben schenken, es habe in der DDR keine Erinnerung an den Völkermord an den Jüdinnen und Juden gegeben und erst des aus den USA kommenden Holocaust-Films in der BRD 1978 gebraucht, um dieses Kapitel der deutschen Geschichte ins Bewusstsein «der Deutschen» zu rücken. Der da immer wieder die sorgfältige Beachtung unterschiedlicher Stimmen auch in der antifaschistischen Gedenkkultur anmahnt, hat schon 1986 in Berlin zur Wiedereröffnung des Friedhofes Adass Jisroel gesprochen. Und der da zu den Problemen des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik Stellung nimmt und zu den im 41. Jahr der DDR sich entwickelnden und abrupt gestoppten Erneuerungshoffnungen, der hat darüber auch 1990/91 schon öffentlich und mit aller Klarheit Zeugnis abgelegt.

Ein Mann auf ganz eigenem Weg, mit ganz eigenem Kompass: Das spiegelt sich in den Bundestagsreden zuweilen auf besonders spannende Weise. Es war – insbesondere in den Debatten um die Gedenkstätten in der Mitte Berlins – nicht selten der

Fall, dass Fink Beifall nicht nur von der eigenen Fraktion, sondern auch aus anderen Fraktionen und von Einzelpersonen aus diesen Fraktionen erhielt. Das hatte nicht nur mit den Reden selbst zu tun, sondern auch mit Finks dialogischer, aufs Zuhören und die Suche nach Gemeinsamkeiten gerichteter Arbeit in den Ausschüssen, die den Debatten im Plenum gemeinhin voranzugehen pflegt. So gewann er in der Summe von allem die auch öffentlich zum Ausdruck gebrachte Achtung von herausgehobenen Politikerinnen ihrer Fraktionen wie etwa Rita Süßmuth (CDU) und Elke Leonhardt (SPD).

Zugleich zeigte sich auch im Bundestag, auf wie unterschiedlichen Wegen sich die Revolutionärinnen und Revolutionäre des 41. Jahres der DDR in den 1990er Jahren entwickelt hatten. Mehrfach wurde Fink während seiner Reden von Günter Nooke – im Herbst 1989 Mitbegründer des Neuen Forums, dann Mitglied von Bündnis 90, zu Finks Bundestagszeit CDU – attackiert; auf den Widerspruch von Stephan Hilsberg – im Oktober 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR, dann SPD – stieß er in der Debatte über die Situation in Ostdeutschland. Beide – Nooke und Hilsberg – hatten sich in jene Parteien eingefügt, die sich die vollständige «Abwicklung» der DDR auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Wo sie eigenständige Auffassungen zur Entwicklung Ostdeutschlands vertraten, verschwanden diese meist in den westdeutschen Mehrheiten. Fink hingegen handelte in Bewahrung und Weiterentwicklung seiner Positionen aus dem 41. Jahr der DDR, die wiederum ihre in der DDR liegenden Wurzeln nicht verleugneten.

Aber diese Gegensätze waren natürlich nicht erst im Bundestag offenbar geworden. Im Januar 1993, als – nach Finks vergeblichem Versuch, auf dem Gerichtsweg eine Rücknahme seiner Entlassung zu erreichen – die «Hochschulgruppe der demokratischen SozialistInnen» zu einem Abschied ins Auditorium Maximum der Universität unter dem Motto «Solidarität mit Heinrich Fink» eingeladen hatte und dieser Einladung Persönlichkeiten aus Ost und West gefolgt waren wie Rudolf Bahro, Stefan Heym, Jürgen Holzapfel vom Europäischen Bürgerforum, Käthe Reichel, Barbara Thalheim, Dieter Lattmann, Pfarrer Rolf Wischnath und Finks Anwalt Lutz Seyboldt,⁵⁴ war tags darauf in der Universität «ein Flugblatt von Bärbel Bohley, Reinhard Schult (Neues Forum), Wolfgang Templin und Michael Wartenberg (Bündnis 90) verteilt» worden: «Keine Solidarität mit Heinrich Fink.»⁵⁵

Von der ungewöhnlichen Breite und Tiefe des theologischen, gesellschaftspolitischen und kulturgeschichtlichen Wissens und Interesses Heinrich Finks legen hier zwei ganz unterschiedliche Gespräche Zeugnis ab: eine Diskussion mit dem Lieder-

54 Fink: Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde, S. 75. – Der Münchner Schriftsteller Dieter Lattmann hatte – wie Fink berichtet – «zusammen mit 36 prominenten Freunden wie Inge Aicher-Scholl, Annemarie Böll, Karl Bonhoeffer, Andreas Buro, Stephan Flade, Friedrich-Wilhelm Marquardt, Wolf-Dieter Narr, Re Buys, Dorothee Sölle, Martin Walsler und Uwe Wesel entscheidend geholfen, die unvorstellbar hohen Gerichtskosten – 35.000 DM – zu bezahlen.» (Ebd.)

55 Ebd., S. 76.

macher und Schriftsteller Reinhold Andert und dem katholischen Theologen Kuno Füssel im «Kulturforum der PDS» im Dezember 1996 über «Die Heimkehr ins Paradies» und eine mit dem Philosophen Jan Vogeler im Dezember 2003 in der Inselgalerie in Berlin über «Heinrich Vogeler und die Utopie vom neuen Menschen».

Seinen Maximen ist Heinrich Fink auch nach den vier Jahren im Bundestag treu geblieben. Im November 2003 übernahm er – und füllte es aus bis zum Mai 2014 – das Ehrenamt des Vorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), und als er mit fast 80 Jahren aus der Führung ausschied, machten sie ihn zu ihrem Ehrenvorsitzenden. 2013 verlieh ihm die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) ihren Menschenrechtspreis. Der international renommierte Jurist und Rechtsphilosoph Hermann Klenner würdigte in seiner Laudatio, «wie sehr und wie oft» Fink «sich eingemischt» habe «in die Geschehnisse unseres Landes, immer auf der Seite der Unteren gegen die Oberen stehend, immer seine Stimme gegen die Ungerechtigkeiten und Ungesetzlichkeiten, gegen die Menschenrechtsverletzungen erhebend, die viele von uns im Ergebnis der bundesrepublikanischen Parlaments- und Regierungspolitik, exekutiert von Gerichtsurteilen zuhauf, erfahren haben», und fuhr fort: «Wir brauchen ihn, seine Ausstrahlung, seine Menschlichkeit, seine Güte, seine Großzügigkeit, ja auch die Überzeugungskraft seines gelebten Glaubens.»⁵⁶

8

Heinrich Finks Leben kann nicht gewürdigt werden ohne eine – wenn hier auch nur kurze – Würdigung seiner Ehefrau Ilsegret Fink.

In der Theologie ausgebildet wie ihr Mann, sei sie mit ihm – wie sie 1992 Bernhard Maleck erzählte – 1957 in der Evangelischen Studentengemeinde in der DDR zusammengetroffen in der gemeinsamen Fragestellung, «ob in Deutschland eine Gesellschaft aufzubauen wäre, die bewusst antifaschistisch und deshalb mit neuen Kriterien sich in der europäischen Völkerwelt nicht nur einzuordnen, sondern auch einzuleben vermag». Das habe sie beide «in der Studentengemeinde zu sehr konstruktiver Nachdenklichkeit über den Sozialismus gebracht». «Theologisch» seien sie sich einig gewesen «in einer von der Bekennenden Kirche, also von Karl Barth her inspirierten engagierten Befragung der Bibel [...], die nicht nur persönlich, sondern auch politisch relevant wurde»: «Wir suchten beide nach einem politischen Selbstverständnis für Deutschland, das nicht länger aggressiv und besitzergreifend schon wieder über die vom zweiten Weltkrieg gezogenen Grenzen hinaus dachte», und «bis zur Stunde» – gemeint ist das Jahr 1992, aber es hätte auch 2020 so gesagt werden können – «haben wir diese Fragestellung nicht geändert!»⁵⁷

⁵⁶ Zit. nach dem Manuskript, das Hermann Klenner dankenswerterweise dem Herausgeber überlassen hat.

⁵⁷ Statt eines Nachwortes. Gespräch mit Ilsegret Fink, 26. Mai 1992, in: Maleck: Heinrich Fink, S. 115 ff.

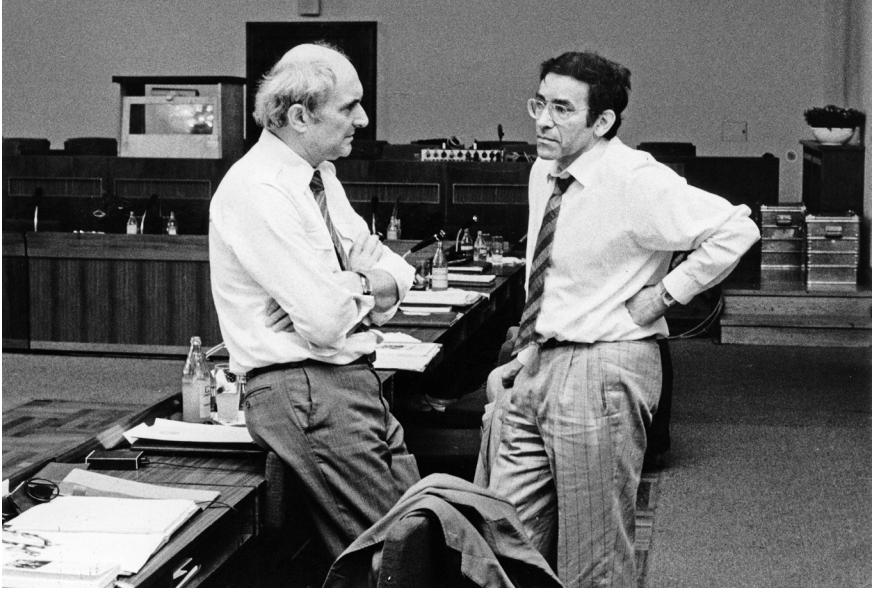
Ilsegrit Fink arbeitete als Studentenpfarrerin, Pastorin und Krankenhausseelsorgerin und war und ist in der Friedens- und Frauenbewegung aktiv. Schon im Theologiestudium – sagte sie im Gespräch mit Maleck – sei ihr bei ihrer «neugierigen Erstlektüre der Bibel» aufgefallen, «dass durchweg in den Texten berichtet wird, dass Frauen einen entscheidenden Anteil an Erkenntnis und Bewährung des Glaubens haben», und das habe für sie «in krassem Gegensatz zu der kirchlichen Tradition» gestanden, «die lediglich Nebenrollen an Frauen verteilte». Und weil auch diese «nur gelernt hatten, mittels patriarchaler Lesebrille sogar die biblischen Aussagen von der Gleichberechtigung als gottgewollte Unterordnung misszuverstehen», habe sie sich «schon für feministische Theologie entschieden, als es diesen hilfreichen Arbeitstitel noch gar nicht gab». ⁵⁸

Um die enge geistige Beziehung zwischen Ilsegrit und Heinrich Fink sinnfällig zu machen, mag hier als Beispiel eine Betrachtung von Ilsegrit Fink zu Sigmund Freud – dem «vergessenen Pazifisten» – aus dem Jahre 2005 genügen. In der «erfreulichen Vielzahl der am 8. Mai 1945 orientierten Fragen» – schrieb sie dort – vermisste sie die Überlegung, «warum es nach dem Sieg der alliierten Armeen nicht zu einer alliierten Ächtung des Krieges gekommen» sei. Das sei etwas gewesen, worauf im Angesicht der ungeheuerlichen Ergebnisse und Folgen des Krieges «weltweit Aktivisten der Friedensbewegungen, Friedensnobelpreisträger und vor allem die Überlebenden aus deutschen Konzentrationslagern und Haftanstalten und unzählige Emigranten gehofft» hätten. Und nun, da seit 60 Jahren «europaweit in autobiographischen Erinnerungen vom unerträglichen Ausmaß der Entwürdigung und Folter von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern zu lesen» sei, «aber auch von Leid, Angst, Verlust und der Konfrontation mit sinnlosem Sterben deutscher Zivilisten unter Bombenkrieg und Flucht», stelle sich die Frage der Ächtung immer wieder neu, getrieben auch von der Überlegung, ob die damals und später erlittenen «Kriegstraumatisierungen überhaupt heilbar» seien. Und genau an dieser Stelle wolle sie an Sigmund Freud erinnern. Der habe, von Albert Einstein, «der sich selber einen militanten Pazifisten nannte», im Jahre 1932 befragt, «ob er – im Kontext seiner Erforschung der menschlichen Triebe – eine Möglichkeit sehe, «die psychische Entwicklung der Menschen so zu leiten, dass sie den Psychosen des Hassens und des Vernichtens gegenüber widerstandsfähiger werden», seine «bereits im April 1915 geäußerte klare Absage an den Krieg» wiederholt: «Den psychischen Einstellungen, die uns der Kulturprozess aufnötigt, widerspricht nun der Krieg in der grellsten Weise, darum müssen wir uns gegen ihn empören, wir vertragen ihn einfach nicht mehr, es ist nicht bloß eine intellektuelle und affektive Ablehnung, es ist bei uns Pazifisten eine konstitutionelle Intoleranz, eine Idiosynkrasie gleichsam in äußerster Vergrößerung. Und zwar scheint es, dass die ästhetischen Erniedrigungen des Krieges nicht viel weniger Anteil an unserer Aufle-

58 Ebd., S. 126.

nung haben als seine Grausamkeiten. [...] Alles, was die Kulturentwicklung fördert, arbeitet auch gegen den Krieg.»⁵⁹

59 Fink, Ilsegrat: Sigmund Freud – der vergessene Pazifist, in: UTOPIE kreativ, Heft 175, Mai 2005, S. 470–473, hier S. 470. – Die Freud-Zitate siehe: Freud, Sigmund: Essays Bd. III, Berlin (DDR) 1989, S. 425.



Heinrich Fink im Gespräch mit Dieter Klein



Heinrich Fink mit Rudolf Bahro, der im September 1990 an die Humboldt-Universität berufen wurde.

TEIL 1

REDEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zu dem am 11. Februar 1999 veröffentlichten Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen zur Verletzung des internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durch die Bundesrepublik Deutschland

(4. März 1999)⁶⁰

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es wurde in der bereits hitzigen Debatte von den Vorrednerinnen und Vorrednern betont, dass der Gegenstand unserer Debatte der erste Bericht der Regierung Kohl ist, der seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UNO vorgelegt worden ist. Ich möchte Sie also gleich darauf aufmerksam machen, dass die Zitate, die ich hier bringe, nicht aus

60 Bundestags-Plenarprotokoll 14/25, S. 2051B–2052B. – *Die Aktuelle Stunde fand auf Antrag der PDS-Fraktion statt. Heinrich Finks Rede darin war seine erste im Bundestag, und es war zugleich eine besonders turbulente. – Die PDS, die in den Monaten Dezember 1989 bis Februar 1990 in der DDR entstanden war und die Wahrung ostdeutscher Interessen im Vereinigungsprozess zu einer Kernfrage ihrer Politik gemacht hatte, stand mit ihrer Forderung, den in der Überschrift genannten UNO-Bericht im Parlament zu diskutieren, weitgehend allein da. Unter Nutzung des Rechts, Aktuelle Stunden zu beantragen, konnte sie den Bericht dennoch zum Thema machen. Klaus Haupt (FDP) brachte die ablehnende Haltung einer übergroßen Parlamentsmehrheit so zum Ausdruck: Es handele sich bei dem UNO-Bericht um «alles andere als ein seriöses Papier»; der UNO-Ausschuss bewege sich mit ihm auf einem «sehr billigen Niveau». – Die Aktuelle Stunde eingeleitet hatte Finks PDS-Fraktionskollegin Maritta Böttcher mit den Worten, dass der Bericht «in nie dagewesener Komplexität und Schärfe die Innen- und Sozialpolitik der Bundesrepublik» kritisiere, «deutlich die Benachteiligung der Ostdeutschen als Problem» anspreche und «dringend» empfehle, «den Prozess der Integration zu beschleunigen». Auf die Politik der PDS eingehend, hatte sie darauf verwiesen, dass diese zu «fast jedem Punkt» des Berichtes «schon Anträge eingebracht oder die Politik der alten Bundesregierung in dieser Hinsicht kritisiert» habe. Der zu erwartenden Zurückweisung der PDS-Vorschläge entgegnetend, betonte sie, dass es sich bei diesen nicht um «verrückte sozialistische Ideen» handele, sondern um die Verwirklichung von «sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechten, die in einem internationalen Pakt festgeschrieben sind, den die Bundesrepublik schon lange vor der

einem PDS-Wahlprogramm stammen, sondern aus einem UNO- Bericht. Ich meine, dass wir schon Vertrauen zur UNO haben sollten.

Ich möchte nicht verschweigen, was von der UNO analysiert wurde. Es wurde ausdrücklich als Analyse angesehen. Unter Punkt A der Einführung wird ausdrücklich betont, dass der Bericht von einer hochrangigen Delegation der neuen Bundesregierung vorgestellt wurde. Der angebotene Dialog wird als offen und vorwärtsweisend gewürdigt. Das nicht von der neuen Bundesregierung erstellte Papier wird auch nicht der neuen Bundesregierung angelastet. Die Regierungserklärung Schröders wird ausdrücklich als Hoffnungszeichen gewürdigt und als Zeichen zukünftiger positiver Veränderungen verstanden.

Allerdings wird der Delegation mangelnde Fähigkeit zu aktuellen Auskünften in entscheidenden Fragen zur Last gelegt. Unter Punkt A 5 wird aufgeführt, dass die Antworten auf Fragen zur Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern Genauigkeit und nähere Einzelheiten vermissen ließen. Es fehlen also genaue Kenntnisse darüber, wie viele Angehörige des öffentlichen Dienstes – damit sind auch lehrende Fachkräfte Ostdeutschlands gemeint – wo und weshalb von ihren Posten entfernt worden sind. Kritisiert wird, dass die Delegation ebenfalls keine verbindlichen Auskünfte über die Anzahl der von Armut betroffenen Menschen und über Sozialhilfeempfänger in Deutschland machen konnte. Sie konnte mithin keine Auskunft über die Verteilung von Armut im Verhältnis von Ost und West geben.

Ich kann hier feststellen, dass die von der UNO geäußerten Punkte der Kritik an der Regierung Kohl genau mit denen der außerparlamentarischen Bewegung der Erfurter Erklärung von 1997 übereinstimmen, die eine Bewegung für eine neue Regierung und eine neue Politik ist.

Unter Punkt 16 merkt der Ausschuss mit Bestürzung an, dass nur 12 Prozent der in Wissenschaft und Technik beschäftigten Angestellten des öffentlichen Dienstes – die Lehrer sind also gar nicht mit einbezogen – weiterbeschäftigt worden sind.

Existenz der PDS unterzeichnet hat». – Als Heinrich Fink ans Pult trat, hatten Rednerinnen und Redner der anderen Fraktionen in einer Grundstimmung gesprochen, zu der noch einmal Klaus Haupt von der FDP zitiert werden soll. Er halte – sagte er – das «Papier» des UNO-Ausschusses «für peinlich», aber das Vorgehen der PDS «für noch peinlicher»; die PDS erweise sich – da sie «nicht an Problemlösungen interessiert» sei, «sondern an Stimmungsmache» – «wirklich als Verweigerer der deutschen Einheit». Stephan Hilsberg (SPD) hatte – mit Beifall von allen anderen Fraktionen bedacht – in die gleiche Kerbe gehauen: Zwar sei «die Situation vieler Menschen im Osten Deutschlands, gemessen an den westdeutschen Verhältnissen, in der Tat miserabel, hundsmiserabel», aber noch ärgerlicher sei «die billige und demagogische Tour», mit der die PDS «hier wieder» versuche, «für sich daraus Nutzen zu ziehen». – Fink selbst bekam die gereizte Ablehnung der PDS in dieser Aktuellen Stunde auch dadurch zu spüren, dass er schon, bevor er noch ans Pult getreten war, mit einem Zwischenruf konfrontiert wurde. Als der den Tagungsvorsitz führende Bundestagsvizepräsident Rudolf Seiters (CDU/CSU) ihn zu seiner Rede – der allerersten, wie gesagt, in diesem Hause – aufforderte, ließ sich Jürgen Koppelin (FDP) unter offensichtlicher Anspielung auf die Fink unterstellte Stasi-Tätigkeit mit den Worten vernehmen: «Muss das sein? Er hat wahrscheinlich wieder einen Bericht geschrieben!» – Einen ähnlichen Zwischenruf vor Redebeginn für nötig hielt am 25. Januar 2001 der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Günter Nooke (CDU/CSU; siehe hierzu unten, S. 63 f.). – Als Fink geendet hatte, gratulierte ihm Seiters unter allgemeinem Beifall in der üblichen Weise zu seiner Premiere.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von wann ist diese Zahl? Wann war diese Zahl aktuell? – Gegenruf des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU]: Nie war diese Zahl aktuell!)

Insgesamt waren von dem in dem Bericht kritisierten Vorgehen mehr als 1 Million Menschen betroffen. Darunter waren zirka 20 Prozent der Lehrer und sogar 50 Prozent der Wissenschaftler an Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. An einzelnen Universitäten belief sich der Anteil der Entlassenen auf sage und schreibe 80 Prozent der Mitarbeiter. Sogar die Internationale Arbeitsorganisation hat sich mit dem Problem der nach der Vereinigung praktizierten Abwicklung von Wissenschaftlern unter dem Aspekt der Diskriminierung befasst.

Ein weiteres Beispiel: Ohne dem ein übergroßes Gewicht beimessen zu wollen, sei hier angemerkt, dass von 2.172 Mitarbeitern des diplomatischen Dienstes ganze vier Personen weiterbeschäftigt wurden.

Dann sei noch darauf hingewiesen, dass allein von der Beschneidung der Renten, die auf berechtigten Sonder- und Zusatzversicherungen beruhen, mehr als 1 Million Menschen betroffen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erinnert werden muss noch einmal an die Schritte, die zu diesem Ergebnis führten. Die Katastrophe begann mit Art. 13 des Einigungsvertrages. Die meisten Arbeitnehmer verloren mit der Abwicklung der Institutionen und der dann folgenden Zwangspause in der «Warteschleife» ihre Arbeit. Für die anderen folgten sogenannte Bedarfskündigungen. Der Rest wurde im Rahmen fachlicher Evaluierungen herausgefiltert, wobei letztgenannter Prozess dieses Attribut nur in sehr eingeschränktem Maße verdient.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Einigungsvertrag steht, dass nur abgewickelt werden kann, was nicht wiederaufgebaut ist. Wir haben dagegen geklagt und sogar bis zum Oberverwaltungsgericht gewonnen.

Versuche, über Wiederbewerbungen einen Arbeitsplatz zu finden, wurden konterkariert. Dabei wurden spezielle Fragebögen entwickelt, die unter den sonst erreichten Standards des Persönlichkeitsschutzes lagen. Ich erinnere daran, dass der Minister für Wissenschaft und Kultur des Freistaates Sachsen zwei Listen mit insgesamt 884 Namen vorwiegend ostdeutscher Naturwissenschaftler an alle Hochschulen des Landes mit dem Vermerk verschickt hat, dass all diese Wissenschaftler künftig von einer Anstellung an einer sächsischen Hochschule auszuschließen seien. Die Motive für diese Säuberung, die mit einer unglaublichen Diskriminierung ostdeutscher Menschen einherging, sind vielgestaltig.

Vizepräsident Rudolf Seiters: Herr Abgeordneter Fink, ich muss darauf hinweisen, dass Sie leider der erste Abgeordnete sind, der sich in dieser Aktuellen Stunde nicht an die vorgegebene Redezeit hält.

Ich bitte um Entschuldigung.

Vizepräsident Rudolf Seiters: Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Was ich deutlich machen möchte, ist: Ich hoffe, dass die neue Regierung alles daransetzen wird, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung auch in den neuen Bundesländern dergestalt zu fördern, dass die innere Einheit unseres Landes endlich hergestellt wird.

(Beifall bei der PDS)

Zum Konzept des Bundes zur Förderung von Gedenkstätten, zur Erhaltung der Gedenkstätten in den Konzentrationslagern in den neuen Bundesländern und zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin

(22. April 1999)⁶¹

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es scheint eine gewisse Zusammenarbeit in dem Ausschuss für Kultur und Medien zu geben, da die meisten Mitglieder dieses Ausschusses hier reden. Ich kann mich sehr vielem von dem anschließen, was hier gesagt wurde. Ich möchte aber sehr konkret von einigen Erfahrungen berichten, die auch Ergänzung für die Anträge sein können.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass nicht alle neuen Bundesländer in der Lage sind, die von der Bundesregierung erwartete Summe für die Gedenkstätten-erhaltung aufzubringen und in ihre Landeshaushalte aufzunehmen. Das hat zur Folge, dass diese Länder auch nicht die entsprechenden Bundesmittel bekommen. Deshalb können zum Beispiel im Land Brandenburg in den KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück wichtige Erhaltungsarbeiten nicht mehr realisiert werden.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Wo ist das Geld?)

Dadurch besteht in Ravensbrück die Gefahr, dass das Gelände des Konzentrationslagers, auf dem Betriebsanlagen in einmaliger Weise erhalten geblieben sind, die ein beredtes Zeugnis vom Zusammenwirken von SS und deutscher Industrie ablegen, nicht angemessen in die Gedenkstätte einbezogen werden kann. Gleiches gilt für das fast vergessene Jugend-KZ Uckermark, weil dieses Gelände nach dem Krieg durch die Sowjetarmee genutzt wurde und deshalb nicht als Erinnerungsstätte in der DDR zur Verfügung stand. Das Gelände ist jetzt frei, die Erinnerungsstätte muss neu errichtet werden. Weil die Mittel fehlen, mussten wichtige Forschungsergebnisse vergangener Jahre unveröffentlicht bleiben. Sie alle wissen: Langfristige Forschungsarbeit ist mit ABM-Stellen nicht zu leisten,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

so sehr sie für den einzelnen als Alternative zur Arbeitslosigkeit der einzige Ausweg sind. Die Anhörung der Gedenkstättenleiter zum Holocaust-Denkmal am 20. April im Reichstag in Berlin – sie ist schon mehrfach erwähnt worden – machte deutlich,

61 Bundestags-Plenarprotokoll 14/35, S. 2870C-2871D. – *Dies ist die erste Rede Finks zum großen Komplex der Gedenkstätten und der Erinnerungskultur, auch die erste zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Es folgen weitere unter den Nummern 3, 4, 6, 11, 13 und 17.

dass es allen bis auf Buchenwald an Haushaltsmitteln für den elementaren Erhalt der Gebäude mangelt, ganz zu schweigen von der Finanzierung von Forschungsarbeiten und pädagogischen Mitarbeitern. Alle betonen hingegen, dass die Besucherzahlen gestiegen sind, besonders die Zahl Jugendlicher. Viele ehemalige Häftlinge führen als Zeitzeugen – 86jährige, 88jährige, im letzten Jahr sogar ein 90jähriger – durch die Gedenkstätten und berichten von ihrer Vergangenheit. Authentischere Zeugen gibt es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und der SPD)

Viele ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger sind zu Führungen bereit und entlasten somit die kleine Zahl der unterbezahlten hauptamtlichen Mitarbeiter. Bei denen möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei der PDS, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe zu Zeiten der DDR an 20 Workcamps mit Gruppen vom Bund der Antifaschisten und mit Aktion Sühnezeichen in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück teilgenommen. Die Synode meiner Berlin-Brandenburger Kirche hat allen Pfarrern empfohlen, diese Gedenkstätten mit ihren Konfirmanden zu besuchen. Eine ganze Konfirmandengeneration ist in diesen Gedenkstätten geschult worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Auswahl von Gedenkstätten, denen gesamtstaatliche Bedeutung zukommt, sind dringlich Ergänzungen nötig. Ich denke vor allem an die KZ-Gedenkstätten Dachau und Neuengamme, in denen von westlichen Alliierten Nazitäter interniert wurden, wie es die SMAD auf Alliiertenbeschluss hin auch getan hat. Wenn die fatale Nachnutzung in Buchenwald und Sachsenhausen mit großem finanziellen Aufwand so ausführlich dokumentiert wurde, sollte eine Dokumentation für Dachau und Neuengamme nicht unterlassen werden. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die der dortigen Gedenkstättenleiter.

(Beifall bei der PDS)

Unvollständig sind die Empfehlungen der Enquete-Kommission auch in Bezug auf die bisher vergessenen Opfergruppen. Es gibt in Buchenwald jetzt ein Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma, aber es gibt zum Beispiel keinen Gedenkort für Euthanasieopfer, die etwa in Brandenburg, Grafeneck, Hartheim, Sonnenstein und Hadamar ermordet wurden. Ausdrücklich unterstützen möchte ich den Staatsminister Naumann in den bei der Anhörung zum Holocaust-Mahnmal hier in Bonn angesprochenen Bemühungen um eine Öffnung des Archivs des Internationalen Roten Kreuzes in Arolsen. Der Zugang zu diesem Archiv würde demokratische Erinnerungskultur in Sachen NS-Forschung und damit die Arbeit der Gedenkstätten in erheblichem Maße voranbringen. Doch das muss auch finanziert werden.

Meine Damen und Herren, in Erinnerung bringen möchte ich noch – das muss an diesem Ort gesagt werden dürfen, ohne einen Parteidiskurs heraufzubeschwören –, dass die SED/PDS auf ihrem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 beschlossen hat, sich dafür einzusetzen – ich zitiere wörtlich – «dass den Opfern stali-

nistischer Opfer [sic! Das ist ein Fehler im Protokoll. Richtig muss es heißen: dass den Opfern stalinistischer Verbrechen]⁶² ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird». Das heißt für mich auch, der Opfer in den Gefängnissen Hohen Schönhausen und Waldheim zu erinnern und zu mahnen.

(Beifall bei der PDS)

Erinnerungskultur ist für mich eine rückhaltlose Aufdeckung des Verlaufs der Geschichte, und deshalb kann es keine Gleichsetzung geben zwischen dem SED-Regime, das sich ohne Blutvergießen aufgegeben hat, und der Nazidiktatur, die – wir wissen das ja alles – in einem bisher nicht gekannten Ausmaß Menschenleben aus allen Erdteilen vernichtet hat.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Herr Kollege Fink, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Heinrich Fink (PDS): Lassen Sie uns doch historisch gewissenhaft bleiben – um der Opfer willen. Die nächste Generation wird uns dafür historisch-kritisch zur Verantwortung ziehen.

Ich unterstütze beide Anträge. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition und der CDU/CSU, untersetzen Sie Ihren Antrag mit der Forderung nach Bundesmitteln in einer diesen Aufgaben angemessenen Höhe, um dem Anspruch einer demokratischen Erinnerungskultur zu genügen!

(Beifall bei der PDS)

62 *Die Passage, die Fink hier zitiert, entstammt nicht einem Beschluss, wohl aber dem einhellig angenommenen Referat, das Michael Schumann auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 2. Beratungstag am 16. Dezember 1989 vorgetragen hat. Das Referat trug die Überschrift «Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED», wurde später aber vor allem unter dem Titel «Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System», unter dem es in der Zeitung *Neues Deutschland* veröffentlicht wurde, bekannt. Die hier zitierte Textstelle ist zu finden in: Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 191.

Zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas

(25. Juni 1999)⁶³

Sehr verehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Die Lyrikerin Nelly Sachs und der Lyriker Paul Celan haben als Überlebende ihre Gedichte den Wolkenmassengräbern als Grabsteine gesetzt.

Nelly Sachs:

Die Schornsteine auf den sinnreich erdachten Wohnungen des Todes,

als Israels Leib zog aufgelöst in Rauch durch die Luft,

wer erdachte euch und baute Stein auf Stein den Weg für Flüchtlinge in Rauch?

Es ist wohl einfacher, überlebende Dichter mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und dem Nobelpreis zu ehren, als den Millionen im Wolkenmassengrab ein Denkmal auf deutscher Erde zu setzen.

Die Logistik der technisch perfekten «Endlösung» der Judenfrage bleibt wohl das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Deshalb brauchen wir in unserer Hauptstadt einen Ort ehrenden Gedenkens für die Juden, denen das Lebensrecht in juristischer Akribie zuerst eingeschränkt und dann überhaupt bestritten wurde.

In der Beschlusserklärung des Ausschusses für Kultur und Medien sind drei Vorschläge genannt. Einer davon ist seit 1993 von der jeweiligen Jury schon zweimal mit absoluter Mehrheit abgelehnt worden. Es geht um das Zitat aus dem fünften Gebot «Du sollst nicht morden!» auf Hebräisch. Er ist nun zum dritten Mal in die Diskussion gebracht worden. Ich sehe in diesem Vorschlag einen fatalen Denkfehler. Wenn schon, dann müsste «Du sollst nicht morden!» wenn auch verspätet, an alle Kirchen-

63 Bundestags-Plenarprotokoll 14/48, S. 4109A-B. – *In dieser dem Anlass angemessen besonders langen, auf drei Stunden angelegten Debatte – einer der letzten in Bonn vor dem Umzug des Parlaments nach Berlin – sprachen von der PDS vor Heinrich Fink auch Gregor Gysi und Petra Pau. Am Ende der Beratung stand die Beschlussfassung über den Bau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, wie es dann in den Jahren 2003 bis 2005 tatsächlich errichtet wurde und heute oft unter der Kurzbezeichnung «Holocaust-Mahnmal» bekannt ist. Einen Entwurf des US-amerikanischen Architekten Peter Eisenman in die Tat umsetzend, wurde auf einer fast 20.000 Quadratmeter großen Fläche im Zentrum Berlins südlich des Brandenburger Tores ein über rechtwinklig zueinander verlaufende Wege begehbare Feld aus 2.711 quaderförmigen, unterschiedlich hohen Betonstelen errichtet. Die Einweihung des Denkmals fand am 10. Mai 2005 statt. – Gregor Gysi erinnerte daran, dass «die Diskussion über die Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit dieses Mahnmals für die ermordeten Juden Europas» schon vor elf Jahren (1988) begonnen hatte und dank der Beharrlichkeit von «Frau Rosh, Herrn Jäckel und anderen» nicht wieder abgebrochen werden konnte. Es habe «rechte Gegner und linke Bedenken-träger» gegeben, und auch er habe «Bedenken» gehabt. Ob «ein solches Mahnmal nicht vielleicht 50 Jahre zu spät» komme, sei ihm durch den Kopf gegangen, und andere hätten ihn gefragt, wie man denn «ein Mahnmal im Land der Täter, Schweigenden und Zusehenden gestalten» könne. Er finde indes «schon diese Charakterisierung [...] falsch», denn «in diesem Land» habe «es auch Opfer, viele, zu viele» gegeben. «Auf die Frauen und Männer, die gegen Hitler Widerstand leisteten, sollten wir stolz sein und sie bei der Charakterisierung des Landes und seiner Geschichte nicht regelmäßig ausblenden.» – Petra Pau sprach von «Hundertern Briefen», die ihr als Berliner Abgeordnete gegenüber «ein breites Engagement für ein Holocaust-Denkmal» bezeugten. Sie werbe über dieses Denkmal hinaus «für die Vervollständigung eines Netzwerkes des Erinnerns und des Mahnens». Dazu gehörten «die authentischen Orte des Verbrechens wie Sachsenhausen oder Auschwitz ebenso wie Museen, die Ausstellung ›Topographie des Terrors‹ oder das Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin». Sie alle dürften «nicht gegeneinandergestellt werden», sondern hätten alle «ihre spezifische Aufgabe», müssten und könnten «sich ergänzen», und zu diesem Netzwerk gehöre auch, «endlich die Opfer und Zwangsarbeiter zu entschädigen».

türen geschrieben werden. Denn in Deutschland hatte das fünfte Gebot weder in Friedens- noch in Kriegszeiten eine verbindliche biblische Autorität. Das bald beendet zweite Jahrtausend war im christlichen Abendland Jahrhundert für Jahrhundert blutig gezeichnet: durch Judenhass, durch Judenvertreibung, angezettelte Pogrome. Und schon im 19. Jahrhundert gab es antisemitische Lehrer an meiner Berliner Universität. Der verheerend folgenschwere Satz «Die Juden sind unser Unglück!» stammt von dem prominenten Historiker Heinrich von Treitschke.⁶⁴

Darum bitte ich Sie, dem Entwurf Eisenman II – ohne Ergänzung – zuzustimmen. Dieser Entwurf ist für mich eine stumme, starke Herausforderung zum ehrenden Gedenken an die ermordeten Juden Europas. Dieses Kunstwerk wirkt durch sich selbst, durch seine eigene Art des Ausdrucks – ohne zusätzliche Verbalisierung.

Danke.

(Beifall bei der PDS)

Zur Errichtung einer «Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas»

(11. November 1999)⁶⁵

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 25. Juni dieses Jahres hat der Bundestag die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas beschlossen. Gleichzeitig wurde die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung zur Verwirklichung dieses Beschlusses festgelegt.

Meine Fraktion begrüßt es, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland und Repräsentanten jüdischer Gemeinden und Institutionen ihre Mitarbeit in Gremien der Stiftung bereits grundsätzlich zugesagt haben. Aber das Anliegen war und bleibt, dass die nichtjüdischen Deutschen den ermordeten Jüdinnen und Juden Europas ein

Das Holocaust-Denkmal habe «eine spezifische Aufgabe, solange wir an einem Grundgedanken festhalten. Es geht um ein deutsches Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas.» – Einen Eindruck von der Schärfe der Auseinandersetzungen vermittelte in ihrer Rede – nachdem sie zunächst Helmut Kohl, der bis 1998 Bundeskanzler gewesen war, für dessen großes Engagement für das Denkmal gedankt hatte – die unmittelbar nach Heinrich Fink sprechende Elke Leonhard (SPD). Sie sprach von «Vergiftungserscheinungen», wertete «die Dauer, die Intensität, die Heftigkeit, mit denen die Debatte geführt wurde», als «Indiz, dass das Denkmal errichtet werden muss», bezog sich auf Willy Brandts Diktum, wonach sich «in der Kraft der Erinnerung [...] der Lebenswille der Demokratie aus[drückt]», und sagte dann «mit Entschiedenheit», dass es «erlaubt sei, «leise oder gemäßigt für oder gegen ein Denkmal zu sein», dass sie sich aber «verwahren» gegen Begriffe wie «Schandmal», «Kranzabwurfstelle», «Moralkeule», «fußballfeldgroßer Alptraum» und «in Beton gegossenes Schuldeingeständnis». Das Denkmal sei – «integriert in die Gesamtkonzeption gegen das Vergessen, um die es geht – zusammen mit den authentischen Stätten, die Leidensstätten waren und Friedhöfe sind, ein Zeichen, dass die Deutschen, dass wir an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend nicht nur in die Rechte unseres großen kulturellen Erbes, in die Tradition [...] der Dichter und Denker eintreten, sondern auch die Pflichten anerkennen und die Verantwortung übernehmen, die sich aus den finsternen Seiten und Zeiten unserer Geschichte ergeben, aus den Ursachen und Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur». Es bestätige, «dass wir den Willen und die Kraft haben, uns der Verantwortung zu stellen, dass die Demokratie nicht nur staatlicher Rahmen ist, sondern in den Herzen verankert wird. Das Nicht-Vergessen, das Nicht-verdrängen-Wollen, das Sich-Stellen und das Verantwortung-Übernehmen, Mut und Zivilcourage» seien «Grundsteine für das «Nie wieder».

64 *Zu Treitschke siehe auch unten, S. 59 f.

65 Bundestags-Plenarprotokoll 14/69, S. 6220B-C.

Denkmal setzen. Deshalb ist der Gesetzentwurf der F.D.P. – Herr Kollege Schmidt-Jortzig hat ihn erläutert – im Ansatz richtig, der der Koalition nicht.

Wir bitten darum, dass die Vertreterinnen und Vertreter jüdischer Organisationen und Gemeinden dieses Vorhaben im Bereich der Stiftung im Beirat begleiten. Die Verantwortung im Kuratorium muss aber bei uns bleiben.⁶⁶

Eine Verständigung zwischen den Fraktionen ist ebenso möglich wie nötig.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Herr Fink! – Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viele Möglichkeiten, das zu erreichen, haben wir gehabt? 30 oder 25?)

Der Beschluss, über den heute abgestimmt werden soll, würde sie allerdings unmöglich machen. Deshalb können wir ihm nicht zustimmen. Bei zügiger Bearbeitung der Gesetzentwürfe wäre es auch ohne diesen Beschluss möglich, die symbolische Grundsteinlegung am 27. Januar 2000, dem Gedenktag an die Opfer des Faschismus, durchzuführen. Dies muss gemeinsames Ziel bleiben.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Finanzierung des Denkmalbaus konkretisiert wird. Bis jetzt heißt es im Gesetzentwurf der Regierungsparteien, dass es um einen «jährlichen Zuschuss des Bundes nach Maßgabe des jeweiligen Bundeshaushalts» geht. Diese vage Angabe muss zumindest nach unten begrenzt werden. Wir bitten, dass sich die Bundesregierung auf einen öffentlich genannten Betrag festlegt.

Beschließen Sie heute bitte nichts, was die dringend notwendige Verständigung erschweren könnte. Wir sollten bei unserem Beschluss vom 25. Juni bleiben.

(Beifall bei der PDS sowie des Abg. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig [F.D.P.]⁶⁷)

Zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses

(2. Dezember 1999)⁶⁸

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag der F.D.P. – ich nehme ihn sehr wörtlich und ernst – geht es um die zukünftige Architektur der historischen Mitte Berlins und – was nach unserer Meinung noch bedeutsamer ist – um den wichtigsten öffentlichen Raum der Hauptstadt. Das sollte

66 *Ob die Vertreterinnen und Vertreter jüdischer Organisationen und Verbände im Beirat der zu gründenden Stiftung mitarbeiten sollten oder im Kuratorium – das war ein zentraler Punkt der Debatte. Der FDP-Abgeordnete Edzard Schmidt-Jortzig, den Fink gegen die Regierungskoalition unterstützte, hatte den Konflikt so umrissen: Es sei «schlicht absurd», zu behaupten, dass «diejenigen, die nicht die Linie der Koalition vertreten, [...] die jüdischen Organisationen nicht an der Ausgestaltung des Denkmals beteiligen [wollten]». Natürlich träten alle für diese Beteiligung ein. Aber es müsse immer deutlich bleiben, dass es um «ein Denkmal der Täter für die Opfer» gehe, «ein Denkmal der nichtjüdischen Deutschen für die ermordeten Juden Europas». Und so wäre es falsch, die jüdischen Vertretungen «in das Beschlussorgan der Stiftung» – also das Kuratorium – einzubeziehen, denn das würde «die Verantwortlichkeit der nichtjüdischen Deutschen – der Täter – völlig verwischen» und «eine tiefgreifende Änderung des vom Bundestag beschlossenen Widmungszwecks des Mahnmals bedeuten». Schmidt-Jortzig verwies darauf, dass auch sein «verstorbenen, hochverehrter Parteifreund Ignatz Bubis [...] dies immer so vertreten» und darum erklärt habe, dass «der Zentralrat der Juden [...] sich aus Gründen klar umrisser Verantwortlichkeit aus der Diskussion um das Mahnmal heraushalten [wolle]».

67 *Die Debatte zur Denkmalsstiftung wurde am 15. Dezember 1999 fortgesetzt. Siehe hierzu die dokumentierte Rede, unten, S. 49 f.

68 Bundestags-Plenarprotokoll 14/76, S. 7051A-D.

für alle diesbezüglichen Überlegungen bestimmend sein. Dazu bedarf es zuallererst eines detaillierten und schlüssigen Nutzungskonzeptes für die gesamte Spree-Insel.

(Dr. Günter Rexrodt [F.D.P.]: Richtig!)

Solange sich aber der Bund und Berlin darauf nicht geeinigt haben, sind nach Auffassung der PDS jegliche Bebauungsvorschläge grundsätzlich abzulehnen. Dass dieses Konzept noch immer nicht vorliegt und dass das Areal auch im zehnten Jahr nach der Herstellung der deutschen Einheit alles andere als eine Zierde der Stadtmitte darstellt, das wissen und das sehen wir.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P., ich habe in Ihrem Antrag vergeblich den Palast der Republik gesucht. Sie haben ihn zwar eben mündlich hinzugefügt; aber in Ihrem Antrag haben Sie ihn offensichtlich bereits beerdigt. Dagegen wende ich mich ganz entschieden.

(Beifall bei der PDS)

Den Standpunkt der PDS in dieser Frage kennen Sie gut. Wenn Sie sich mit der Materie beschäftigt haben, dann wissen Sie auch, dass die PDS in dieser Stadt keineswegs allein für den Erhalt des Palastes nach einer Asbestsanierung eintritt. Ihn einfach abzureißen wäre ebenso ein Zeichen von Arroganz und Siegermentalität wie der seinerzeitige Abriss des Schlosses durch die DDR-Führung.

(Beifall bei der PDS)

Herr Naumann, ich möchte Sie wirklich freundlich bitten, auf die Menschen, die Sie anreden, auch zu gucken. Ich bin kein Kind von Ulbricht. Er hat mich nicht erzogen.

(Dr. Ruth Fuchs [PDS]: Geboren auch nicht! Das hat die DDR auch nicht geschafft, dass die Männer Kinder kriegen!)

Ich sage hier öffentlich: Der damalige Abriss des Schlosses war ein Zeichen der Arroganz der Macht; denn das Schloss war nur teilweise zerstört. Ich habe als Student im Nordflügel des Schlosses eine Picasso-Ausstellung gesehen. Man bringt Bilder von Picasso ja wohl nicht in eine Ruine, die einer solchen Ausstellung nicht mehr würdig wäre.

Der Abriss des Palastes wäre aber auch ein kaum geringerer architektonischer Frevel; denn er ist durchaus als zeitgenössisches bauliches Denkmal anzusehen. Ich darf Sie daran erinnern, dass auch Mitglieder der F.D.P.-Fraktion im letzten Berliner Abgeordnetenhaus dies schon zum Ausdruck gebracht haben.

Wenn wir für die Erhaltung des Palastes eintreten – ob in der jetzigen Form oder im Ensemble mit dem Schloss oder mit Teilen von ihm; je nachdem, wie es ein Gesamtnutzungskonzept einmal vorsieht –, dann tun wir das weit weniger aus nostalgischen Gründen, als uns dies bisweilen unterstellt wird. Der Palast war ein hochmodernes, multifunktionales Gebäude, und er war – dies möchte ich noch einmal betonen – ein öffentlicher Raum. Dies sollte er auch bleiben bzw. wieder werden.

(Beifall bei der PDS)

Jegliche private oder staatliche Nutzung auf dem Areal Spree-Insel – ob mit einem Hotel oder gar mit einem Gästehaus der Regierung – wäre ein Affront gegen die In-

teressen der Berlinerinnen und Berliner. Nicht nur die Ostberliner möchten diesen Palast stehen lassen.

Um zusammenzufassen: In jedem Fall muss die gesamte Spree-Insel ein öffentlicher Raum für öffentliche Aktivitäten bleiben. Erst dann, wenn ein Gesamtkonzept vorliegt, sollte entschieden werden, welches der Gebäude dort Dominanz erlangt und in welcher architektonischen Form.

(Beifall bei der PDS)

Aus den genannten Gründen kann dies kaum ohne den Palast gedacht werden.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Fink, Sie müssen zum Schluss kommen, bitte.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass auch nach der jetzigen Asbestsanierung eine Instandhaltung und Nutzung des Palastes

(Margot von Renesse [SPD]: Aber er ist scheußlich!)

im beschriebenen Sinne um ein Vielfaches kostengünstiger wäre als jeder Neubau.

Die PDS betrachtet den vorliegenden Antrag, so wie er von der F.D.P. – ich betone: wörtlich – vorgelegt worden ist, als nicht sachgerecht.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Fink, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Er führt in die falsche Richtung. Deswegen müssen wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der PDS)

Zur Errichtung einer «Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas»

(15. Dezember 1999)⁶⁹

Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Freude zum Ausdruck geben, dass wir heute, noch im alten Jahr am Ende dieses blutigen Jahrhunderts, zu einem Abschluss der Diskussion über das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung für das Holocaust-Mahnmal kommen werden. Ich bin nicht überzeugt, dass die offene Feindschaft beendet ist und die verdeckt operierenden Verzögerer es aufgegeben haben, das Denkmal zu verhindern. Aber die Spitze ist diesen Versuchen nach dem heutigen Tage wohl abgebrochen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das sieht die PDS als Erfolg für alle Menschen in diesem Lande, die sich seit Jahrzehnten um eine ehrliche Erinnerungsarbeit bei einem der finstersten Kapitel der deutschen Geschichte bemüht haben. Wenn ich sage Erfolg, so gebührt das Verdienst dafür in ganz besonderem Maße den Mitgliedern des Förderkreises zur Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, besonders Lea Rosh. Diese haben sich seit über elf Jahren nicht entmutigen lassen, ihre Idee mit Beharrlichkeit in die Tat umzusetzen. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

⁶⁹ Bundestags-Plenarprotokoll 14/78, S. 7173D-7174B. – *Die Debatte schließt an die vom 11. November 1999 an (siehe oben, S. 46f.).

Der symbolischen Grundsteinlegung genau morgen in sechs Wochen sollte nun nichts mehr entgegenstehen. Gleichwohl möchte ich nicht so verstanden werden, dass nun etwa alle Diskussionen, die wir gerade in den letzten Wochen um den Status der Stiftung sowie um die Zusammensetzung von Kuratorium und Beirat geführt haben, unnötig gewesen wären. Nach wie vor vertrete ich den Standpunkt, dass es der Sinnhaftigkeit der Stätte – nämlich einem Denkmal der Täter, der nichtjüdischen Deutschen, für die Opfer, die Juden – entsprochen hätte, die genannten Gremien entsprechend zu besetzen. Das heißt, es wäre für mich logisch gewesen, das Kuratorium ausschließlich aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundestages, des Berliner Abgeordnetenhauses und des Förderkreises zu besetzen. Der Zentralrat der Juden und die Jüdische Gemeinde von Berlin – für mich gehört zur Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin auch die leider nicht berücksichtigte Synagogengemeinde Adass Jisroel – ebenso wie die weiter im Gesetzentwurf aufgeführten Mitglieder des zu gründenden Kuratoriums, auf deren Stimme gerade die PDS nicht verzichten will, hätten ihre Mitwirkung dann im Beirat einbringen können. Doch es liegt uns fern, daraus nun eine Nagelprobe für das Gesamtvorhaben machen zu wollen. Da bei den Genannten offensichtlich Einverständnis vorliegt, wird die PDS dieser Zusammensetzung zustimmen.⁷⁰

Jegliches kleinliche Gezänk um Bebauungsplanung, sicherheits- und städtebauliche Fragen, das in dieser Stadt leider alltäglich ist, würde unserem Land ein Armutszeugnis besonderer Art ausstellen. Das betrifft in gleicher Weise die Finanzierung des Projektes. Hier wie in so vielen anderen Fällen nach der jeweiligen Kassenlage entscheiden zu wollen – die Formulierung in § 3 Abs. 2 des Gesetzentwurfes rückt diese Gedanken jedenfalls in den Bereich des Möglichen – hielte die PDS für einen an politischer Peinlichkeit kaum zu überbietenden Fauxpas.

In der Hoffnung, dass es dazu niemals kommen wird, stimmt die PDS dem vorliegenden Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung

(20. Januar 2000)⁷¹

Sehr verehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist für mich eine besondere Freude und ein Ereignis, zu diesem Thema sprechen zu dürfen, haben wir es doch am Ende der DDR an der Humboldt-Universität noch geschafft, ein Institut für Friedens- und Konfliktforschung zu gründen. Dieses ist aus verschiedenen Gründen abgewickelt worden. Grund war natürlich das fehlende Geld. Deshalb ist

70 *Damit schloss sich die PDS dem Antrag der Regierungskoalition (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) an. In der vorausgegangenen Debatte am 11. November 1999 (siehe oben, S. 46f.) hatte Heinrich Fink im Namen der PDS-Fraktion noch den Antrag der FDP unterstützt, den Edzard Schmidt-Jortzig begründet hatte.

71 Bundestags-Plenarprotokoll 14/81, S. 7558A-D.

es besonders zu begrüßen, dass jetzt wieder Mittel für die Friedens- und Konfliktforschung vom Bund bereitgestellt werden.⁷²

Auch die Idee, die Forschung auf diesem wichtigen Feld der Politik mittels einer Stiftung zu verstetigen und möglichst unabhängig zu organisieren, unterstützt meine Fraktion nachhaltig. Es ist an der Zeit, dass eine solche Einrichtung geschaffen wird, die von der Nachwuchsförderung über die wissenschaftliche Projektinitiierung bis zur Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und politischer Praxis Friedensarbeit wieder breit unterstützt. Wir stimmen daher dem Antrag der Regierungsfractionen gen zu.
(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hingegen offenbart die Union mit ihrem Gegenantrag nicht nur, dass sie von Friedens- und Konfliktforschung wenig versteht, vor allem aber auch wenig hält. Vielmehr zeigt der Antrag auch ein mehr als merkwürdiges Wissenschaftsverständnis. Die Union will Forschung auf staatstragende Politberatung reduzieren, eine Politberatung, die zudem noch auf Zuarbeit aus der Wissenschaft angewiesen ist und die zu einer nationalen Strategie der Sicherheitspolitik verkürzt wird. Den Antrag der CDU/CSU lehnen wir entschieden ab, schon deshalb – das sage ich nicht ohne Erfahrung –, weil es die Freiheit der Forschung zu verteidigen gilt.

Wenn wir uns die heutigen gewaltförmigen Konflikte in der Welt ansehen, dann wird schnell deutlich, welch breites Feld hier der wissenschaftlichen Bearbeitung bedarf. Dies reicht von der interdisziplinären Grundlagenforschung über die Forschung nach den Ursachen von Gewalt und über die Regionalforschung bis zu Überlegungen, wie die globalen Umwelt- und Verteilungsfragen angegangen werden müssen.

Wir erwarten von einer unabhängigen Friedens- und Konfliktforschung erstens, dass sie mehr Erkenntnisse über die Ursachen der Konflikte und der Gewalt zutage fördert. Dabei gehen wir von einem breiten Gewaltbegriff aus. Zu nennen ist hier das Stichwort eines Nestors der Friedensforschung, Johan Galtung: strukturelle Gewalt.

Es käme also darauf an, auch die strukturellen gesellschaftlichen Voraussetzungen von Gewalt und Gewaltfreiheit in den Blick zu nehmen. Man muss zweitens die Beiträge zu friedlichen, das heißt präventiven Konfliktlösungen liefern und sich drittens

72 *Heinrich Fink war mit diesem Institut für Friedens- und Konfliktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin aufs Engste verbunden. Es war im Frühjahr 1990 gegründet worden und stand im November 1991 – wie *die tageszeitung* am 21. November 1991 unter der Überschrift «Erhardts Nullen und das Ende der Friedensforschung» berichtete – «auf der Abschlusliste». «Sechs Nullen in einem Papier des Wissenschaftssenators Manfred Erhardt» bedeuteten «das baldige Ende des Instituts»; «die Nullen» markierten «die für dieses Institut künftig vorgesehenen Stellen». Die Universität – so der Artikel weiter – könne daran nichts ändern, denn sie sei «dem Senator ausgeliefert, weil der Senat sie noch nicht in die Autonomie entlassen hat». Als Grund für die Senatsentscheidung vermutete *die tageszeitung* neben den Finanzen auch «personelle Altlasten»: Schon bei seiner Gründung 1990 habe es in dem «Ruf» gestanden, «eine Stellenbeschaffungseinrichtung für heimatlos gewordene ML-Dozenten zu sein». – Es ist kein Zufall, dass die Entscheidung über das Institut fast auf den Tag genau gleichzeitig mit den Entscheidungen über den Verbleib Heinrich Finks im Rektorenamt der Universität fiel. Am 25. November 1991 erklärte der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck öffentlich, dass Fink als IM für das MfS tätig gewesen sei, und noch am selben Tag kündigte Erhardt die fristlose Entlassung Finks als Professor an. – Die Verbindung Finks mit dem Institut hatte bereits mit seiner Mitwirkung an dessen Vorläufer, dem Mitte der 1980er Jahre geschaffenen multidisziplinären «Arbeitskreis Friedensforschung» begonnen, der –

kritisch mit den Militär- und Rüstungspotenzialen in der heutigen Welt auseinanderzusetzen sowie Vorschläge für künftige Rüstungskontrolle und Abrüstung unterbreiten.

Das wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Konfliktprävention ist, wenn sie ihren Namen verdient, immer zugleich auch Friedenserziehung; dies sei hier nur am Rande erwähnt. Mir ist wichtig zu betonen, dass sich künftige Friedensforschung nicht allein auf Europa beschränken kann. Die Zunahme weltweiter, gewaltträchtiger Probleme und Krisen verlangt eine global ausgerichtete Forschung, die weit über die Themen der klassischen Außenpolitik hinausgeht.

Ich habe das Stichwort Umwelt genannt und erwähnt, dass zum Beispiel die Frage der Ressourcenverteilung heute und zukünftig eine wachsende Quelle von Konflikten ist und sein wird, wird von niemandem mehr bestritten. Dies verlangt eine Forschung, die wirklich interdisziplinär angelegt ist. Zu den genannten Fragestellungen müssen Sozialwissenschaften, Psychologie, Pädagogik, Ökonomie und Jura ebenso Beiträge liefern wie die Naturwissenschaften. Dies sollte als Herausforderung für Universitäten und andere wissenschaftliche Einrichtungen sowie als Ermutigung für Wissenschaftler und Studenten verstanden werden, jetzt die Chance zu nutzen, die die Einrichtung der Stiftung bietet, und sich verstärkt den Fragen der Friedens- und Konfliktforschung zuzuwenden.

Eine Schlussbemerkung: Es ist natürlich schön, wenn jetzt 15 bis 20 Millionen DM jährlich für die Friedensforschung zur Verfügung gestellt werden. Keiner sollte aber vergessen, dass im Bereich von Rüstung und Militär für Forschung und Entwicklung 2,5 Milliarden DM ausgegeben werden. Dies zeigt die nach wie vor bestehenden Diskrepanzen nachdrücklich auf.

Wer die Priorität wirklich auf zivile Krisenvorbeugung und friedliche Konfliktbearbeitung setzen will, muss diese Prioritätensetzung unmittelbar und nachhaltig verändern, sonst bleibt die Friedensforschung nur ein schönes Feigenblatt inmitten einer Welt, die von Gewalt und großen Rüstungsapparaten, das heißt von militärisch gestützter Machtpolitik geprägt ist.

so bewertet es im Rückblick mit Dieter Klein einer seiner entscheidenden Akteure – als «Beispiel eigenständiger Profilierung der Humboldt-Universität» gelten könne. Obwohl in der Parteiführung «keine Präferenz» findend, sei eine komplexe Friedensforschung entwickelt worden, die «u. a. ökonomische, philosophische, psychologische, rechtswissenschaftliche, mathematische, theologische und pädagogische Disziplinen [umfasste]» sowie die «Regionalwissenschaften und nicht zuletzt unterschiedliche literaturwissenschaftliche Disziplinen» einbezog. «Krieg und Frieden, Gewalt und Versöhnung im Lichte wissenschaftlicher Bearbeitung verschiedener Literaturen in den Kontinenten der Welt zu beleuchten» habe «neue Zugänge zu friedens- und sicherheitspolitischen Fragen und zu den kulturellen Hintergründen der Gewalt [ermöglicht]». (Klein, Dieter: Die Humboldt-Universität 1989. Erneuerung vorbei an wirklich Neuem, in: Girnus, Wolfgang/Meier, Klaus [Hrsg.], Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1949 bis 1990. Zeitzeugen – Einblicke – Analysen, Leipzig 2010, S. 601–628, hier S. 609). – Fink war an der ersten Publikation des Arbeitskreises unter dem Titel «Dem Frieden verpflichtet. Friedensforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin» (Humboldt-Universität zu Berlin, 1985) mit dem Aufsatz «Herausforderung zum Frieden. Dieterich Bonhoeffers ökumenisches Engagement am Anfang seiner akademischen Lehrtätigkeit in Berlin» beteiligt (S. 213–226). Die dort unterbreiteten Überlegungen übernahm er in erweiterter Form in das Vorwort zum Buch «Dieterich Bonhoeffer – Gefährdetes Erbe in bedrohter Welt» (Berlin [DDR] 1987), das im vorliegenden Band abgedruckt ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Kunstprojekt «Der Bevölkerung» von Hans Haacke im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes

(5. April 2000)⁷³

Liebe Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als Peter Behrens von der Berliner jüdischen Eisengießerei die Giebelinschrift für den deutschen Reichstag gestaltete, verstand der deutsche Kaiser dieses sein deutsches Volk durchaus noch als seine Untertanen, die dann in demokratischen Gremien aktiv im Parlament streiten durften. Vaterlandsliebe und Treue zum Kaiser galten vielen als unaufgebare Werte. Die beiden Kunstschmiede, die sich damals, als sie die Lettern «Dem Deutschen Volke» in Metall setzten, noch als Deutsche zählen und fühlen durften, wurden ab 1935 durch den Arierparagraphen zu Undeutschen degradiert. Im Namen des nunmehr rassistisch reinigenden deutschen Volkes ist der eine der Eisengießer in Plötzensee hingerichtet und der andere der Eisengießer in Theresienstadt ermordet worden.

1935 hat Bertolt Brecht in seinem im Exil verfassten Aufsatz über die fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit geschrieben Wer in unserer Zeit statt Volk Bevölkerung sagt, unterstützt schon viele Lügen nicht. Diese Aussage – so Hans Haacke – habe ihn wesentlich inspiriert.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und der SPD)

73 Bundestags-Plenarprotokoll 14/97, S. 9042C-9043B. – *Die hier in Rede stehende Installation von Hans Haacke – ein in seinen Lettern genau nach Maß und Form dem über dem Haupteingang des Reichstagsgebäudes angebrachten Schriftzug «Dem deutschen Volke» nachgebildeter Schriftzug «Der Bevölkerung» – wurde realisiert und ist im Lichthof des Bundestages zu besichtigen. Die Entscheidung für das Projekt war zunächst im Kunstbeirat beim Bundestagspräsidenten getroffen worden. Mit einem fraktionsübergreifenden Gruppenantrag wurde das Bundestagsplenum dazu aufgefordert, sich mit dieser Entscheidung zu befassen und über sie abzustimmen. Fink gehörte zu der Mehrheit, die eine Rückgängigmachung der Entscheidung des Kunstbeirates für die Installation ablehnte. – Die Debatte, in der Fink sprach, war heftig und offenbarte fundamentale Unterschiede in Geschichtsbild, Demokratieauffassung und Kunstverständnis der Abgeordneten. So sagte Hans-Joachim Otto (FDP), dass ihn Haackes Projekt «nicht in seiner Ästhetik und schon gar nicht in seiner politischen Symbolik» überzeuge und er es deswegen «nicht in unserem Hause haben» wolle. Die Giebelaufschrift «Dem Deutschen Volke» als «eine nationalistische, exklusive Parole» zu bezeichnen, wie Haacke es täte, sei «nichts weniger als eine Geschichtsklitterung»; «in Wahrheit» sei «die Widmung in einem Akt republikanischer Emanzipation 1915 gegen den Widerstand des Kaisers durchgesetzt» worden und habe deswegen «einen verfassungspatriotischen, geradezu partizipatorischen Ursprung». Wenn Haacke den Begriff des deutschen Volkes «noch immer für durch die Propaganda sowohl der NSDAP als auch der SED belastet» halte, so übersehe er, «dass zumindest die mutigen DDR-Bürger 1989 mit ihrem Freiheitsruf ‚Wir sind ein Volk – ein deutsches Volk – diesen Begriff rehabilitiert und ihm seinen demokratischen Klang zurückerobert» hätten. Sein «schwerster Vorwurf» aber sei, dass Haackes Projekt «unter einer höchst widersprüchlichen Symbolik» leide: «Wenn er den Volksbegriff durch Hitler als dauerhaft besudelt ansieht, dann gilt dies mindestens in gleichem Maße für das von ihm beabsichtigte Ritual der Erdbeschaffung.» – Rita Süßmuth (CDU/CSU – von 1988 bis 1998 Präsidentin des Bundestages), die das Projekt befürwortete, hob – oft unterbrochen von Beifall aus den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Der hier eingebrachte Antrag, die Entscheidung des Kunstbeirates beim Bundestagspräsidenten, der beauftragt ist, mithilfe von Sachverständigen über die Kunst im Reichstag zu befinden, rückgängig zu machen, gilt meinem Eindruck nach nicht der künstlerischen Konzeption von Hans Haacke, sondern den beiden Worten «Der Bevölkerung». Sie sind das eigentliche Ziel des Protestes. Das bestätigen mir auch die vielen Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern, übrigens – das ist für mich auch interessant – bis jetzt nur aus den alten Bundesländern, die ihrer Empörung oft sogar mit Begriffen aus brauner Vergangenheit Luft gemacht haben. «Der Bevölkerung» ist keine Umwidmung dieses geschichtsträchtigen Hauses, sondern bringt für das deutsche Volk 82 Jahre Ringen um demokratische Veränderungen künstlerisch gestaltet ins Wort

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und bringt damit Politiker, Gäste und Besucher hoffentlich dauerhaft in die Diskussion. Deshalb finde ich dieses Kunstwerk notwendig und deshalb gefällt es mir.

(Beifall bei der PDS und der SPD sowie der Abg. Franziska Eichstädt-Bohlig [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hans Haacke lebt seit den 60er-Jahren in den USA und äußert sich seit Jahrzehnten als kritischer Demokrat in immer aufs Neue überraschenden Formen zur Demokratie und zu aktuellen, dringlichen Fragen des Lebens. Würde Haacke nicht gerade deshalb um die Ausgestaltung des Lichthofes gebeten, weil man von ihm erwarten konnte, in die preußische Strenge Ungewöhnliches zu komponieren?

(Beifall bei der PDS und der SPD sowie des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.]

und PDS sowie des Abgeordneten Heinrich (FDP) – hervor, dass es «im Kern um die Frage» gehe, «ob wir wirklich bereit sind, dem Spruch «Dem Deutschen Volke» die Ergänzung «Der Bevölkerung» folgen zu lassen». Zwar meinten einige, dass dies doch «selbstverständlich» sei, «da Art. 3 des Grundgesetzes doch gelte». Sie frage nun aber: «Wenn das so selbstverständlich ist, warum dann dieser Aufruhr?» Offenbar sei es «überhaupt nicht selbstverständlich». Es gebe «in Hunderten von Briefen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – [...] nur einen Tenor, nämlich dass das, was wir hier zulassen würden, all denjenigen, die es wollen, den Vorwurf einbringt, Verbrecher, Mörder und Verräter des Vaterlands zu sein». Nun könne man sagen, «diese Minderheit kümmert uns nicht». Aber «diese Minderheit hebt kräftig an und wirft den noch Mächtigen vor, sie seien für die Milliardenbeträge an Sozialhilfe, die wir für Ausländer und Asylsuchende, die hier nicht hingehören, zahlen müssen, verantwortlich». Weiter werde gefragt, «ob diejenigen, die zugestimmt hätten, nicht sowieso geisteskrank oder von allen guten Geistern verlassen seien». Es werde gefragt: «Sollen die Gelben, die Schwarzen, die Türken und die Zigeuner etwa auch dazu gehören?» Das wäre «der Verrat am Vaterland». Dies müsse man bei der Abstimmung «mit im Hinterkopf haben», und «es wäre gut, wenn all die Briefe, die viele von uns bekommen haben, bei einer Ablehnung des Projekts als Dokumentation an den leeren Platz des nördlichen Lichthofes gelegt würden». – Norbert Lammert (CDU/CSU – von 2005 bis 2017 Präsident des Bundestages), Gegner des Projektes, machte geltend, dass «weder der amerikanische Kongress noch das englische Unterhaus und schon gar nicht die französische Nationalversammlung [...] auch nur darüber diskutieren [würden], was hier heute ernsthaft zur Entscheidung ansteht: der Widmung des Reichstagsgebäudes «Dem Deutschen Volke» eine künstlerisch politische Installation entgegenzusetzen, die «Der Bevölkerung» gewidmet ist». Das Reichstagsgebäude sei «dem deutschen Volke gewidmet und damit dem Souverän, den dieses Parlament vertritt und von dem es seine Legitimation bezieht». Für diese Widmung müsse «sich niemand rechtfertigen», sie sei «nicht überholt».

Kolleginnen und Kollegen, jeder, der den Namen Haacke im Zusammenhang mit Kunst im Reichstag hörte, wusste doch, dass dies eine Provokation wird, und die Debatte zeigt es. Ich verstehe nicht, warum wir in unserem in politischen Kontroversen wahrlich erfahrenen Bundestag per Abstimmung diese ernsthafte demokratische Herausforderung eines namhaften Künstlers ausschlagen sollen. Alles, was wir im Bundestag entscheiden und als Gesetze festschreiben, ist doch für alle in Deutschland lebenden Menschen und nicht nur die Deutschen verbindlich. Für alle heißt: für die Bevölkerung.

(Beifall bei der PDS und der SPD)

Ich finde es ermutigend, dass Haacke der Bevölkerung Verständnis für dieses Projekt zutraut. Museumsdirektoren und Museumspädagogen vieler Städte, der Präsident der Bundesarchitektenkammer, Galeristen, Direktoren von Kunsthochschulen, Kunstvereine und auch Künstler haben in einem offenen Brief ihre Bitte an den Bundestag gerichtet, in Haackes Modell doch einen komplementären Bogenschlag und nicht etwa die Absage an die Giebelwidmung zu entdecken.

(Beifall bei der PDS und der SPD)

Sie jedenfalls sehen einen produktiven Widerspruch, der die Tradition hellwach vor dem Erstarren in Konventionen bewahren hilft. Ich sehe in Haackes Werk eine in eine interessante Form gebrachte wichtige Äußerung, ein monumentales Epigramm, das kein Anschlag auf die Verfassung, sondern ein Glücksfall für die Demokratie ist,

(Beifall bei der PDS und der SPD)

damit die möglicherweise sonst auch weiterhin verdrängte Auseinandersetzung über das deutsche Volk in der Bevölkerung in Gang gebracht wird. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag nicht zuzustimmen, sondern es bei der Entscheidung des Kunstbeirates und seiner Sachverständigen zu belassen, um uns nicht dem Verdacht auszusetzen, dass Kunst in Zukunft parlamentarisch zensiert wird.

(Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Ich bitte Sie, uns diese Blamage zu ersparen.

(Beifall bei der PDS und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Entwurf der PDS für ein Gesetz über den Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus

(13. April 2000)⁷⁴

Verehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Die Gedenktage eines Volkes spiegeln das Verhältnis zur eigenen Geschichte wider. Das für Deutschland und Europa rettende Datum, der 8. Mai 1945, an dem die bedingungslose Kapitulation der faschistischen Machthaber Deutschlands gegenüber den Armeen der Anti-Hitler-

⁷⁴ Bundestags-Plenarprotokoll 14/99, S. 9340C-9341B. – *Heinrich Fink gehörte zu den Einbringern des Gesetzentwurfes. Der Gesetzentwurf wurde abgelehnt.

Koalition besiegelt wurde, ist immer noch kein nationaler Erinnerungstag im wiedervereinigten Kalender.

In Frankreich, den Niederlanden, Polen, Griechenland und in anderen Ländern Europas, die im Namen der deutschen Herrenrasse im Zweiten Weltkrieg okkupiert und geplündert worden waren, begehen die Menschen seit Jahrzehnten in festlichem Gedenken das Datum ihrer Befreiung vom deutschen Besatzungsjoch. Die europaweit in ihre Heimatländer zurückgekehrten Zwangsarbeiter brachten den 8. Mai als persönlichen Rettungstag mit, der aber nicht zum gesamtdeutschen Bußtag wurde.

Millionen von ihnen haben es nicht mehr erlebt, dass nun endlich in Deutschland eine kleine finanzielle Entschädigung für die Zwangsarbeit aufgebracht worden ist. Es wird höchste Zeit, dass das wiedervereinigte Deutschland den 8. Mai 1945 als Datum seiner Befreiung von der selbstgewählten Barbarei im öffentlichen Bewusstsein auch kommender Generationen verankert.

Es ist zwar wichtig, dass am 27. Januar all der Opfer des Naziregimes gedacht wird, die in den unmenschlichen Varianten von politischer Verfolgung, Rassenmord, Euthanasie, Vernichtung durch Arbeit in den Konzentrationslagern und Ermordung von Deserteuren und Geiselschießungen ums Leben gebracht wurden.

Der 8. Mai dagegen ist der Tag der Überlebenden, der Tag der Erschütterung. Von vielen zwar als Schande und Demütigung jahrelang nicht verkraftet, war es für Deutschland aber der Tag der Befreiung von Krieg, Bombennächten und Naziterror.

(Beifall bei der PDS)

Besitzergreifende Lieder der Hitlerjugend und des deutschen Militärs wie «Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt» mussten mühsam verlernt werden. Der 8. Mai 1945 steht für den großen widersprüchlichen Umlernprozess der Deutschen auf dem Weg zurück in die europäische Völkergemeinschaft. Das Opfergedenken am Tag der Stilllegung der Menschenvernichtungsfabrik Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar und der 8. Mai 1945 als Erinnerung an das sehr unterschiedlich bewertete Ende von Faschismus und Krieg als für viele unfassbarer Zusammenbruch, unerwartete Niederlage oder so lange erhoffte Befreiung müssen immer wieder neu durchdacht werden. Nur aus lebendigem Erinnern erwachsen die Kräfte, mit denen neu erstehenden Naziumtrieben widerstanden werden kann.

(Beifall bei der PDS)

Eine demokratische Regierung sollte es als historische Pflicht ansehen, den Gedenktag 8. Mai bewusst als parlamentarisches Engagement zu begehen und als Datum der Wiedergeburt der Demokratie zu schützen – auch angesichts blutiger neonazistischer Attacken gegen In- und Ausländer. Den neuen Naziopfern kann der 8. Mai wohl eher als der 27. Januar als Tag der Totenehrung dienen; denn er wäre ein selbstkritisch verpflichtendes Datum, damit demokratische Mitmenschlichkeit nicht aufs Neue vor Menschen kapituliert, die sich als Herrenrasse berufen fühlen und in bedenklicher Umdeutung der jüngsten Geschichte sowohl von «Auschwitzlüge» als auch von der «Ehre der deutschen Helden des Zweiten Weltkrieges» zu reden wissen.

Gedenktage sind unentbehrliche Lernzeichen nach innen. Angesichts der gemeinsam zu gestaltenden Zukunft Europas sollten wir als Deutsche endlich europäoöffentlich zum 8. Mai als Tag der Befreiung stehen.

(Beifall bei der PDS)

Damit folgen wir dem Vermächtnis der Anti-Hitler-Koalition und aller noch unter uns lebenden Widerstandskämpfer.

Vizepräsident Rudolf Seiters: Herr Kollege Fink, Sie haben Ihre Redezeit längst überschritten.

Deshalb bitte ich Sie um Ihrer Kinder und Enkelkinder willen, die Erinnerung wach zu halten, damit sich an ihr Verantwortung für die Zukunft entwickeln kann. Ich bitte Sie, dem Gesetzentwurf der PDS zuzustimmen und den 8. Mai als Tag des Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus in Deutschland einzuführen.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Zu den Anträgen «Versöhnung durch Ächtung von Vertreibung» und «Weiterentwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen»

(9. Juni 2000)⁷⁵

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU unter der Überschrift «Versöhnung durch Ächtung von Vertreibung» bedeutet für mich einen unverständlichen Schritt hinter die Deutsch-Tschechische Erklärung zurück und erst recht zurück hinter die Feststellung von Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Zeman vom 8. März 1999.

(Beifall bei der PDS)

In den Jahren von 1938 bis 1945, der deutschen Okkupation der damaligen Tschechoslowakischen Republik, wurden permanent Vertreibung und Selektion von Bürgern des Landes durch deutsche Besatzungsbehörden unter rassistischem Verdikt wie Juden und Slawen vorgenommen. Außerdem wurden Tausende als Zwangsarbeiter nach Deutschland getrieben. Darum finde ich es eine sehr merkwürdige und eigenwillige Geschichtsbetrachtung, wenn nun die Ächtung der Vertreibung von Deutschen zur Voraussetzung für Versöhnung gemacht wird.

Der Begriff Versöhnung hat nach wie vor biblisch-religiöse Wurzeln und setzt Schuldanerkenntnis und Schuldbekennnis voraus. Da aber die Deutschen erst nach der Befreiung von der deutschen Zwangsherrschaft aus dem Protektorat Böhmen und Mähren vertrieben worden sind, ist diese Vertreibung als eine bittere Folgeerscheinung unendlicher Untaten durch das deutsche faschistische Regime zu verstehen.

(Beifall bei der PDS)

75 Bundestags-Plenarprotokoll 14/109, S. 10301D-10302C.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen kann darum nicht aus dem Zusammenhang gelöst werden, den ich mit den Namen Theresienstadt und Lidice andeuten möchte. Dies stellt die Versöhnung in den Zusammenhang der historischen Ereignisse. Die Opfer versöhnen sich mit den Tätern, die als Folge des gescheiterten deutschen Eroberungsfeldzuges nun selber zu Opfern wurden.

Wenn deutsche Vertriebene Entschädigungsansprüche stellen, dann gehört es für mich zu den biblischen Bedingungen für Versöhnung, dass es um die Ansprüche aller gehen muss, die an einem Versöhnungsprozess beteiligt werden müssen, also auch um die Ansprüche der noch Lebenden, die sieben Jahre Ausplünderung ihrer Wirtschaft und Kultur, die millionenfache Zerstörung von Lebensläufen miterleben mussten, weil die deutschen Herrenmenschen sie zu Untermenschen degradiert hatten.

Für mich ist die deutsch-tschechische Bekundung vom 8. März 1999, in der beide Regierungen feststellen, «weder heute» noch «in Zukunft» Vermögensfragen in diesem Zusammenhang aufzuwerfen, ein unwahrscheinlich großzügiges Angebot der tschechischen Seite. Die im Juli 1945 erlassenen Beneš-Dekrete gelten danach als erloschen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass sich dieses Gesetz der Beneš-Regierung in erster Linie gegen tschechische Kollaborateure gerichtet hat, die mit jahrelangem Gefängnis und Entzug ihres Vermögens bestraft wurden.

Ich möchte außerdem darauf hinweisen, dass es in Punkt 1.2 des Beneš-Dekrets heißt:

Personen deutscher oder magyarischer Nationalität, die sich aktiv am Kampfe für die Wahrung der Integrität und die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik beteiligt haben, wird das ... Vermögen nach Absatz 1 nicht konfisziert.

Es ist deutlich geworden, dass heute auch das Europäische Parlament die Klärung der Fragen, die im Zusammenhang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen nach der Befreiung des Protektorats Böhmen und Mähren von der deutschen Okkupation entstanden sind, als wichtigen Schritt, nahezu als Bedingung für den Beitritt der Tschechischen Republik zur EU wertet. Ich frage nun, wieso der damalige Beitritt Deutschlands zur EU nicht von der Bedingung abhängig gemacht wurde, zuerst die ausstehenden Lohnzahlungen an die europäischen Bürger zu leisten, die während der NS-Zeit zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden waren.

(Beifall bei der PDS)

Im Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen heißt es, dass beide Staaten ihre Beziehungen «nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden». Wäre es deshalb nicht wichtig, Gelegenheiten zu suchen, bei denen zwischen Deutschland und Tschechien ausdrücklich Fragen der Vergangenheit behandelt werden sollten, die unausgesprochen auf den politischen Beziehungen lasten, weil zum Beispiel wieder aufkommende neofaschistische Positionen alte Narben schmerzen lassen?

Weil es für die Fraktion der PDS nur um eine konstruktive Weiterentwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen gehen kann, lehnen wir den CDU/CSU-Antrag

ab und stimmen für den Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/
Die Grünen.

(Beifall bei der PDS)

Jüdisches Leben in Deutschland unterstützen – Anschläge auf Synagogen in Deutschland ächten

(12. Oktober 2000)⁷⁶

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Rabbiner Andreas Nachama, ich danke Ihnen, dass Sie heute hier sind.

Jüdisches Leben in Deutschland zu schützen bedeutet für mich, öffentlich einzugestehen, dass die Kräfte zu schwach waren, die seit dem 8. Mai 1945 in Wort und Schrift unermüdlich versucht haben, die Ursachen des Antijudaismus und Antisemitismus aufzudecken und überwinden zu helfen. Wie kann es sonst sein, dass Antisemitismus, der in Deutschland in der systematischen Judenvernichtung gipfelte, junge Menschen aufs Neue zu antisemitischen Ausschreitungen motiviert?

Darum muss, wer jüdisches Leben in Deutschland schützen will, nicht nur für sich persönlich die Frage der Berliner Lyrikerin Nelly Sachs stellen, die der aus deutscher Arroganz beschlossenen Judenausrottung entkommen ist und dann im rettenden Asyl fragte: «Warum die schwarze Antwort des Hasses auf dein Dasein, Israel?» Nach dem Holocaust muss dieses «Warum?» in der Muttersprache Deutsch von jeder Generation beantwortet werden – und das unabhängig von der Scheindebatte über Kollektivschuld.

Lessings Ringparabel als Unterrichtsstoff schafft an sich noch keine Toleranz. Wohlwollende Gleichgültigkeit verharmlost die bisher keineswegs überwundenen Trugschlüsse des Antisemitismus und stützt vor allem die Interessen derer, die diese Überzeugung immer noch und schon wieder vertreten.

Die Tatsache, dass in Berlin dem prominenten Antisemiten Heinrich von Treitschke, Professor für Geschichte an der Berliner Universität, auch noch nach Auschwitz eine Straße in Steglitz gewidmet ist, halte ich für eine – wenn auch verdeckte – permanente Beleidigung nicht nur der Überlebenden des Holocaust, sondern erst recht der nach 1945 geborenen Juden, ist doch Treitschkes Satz «Die Juden sind unser Unglück» ursächlich an der mörderischen Geschichte von 1933 bis 1945 beteiligt. Sollte nicht endlich der Bitte von Schülern des Steglitzer Fichtelberg-Gymnasiums gefolgt werden, die Straße einem anderen, zum Beispiel dem Berliner Bischof Kurt Scharf, der sich Zeit seines Lebens gegen den Antijudaismus in christlicher Predigt verwahrt hat und ein Vater des jüdisch-christlichen Dialogs war, zu widmen? Diese

⁷⁶ Bundestags-Plenarprotokoll 13/124, S. 11852B-11853A. – *Fink sprach hier in einer «Vereinbarten Debatte» – das heißt in einer Aussprache ohne eine Vorlage oder eine Regierungserklärung als Beratungsgegenstand.

Schüler sind nicht gleichgültig, wenn sie auf ihrem Schulweg Geschichtskennntnisse beherzigen.⁷⁷

Im Kontext neoliberaler Überzeugungsvielfalt ist Antisemitismus nicht nur eine anachronistische Variante, sondern stellt die humanistische Wertegemeinschaft zu tiefst in Frage und damit auch die moralische Qualität bereitwilliger Unterstützung jüdischen Lebens in Deutschland.

(Beifall bei der PDS)

Alle spontanen Aktivitäten, die durch Vermittlung besserer Kenntnisse über jüdisches Leben dumpfe Vorurteile entlarven helfen, sind dringend zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

In Deutschland ist in vier Jahrzehnten von jüdischen und nicht jüdischen Autoren eine umfassende kritische Literatur zum Verständnis für das Gelingen gemeinsamen Lebens mit Juden in Deutschland entstanden. Aber Bücher brauchen Leser! Denn man kann nur unterstützen und schützen, was man selber versteht. Ächten kann nur derjenige, der das Judentum sachverständig achtet.

Lassen Sie uns aufstehen gegen die Gleichgültigkeit in unserem Alltag! Elie Wiesel, der uns am 27. Januar vergangenen Jahres so eindrücklich ermahnt hat, das Holocaust-Denkmal nicht nur zum Alibi unseres schlechten Gewissens deutscher Geschichte werden zu lassen, erklärt aus seiner Sicht, wie jüdisches Leben und damit auch unseres zu schützen ist. Er sagt:

Ein Schlüsselwort meiner Weltanschauung ist der Kampf gegen Gleichgültigkeit. Ich habe immer daran geglaubt, dass das Gegenteil von Liebe nicht Hass ist, sondern Gleichgültigkeit. Das Gegenteil von Glaube ist nicht Überheblichkeit, sondern Gleichgültigkeit. Das Gegenteil von Hoffnung ist nicht Verzweiflung, es ist Gleichgültigkeit. Gleichgültigkeit ist nicht der Anfang eines Prozesses, sie ist das Ende eines Prozesses. Wenn Sie die Wahl haben, zwischen Verzweiflung und Gleichgültigkeit zu wählen, wählen Sie die Verzweiflung, nicht die Gleichgültigkeit! Denn aus Verzweiflung kann eine Botschaft hervorgehen, aber aus der Gleichgültigkeit kann per definitionem nichts hervorgehen.

Danke.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

77 *Die Straße trägt auch zum Zeitpunkt der Erarbeitung dieser Publikation im Oktober 2020 noch diesen Namen. Im Jahre 2012 hatte es eine Befragung der Anwohnerinnen und Anwohner gegeben, und damit war – nach Ansicht des Berliner *Tagesspiegels* – «nach langjährigem Streit [...] die Umbenennung der Steglitzer Treitschkestraße vom Tisch». Eine «deutliche Mehrheit» – 226 zu 64 – habe «gegen einen neuen Straßennamen» votiert (Der Tagesspiegel online, 19.12.2012).

Zum 4. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik (1999)

(18. Januar 2001)⁷⁸

Die Bundesregierung hat mit ihrem Amtsantritt 1998 für die auswärtige Kulturpolitik neue Richtlinien vorgegeben, die den Bedingungen einer sich verändernden Welt stärker Rechnung tragen sollen. Als Prämissen auch der Auswärtigen Kulturpolitik benennt sie im vorliegenden Bericht: Sicherung des Friedens, Konfliktverhütung, Verwirklichung der Menschenrechte, partnerschaftliche Zusammenarbeit. Dem stimmt die PDS ohne Vorbehalt zu.

Blieben wir bei der partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Diese setzt Gleichberechtigung voraus, soll es einen wirklichen Dialog der verschiedenen Kulturen geben. Sie sollen Verständnis füreinander wecken. Sie sind damit das Gegenteil von Versuchen, Wertvorstellungen zu exportieren. Dies wäre nicht im Sinne der genannten Prämissen. Doch leider werden sie gelegentlich verlassen. Wenn zum Beispiel ein Ziel der deutschen Schulen in Osteuropa die Annäherung dieser Länder an sogenannte euroatlantische Strukturen sein soll, halte ich dies nicht einem Dialog von Kulturen für nicht angemessen. Dies gilt ebenso dafür, dass Hauptzielgruppen für unsere Kulturprogramme die aktuellen und künftigen Führungsgruppen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft der anderen Länder sein sollen. Diese Ausprägung des Dialogs halte ich für ausgesprochen paternalistisch.

Als sehr wohltuend allerdings empfinde ich den pluralistischen Ansatz in Bezug auf die Präsentation, der die deutschen Beiträge im Ausland betrifft; da besonders die Feststellung: «In Deutschland herrscht Kulturfreiheit. Es gibt keine Staatskultur.» Und ich folgere: Demzufolge gibt es auch keine Leitkultur.

Namens der PDS begrüße ich diese Vorgaben ausdrücklich. Gleichzeitig kann ich aber nicht verschweigen, dass der Bericht über deren inhaltliche Aussagen wenig mitzuteilen hat. Dies vermisste ich besonders bei den akademischen Austauschprogrammen, bei Medien wie der Deutschen Welle, auch der Präsentation deutscher Kunst im Ausland und umgekehrt ausländischer Künstler hier. Gerade über Letzteres müsste die Öffentlichkeit mehr erfahren, als dass Auftritte von Gästen besonders aus Entwicklungs- und osteuropäischen Ländern wegen deren enger finanzieller Möglichkeiten stark begrenzt sind.

Das Gleiche betrifft die Goethe-Institute, deren Mitglied ich bin und auch deshalb dem Bericht gern mehr über ihre Zukunft entnommen hätte.

Eine Bemerkung, von der Sie vielleicht meinen, sie wäre hier nicht angebracht, möchte ich noch machen: Bei der gegenwärtigen Diskussion über Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit hierzulande wird Nichtwissen über andere Kulturen als eine wesentliche Ursache genannt. Hier könnte doch gerade die auswärtige Kultur-

⁷⁸ Bundestags-Plenarprotokoll 14/183, S. 14086D-14087C – *Die Rede wurde nicht gehalten, sondern – wie es insbesondere bei spätabendlichen Plenarsitzungen nicht unüblich ist – im gegenseitigen Einvernehmen der Fraktionen und jeweiligen Rednerinnen und Redner zu Protokoll gegeben.

politik Mittlerdienste leisten. Der Bericht vermerkt zu dieser Aufgabenstellung jedoch nichts. Zwar wird der Anspruch formuliert, es dürfe «keinen einseitigen Kultur-export», sondern müsse «einen Austausch in beide Richtungen» geben. Der Kontext allerdings vermittelt den Eindruck, dass der deutschen Darstellung im Ausland doch erheblich mehr Engagement und Mittel eingeräumt werden als der Präsentation anderer Kulturen hier. Anhaltspunkte, ob und – wenn ja – wie dies anders werden soll, fehlen.

Ich wünschte, mehr – oder besser: Genaueres – über die deutschen Schulen im Ausland zu erfahren als nackte Zahlen über Etats und Lehrer. Wie haben sich die Lehrinhalte verändert bzw. sollen sie es? Der Bericht vermerkt mit Befriedigung, dass die deutsche Exportindustrie weiter auf sie zählen könne. Das halte ich nicht für eine erstrangige Aufgabe der Kulturpolitik. Da hatte ich nach der Juli-Rede des Bundesaußenministers zur auswärtigen Kulturpolitik anderes erhofft: «Die deutschen Schulen», so Fischer seinerzeit, «sind weit mehr als die Basislager der deutschen Exportwirtschaft. Wir müssen sie in die Lage versetzen, noch mehr als bisher als Ort der Begegnung zweier Kulturen in die Gastländer auszustrahlen.» Seine bemerkenswerte Schlussfolgerung daraus: «Deshalb brauchen wir auch hier mehr Geld.» Im Bericht heißt es jetzt allerdings: Die Auslandsschulen bleiben von den Sparmaßnahmen der Bundesregierung nicht ausgenommen.

Die Kürzungen ziehen sich im Übrigen durch nahezu alle anderen Einzelposten in Sachen Auslandskultur – eine Folge des vorgegebenen Gesamteinsparvolumens von 130 Millionen DM. Nun stehe ich zwar auch auf dem Standpunkt, dass nicht allein viel Geld den vorgegebenen Zielen zur Verwirklichung hilft. Gerade deshalb habe ich nach den Inhalten gefragt. Doch wenn im konkreten Fall eine Kulturveranstaltung eines afrikanischen Landes in Deutschland nicht stattfindet, weil sie nicht gefördert werden kann, bleibt der hehre Anspruch des Dialogs doch wohl aus Geldgründen auf der Strecke. Ich erinnere da allerdings noch einmal an die erwähnte Rede des vorgestern hier so gescholtenen Außenministers:⁷⁹ «Weder für die innere Entwicklung Deutschlands noch für die elementaren Ziele der deutschen Außenpolitik ist die auswärtige Kulturpolitik eine Art Sahnhaube, auf die man in Zeiten des Sparens ohne Not verzichten kann. Wer solche Illusionen pflegt, der verkennt die Realitäten der Welt von heute und legt zugleich die Hand an den Ast, auf dem wir alle sitzen.» Wo er Recht hat, hat er Recht.

79 *Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen – Außenminister 1998 bis 2005).

Zum Jüdischen Museum, zur «Topographie des Terrors» und zum Mahnmal für die ermordeten Juden Europas

(25. Januar 2001)⁸⁰

Ich werde mich hüten.⁸¹ – Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die im Antrag der CDU/CSU enthaltenen Forderungen nach einer Gesamtkonzeption für die drei Berliner Mahn- und Gedenkstätten erscheinen mir sehr plausibel und aus historischen Gründen sehr zu unterstützen. Insofern begrüßen wir den Antrag der CDU/CSU und werden ihm auch zustimmen, gerade weil der Regierende Bürgermeister von der CDU nicht gerade Sympathisant der drei Gedenkstätten ist; seine Meinung hat er wohl bis heute nicht geändert.

Es wäre also zu wünschen, dass die Antragsteller bei ihren Parteifreunden im Berliner Senat mindestens so viel Zustimmung fänden, wie sie es in diesem Hause erwarten.⁸² Denn die werden sie brauchen, wenn es eine zwischen Bund und Berlin abgestimmte Gesamtkonzeption geben soll.

Besonders beschämend steht es derzeit um die «Topographie des Terrors». Der Berliner Senat lässt kaum erkennen, dass er das Projekt, das auf einen eigenen Beschluss von vor nun fast fünf Jahren zurückgeht, überhaupt noch will. Deshalb wäre es nicht hilfreich, wenn sich der Bund bei den zugesagten 50 Prozent Finanzierung bereits jetzt, vor Vorliegen des endgültigen Gutachtens, auf eine Kostenobergrenze versteife. Es würde keinen Sinn machen, Berliner Dilettantismus so zu bestrafen, dass am Ende eine politisch gewollte Gedenkstätte von nationaler Bedeutung und von architektonischem Gewinn auf der Strecke bleibt.

(Beifall bei der PDS)

Bei dem Entwurf des Architekten Peter Zumthor für die «Topographie des Terrors» handelt es sich um ein Vorhaben mit hohem künstlerischen Anspruch. Man sollte ihn nicht ohne Not aufgeben, nur weil die Ausführung ein paar Millionen DM mehr verlangt als ursprünglich angenommen. Hier sollte sich neben dem Berliner Senat auch der Bund seiner nationalen Verantwortung bewusst bleiben und einer einzigarti-

80 Bundestags-Plenarprotokoll 14/146, S. 14333D-14334B. – *Das Jüdische Museum in seiner heutigen Gestalt, vom US-amerikanischen Architekten Daniel Libeskind entworfen, wurde am 9. September 2001 eingeweiht. – Die Gedenkstätte «Topographie des Terrors» wurde nicht mit dem von Fink hier erwähnten Entwurf des Schweizer Architekten Peter Zumthor verwirklicht. Im März 2004 trat der langjährige Direktor der Stiftung «Topographie des Terrors», Reinhard Rürup, zurück, weil – wie er dem *Tagesspiegel* am 27. März 2004 in einem Interview mitteilte – «die vom Bund vor einigen Jahren bewilligten Mittel für die Vorbereitung der Ersteinrichtung des Neubaus nicht mehr ausgezahlt werden» und bei Land und Bund ein «auffälliges Desinteresse» auszumachen sei. Es gebe hier «bestenfalls lauwarmer Unterstützung» – womit der von Fink hier vorgetragene Befund eine traurige Bestätigung fand. Nach einem neuerlichen Architekturwettbewerb 2005 wurde 2010 auf dem Gelände der «Topographie des Terrors» ein nach Plänen von Ursula Wilms entstandenes Dokumentationszentrum eröffnet. – Zur Fortsetzung der Debatte siehe unten, S. 72–74.

81 *Der ungewöhnliche Redebeginn erklärt sich mit dem Zwischenruf des ehemaligen DDR-Bürgerrechtlers Günter Nooke (CDU/CSU) «Geben Sie die Zeit Herrn Strieder [Berliner Senator für Stadtentwicklung, SPD]! Das ist besser!»

82 *Der von Fink gemeinte Senat war der von Eberhard Diepgen (CDU) geführte aus CDU und SPD (1991–2001), der bis zum 16. Juni 2001 im Amt war.

gen Architektur zur Entstehung verhelfen. Letztlich ist die «Topographie des Terrors» die notwendige dritte Komponente im Ensemble mit dem Holocaust-Mahnmal und dem Jüdischen Museum. Sie ist unverzichtbar.

Hier entscheidet sich – ähnlich wie beim Holocaust-Mahnmal –, ob erklärter politischer Wille tatsächlich materialisiert wird, wenn es an die finanzielle und bautechnische Umsetzung geht. Das steht übrigens nicht im Widerspruch zu der in dem vorliegenden Antrag enthaltenen Mahnung, alles so kostengünstig wie möglich umzusetzen.

Es handelt sich um ein Objekt, an dem auch international der Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte beurteilt werden kann und werden wird. Wer auch immer für die gestiegenen Kosten für die «Topographie» die Verantwortung tragen mag – dass das Projekt wegen des krämerischen Festhaltens an einer einst unter anderen Voraussetzungen zugesagten Summe scheitert, kann nicht sein. Freuen werden sich dann allenfalls die Neonazis und ihre Sympathisanten.

Der Antrag – im Oktober gestellt – sprach die Erwartung aus, dass bereits jetzt eine Gesamtkonzeption vorliegen könnte. Das war angesichts der geschilderten Probleme wohl auch wenig realistisch. Vielleicht ist das Ende des ersten Halbjahrs 2001 ein wirklichkeitsnäherer Termin. Darauf sollte der Bund den Berliner Senat schon drängen. Die Stadt bedarf dieser Erinnerungskultur – so wie das ganze Land. Dafür, diese Trias als ein Zeichen dessen sichtbar zu machen, was in Berlin geschehen ist, sollten wir uns einsetzen. Das ist auch ein Zeichen des Umgangs mit deutscher Geschichte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Zum Islam in Deutschland

(17. Mai 2001)⁸³

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mit der vorliegenden Drucksache 14/4530 ist mehr als nur eine Antwort auf die Große Anfrage der Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion geleistet worden. Damit sind erstmalig wichtige Informationen zusammengestellt und zugänglich gemacht worden, die bisher im Bedarfsfall nur unzulänglich und dank aufwendiger Recherchen erlangt werden konnten. Leider kann ich in der kurzen Zeit, die mir hier zur Verfügung steht, nicht auf die großen Leistungen eingehen, sondern nur meinen Respekt erweisen.

Der durch die Anfrage bedingte Frage-Antwort-Stil des vorliegenden Textes ist eine begrüßenswerte Leserleichterung und Informationsquelle, nicht nur für Interessierte. Die nun vorliegenden Antworten beanspruchen nicht – das ist ausdrücklich betont und das finde ich sehr wohltuend –, eine abschließende Information zu sein. Sie werfen jeweils neue Fragen auf, die dringend weiterer Antworten bedürfen. Sie sind

83 Bundestags-Plenarprotokoll 14/170, S. 16658C-16659C.

eine wichtige Voraussetzung für einen Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, wobei Positionen der beiden Kirchen bzw. der christlichen Religionsgemeinschaften einen speziellen religiösen Dialog im kulturellen Dialog darstellen.

Dankenswerterweise ist darüber eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland erschienen mit dem Titel: «Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland». In dieser Handreichung wird behandelt, was in der Drucksache fehlt, nämlich die theologischen Differenzen. Ich finde es sehr gut, dass die Drucksache darauf nicht eingeht; denn das wäre – der Kollege Özdemir hat eben versucht uns das zu erklären – eine Einmischung in innerreligiöse Angelegenheiten.

Auf Seite 3 der Drucksache wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Islam kein monolithischer Block sei und dass die sprachliche Vereinfachung leider immer wieder zu einer inhaltlichen Verkürzung führe. Es wird ausdrücklich erwähnt, dass, wenn schon innerhalb eines muslimischen Landes Unterschiede konfessioneller Art zu Spannungen und Konflikten führen, die kulturell unterschiedlichen islamischen Traditionen, zum Beispiel von Menschen aus der Türkei, aus Bosnien, aus dem Libanon oder aus Afghanistan, bei uns in Deutschland zu oft als unlösbare Widersprüche verstanden werden.

Gerade diese Verständigungsschwierigkeiten werden in den Antworten leider nicht berücksichtigt. Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder, die mit diesen konfessionell wie kulturell extrem unterschiedlichen Erfahrungen und Prägungen ihrer Religion in Deutschland einer fremden, säkularisierten Kultur begegnen, haben kaum eine Chance, abendländisch-religiöses, also christliches Leben in Kirchen und Gemeindezentren zu erleben. Dieses Leben bleibt für sie unsichtbar und daher fremd. Ich gehe gleich auf eine positive Situation ein.

Tendenzen zu Parallelgesellschaft und Gettobildung müssen daher keineswegs schon eine Kritik an den Strukturen unseres demokratischen Rechtsstaates sein; vielmehr sind sie möglicherweise nur ein Schutz vor der totalen Irritation in einer Gesellschaft, zu deren demokratischen Errungenschaften die für Moslems unverständliche Trennung von Staat und Religion gehört.

Wo können Moslems die Kultur des Abendlandes lernen? Wo können Deutsche Religion und Kultur des Islams lernen? Ich möchte mit Erich Fried fragen, wo sie «lernen wollen lernen» können.

Gerade Begegnungsangebote von Kirchengemeinden zu gemeinsamen Festen, vielleicht sogar jeweils im Wechsel von Kirche und Moschee, sind für viele Muslime und für viele Christen sehr hilfreich. In Städten, in denen es jüdische Gemeinden gibt, ist der Dialog ein besonderer Gewinn. Nicht selten kommt es bei diesen Begegnungen zu dem Aha-Erlebnis, dass sich alle drei auf den gleichen Stammvater – auf Abraham – berufen. Allein das Bewusstsein des gemeinsamen Vaters sollte uns toleranter werden lassen und uns dazu bewegen, dass wir uns nicht weiterhin als Stiefgeschwister begegnen.

Es stellt sich die Frage, ob im alltäglichen Miteinander, etwa am Arbeitsplatz, Menschen muslimischen Glaubens überhaupt ausreichend Informationen über die abend-

ländisch-europäische Kultur erhalten. Wie können sich in dieser Kultur Menschen öffnen, ohne sich selber in irgendeiner Weise am Ende aufzugeben und ohne ihre eigene kulturelle Identität zu verlieren? Es darf nicht zu einer Assimilation kommen, wie wir es in der jüdischen Tradition des 19. Jahrhunderts leider erlebt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir uns schon einmal klargemacht, was in muslimischen Familien vorgeht, wenn lieb gewordene, verbindliche Traditionen, die sogar ein Gesetz für sie sind, von der jungen Generation abgelehnt werden? Es ist doch nicht nur das Tragen des Kopftuches, sondern es ist zum Beispiel die Tradition der Autorität des Vaters. Mir erzählte neulich ein Großvater, er habe es als Demütigung empfunden, dass er vor einer deutschen Behörde sich von seiner zehnjährigen Enkelin dolmetschen lassen musste, was ich gar nicht schlimm fand, was aber in seiner Tradition eine Demütigung ist.

Für uns muss es Integration heißen. Es heißt Erfahrungsaustausch im Bereich gesellschaftlicher und rechtlicher Akzeptanz. Ich halte es für gefährlich, dass neben Isolierung als Folge negativer Erfahrungen wie Ausgrenzung und Angst gleich von Rückzug in extremistische Gegenpositionen die Rede ist. Fundamentalismus ist nicht bedeutungsgleich mit Terrorismus. Unsere Gesellschaft hat keine lebendige Dialogerfahrung aufzuweisen. Deswegen erscheint es mir dringend notwendig, für einen Verständigung schaffenden Dialog zwischen Deutschen und Muslimen nachhaltig einzutreten und ihn zu organisieren.

(Beifall bei der PDS)

Wir müssen, auch ernsthaft finanziell gestützt, gerade für junge Menschen räumliche Begegnungsmöglichkeiten schaffen, die möglicherweise dann zum Dialog über Inhalte führen, zu gemeinsamer außerschulischer Betätigung wie Sport, Musik, Spiel. Hier möchte ich ganz besonders den Lehrern danken, die in ihren Klassen muslimische Kinder betreuen. Die Lehrer sind für viele muslimische Kinder die intensivsten Ansprechpersonen und haben wesentlich zur Integration und Einführung in unsere säkulare Gesellschaft beigetragen.

Nicht schon das Grundgesetz als solches bietet die Grundlage dafür, sondern erst der demokratisch gewährte Lebensraum schafft die Voraussetzung für Erfahrung von Integration. Das zum Slogan gewordene Diktum von Max Frisch: «Wir haben Arbeitskräfte gerufen und es sind Menschen gekommen» verdeutlicht das Problem. Nicht allein die sozialen und marktpolitischen Probleme der Flüchtlinge und abendländischen Arbeitskräfte müssen gelöst werden. Auch die kulturellen Prägungen, die uns bis dahin fremd waren, müssen vertieft und wahrgenommen werden, und zwar von uns, um in ihrer Bedeutung überhaupt erst einmal für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen begriffen zu werden.

(Beifall bei der PDS)

Dazu gehört der Islam als eine neue Herausforderung in unserer Gesellschaft, der wir uns stellen müssen. Mir liegt ausdrücklich daran – ich wiederhole, was Kollegen schon gesagt haben –, mich bei den Kolleginnen und Kollegen zu bedanken, die uns

mit diesem «Kompendium zum Islam in Deutschland» dazu verhelfen wollen, den Islam und damit auch unsere durch den Islam veränderte Kultur besser zu verstehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS sowie des Abgeordneten Dr. Edzard Schmidt-Jortzig [F.D.P.]

Zur Errichtung eines Einheits- und Freiheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit

(9. November 2001)⁸⁴

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stimme Herrn Hilsberg⁸⁵ zu: Es ist schon ein historisches Datum, dieser 9. November. In vierfacher Hinsicht ist heute an den 9. November zu erinnern. Insofern ist der Tag, an dem wir über dieses Thema reden, ein bedenkenswertes Datum.

Wir reden heute nicht über irgendein Denkmal auf irgendeinem Platz in der Hauptstadt, sondern über das Einheits- und Freiheitsdenkmal, das auf dem Schlossplatz stehen soll, in der historischen Mitte Berlins. Es gilt festzustellen, dass dieses Areal eine städtebaulich-architektonische Gesamtkonzeption braucht, bei der jedes Teil des künftigen Ensembles zu einem Ganzen wird.

(Beifall bei der PDS)

84 Bundestags-Plenarprotokoll 14/199, S. 19508C-19509B. – *Anlass der Beratung war ein fraktionübergreifender Gruppenantrag, das bereits viel diskutierte «Einheits- und Freiheitsdenkmal zur Erinnerung an die friedliche Revolution 1989» auf der Schlossfreiheit in Berlin zu errichten und damit einen Ort zu bestimmen, ohne schon eine Konzeption zur Gestaltung des Gesamtareals entwickelt zu haben. – Den Beschluss zur Errichtung des Denkmals auf der – hier noch umstrittenen – Schlossfreiheit fasste der Bundestag sechs Jahre später, am 9. November 2007. 2011 ging das Architekturbüro Milla und Partner aus Stuttgart mit dem Projekt einer begehbaren Schale, die sich durch Interaktion der Besucherinnen und Besucher langsam neigt, aus dem öffentlich ausgeschriebenen Wettbewerb als Sieger hervor. Nach erheblichen Verzögerungen fasste der Bundestag im Juni 2017 einen neuerlichen Baubeschluss; der Baubeginn des nun oft «Einheitswippe» genannten Denkmals erfolgte im Mai 2020.

85 *Stephan Hilsberg (SPD), aus der DDR stammend, im Oktober 1989 Mitbegründer der SDP (der Sozialdemokratischen Partei in der DDR), 1990 bis 2009 Bundestagsabgeordneter, 2000 bis 2002 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Hilsberg gehörte zu den Befürworterinnen und Befürwortern des Gruppenantrages. – Seine Rede hatte er zu einer Grundsatzrede seines Geschichts- und Gegenwartsverständnisses gemacht. Beginnend mit der Bedeutung des 9. November – «vor zwölf Jahren war die Maueröffnung, vor 63 Jahren die Kristallnacht. Damals wurden in deutschen Städten Juden wie Vieh gejagt. Vor 83 Jahren wurde aus einem Fenster dieses Hauses heraus die spätere Weimarer Republik ausgerufen»; dieser Tag sei «mit den höchsten und besten, aber auch mit den niedrigsten und traurigsten Gefühlen unseres Volkes verbunden»; er treffe «unsere Gesellschaft in einem zentralen Punkt: in unserem Selbstverständnis. Was wollen wir als Bürger, als Gesellschaft, aber auch als Nation sein?» –, war er zur zentralen Bedeutung der Freiheit gekommen. «Erst durch seine Freiheit» konstituiere sich «der Mensch [...] als Bürger». «Durch die Freiheitsberaubung seiner Bürger» werde «ein Staat erst zu einer Diktatur und zu einer Gefahr, zunächst im Inland und dann im Ausland, wie wir es erlebt haben». Deshalb dürften wir «Diktaturen wie das Dritte Reich, aber auch die DDR in Deutschland nie wieder dulden». Ein Denkmal für die Freiheit sei notwendig, weil die Gesellschaft «einen Ort» brauche, «an dem sie die zentralen Werte wie Freiheit physisch sichtbar machen kann». Dann war er zur Nation gekommen, zu der «die Deutschen» anders als «zu ihrer Freiheit» kein «ungebrochenes Verhältnis» hätten. «Die beiden Diktaturen und die deutsche Teilung» hätten «viel Schmerz und viele Trümmer hinterlassen» und «auch Irrtümer und Neurosen in unserem Volk bewirkt». Dass «wir heute überhaupt wieder eine Nation sind», sei «zuerst der friedlichen Revolution in der DDR zu verdanken». «Die Einheit» sei gelungen, «weil die Ostdeutschen auf jedes Sendungsbewusstsein, auf jede Missionierungsidee der übrigen Welt verzichtet hatten.

Darum muss die Schlossplatzgestaltung mit großer Sorgfalt und – darum bitte ich wirklich, Frau Pieper⁸⁶ – ohne ideologische Verengung angegangen werden. Von uns kommt die ideologische Verengung nicht. Diese Gesamtkonzeption ist seit Jahren in der Diskussion, liegt aber noch nicht vor. Wir meinen, dass die historische Mitte Berlins als Gegengewicht zum Regierungsviertel und zum Potsdamer Platz öffentlicher Raum bleiben bzw. wieder werden sollte.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb wäre der Einzelbeschluss zu einem Denkmal nach meiner Meinung ein unsachgemäßer Eingriff in einen offenen Prozess.

In der Begründung der Antragsteller zur Errichtung des Einheits- und Freiheitsdenkmals heißt es, dass der Prozess der europäischen Einigung durch den Sieg der freiheitlichen, demokratischen und nationalen Bewegungen erst seine gesamteuropäische Dimension erhalten habe. Die Antragsteller sehen also die friedliche Revolution von 1989 in der DDR als die Vollendung der niedergeschlagenen Revolution von 1848. Dass bei diesem kühnen Brückenschlag die erste deutsche Republik, nämlich die Weimarer, nicht erwähnt ist,

(Günter Nooke [CDU/CSU]⁸⁷: Stimmt doch nicht! – Cornelia Pieper [FDP]: Steht doch im Antrag!)

ist sehr bedenklich. Ich frage: Kann man ernsthaft wollen, dass die kaiserliche Sockelvakanz mit einem Denkmal für die deutsche Wiedervereinigung und Freiheit besetzt wird?

(Cornelia Pieper [FDP]: Ich habe es doch begründet, Herr Fink!)

Sie wollten keine besondere Demokratie sein, sie wollten keinen dritten Weg gehen oder aber en passant gleich besser sein als die alte Bundesrepublik. Sie wollten nur eines: Freiheit und Selbstbestimmung.» 1989 habe gegolten, «was auch schon 1949 gegolten hat, wie dies die Väter des Grundgesetzes in Bad Godesberg aufgeschrieben haben». Auch sie hätten «nichts anderes sein», «nichts anderes [...] für sich beanspruchen» wollen als das, «was für alle anderen westlich-europäischen Nachbarn selbstverständlich war und was diese den Deutschen damals nicht abschlagen konnten: Freiheit und Selbstbestimmung». Zur absehbaren Ablehnung des Gruppenantrages sagte Hilsberg, dass das nichts mache, denn er sei «richtig» und werde «sich durchsetzen» – womit er (siehe die vorhergehende Fußnote) recht behielt.

86 *Cornelia Pieper (FDP), aus der DDR stammend, von 1998 bis 2013 (mit kurzer Unterbrechung 2002) Mitglied des Bundestages, 1997 bis 2001 stellv. Bundesvorsitzende, 2001 bis 2005 Generalsekretärin, 2005 bis 2011 erneut stellv. Bundesvorsitzende der FDP. – Pieper – den Gruppenantrag unterstützend – hatte es «außerordentlich bedauert», dass SPD und PDS der Beschlussvorlage aus dem Ausschuss für Kultur und Medien zustimmen werden, und ihre Befürwortung des Antrages von CDU/CSU und FDP unter anderem damit begründet, dass die Schlossfreiheit zwar der Ort sei, «wo das Denkmal Wilhelms I. stand», aber «man hätte dieser wilhelminischen Architektur, dieser monarchischen Kultur durch ein neuartiges Denkmal für Freiheit und Demokratie die republikanische Bescheidenheit entgegenstellen können».

87 *Auch Günter Nooke (Mitglied des Bundestages 1998 bis 2005) hatte vor Fink gesprochen. Er machte seine Rolle als Mitinitiator der Denkmalsidee 1998 geltend – als «prominente Befürworter» habe man damals unter anderen «die SPD-Politiker Richard Schröder und Klaus von Dohnanyi» sowie «den damaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Ignatz Bubis» gewinnen können –, erinnerte an die Einbringung des «Antrags für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal» (ihm war die Reihenfolge Freiheit–Einheit wichtig; die hier wiedergegebene Debatte ging um ein «Einheits- und Freiheitsdenkmal») am 13. April 2000 und entwickelte eine Vision: «Wenn die vielen Besucher unserer Hauptstadt in deren historische Mitte kommen, dann könnten sie

Lässt sich die 1989er-Bürgerrechtsbewegung der DDR in Metallguss, Marmor – oder vielleicht besser noch: als Perpetuum mobile – in Erinnerung behalten? Übrigens waren die Friedensgruppen – das ist eine Begründung, die noch fehlt –, die von dem Helsinki-Verständigungsprozess bestimmt waren, doch ein wichtiger Teil der Bürgerbewegung der DDR. Die kirchlichen Gruppen sammelten sich im konziliären Prozess in Erinnerung an das 1934 von Dietrich Bonhoeffer geforderte Konzil für den Frieden unter dem Thema: Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Dies sind Themen, die aus historischer Sicht nicht mit dem Denkmalstichwort «Freiheit und Einheit» abgedeckt werden. Die biblische Verheißung «Schwerter zu Pflugscharen» war das zentrale Symbol für Christen und Nichtchristen. Das soll doch in Erinnerung bleiben.

(Beifall bei der PDS)

Im vorliegenden Antrag wird ausführlich beschrieben, dass die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 im Gegensatz zu Bismarcks Einigungswerk von oben dem unbeeinträchtigten Engagement unzähliger Basisgruppen von unten zu verdanken ist. Natürlich stimmt das. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass die Basis, also die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern, über ihr Denkmal mitentscheiden sollten und nicht nur wir als Mandatsträger im Bundestag unmittelbar darüber bestimmen.

(Cornelia Pieper [FDP]: Es sollte eine öffentliche Ausschreibung stattfinden!)

Es hat auch in diesem Hause heftige Debatten darüber gegeben, ob überhaupt ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas errichtet werden soll. Der Bau dieses Denkmals hat vor wenigen Tagen begonnen. Ich bin dankbar, dass wir am heutigen 9. November 2001 dies sagen können.

(Beifall bei der PDS)

in absehbarer Zeit folgendes Panorama erleben: Am sowjetischen Ehrenmal in Tiergarten vorbei gelangen die Besucher an der Skulptur der Ruferin über die Mauer hin zum Reichstag. Von da aus wird sie ihr Gang hinüber zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas führen, danach zu der historischen Meile Unter den Linden. Das Brandenburger Tor im Rücken geht es am frisch renovierten Denkmal von Friedrich dem Großen vorbei, unübersehbar die Standbilder der Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt und gegenüber auf dem Bebelplatz das in den Boden eingelassene Mahnmal zur Bücherverbrennung. Vorbei an der beeindruckenden Pieta von Käthe Kollwitz in Schinkels Neuer Wache, gegenüber, etwas versteckt noch, die Offiziere der Befreiungskriege, wird man bald auf der anderen Seite vor einer großen Baustelle stehen, dem Berliner Schlossplatz. Am ehemaligen DDR-Staatsratsgebäude erinnert noch das Portal an das Schloss, von dessen Balkon aus 1918 die erste deutsche Republik ausgerufen wurde, die bekanntlich 1933 scheiterte. Der Platz auf dem Sockel der Schlossfreiheit, der Ende des 19. Jahrhunderts für das Reiterstandbild Wilhelms I. errichtet wurde, ist wie kein anderer Ort in der Hauptstadt geeignet, ein solches Denkmal für die einzige erfolgreiche Revolution für Freiheit und Einheit zu errichten. Die Tatsache, dass ein Steinwurf von diesem Ort entfernt in der ehemaligen Volkskammer der DDR am 23. August 1990 der Beschluss zur staatlichen Wiedervereinigung gefasst wurde, unterstreicht diesen historischen Anspruch.» – Vor diesem Hintergrund fand er es «nicht verständlich», warum Angelika Krüger-Leißner (SPD) «ihre ablehnende Haltung dem Antrag gegenüber damit begründen konnte, die Notwendigkeit eines solchen Denkmals zu dieser Zeit an diesem Platz sei zu bezweifeln». Dann ging er direkt auf Heinrich Finks Auftritt im Ausschuss für Kultur und Medien ein: Fink habe Frau Krüger-Leißner «sekundiert» und «die etwas kryptische Begründung» vorgetragen, «im vorliegenden Antrag sei von der Erinnerung an die Revolution nicht die Rede». Da müsse er «einfach nur den Antrag richtig lesen», und er – Nooko – werde «bei alledem das Gefühl nicht so recht los, dass es sich um unangebrachte und unsachgemäße Kritik handelt, die vielleicht sogar die prinzipielle Ablehnung der friedlichen Revolution der Ostdeutschen verbergen soll».

Aber das Denkmal für die im Namen Großdeutschlands vernichteten Sinti und Roma, für die Euthanasieopfer und für die Lesben und Schwulen ist bis jetzt noch nicht vorhanden. Wir sollten es uns mit der Entscheidung für ein Einheitsdenkmal schon schwer machen. Vielleicht sollten wir es überhaupt der nachfolgenden Generation überlassen, ob sie uns ein Denkmal setzen will.

(Eckart von Klæden [CDU/CSU]: Ihnen soll ja auch keines gesetzt werden!)

Warten Sie nur.

Meine Fraktion kann aus diesen Gründen dem Antrag nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Zum Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2000

(24. Januar 2002)⁸⁸

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit ihrem Antrag schlagen die Koalitionsfraktionen vor, dass sich der Bundestag die Position zu Eigen machen solle, die das Auswärtige Amt in seiner Konzeption 2000 zur auswärtigen Kulturpolitik niedergelegt hat.

Als diese Konzeption im Sommer 2000 erstmals vorgelegt wurde, hat die PDS-Fraktion sie als grundlegende Orientierung unterstützt. Dass wir auch diesem Antrag zustimmen, bezieht sich vor allem auf die Anerkennung der Ziele, an denen die auswärtige Kulturpolitik ausgerichtet werden soll, wie Sicherung des Friedens, Konfliktverhütung, Verwirklichung der Menschenrechte, partnerschaftliche Zusammenarbeit und Dialog der Kulturen. Dabei ist uns klar, dass weder die Konzeption 2000 noch der heute vorliegende Antrag eine Gewähr dafür bieten, dass diese begrüßenswerten Prinzipien und Ziele auch zu verbindlichen Handlungsmaximen der Bundesregierung gemacht werden. Ich sage ausdrücklich: der Bundesregierung und nicht nur des Auswärtigen Amtes; denn die auswärtige Kulturpolitik muss Bestätigung und Unterstützung durch die Aktivitäten der Bundesregierung auch auf anderen Politikfeldern erfahren.

(Beifall bei der PDS)

Andernfalls erfährt die auswärtige Kulturpolitik in der außenpolitischen und in der innenpolitischen Öffentlichkeit Regierungspolitik als Widerspruch zu ihren ausdrücklich vom Bundestag bestätigten Zielen.

Als Außenminister Fischer die Konzeption 2000 vorgelegt hat, ist er ausdrücklich davon ausgegangen, dass die Umsetzung eine bessere finanzielle Ausstattung verlangt. Leider sind in der Zwischenzeit die Mittel deutlich gekürzt worden. Sparen – ja. Aber hier? Wer an Kultur und Bildung spart, spart an der falschen Stelle.

(Beifall bei der PDS)

⁸⁸ Bundestags-Plenarprotokoll 14/212, S. 20924C-20925C.

An dieser Stelle sei Hilmar Hoffmann, dem langjährigen Präsidenten des Goethe-Instituts Inter Nationes, auch von meiner Fraktion gedankt.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich einen Titel zu vergeben hätte, dann würde ich Hilmar Hoffmann den Titel des Präzeptors des Dialogs verleihen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Dr. Elke Leonhard [SPD]: Mach doch!)

Das sollten wir tun. – Er hat sehr deutlich darauf hingewiesen, dass Terrorismusbekämpfung mit militärischen Mitteln als Ultima Ratio nur vorübergehend abschreckt. Die Wurzeln des Terrorismus stecken in der kränkenden Aussichtslosigkeit psychosozialer Bedingungen ohne gesicherte Gegenwart und ohne Hoffnung auf Zukunft. Wenn Beteiligung an Terror als Lebenssinn angeboten wird, wie es im Nationalsozialismus nach dem Ersten Weltkrieg tragisch funktionierte, muss eine lebenswerte, demokratische Alternative kulturell vermittelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Darum muss eine Antiterrorallianz zugleich auf die Prima Ratio der Kultur setzen. Längst vorhandene Analysen zum Beispiel des verdrängten religiösen Fundamentalismus und die Dimensionen, wie Hoffmann es nennt, der fürchterlichen Privatisierung des Terrorismus müssen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch ausgewertet bzw. analysiert werden. Die Prima Ratio braucht eine Großinvestition in Verständigungsverhältnisse, vor allem zur Durchsetzung der Menschenrechte. Aber die prekäre Lage, die sich aus konzeptionellen Defiziten in Sachen Terrorismusbekämpfung ergibt, dauert leider an. Ich beziehe mich noch einmal auf Hoffmann: Obwohl er den Militäreinsatz in der Hauptstadt Afghanistans unterstützt, fragt er – das kann ich nur wiederholen –, ob 1.200 deutsche Soldaten, deren Einsatz in Afghanistans Hauptstadt 500 Millionen Euro kosten wird, in einem vernünftigen Verhältnis zu 128 Goethe-Instituten in 76 Ländern stehen, die jährlich 200 Millionen Euro kosten. Dieses Verhältnis muss immer wieder deutlich gemacht werden.

(Beifall bei der PDS)

Weil meine Fraktion für die Unterstützung von Verständigungsverhältnissen eintritt, befürchten wir, dass das Einwanderungsgesetz, über das zurzeit ebenfalls diskutiert wird, den Zielen unserer auswärtigen Kulturpolitik direkt widerspricht; denn es fördert nicht die Begegnung gleichberechtigter Kulturen, sondern fordert nahezu Assimilationsbereitschaft als Preis für Einwanderung. Wir sind für Integration, nicht für Assimilation.

(Beifall bei der PDS)

Hier sollten wir aus der deutschen Geschichte lernen. Die Juden kamen in die deutsche bürgerliche Gesellschaft durch die Taufe. Wir meinen, die Beherrschung der deutschen Sprache muss keine Bedingung für Integration sein. Leider sind hohe Arbeitslosenzahlen und wachsende Angst der deutschen Bevölkerung vor sozialem Abstieg keine guten Voraussetzungen, um Deutschland als Einwanderungsland zu öffnen. Wir halten es daher für sehr wichtig, dass die Konzeption der auswärtigen

Kulturpolitik auch im Inland ausführlich bekannt gemacht wird, damit es nicht zu populistischen Überschriften, wie man sie immer wieder liest, nämlich «Es ist doch rausgeschmissenes Geld; verwendet es doch für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Inland», kommt. Wir müssen beides tun.

Der Vorschlag der FDP, Kulturkostenträger in der deutschen Wirtschaft im Ausland zu gewinnen und dementsprechend Kultureinrichtungen und Projekte zu privatisieren, ist meines Erachtens eine Preisgabe des vorliegenden Konzepts. Das darf nicht mit den Interessen der jeweiligen Unternehmen vor Ort oder mit Exportinteressen in Deutschland verknüpft werden. Es geht nicht um Kulturexport, sondern um einen mühsamen kulturellen Dialog im Ausland. Dieser soll Erfahrungen und gegenseitiges Verständnis auch im Umgang mit Konflikten und Unvereinbarkeiten bringen. Es geht um neue Erkenntnisse und nicht um Export.

Abhängigkeit von Firmen schafft offen oder verdeckt eine Geber-/Nehmer-Mentalität. Das darf in der Kultur nicht sein. Damit wäre die Erfahrung, dass Kulturen gleichberechtigt sind, auch wenn die wirtschaftlichen und sozialen sowie die politischen Verhältnisse der Völker einander diametral entgegengesetzt sind, schwer oder gar nicht mehr zu machen.

Kolleginnen und Kollegen, auswärtige Kulturpolitik muss Prima Ratio sein und darf nicht Ultima Ratio sein. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Zum Jüdischen Museum, zur «Topographie des Terrors» und zum Mahnmal für die ermordeten Juden Europas

(25. Januar 2002)⁸⁹

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen gedenken wir erneut der Opfer des Nationalsozialismus. Damit wird dieses Thema wahrscheinlich unmittelbar in Verbindung gebracht und deshalb ist es auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Nicht selten hatten wir in der Vergangenheit diesbezüglich einen beschämenden Widerspruch zu beklagen: Wir hörten hier – dem Anlass gemäß – würdige Gedenkrede; gleichzeitig leisteten die Regierenden dieser Stadt ein makabres Verzögerungs-

89 BT-Plenarprotokoll 14/213, S. 21134C-21135A. – *Zum Vorgang insgesamt siehe oben, S. 63 f.

und Verweigerungsritual gegenüber den heute in Rede stehenden Gedenkstätten.⁹⁰ Hier muss ich Frau Vollmer⁹¹ wirklich Recht geben.

Aber seit der ersten Lesung dieses Antrages genau heute vor einem Jahr hat sich manches zum Positiven entwickelt. Das Jüdische Museum ist inzwischen eröffnet, der Bau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas vollzogen. Endlich scheint auch die Dokumentationsstätte Topographie des Terrors auf gutem Wege zu sein.

Die Topographie des Terrors ist für mich eine Gedenkstätte sui generis. Sie ist auch durch den einmaligen politischen Hintergrund und vor allen Dingen durch die Architektur, man kann auch sagen, durch das Kunstwerk von Zumthor gegenüber allen anderen Gedenkstätten herausgehoben.⁹² Von daher ist es sehr gut, dass der Baustopp in dieser Woche aufgehoben wurde. Zwar steht die formale Zustimmung des Berliner Abgeordnetenhauses noch aus, doch sind politische Ungereimtheiten in Sachen antifaschistischer Gedenkstätten von Berlin eigentlich nicht mehr zu erwarten.

Zu vielen der diesbezüglichen Streitereien um Finanzen und Konzeptionen hätte es nicht kommen dürfen und wäre es auch gar nicht gekommen, wenn die drei Gedenkstätten – hier begrüße ich namens meiner Fraktion die Intention der Antragsteller – von Anfang an als Trias, als Dreiereinheit betrachtet worden wären: sowohl räumlich als auch gedanklich. Folglich wären sie dann einheitlich vom Bund konzipiert, errichtet und auch finanziert worden.

Die Antragsteller sagen sinngemäß: Es gibt keinen überzeugenden Grund, dass der Bund einerseits Errichtung und künftigen Unterhalt von Mahnmal und Jüdischem Museum sichert, dies aber andererseits für die Topographie des Terrors offenlässt. Dieser Logik folge ich und vermute, dass sich ihr auch die Vertreter der Regierungskoalition kaum verschließen können. Selbst wenn jetzt und hier eine Mehrheit der ablehnenden Beschlussempfehlung folgt, weil die Regierungsseite, obwohl es nach der Gedenkstättenkonzeption nicht logisch ist, meint, einen Oppositionsantrag aus Prinzip ablehnen zu müssen, so habe ich weder SPD noch Grüne als erklärte oder unerklärte Gegner dieser Berliner Gedenkstätten wahrzunehmen. Ganz im Gegenteil: Ich hoffe und erwarte, dass Wege gefunden werden, die Zukunft dieser drei Gedenkstätten zu sichern.

90 *Fink bezieht sich hier noch auf die Regierungszeit des CDU/SPD-Senats unter Eberhard Diepgen (CDU) 1991 bis 2001, die am 16. Juni 2001 endete, als die SPD die Koalition mit der CDU wegen des Berliner Bankenskandals aufkündigte. In der Folge wurde Klaus Wowereit (SPD) mit den Stimmen von SPD, PDS und Grünen zum Regierenden Bürgermeister gewählt; der bis zum 17. Januar 2002 im Amt befindliche Senat aus SPD und Grünen wurde von der PDS toleriert. Am 17. Januar 2002 übernahm – erneut unter Führung von Wowereit – ein Senat aus SPD und PDS die Regierungsgeschäfte. Die Koalition aus SPD und PDS, ab 16. Juni 2007 aus SPD und LINKE, existierte bis 2011, dann folgten unter Wowereit und seinem Nachfolger Michael Müller bis 2016 Senate aus SPD und CDU, und seit 2016 regiert Müller mit einem Senat aus SPD, LINKE und Grünen.

91 *Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen) war mehrfach – zuletzt 1994 bis 2005 – Mitglied des Bundestages. 1994 bis 2005 war sie auch dessen Vizepräsidentin.

92 *Zum Schicksal des Zumthor-Entwurfes siehe oben, S. 63 f.

Es geht bei dem Mahnmal um die ermordeten Juden in Europa, beim Jüdischen Museum und der Topographie des Terrors um Erinnerung, Mahnung und Gedenken. Diese drei Topoi mitten in Berlin, auch in geographischer Richtung zusammengefasst, Topoi einer Weitergabe der Geschichte an die nachfolgende Generation sollten wir von diesem Parlament aus auch ökonomisch sichern.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Neue Koalition: mit der PDS!)

Zur Dokumentation der freigelegten russischen Graffiti-Inschriften im Reichstagsgebäude in historisch gerechtfertigtem Umfang

(14. März 2002)⁹³

Ich möchte eindeutig festhalten, sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen: Für die Neugestaltung des geschichtsträchtigen Reichstages steht der Name Sir Norman Foster, für das Parlament in der Zeit des Umbaus der Name Rita Süßmuth, der damaligen Präsidentin des Deutschen Bundestages; ihr zur Seite stand die Baukommission.

(Beifall der Abg. Franziska Eichstädt-Bohlig [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Neugestaltung ist in einem demokratischen Prozess vollzogen worden. Darunter fallen auch die Graffiti.

Bei den Umbauarbeiten des Reichstagsgebäudes für den Deutschen Bundestag wurden kyrillische Inschriften freigelegt, die 1945 nach der Eroberung des Gebäudes von sowjetischen Soldaten angebracht wurden. Diese Beschriftungen wurden durch die Bundesbaugesellschaft Berlin mbH dokumentiert und mithilfe der russischen Botschaft übersetzt.

Von der damaligen Präsidentin des Deutschen Bundestages und dem Botschafter der Russischen Föderation wurde im April 1996 gemeinsam eine Auswahl der Inschriften definiert, die restauriert und erhalten werden sollten. Unabhängig hiervon hat der Denkmalpfleger des Landes Berlin, Professor Engel, zusammen mit dem Büro Sir Norman Foster in einem größeren Umfang erhaltenswerte Inschriften festgelegt. Grobes Kriterium hierbei war, nur Flächen zu berücksichtigen, die zu mehr als 50 Prozent mit Inschriften versehen waren. Die Inschriften wurden mit hohem finanziellen Aufwand fachgerecht restauriert. Sie müssen erhalten bleiben.

Bei jedem Rundgang mit Besuchergruppen bin jedenfalls ich beeindruckt, dass Architekt und Baukommission die Inschriften sowjetischer Soldaten in gemeinsamer Entscheidung erhalten haben, mit denen die Soldaten in den ersten Stunden des Kriegsendes die Wände des zerstörten Reichstages spontan zu einer Kapitulationsurkunde gemacht haben. Eine Inschrift drückt das in zwei Worten aus: Woina kaputt – der Krieg ist zu Ende. Kürzer kann der Sieg über den deutschen Hitlerfaschismus nicht definiert werden.

93 BT-Plenarprotokoll 14/224, S. 22305B-22306A. – *Die Debatte ergab sich aus einem fraktionsübergreifenden Gruppenantrag, der hier von Fink abgelehnt wurde und am Ende auch keine Mehrheit fand.

Jeder Name ist doch ein bleibendes Lebenszeichen für Tausende Gefallene der Roten Armee, die noch wenige Tage zuvor auf den Seelower Höhen in der letzten Schlacht um Berlin ihr Leben lassen mussten. Laut Antrag sollen aber nun diese Namen, weil sie nur nichts sagende Wiederholungen ohne weitere Hinweise seien, auf einen «historisch gerechtfertigten Umfang» reduziert werden. Gerade diese Reduzierung würde dem architektonischen Konzept, das sich gerade auch der Geschichte des Reichstages verpflichtet weiß, widersprechen.

*(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Herr Dr. Lippelt hat doch gezeigt, wie man es anders machen könnte!)*⁹⁴

Foster bekenn:

Die Graffiti von 1945 traten aus der deutschen Geschichte hervor, die die Soldaten der siegreichen Sowjetarmee nach der Eroberung Berlins an die Wände gekritzelt hatten. Diese Inschriften bewegten mich sehr – jede einzelne davon ein lange der Vergessenheit anheim gefallener Hinweis auf leidvolle persönliche Erfahrungen. ... Ich begann zu begreifen, dass keine noch so gelungene Ausstellung die Spuren der Vergangenheit eindrucksvoller bezeugen kann als dieses Bauwerk.

Ich fände es sehr bedauerlich, wenn die Enkel der Befreier von Berlin zum Beispiel in Moskau, Kiew und Nowgorod in der Zeitung lesen müssten, dass die Namen der Helden von damals dem deutschen Volk heute historisch ungerechtfertigt zu viel Platz wegnehmen.

Ich hoffe, dass solche Artikel nie geschrieben werden können. Deshalb bitte ich Sie, mit mir alles zu tun, diese Antikriegsautogramme zu erhalten.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Fink, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Meine Fraktion setzt sich ausdrücklich dafür ein, dass die Schriftzüge denkmalgeschützt bleiben und damit die Befreiung vom Hitlerfaschismus dokumentiert wird.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

94 *Der Zwischenruf ist unklar. Helmut Lippelt (Bündnis 90/Die Grünen) hatte sich – unmittelbar vor Fink redend – wie dieser sehr klar gegen den Antrag ausgesprochen. Er habe sich, sagte er, «natürlich gefragt, was die Antragsteller umtreibt: Ist es nur Reinlichkeitswahn, wie ihn die Deutschen oft haben? Sind Ihnen vielleicht die Wände zu beschmutzt?» Er sei aber «zu dem Schluss gekommen, dass es das allein nicht sein kann». Vielleicht komme es ihnen «doch auf den Inhalt an: dass nämlich Siegesinschriften von Sowjetsoldaten als Zeichen der Schmach bzw. Schande vorhanden sind». – Nach der Schilderung von Rundgängen mit russischen, ukrainischen und anderen Besuchergruppen durch jene Bereiche des Reichstagsgebäudes, in denen der von den Nazis verfolgten und umgebrachten Reichstagsabgeordneten gedacht wird, sagte er, dass diese beeindruckt seien von der «Breite des Widerstands gegen die Nazidiktatur», dass sie verstünden, «dass die ersten Opfer der Nazidiktatur die deutschen Politiker selbst und ihre Parteien waren», dass aber – nun wieder die deutsche Seite meinend – «nur, wer sich auch der Soldaten erinnert, die aus den Weiten Russlands hierhergekommen sind, um den Faschismus zu besiegen», das Recht habe, «an die eigenen Opfer zu erinnern». «Bewusst bleiben» müsse «beides: die schmachvollen und die ehrenhaften Seiten der deutschen Geschichte». Deshalb gehöre der Gruppenantrag «in den Papierkorb».

Zum Zentrum gegen Vertreibungen

(16. Mai 2002)⁹⁵

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Um gleich Vorurteilen entgegenzutreten: Meine Fraktion ist für eine konsequente wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Vertreibung, für ein aufdeckendes historisches Verfahren ohne Wenn und Aber und ohne Rücksicht auf Biografien der Verursacher sowie für schonungslose Offenheit gegenüber der Geschichte, um den Völkern der Vertriebenen zu Verständigung und Versöhnung zu verhelfen.

Doch Zahlen und Daten sind Quellen. Daher verraten sie bereits eine Absicht. Ich kann es nicht verhehlen: Ich meine in diesem Zusammenhang zum Beispiel den Antrag der CDU/CSU. Wenn im Antrag der CDU/CSU von 15 Millionen Vertreibungsoptionen gesprochen wird, dann sind damit die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1942 bis 1945 gemeint.

Doch die Vertreibung hat bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts begonnen. Daher stimme ich folgendem Satz im Antrag der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen voll zu: Die Forschungsstätte «soll die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihren verschiedenen Ursachen, Kontexten und Folgen, darunter die Vertreibung der Deutschen, dokumentieren».

Leider habe ich nicht die Zeit, Länder und Daten von Vertreibungen im 20. Jahrhundert aufzuzählen. Ihnen selbst fallen ja gleich Armenien, Griechenland und die Türkei ein. Wenn wir uns auf Deutschland beschränken würden, wären die Zahlen der vertriebenen Juden auf jeden Fall mitzurechnen, ebenso die der Polen, Tschechen und Russen sowie die all derjenigen aus von Deutschland besetzten europäischen Staaten, die als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert wurden.

Die deutsche und europäische Geschichtswissenschaft hat eine ausgezeichnete Faschismusforschung vorzuweisen. Die Dimension der Vertreibung ist darin präzise untersucht worden. Die älteste Wurzel aller Vertreibungen, liebe Frau Vollmer, kommt aus dem Antijudaismus, der im 19. Jahrhundert in Deutschland zum Antisemitismus geworden ist. In einem Zentrum der Vertreibung sollte deshalb dafür breiter Raum sein.

Es sei mir ein Seitenblick erlaubt: Wir lesen heute in der Presse von einem neuen Antisemitismus. Ich wundere mich, was an diesem neu sein soll. Es ist doch der alte latente. Neu ist nur, dass er heute am Verhalten gegenüber dem Staat Israel deutlich gemacht wird, nämlich an Vertriebenen.

Ich bitte Sie: Vertreibung muss weiter erforscht und politisch analysiert werden, darf aber politisch nicht instrumentalisiert werden. Deshalb ist für mich die Debatte am heutigen Tag, kurz vor Pfingsten, verdächtig. Zu Pfingsten finden die Heimatvertriebenen treffen statt. Ich hoffe, dass hier keine Reden aus dem Fenster gehalten worden sind.

95 Bundestags-Plenarprotokoll 14/236, S. 23593C-23594B.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche nicht ohne Erfahrung. Ich bin ein Flüchtlingskind. Ich bin von 1940 bis 1945 aus Bessarabien nach Brandenburg getrieben worden. Ich habe aber bald begriffen: Vertrieben haben uns nicht die Russen oder die Polen, sondern diejenigen, die den Krieg von Deutschland aus angefangen haben.

(Beifall des Abg. Uwe Hixsch [PDS])

Wir sollten an diesem Punkt politisch sehr sensibel sein, und zwar gerade mit Blick auf Tschechien und Polen, an deren Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft wir arbeiten. Sollten wir deshalb nicht deren Meinung zu einem solchen Zentrum für die Vertriebenen Europas mit einholen? Wenn ein Konzept erarbeitet wird, dann nicht ohne sie, nicht ohne deren Beratung und deren Beteiligung. Daher ist an dem Gedanken im Antrag der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen festzuhalten: «Ein solches Projekt ist eine europäische Aufgabe.»

Da der Kulturausschuss federführend sein wird, kann ich Sie nur bitten, diesen Antrag an ihn zu überweisen. Ich hoffe nur, wir könnten noch in dieser Legislaturperiode darüber diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Nicht nur diskutieren! Entscheiden!)

Zur Gesamtkonzeption für Berliner Gedenkstätten für die Opfer der SED-Diktatur

(13. Juni 2002)⁹⁶

In Bezug auf den Titel des Antrages der Union sage ich namens der PDS-Fraktion: Ja, eine derartige Gesamtkonzeption wäre logisch und notwendig. Auf in der DDR geschehenes Unrecht sollte in angemessener, seriöser, alle geschichtlichen Umstände einschließender Weise hingewiesen werden. Das sind wir zuerst allen Menschen schuldig, die unschuldig gelitten haben: Das ist Anerkennung der gelebten Geschichte und gehört zur demokratischen Erinnerungskultur und das ist nicht zuletzt notwendiger Teil der Verpflichtung, die uns gegenüber künftigen Generationen auferlegt ist.

In Anerkennung dessen kann es meines Erachtens keinen anderen Weg geben als den eines möglichst objektiven geschichtswissenschaftlich fundierten Herangehens. Das umfasst mehr als die Forderung nach finanziellen und baulichen Investitionen in das Bestehende und es kann dabei auch nicht allein um die drei hier genannten Einrichtungen gehen. Was beispielsweise ist mit dem Checkpoint Charlie, was mit der Kennzeichnung des ehemaligen Mauerverlaufs und anderen markanten Orten, die aus gutem Grund der Erinnerung bedürfen? Sie bedürfen nicht nur der Erinnerung, sondern – wenn wir uns nicht mit zweifelhaftem Stückwerk zufrieden geben

⁹⁶ Bundestags-Protokoll 14/242, S. 24389B-D/Anlage. – *Die Rede wurde nicht gehalten, sondern zu Protokoll gegeben.

wollen –, unbedingt auch der wissenschaftlichen Begleitung und Erklärung. Diese Dimension vermisste ich etwas im vorliegenden Antrag. Ich vermisste auch eine Erklärung dafür, warum sich die CDU erst jetzt dieser Angelegenheit erinnert.

Ich gebrauche dieses Argument nicht gern, weil es schon so oft und immer wieder eine Rolle spielte und spielt. Trotzdem muss ich fragen, warum die Union in der langen Zeit ihrer politischen Verantwortung sowohl im Bund als auch noch länger in Berlin hier offensichtlich Dinge unerledigt gelassen hat, die sie jetzt in ihrem Antrag fordert. Dieses Gesamtkonzept, das die Union nunmehr von der rot-grünen Bundesregierung verlangt, hätte also längst vorgelegt werden können.

Es versteht sich nicht allein als Frage guten politischen Stils, dass bei jedem Konzept dieser Zielsetzung das Einvernehmen des Bundes mit Berlin gesucht werden sollte. Damit meine ich ausdrücklich nicht, dass Berlin hier in die Pflicht zur Gegenfinanzierung genommen werden sollte. Das wäre überdies wenig zielführend. Es ist ja kein Geheimnis, dass Berlin aufgrund seiner finanziellen Misere, für die bekanntlich nicht der jetzige Senat die Schuld trägt, ganz nüchtern betrachtet schwerlich in der Lage ist, die in der Diskussion befindlichen Investitionen aufzubringen. Beispielsweise spricht der Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen von 20 Millionen Euro, die er allein für sein Objekt als Mindestsumme für gebäudetechnische Erhaltung und denkmalgerechte Sanierung erwartet.

Ich will ungeachtet dessen aber keinen Zweifel an der Feststellung lassen: Die in Rede stehenden Stätten sind als zentrale und nicht lokale Gedenkorte anzusehen. Es wäre danach eine folgerichtige Überlegung, sie auch vollständig durch den Bund zu konzipieren und zu finanzieren. Insoweit folgt die PDS ungeachtet einiger nach unserer Auffassung ahistorischer Formulierungen dem Grundgedanken des CDU-Antrages nach Verantwortung des Bundes.

Aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zu dem am 6. Juni 2002 vorgestellten Friedensgutachten der fünf führenden Friedensforschungsinstitute (14. Juni 2002)⁹⁷

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Warum musste es zu dieser Aktuellen Stunde kommen?

(Zuruf von der SPD: Das ist eine wirklich gute Frage!)

Warum wird die Debatte über Krieg und Frieden im Jahr 2002 nicht in der Kernzeit geführt, also zu einer Zeit, in der die Diskussion von öffentlichem Interesse ist? Wir nutzen die uns gebotene Möglichkeit der Aktuellen Stunde, um genau die Fragen, die Ihnen offenbar nicht behagen, einmal zu thematisieren.

⁹⁷ Bundestags-Plenarprotokoll 14/243, S. 24511A-24512A. – *Die Aktuelle Stunde kam auf Antrag der PDS-Fraktion zustande. Vor Heinrich Fink, der als Vorletzter ans Pult trat, hatte bereits als erster Redner sein Fraktionskollege Wolfgang Gehrcke gesprochen.

Das Friedensgutachten erscheint in diesem Jahr zum 16. Mal. An ihm arbeiten jetzt fünf renommierte wissenschaftliche Institute, was nicht nur eine wirklich komplexe Analyse ermöglicht, sondern auch die Qualität erheblich verbessert hat. Da Sie nur das gelten lassen, was Sie bestätigt, empfehle ich differenziertes Lesen dieses Gutachtens, um daraus Konsequenzen für politisches Handeln ziehen zu können.

Das jetzt vorliegende Gutachten konzentriert sich darauf, die weitreichenden Folgen des 11. September und des Krieges in Afghanistan für die sich gegenwärtig in der internationalen Politik vollziehenden Machtverschiebungen zu analysieren und zu bewerten. Ich verweise nur auf den zunehmenden Unilateralismus der USA, die sich verändernde internationale Rolle Russlands oder den Funktionswandel der NATO. Das ist neu in diesem Gutachten; darüber sollten wir wirklich nachdenken.

Aber auch in den bundesrepublikanischen Verhältnissen gibt es beträchtliche Veränderungen. So wurde der weltweite Einsatz der Bundeswehr zu einem normalen Instrument deutscher Außenpolitik erhoben. Die komplizierte Balance zwischen Bürgerrechten und Sicherheitsbedürfnissen wird unter dem Ruf nach innerer Sicherheit gefährdet. Allein die Komplexität dieser Prozesse zeigt, dass die Politik in zunehmendem Maße qualifizierter Beratung bedarf.

In Zeiten, in denen die Führungsnation dieser Welt nicht mehr nur die atomare Erstschlagsoption aufrechterhält, sondern für die nächste Zukunft den Übergang zu atomaren Präventivschlägen diskutiert, in Zeiten, in denen dieses Haus ungefähr vierteljährlich auf Regierungsantrag den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland bis hin zum Kriegseinsatz beschließt – dies geschieht seit Beginn dieser Legislaturperiode –, ist die Beschäftigung mit Friedenspolitik mehr als geboten, und zwar nicht nur dann, wenn es einmal mehr darum geht, den nächsten Einsatz zu beschließen, sondern gerade auch unabhängig von dem dann immer wieder gesetzten Zustimmungszwang, der gelegentlich den freien Blick auf die Dinge zu vernebeln vermag.

(Beifall bei der PDS)

Die Bundesregierung betont seit ihrem Sündenfall – das sage ich sehr bewusst –, seit der Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien im Jahre 1999, ihre Politik der militärischen Krisenintervention sei alternativlos, sie sei zwar nicht das alleinige, aber letztlich das einzige erfolgversprechende Mittel internationaler Konfliktbearbeitung. Konsequente Folgen dieser Haltung sind die nicht enden wollenden und immer neuen Militärinterventionen. Dass diese Politik eben nicht alternativlos ist, dass erfolgversprechende Wege unabhängig von diesen Interventionen gesucht und gefunden werden, können wir in diesem Friedensgutachten deutlich sehen. Mir geht es darum, dass Erkenntnisse für politische Entscheidungen in Parlament und Regierung genutzt werden.

In anderen Politikbereichen ist es eine gute Tradition, dass sich die Bundesregierung aus dem Kreis von Expertinnen und Experten Vorschläge für ihre Politik unterbreiten lässt. Diese Gutachten finden in aller Regel auch einen Widerhall in der Öffentlichkeit. Bestes Beispiel dafür ist das Jahresgutachten des Rates der fünf Weisen, bezogen

auf die in der Wirtschaftspolitik einzuschlagenden Wege. Aber auch in anderen Fällen greift die Exekutive gerne auf Ratschläge aus der Wissenschaft zurück, an die sie sich ja nicht halten muss, aber die sie kennen sollte.

Es ist für mich wichtig, dass Friedensforschung Präventivforschung ist. Es ist an der Zeit, dass das Gutachten, das die führenden Friedens- und Konfliktforschungseinrichtungen jährlich vorlegen, auch von der Regierung beachtet und in den parlamentarischen Willensbildungsprozess einbezogen wird.

Die Bundesregierung hat mit der Schaffung der Stiftung Deutsche Friedensforschung Grundlagen geschaffen, um zu einer stetigen Ausbildung und Forschungsförderung in diesem Bereich zu kommen. Ob die dafür vorgesehenen Mittel ausreichend sind, braucht an dieser Stelle nicht diskutiert zu werden. Aber die Etablierung der Friedensforschung als eines wichtigen Wissenschaftszweigs, der auch der Politikberatung dienen soll, wird ad absurdum geführt, wenn man dieser Disziplin nur ein Nischendasein zuweist. Friedenspolitik soll die Grundlage deutscher Außenpolitik sein. Dafür dürfte in diesem Hause doch eine überwältigende Mehrheit zu gewinnen sein.

(Beifall bei der PDS)

Dann sollte man das Friedensgutachten als eine Herausforderung annehmen, um intensiver über friedenspolitische Optionen deutscher Politik zu sprechen. Wir sehen diese Aktuelle Stunde also nicht als einmaligen Akt, der sich eventuell im Wahljahr gut macht. Uns geht es nicht darum, immer wieder die Hintergründe von Kriegen deutlich zu machen. Uns geht es um Grundsätzliches: Die Erkenntnisse und Vorschläge der Friedens- und Konfliktforschung sollen in unseren außenpolitischen Debatten und Entscheidungen endlich den Rang einnehmen, der ihnen nach unserer Überzeugung zukommt.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege, denken Sie bitte an die Redezeit.

Die Fraktion der demokratischen Sozialisten hat das diesjährige Friedensgutachten zum Gegenstand dieser Aktuellen Stunde gemacht, weil wir meinen, dass dieses Gutachten, wie übrigens auch die Gutachten aus den vorhergehenden Jahren, nicht allein eine möglichst große Öffentlichkeit und eine parlamentarische Behandlung, sondern auch eine fortgesetzte Befassung der Bundesregierung verdient hat.⁹⁸

(Beifall bei der PDS)

98 *Die Haltung der Regierungskoalition (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) brachte Christian Sterzing von Bündnis 90/Die Grünen als letzter Redner so auf den Punkt: Das Gutachten eigne sich «nicht wirklich als Munitionskiste, um die Bundesregierung vorzuführen». Zwar müsse sich seine Regierung «immer wieder den Vorwurf anhören», sie «betreibe eine Politik der Militarisierung und blicke nur auf das Militär als möglichen Problemlöser». Das aber sei nicht der Fall. Die Regierung habe «im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eben nicht nur eine Eingreiftruppe von 60.000 Mann in den Blick genommen, sondern auch die Herausbildung eines Potenzials von 5.000 Polizisten». Dies alles zeige, dass man «die Anregungen und Ideen von Friedensforschungsinstituten durchaus ernst» nehme. An die PDS-Fraktion gewandt meinte er, dass diese das «Gutachten als Maßstab nutzen» solle, ihre «eigene Politik zu überprüfen». Dann werde es «bis zur Beantragung einer nächsten Aktuellen Stunde zum Thema wahrscheinlich noch lange Zeit dauern».

Zum Antrag «Antisemitismus ächten – Zusammenhalt in Deutschland stärken»

(27. Juni 2002)⁹⁹

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist reicher geworden: 1989 waren 30.000 Juden in Deutschland, 2001 waren es 90.000 Juden. Reicher geworden sind wir heute durch Zuwanderung, vor allem aus Osteuropa. Jüdisches Leben hat erneut zu pulsieren begonnen wie in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Es gibt wieder jüdisches Theater. Es gibt wieder Diskussionen in Deutschland über die entsprechende jüdische Tradition.

Aber von 1989 bis 2001 registrierten wir auch 3.473 Straftaten, die antisemitische Motive hatten. Günter Gaus meint: Es ist eine sich verbreitende Überzeugung einer arglosen Grenznähe zum gewöhnlichen Antisemitismus. Es ist wichtig und richtig, antisemitische Straftaten zu verhindern und, wo sie doch geschehen, die Täter zu ergreifen und zu bestrafen. Das ist die Pflicht eines Rechtsstaates.

Aber was geschieht auf der Ebene der kulturellen Auseinandersetzungen? Was geschieht in der arglosen Grenznähe zum Antisemitismus? Gäbe es eine PISA-Studie über den Wissensstand von Erwachsenen in Sachen Geschichte der Juden in Deutschland, wie wäre wohl das Ergebnis?

(Zuruf von der SPD: Miserabel!)

Kann man erwarten, dass deutsche Bürgerinnen und Bürger wissen, dass bereits Könige und Fürsten und auch die christlichen Kirchen beider Konfessionen offen oder latent Antisemitismus vertraten oder Antijudaismus gepredigt haben? Natürlich haben auch die deutschen Universitäten dazu beigetragen. Als Heinrich von Treitschke 1886 seine große Vorlesung über Europa gehalten hat, überlegte er, wie Deutschland in Europa führend werden könne, und er befürchtete: Überall, wo wir Deutschen hinkommen, sind bereits die Juden; die Juden sind unser Unglück.

Die Auseinandersetzung wird auch heute geführt, unter anderem in der Wissenschaft. Ich bin sehr froh, dass man jetzt in Deutschland an 36 Universitäten Judentum oder jüdische Wissenschaften studieren kann. Das ist ein unwahrscheinlicher Fortschritt, den wir nicht von der Hand weisen können.

Aber die Auseinandersetzung mit der immer noch in den Arierparagrafen, der Ariergesetzgebung Hitlers, wurzelnden Überzeugung kann nicht nur mit kostenloser Zivilcourage überwunden werden. Um die gefährliche Mischung von Falschwissen und Unwissen überhaupt bewusst zu machen, bedarf es sorgfältiger Auseinandersetzung. Diese sorgfältige Auseinandersetzung muss uns etwas kosten. Denn Antisemitismus deckt einen tief greifenden Mangel an Kenntnis und demokratischer Überzeugung auf.

⁹⁹ BT-Plenarprotokoll 14/245, S. 24765A-D. – *Dies war Heinrich Finks letzte im Bundestag gehaltene Rede. Zwei weitere gab er am 4. Juli 2002 zu Protokoll. – Der hier in Rede stehende Antrag kam von der Regierungskoalition (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) und wurde angenommen.

Die Aufklärung über den Antisemitismus ist ein Kampf wider die Dummheit. Wir brauchen heute eine zweite Aufklärung. Diese zweite Aufklärung gibt uns die Gelegenheit, gerade auch in diesem Parlament darüber zu diskutieren. Was aber, wenn zum Beispiel Schulklassen den Theaterbesuch von Hochhuths «Stellvertreter» nicht mehr bezahlen können? Was aber, wenn ein jüdischer Kulturverein in Berlin bald seine Existenz aufkündigen muss, weil er nicht mehr finanziell unterstützt wird?

Liebe Freunde, ich glaube schon, dass gerade in dieser Auseinandersetzung auch ein Stück Ohnmacht deutlich wird. Dieser Ohnmacht sollten wir uns erst einmal stellen und erklären, dass wir alle immer noch unsere Probleme mit dieser Geschichte haben und diesen Reichtum, der zu uns kommt, eigentlich nicht annehmen.

Ich betone noch einmal: Deutschland ist reicher an jüdischer Kultur geworden, auch an Klezmer, an jiddischer Sprache und jiddischem Theater. Sind wir bereit, diese neue Chance für ein Nachdenken über uns selbst, diese Herausforderung anzunehmen? Ich hoffe für unsere Kinder und Enkelkinder im Zusammenleben von Juden und Nichtjuden in Deutschland auf eine neue Zukunft ohne Furcht vor neuerlichem Antisemitismus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

TEIL 2

REDEN, AUFSÄTZE UND GESPRÄCHE

1968 BIS 2016

Vorwort zu: Stärker als die Angst.

Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden¹⁰⁰

(1968)

«Nur der, der blind sein wollte, hat weder damals noch späterhin gesehen, was im Grunde in der «Kristallnacht» vor sich gegangen ist», erklärte einmal der Berliner Rabbiner Leo Baeck. Diese Nacht, die Dr. Ödön Singer, Oberrabbiner in der DDR, nicht «Kristallnacht», sondern Greuelnacht, Mordnacht, Raubnacht, Schreckensnacht genannt haben möchte, machte erneut hörbar und sichtbar, was das Programm jener Partei war, die am 30. Januar 1933 im Auftrag des deutschen Monopolkapitals die Macht an sich gerissen hatte: offener Terror, hemmungs- und gewissenlose Demagogie zur Verschleierung der wahren Schuldigen am Volkseid und – Krieg.

Die Judenhetze und die Judenpogrome waren Mittel dieser Demagogie, waren – wie im 5. Band der «Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung» hervorgehoben wird – «wohlberechnete Teile der psychologischen Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Krieg. Sie sollten das Mitgefühl und das Solidaritätsempfinden abtöten und an Grausamkeit und Brutalität gewöhnen. Hinzu kam, dass der unmenschliche Terror gegen die Juden abschreckend wirken sollte; er war darauf gerichtet, alle oppositionellen Kräfte in Deutschland einzuschüchtern. Erhebliche Teile

100 *In: Heinrich, Fink (Hrsg.): Stärker als die Angst. Den sechs Millionen, die keinen Retter fanden, Berlin (DDR) 1968, S. 11–16. Der Band enthält Beiträge von Heinz David Leuner, Emil Fuchs, Karl Kleinschmidt, Renate Riemack, Walter Feurich, Gertrud Staewen, Elisabeth Luz, Anna Lena Perterson, Alfred Freudenberg, Charlotte Staritz, Hermann Diem, Walter Pabst, Gottfried Kunzendorf, Gerda Rüblinger, Ernst Lau, Karl Grobbel, Wolfgang Caffier, Beate Steckhan, Georg Heilbrunn, Erna Segal, Klaus Degen, Margot Günter-Gilmans und Rudolf Iltis. Heinrich Fink ist mit drei Beiträgen vertreten: «Gertrud Kurz: Das Boot ist nicht voll», «Wer dankbar ist, wird nicht bitter» (über Werner Sylten und Brunhilde Lehder) und «Wir Geretteten, wir drücken eure Hand» (über Nelly Sachs). Der letztere Text ist im Folgenden (S. 87–91) dokumentiert.

des Kleinbürgertums, der Intelligenz und der kleinen Unternehmer wurden darüber hinaus durch die rigorosen Maßnahmen, mit denen die Nazis die Juden aus dem Wirtschaftsleben, aus der Wissenschaft und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausschalteten, noch weiter korrumpiert, mit dem Ziel, sie an den faschistischen Verbrechen zu beteiligen.»

So kam es, dass außer den faschistischen Widerstandskämpfern nur wenige, unter ihnen einige Christen, zum Hören und Sehen aufwachten, als die Synagogen brannten, Juden gejagt und erschlagen und in die Konzentrationslager verschleppt wurden. Die meisten schwiegen, so wie sie geschwiegen hatten, als Kommunisten und andere Hitlergegner gefoltert und ermordet wurden, als jüdische Bürger durch ein System von Verordnungen und Polizeimaßnahmen entehrt und ausgestoßen wurden, als die Verfolgten und Vertriebenen verzweifelt Asyl in anderen Ländern suchten, allzuoft vergeblich, denn europäische und außereuropäische Staaten schlossen ihre Grenzen vor jenen, die nur ihr nacktes Leben haben retten können.

1942 begann die letzte Etappe: der Weg in die Todesfabriken von Auschwitz und Maidanek, von Sobibor und Treblinka, in denen die Faschisten Juden und Zigeuner, sowjetische Kriegsgefangene und Widerstandskämpfer aus allen europäischen Ländern mordeten.

Die hier vorgelegten Selbstzeugnisse von Geretteten und ihren Rettern sind kein verspäteter Rechtfertigungsversuch für Christen, die durch Tatenlosigkeit schuldig geworden sind. Diese Berichte sollen vielmehr deutlich machen, welche verheerenden Wirkungen von Kirchen ausgehen können, in denen führende Leute unter dem Einfluss jahrtausendealter antijudaistischer Theologie standen und die mit ihrer politisch-reaktionären Haltung bewusst oder unbewusst den Faschismus und seine Unmenschlichkeit stützten.

Bei vielen Christen wog das alte Vorurteil gegen Juden mehr als die Advents- und Weihnachtsbotschaft. Sie verfälschten die biblische Verheißung und schrien mit den Faschisten im Chor: «Das Unheil kommt von den Juden.» Dass in den christlichen Familien mit naiver Selbstverständlichkeit der Davidstern Weihnachten über der Krippe strahlte, rüttelte sie doch nicht zu brüderlicher Solidarität mit denen wach, die zu allen Zeiten des Kirchenjahres den Judensterne leuchtend auf den Kleidern tragen mussten. Nur den Bildern des Juden Christus heftete man Judas altes Monogramm nicht an; auch die Talare standen nicht unter des Judenkönigs Stern, obwohl der Apostel Paulus nachdrücklich darauf hingewiesen hat, dass die Christenheit in das Volk der Juden «eingepropft» ist (Römer 11). Jahr für Jahr sangen die Gemeinden unbeirrt: «Und wenn die Welt voll Teufel wär' und wollt' uns gar verschlingen ...», aber nur einige Christen hatten erkannt, dass überall da, wo die Faschisten regierten, nicht nur für Juden, sondern für alle, denen Hitlers Vernichtungspläne galten, längst die Hölle war.

Dietrich Bonhoeffer begann seinen antifaschistischen Widerstand im Engagement für die verfolgten Juden. Er wurde nicht müde, die Christen zur Besinnung zu rufen:

«Es geht keinesfalls um die Frage, ob deutschstämmige Gemeindemitglieder heute dir kirchliche Gemeinschaft mit den Juden noch tragen können. Vielmehr ist die Aufgabe christlicher Verkündigung, zu sagen: Hier, wo Jude und Deutscher zusammen unter dem Wort Gottes stehen, ist Kirche, hier bewährt es sich, ob Kirche noch Kirche ist oder nicht.»

Aber diese sich auf das Evangelium gründende Forderung konnte sogar in der Bekennenden Kirche nicht ohne Auseinandersetzung und nicht immer konsequent durchgesetzt werden. Glaubten doch auch Mitglieder der Bekennenden Kirche, so im mecklenburgischen Landesbruderrat, eine Stellungnahme nach dem «Kristallnacht»-Pogrom mit dem Satz einleiten zu müssen: «So berechtigt politische Maßnahmen gegen die Juden auch sein mögen ...»!

Erst als der Faschismus 1945 besiegt war, ging ein heilsames Erschrecken durch die Kirche. Martin Niemöller, der selber jahrelang in Haft gewesen war, sagte 1946 in Zürich: «Ich habe niemanden ermordet und keinen dem Tode überliefert und fühle mich in diesem menschlichen Sinne an diesen Greueln [...] so unschuldig wie irgendeiner. Aber es ist mir aufgegangen: Um Himmels willen, meine Unterlassungssünden, die habe ich mir nicht angerechnet. Wie will ich einmal bestehen können, wenn Christus auch zu mir sprechen wird: Was ihr nicht getan habt? Das müssen wir auch beziehen auf die Kommunisten, die 1933 ins Konzentrationslager geworfen wurden. Ich habe mich nicht darum gekümmert und es nicht für nötig befunden, vor die Gemeinde hinzutreten und ein Zeugnis abzulegen und zu sagen: Was da geschieht, ist ein großer Rechtsbruch, ist ein Verbrechen. Hütet euch, dass ihr an dieser Schuld nicht mitschuldig werdet. Ich habe es nicht gesagt und getan, sondern ich habe – unbewusst – gehandelt nach dem Grundsatz: «Soll ich meines Bruders Hüter sein» [...] wir hätten den Herrn Jesus Christus erkennen müssen in jedem Bruder, der litt und verfolgt wurde, ob er nun Kommunist oder ein Jude war. Wir haben nicht erkannt!»

Im Blick auf dieses Erkennen, auf die «Bewältigung der Vergangenheit», erklärte Rabbiner Martin Riesenburger 1957 zum 19. Jahrestag der «Kristallnacht»: «Nur wenn ihr wollt, dass so etwas nie wieder geschieht, dann wird es auch nicht geschehen. Nehmen wir dieses Nichtgeschehen in unsere eigenen Hände und vergessen wir nie, dass es in jener Nacht mit Scherben begann und Jahre später mit einem Weltfriedhof, mit einem Meer von Tränen endete. Nun besinnt euch auf euch selbst! Lasset uns gemeinsam auf unserem Wege über die Erde das Banner mit jener Aufschrift vorantragen, für welche so viele Menschen ihr Blut und ihr Leben in jenen Jahren geopfert haben: Verständigung, Einigkeit und Frieden! [...] Wer den Frieden fordert, wer Frieden stiftet, wer für ihn kämpft und ihn liebt, der wird neues Lebensglück und Freude hineinbringen in die Welt.»

In der Deutschen Demokratischen Republik hieß «Bewältigung» der Vergangenheit Entmachtung derjenigen, die den Faschisten den Weg zur Macht finanzierten und im Windschatten der Verbrechen Profite machten.

Deshalb haben hier, wie Hans Seigewasser¹⁰¹ in einer Gedenkveranstaltung 1967 betonte, «unsere jüdischen Bürger eine echte, für immer gesicherte friedliche Heimat gefunden! Nicht nur das: Die Existenz unseres Friedensstaates mit seiner aus dem Sozialismus abgeleiteten humanistischen Verpflichtung bietet auch die Gewähr dafür, dass sich solche Stationen des Grauens, wie sie sich in den Begriffen Auschwitz, Maidanek, Theresienstadt, Ravensbrück und Bergen-Belsen symbolisieren, niemals wiederholen werden.»

Für Westdeutschland jedoch gilt noch immer, was Bertolt Brecht warnend in seinem Epilog zum «Aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui» sagte: «Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.» Aggressive Drohungen, revanchistische Gebietsforderungen, Polizeiterror und Pogromhetze gegen Andersdenkende sind neben geschändeten Synagogen und jüdischen Friedhöfen eindeutige Symptome für die Faschisierung der Bundesrepublik. Noch behaupten die Kräfte der «unbewältigten Vergangenheit» ihre Machtpositionen; aber der Widerstand gegen sie wächst und gewinnt in den Aktionen der außerparlamentarischen Opposition politische Gestalt. Umso bedauerlicher und unverständlicher ist es, wenn Persönlichkeiten, die wie Probst Grüber Sinnbild christlichen Widerstandes gegen den Faschismus gewesen sind, «politische Wechselmünze jenem Falschmünzern (liefern), die unentwegt an einer Aufwertung der faschistischen Valuta basteln», wie Arie Goral¹⁰² in der Hamburger Anderen Zeitung am 25. Juli 1968 bemerkt.

Es gibt reiches dokumentarisches Material über die Greuel und Vernichtungsaktionen. Was an Hilfe geschah, muss man von den wenigen Geretteten und ihren Rettern erfragen. Denn, so schrieb mir Gertrud Staewen:¹⁰³ «... das ist doch eins der Kriterien jener Zeit, dass es kein Stück Papier, keinen Brief, keine Art Aufzeichnungen geben konnte, weil das alles viel zu gefährlich war. Unsere kleinen Gruppen, die sich zur Judenhilfe zusammenfanden, lernten alle Namen, Adressen, Aufträge usw. auswendig. Es gab faktisch bei uns keinen Fetzen Papier. Meine Briefe an Karl Barth in die Schweiz hatten ein paar verschlüsselte Sätze über Nebensächlichkeiten, und die Rückbriefe von Karl Barth aus der Schweiz waren genauso.»

Als ich jene Christen, deren Namen mir im Zusammenhang mit der Hilfe an Juden bekannt geworden waren, nach persönlichen Aufzeichnungen fragte, traf meine Bitte meistens auf bescheidene Abwehr: «Es war viel zu wenig, was wir getan haben» oder: «Eine späte Rechtfertigung für unser Versagen möchte ich nicht schreiben», und: «Über Selbstverständlichkeiten sollte man nicht reden.»

101 *Hans Seigewasser (*1905, †1979) war von 1960 bis 1979 Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR (Anm. W.A.).

102 *Arie Goral (*1909, †1996; eigentl. Walter Lovis Sternheim), jüdisch-deutscher Maler und Publizist, 1933 Emigration zuerst nach Frankreich, 1934 nach Palästina, 1951 wieder deutscher Staatsbürger, ab 1953 wieder in seiner Heimatstadt Hamburg lebend.

103 *Gertrud Staewen (*1894, †1987), evangelische Fürsorgerin. Zu ihrer Bedeutung für Fink siehe die im Vorwort des vorliegenden Bandes zitierten autobiografischen Passagen.

Deshalb möchte ich mich herzlich bei denen bedanken, die trotz Vorbehalten bereit waren, ein Stück eigener Lebensgeschichte als Beispiel für Menschlichkeit in dunkelster Zeit aufzuschreiben. So konnte es gelingen, neben das beschämend überwältigende Mahnmal vom Grauen ein beschämend kleines Lebenszeichen von Helfern zu setzen, deren christlicher Glaube im entscheidenden Augenblick stärker war als die Angst. Ihr Beispiel soll uns Verpflichtung sein, in unserer Zeit Rassismus und Neonazismus keinen Raum zu lassen und alle Kräfte einzusetzen für «die einzige Eroberung auf der Welt, die nicht Weinen, die Lächeln gebiert: die Eroberung des Friedens» (Nelly Sachs).

Wir Geretteten, wir drücken eure Hand¹⁰⁴

(1968)

In der Arbeiterwohngegend von Stockholm lebt in einem Haus der jüdischen Gemeinde die größte Lyrikerin, die heute in deutscher Sprache schreibt: Nelly Sachs. Zwei Treppen führen zu einer kleinen Wohnung, deren warme Wände Freistatt einer Verfolgten geworden sind. Auf dem Fensterbrett liegen bunte Steine, über die man auf den Mälarsee blickt mit seinen Fabrik- und Hafenanlagen und Ufern.

Nur scheu betrete ich – ein junger Deutscher, der die Sprache ihrer Verfolger spricht – den kleinen Flur. Sie spricht zuerst, freundlich, warm. Ihre selbstverständliche Art ermutigt mich, zu fragen, wie es ihr gelungen ist, aus dem faschistischen Deutschland zu entkommen. Sie lächelt: «Durch eine gute Freundin, die heute in Ihrem Land, in Dresden, wohnt, Gudrun Dähnert. Sie ist seit meiner frühen Jugend meine Freundin. Ich lernte sie als kleines Mädchen im Hause ihrer Großmutter kennen, die meine Lehrerin war. Gudrun Dähnert unterließ nichts, um mich und meine Mutter vor dem Schrecklichsten zu bewahren.»

Wie ihr das gelungen ist, erzählt dann später Gudrun Dähnert: «Wir alle wussten, dass Nelly Sachs Jüdin war. Als die Progromzeit begann, waren wir davon überzeugt, dass ›Lichen›, so nannten wir Nelly Sachs, nicht in die brutalen Hände der Nazis fallen durfte. Wir waren in allen unseren Plänen und Sorgen ohnmächtig – jede Hilfe in dieser schrecklichen Zeit wurde ja verfolgt, und man gefährdete nicht nur sich selbst, sondern auch die eigenen Verwandten und Freunde. Bei unseren Überlegungen, was zu tun wäre, tauchte ein Hoffnungsschimmer auf. Nelly Sachs war seit ihrer Kindheit mit Selma Lagerlöf befreundet. Mit 16 Jahren widmete sie ihr ein Märchenbuch ›Legenden und Erzählungen›, erschien 1921 bei F. W. Mayer, Berlin: ›Dieses Buch soll Selma Lagerlöf zu ihrem Geburtstag einen innigen Gruß aus Deutschland bringen! Es ist geschrieben von einer jungen Deutschen, die in der großen schwedischen Dichterin ihr leuchtendes Vorbild verehrt. Berlin, im November 1921, Sigmundshof 16, Nelly Sachs.› Selma Lagerlöf, die damals schon Bekannte und Berühmte, antwortete

104 *In: Fink (Hrsg.): Stärker als die Angst, S. 223–229.

ihr am 5. Dezember 1921: ‚Herzlichen Dank für das schöne Buch! Hätte es selbst nicht besser machen können!‘

Die Verbindung zu Selma Lagerlöf war auch in der schweren Zeit nicht abgerissen. Nelly Sachs schickte ihr weiter ihre frühen lyrischen Gedichte, für die sich Selma Lagerlöf immer wieder bedankte, weil sie einen so großen Stimmungsreichtum hätten.

So wurde Selma Lagerlöf zu einer großen Hoffnung für Nelly. Doch wie sollte sie davon erfahren, dass sie allein unsere geliebte Freundin retten könnte, zumal wir zu dieser Zeit schon erfahren hatten, dass Schweden bereits seine Tore für Emigranten gesperrt hatte. Was war zu tun?

Ich machte mich auf den Weg zu Selma Lagerlöf, um die Vermittlung anzubahnen, die schriftlich nicht mehr möglich war. Aufgeregt und überhitzt von dem, was noch zu tun war, betroffen von der großen Aufgabe, die vor mir lag, lief ich in ein Auto, wurde überfahren und musste drei Monate ins Krankenhaus. Im Gehgips entlassen, machte ich mich auf die Reise. Humpelnd kam ich in Göteborg an. Dort hatte ich eine Cousine, die mit einem Juden verheiratet war. Hier hoffte ich, einige Ratschläge zu bekommen. Doch zunächst hörte ich: ‚Es ist unmöglich.‘ Mein Vetter klärte mich über alle Schwierigkeiten auf und vor allem über die Bedingungen, die Schweden den Emigranten stellte. Er gab mir, da ich mittellos war, trotzdem Geld, um zu Selma Lagerlöf zu fahren. In Morbacke angekommen, sah ich Selma Lagerlöf vor ihrem Haus sitzen mit einem großen Kopftuch um den Kopf, sah ihre großen gütigen Augen, die ins Weite gerichtet waren. Vom ersten Auenblick an war ich von ihr sehr beeindruckt. Ich fragte die Haushälterin, ob ich Selma Lagerlöf besuchen dürfe, da ich direkt von Berlin käme und die in einer dringenden Angelegenheit sprechen möchte. Ich wurde vorgelassen, doch ich befand mich in einer schwierigen Situation: Am Dach hämmerten Handwerker, und Selma Lagerlöf hatte wegen einer Ohrenentzündung den Kopf verbunden. Ich wusste nicht, wie ich mich verständlich machen sollte. Eine Viertelstunde versuchte ich darzulegen, worum es mir eigentlich gehe. Ich erlebte eine meiner größten Enttäuschungen: Wir hatten auf Selma Lagerlöf alle Hoffnung gerichtet, und nun gab es keine Verständigungsmöglichkeit. Enttäuscht verabschiedete ich mich, sollte es wirklich keine Rettung mehr geben?

Nachts im Hotel fiel mir ein, dass eine Möglichkeit wäre, mit großen Druckbuchstaben auf ein Blatt Papier den Namen meiner Freundin zu schreiben [...] und dass ihr geholfen werden musste. Am nächsten Morgen ging ich mit diesem Blatt zum Haus von Selma Lagerlöf. Dort eröffnete mir die Haushälterin, dass Selma Lagerlöf gar nicht zu Hause wäre, sondern heute nach Falun in Dalarna gefahren wäre. In meiner Verzweiflung übergab ich den Brief der Haushälterin und ging schweren Herzens durch den schönen Garten, der in voller Blüte stand. Plötzlich rief mich die Haushälterin zurück und bat mich einzutreten. Erstaunt, dass Selma Lagerlöf doch zu Hause wäre, ging ich die Treppe hinaus und wurde in ihr Studierzimmer gelassen, sie war also doch da. Durch meinen Brief wusste sie nun, worum es sich bei meiner Bitte handele. Sie war tief erschüttert und schrieb gleich an die Regierung, dass sie darum

bäte, Nelly Sachs und ihre Mutter in Schweden aufzunehmen. Doch machte sie mir nicht viel Hoffnung, den bei anderen guten Freunden wäre ihr auch schon ein Gesuch abgeschlagen worden. Und so versprach sie sich und mir nicht viel von ihrem Brief, den sie mit der Hoffnung, Nelly Sachs zu retten, geschrieben hatte. Als ich mich in tiefer Dankbarkeit von ihr verabschiedete, hatte ich das Gefühl, dass immerhin etwas erreicht war, und ich schrieb an meine Freundin nach Berlin: «Ich habe eine Sesamwurzel gefunden.» Mehr konnte ich nicht schreiben, aber ich wusste, der Poststempel wird ihr schon verraten, wer diese Sesamwurzel war.

Mit dem Brief von Selma Lagerlöf reiste ich nun nach Stockholm, dort nahmen mich Freunde auf. Sie versetzten sogar ihre Schreibmaschine, um mir finanziell zu helfen, da sie selbst Emigranten waren. Mein Gedanke war, noch den König zu besuchen. Ich erinnerte mich, dass meine Freundin mich in Berlin schon auf den Bruder des Königs, den Prinzen Bernadotte, aufmerksam gemacht hatte. Er war als der «Malterprinz» bekannt. Vielleicht würde er als Künstler noch mehr Verständnis für meine Freundin finden und ihre ausweglose Lage. Meine Freunde hatten außerdem gehört, dass er menschlich sehr zugänglich wäre. Als ich nun einen Expressbrief an Seine Königliche Hoheit, den Prinzen Bernadotte, mit der Bitte um eine Audienz geschrieben hatte, erhielt ich tatsächlich am nächsten Tage schon die Nachricht, dass ich am folgenden Tage um 10 Uhr zu einer Audienz kommen könne. Der Brief von Selma Lagerlöf hatte mir seine Tür aufgeschlossen. Bei dem Gespräch mit Prinz Bernadotte zeigt ich ihm die Gedichte meiner Freundin und erzählte ihr von der Gefahr, die auf sie lauerte. Er war über das Schicksal der Juden in Deutschland informiert, ergriff gleich den Telefonhörer und sprach mit dem Ausländeramt. Damit öffnete er mir die Türen zu den weiteren Behörden.

Die Referenzen von Selma Lagerlöf und Prinz Bernadotte machten mich meiner Sache sicher. Doch es mussten noch weitere Bedingungen erfüllt werden: Ein amerikanisches Affidavit musste beschafft werden, weil Schweden nur als Durchgangsland Emigranten aufnahm. Außerdem musste noch ein Mindestunterhalt garantiert werden, da Emigranten keine Arbeitserlaubnis bekamen. Der Mindestunterhalt waren 200 Kronen monatlich pro Person. Wer konnte mir helfen? Ich suchte die jüdische Gemeinde in Stockholm auf. Welch Glück, dort Professor Guggenheimer zu treffen, einen jüdischen Arzt, der gerade emigriert war. Er war der Arzt des Vaters meiner Freundin. An meiner Stelle berichtete er dem Rabbiner von der Familie meiner Freundin und dass er mich gut kenne. Er setzte alles daran, den Rabbiner zur Unterhaltsbeihilfe zu bewegen. Die jüdische Gemeinde garantierte dann auch einen Teil des Lebensunterhaltes für meine Freundin und ihre Mutter. Hinzu kam noch eine Garantie von Bondi, dem Verleger von Selma Lagerlöf. Es gelang mir, noch andere Menschen zu einer finanziellen Hilfe zu bewegen, so dass vorerst der Lebensunterhalt für beide gesichert war. Etwas erleichterten Herzens, aber nicht mit völliger Gewissheit reiste ich nach Berlin. Das amerikanische Affidavit musste noch kommen. Dafür setzte sich Vera Lachmann durch Verwandte und Prof. Weigert an der Yale-Universi-

tät in Amerika ein. Es dauerte noch ein halbes Jahr, bis die Einreisegenehmigung von Schweden kam. Das war für uns alle eine lange Zeit, denn jeder Tag konnte schon die Abberufung ins jüdische Arbeitslager bringen.»

Zusammen mit der Einreisegenehmigung und den schwedischen Visa brachte der Briefträger auch die Verpflichtung ins jüdische Arbeitslager. Die Fahrkarten für Zug und Fähre nach Stockholm waren gelöst. Was war zu tun?

«In der einen Hand hatte ich mit dem schwedischen Visum das Leben, in der anderen Hand mit dem Stellungsbefehl ins ‚jüdische Arbeitslager‘, das uns ja allen schon als KZ bekannt war – den Tod», sagte Nelly Sachs. Vor Angst, das Leben und vor allem das ihrer geliebten Mutter zu verlieren, war sie in ihrer Entscheidung gelähmt. Da kam ihr ein freundlicher Beamter, den sie in ihrer Ratlosigkeit fragte, zu Hilfe. Er war so betroffen von dem Vertrauen, das sie ihm entgegenbrachte, dass er ihr riet: «Sie kommen nicht mehr durch, tauschen Sie schnell die Fahrkarten um und lösen Sie Flugscheine, damit sie noch ausreisen können.» So kam die Rettung in letzter Minute.

Die Angst, ihre liebe Mutter zu verlieren und selbst ins Konzentrationslager zu müssen, hatte ihr die Sprache genommen. Im Mai 1940 mit nichts in Schweden angekommen, hatte sie doch ihr Liebstes gerettet, ihre kranke Mutter.

In der harten Zeit, im Winter 1943/44, entstand ihre dramatische Dichtung «Eli, ein Mysterienspiel vom Leiden Israels». Durch das Schreiben fand sie Wort für Wort die Sprache wieder. Wie es geschah, schrieb sie selbst an Professor Walter A. Berendsohn: «Eine furchtbare Nachricht traf mich – ein sehr naher Mensch war einen richtigen Märtyrertod gestorben. Wir waren zu Tode gehetzt hier angekommen. Mein Muttchen erlebte jede Nacht noch den Schrecken. Armut – Krankheit, vollkommene Verzweiflung! Weiß heute noch nicht, wie ich überhaupt überlebte. Aber die Liebe zu dem geliebten letzten Menschen, den ich besaß, gab mir Mut. So entstanden ‚In den Wohnungen des Todes‘ und fast zur gleichen Zeit ‚Eli‘. Er offenbarte sich in drei Nächten unter solchen Umständen, dass ich mich zerrissen glaubte. Da ich nicht wagte, in dem einen Zimmer, das wir bewohnten, Licht anzuzünden, um die seltene, kostbare Nachtruhe meiner Mutter nicht zu stören, so versuchte ich im Kopf immer wieder zu wiederholen, was sich da abspielte in der Luft, wo die Nacht wie eine Wunde aufgerissen war. Am Morgen schrieb ich dann das Behaltene, so gut ich konnte, nieder.»

Das Leiden des jüdischen Volkes in der faschistischen Zeit, aber mehr noch die Hoffnung für ein Leben in einer Welt ohne Krieg und Morden ist ihr zum Thema ihrer Dichtung geworden. «... aus diesen Stoffen gewirkt ist nun mein ganzes Schaffen», schreibt sie 1945 an Gudrun Dähnert, «ein Dante, ein Shakespeare wäre notwendig, der Menschheit diesen Abgrund zu zeigen. Aber so muss es eine schwache Frau tun.»

Ihre Hoffnung ist stärker als Ängste und Zweifel, die sie seitdem nicht wieder losgelassen haben: «Und wir alle, was sollen wir tun mit dem Wort, das uns geschenkt wurde, als es an seinen Wurzeln zu packen und es beschwörend den Erdball überziehen zu lassen, auf dass es seine geheime, einigende Kraft hingibt an eine Eroberung – die

einzigste Eroberung auf der Welt, die nicht Weinen, die Lächeln gebiert: die Eroberung des Friedens.»¹⁰⁵

Trotz ihres Entsetzens über die faschistischen Greuel und der Enttäuschung über ihr eigenes Volk schreibt sie in ihrem ersten Brief nach 1945 an Gudrun Dähnert: «Ja, was übrigblieb und gerettet durch alles Entsetzliche hindurch, ist nur der Glaube an das Ewige, Göttliche, das Unzerstörbare in Euch guten Menschen. Ihr seid es, wenn ich meinen schwedischen Freunden begrifflich machen will, dass es außer den Untieren, die in den Konzentrationslagern den Namen «Mensch» bis zur Unkenntlichkeit schändeten, und den Lauwarmen noch etwas gibt, was diesen Namen verdient in diesem verirrtten Volk.»

Bereits 1946 brachte der Aufbau-Verlag in Berlin ihren ersten Gedichtband «In den Wohnungen des Todes» heraus, den Nelly Sachs ihren «toten Brüdern und Schwestern» widmet und den Lebenden zum Nachdenken vorlegt. «Chor der Geretteten» nennt sie ein Gedicht, mit dem sie all jenen dankt, die damals die Menschlichkeit bewahrten: «Wir Geretteten, wir drücken eure Hand.»

Vorwort zu: Dietrich Bonhoeffer – Gefährdetes Erbe in bedrohter Welt. Beiträge zur Auseinandersetzung um sein Werk¹⁰⁶

(1987)

Wer nach engagiertem christlichem Friedenszeugnis in der Zeit von 1933 bis 1945 fragt, wird immer wieder auf die Namen der Theologen Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer stoßen. Wir müssen betroffen eingestehen, dass die evangelischen Kirchen in ihrer nationalistischen Befangenheit den erstarkenden Faschismus 1932 keineswegs durchschauten. Und es gab 1933 bei der Machtübertragung auf Hitler sogar sehr viele Christen in Gemeinden, in kirchenleitenden Ämtern und an den theologischen Fakultäten,¹⁰⁷ die im Machtrausch der deutschen «nationalen Erhebung» vergaßen, dass der in der Bibel verheißene Friede Gottes allen Völkern der Welt gilt. Der Schweizer Theologieprofessor Karl Barth (damals Ordinarius in Bonn) hatte als Ausländer wenig Chancen, evangelische Theologiestudenten und Pfarrer dazu zu bewegen, ihre nationalistischen Zukunftsträume, dass «am deutschen Wesen die Welt genesen» solle, an biblisch begründeter Theorie kritisch zu prüfen. Aber auch die leidenschaftlichen Bemühungen Dietrich Bonhoeffers, in Deutschland und in der Ökumene die Friedensfrage zum «wichtigsten Gebot der Stunde» zu erklären, haben

105 Aus ihrem Dank für die Verleihung des Friedenspreises des westdeutschen Buchhandels 1965.

106 *In: Fink, Heinrich/Kaltenborn, Carl-Jürgen/Kraft, Dieter (Hrsg.): Dietrich Bonhoeffer – Gefährdetes Erbe in bedrohter Welt. Beiträge zur Auseinandersetzung um sein Werk, Berlin (DDR) 1987, S. 5–18. Weitere Autoren (neben den Herausgebern) waren: Albrecht Schönherr, Eberhard Bethge, Hanfried Müller, Tiemo Rainer Peters, Gerhard Winter und Carl Ordnung. – Die folgenden Fußnoten entsprechen dem Original, sind aber in der Form dem vorliegenden Band angepasst.

107 Kraft, Dieter: Die Theologische Fakultät Berlins von der Novemberrevolution bis 1945, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 7/1985, S. 587–594.

keinen Erfolg gehabt. Bonhoeffers theologisches Werk ist in vier Jahrzehnten mühsam gesammelt, sorgfältig ediert und inzwischen international ausführlich interpretiert worden. Angesichts der heutigen Weltlage, in der die Bedrohung des Friedens durch ein nukleares Waffenarsenal unvorstellbare Ausmaße angenommen hat, ist die Forderung nach eindeutigem, konkretem Friedensengagement der Christen, wie sie Bonhoeffer so nachdrücklich formuliert hat, dringlicher denn je.

Dietrich Bonhoeffer wird von Christen weltweit als Märtyrer verehrt, weil er sein Leben im Widerstand gegen Faschismus und Krieg aufs Spiel gesetzt hat. Noch kurz vor Kriegsende, am 9. April 1945, ist er im Konzentrationslager Flossenbürg ermordet worden. Schon 1932 wollte er in Černošské Kupelé/Tschechoslowakei mit seinem beschwörenden Nein zum Krieg und 1934 in Fanö/Dänemark mit seiner dringlichen Forderung nach einem biblisch begründeten, politisch wirksamen Friedensruf die Vertreter der ökumenischen Christenheit nicht nur auf die drohende Kriegsgefahr aufmerksam machen.¹⁰⁸ Bonhoeffer forderte darüber hinaus, dass in theologischer Übereinstimmung die Christen in Europa dem Krieg die jahrhundertlang kirchlich gewährte Rechtfertigung entziehen müssten. Er war überzeugt, dass der Ausbruch eines zweiten Weltkrieges verhindert werden könnte: «Wer ruft zum Frieden, dass die Welt es hört, zu hören gezwungen ist, dass alle Völker darüber froh werden müssen? Der einzelne Christ kann das nicht [...] Die einzelne Kirche kann auch wohl zeugen und leiden – ach, wenn sie es nur täte –, aber sie wird erdrückt von der Gewalt des Hasses. Nur das große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, dass die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muss und dass die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden ausruft über der rasenden Welt [...] Die Stunde eilt, die Welt starrt in Waffen und furchtbar schaut das Misstrauen aus allen Augen, die Kriegsfanfare kann morgen geblasen werden – worauf warten wir noch? Wollen wir selbst mitschuldig werden wie nie zuvor?»¹⁰⁹ Bonhoeffer konnte die Konferenzteilnehmer in Fanö nicht überzeugen, ihrer Tagung die Autorität eines christlichen Konzils zu geben und im Namen Christi den europäischen Völkern den zweiten Weltkrieg zu verbieten. Waren doch die Verantwortlichen noch nicht einmal bereit, die vom NS-Staat geforderte und ihm von Kirchen und Kirchenleitungen gewährte Unterstützung als einen Ausdruck kirchlicher Gotteslästerung zu sehen. So war es jedenfalls in der Barmer Theologischen

108 *Bonhoeffer war Jugendsekretär des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen und nahm als einziger Deutscher im Juli 1932 an der Jugendfriedenskonferenz in Černošské Kupelé teil, hielt dort einen Vortrag anhand von acht Thesen: «Zur theologischen Begründung der Weltbundarbeit» (Bonhoeffer, Dietrich: Gesammelte Schriften, hrsg. von Eberhard Bethge, München 1958, S. 140–161). 1934 nahm er an einer gemeinsamen Tagung des Weltbundes und des Weltrates «Life and Work» in Fanö teil. (Ebd., S. 216–219)

109 Ebd., S. 218.

Erklärung¹¹⁰ vier Wochen zuvor von den Freunden Bonhoeffers öffentlich benannt und bekannt worden. Und die deutschen Kirchen sind dann auch in einem Maße mitschuldig geworden am Kriege wie nie zuvor. Für die deutschen Kirchen formulierten Vertreter der Bekennenden Kirche 1945 im «Stuttgarter Schuldbekennnis»¹¹¹ ansatzweise dieses Versagen.

1947 wurden dann im sogenannten «Darmstädter Wort»¹¹² des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche die Wurzeln dieser Mitschuld ausführlich benannt: Die antirevolutionäre Parteinahme der Kirche, die christliche Sanktionierung des preußisch-deutschen Imperialismus, die Tatsache, dass auf Kanzeln und theologischen Lehrstühlen der mörderische großdeutsche Machttraum nicht etwa entlarvt, sondern vielmehr noch durch «messianische» Züge verklärt worden war. Das alles geschah ausdrücklich auch in der Weise einer kirchlichen Kampfansage gegen die «gottlose» marxistische Lehre, die doch die Christen, wie es 1947 selbstkritisch im «Darmstädter Wort» formuliert wurde, zum Engagement für die Ausgebeuteten und Entrechteten «hätte gemahnen müssen».¹¹³

Heute sind Christen als Bürger ihrer Länder in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen im Friedenskampf engagiert. Zur vierzigsten Wiederkehr des Tages der Befreiung, dem 8. Mai 1945, hat z. B. der «Weißenseer Arbeitskreis», der im Erbe der Bekennenden Kirche sich der Theologie Bonhoeffers besonders verpflichtet hat, den damaligen Irrtum und das darum friedensfeindliche Engagement der evangelischen Kirchen so formuliert: «Wir sind als Zeitgenossen und Erben Glieder einer Kirche, die sich anklagen muss, in die Irre gegangen zu sein und in die Irre geführt zu haben. Unsere Kirche musste bekennen: Wir haben unsere Nation auf den Thron Gottes gesetzt. Wir haben das Alte und herkömmliche konserviert. Wir haben das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht. Wir haben in antikommunistischer Verblendung die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben im Diesseits verleugnet.»¹¹⁴

110 Vom 29. bis 31.5.1934 kam in Barmen-Gemarke die 1. Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zusammen. Sie hatte 139 Mitglieder – 138 Männer und eine Frau. Das Ziel war, gegenüber den Irrtümern der «Deutschen Christen» die Wahrheit des evangelischen Glaubens zu bekennen. Dieses Bekenntnis wurde in der Barmer Theologischen Erklärung ausgesprochen. Es war die Geburtsstunde der Bekennenden Kirche. Vgl. dazu die Dissertation von Hartmut Ludwig: «Ein Ruf nach vorwärts». Zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Barmer Theologischen Erklärung, Berlin [DDR] 1984.

111 Am 19. Oktober 1945 begrüßte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in Stuttgart Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen und gab eine Schulderklärung ab, die als «Stuttgarter Schuldbekennnis» in die Geschichte eingegangen ist.

112 Am 8. August 1947 gab der Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Erklärung «Zum politischen Weg unseres Volkes» ab, die in der Schulderklärung weiter ging als das Wort von Stuttgart.

113 5. These vom Darmstädter Wort: «Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.»

114 Weißenseer Blätter [Berlin, DDR] 2/1985, S. 2, Erklärung zum Tag der Befreiung 8. Mai 1985.

Jeder Verweis auf das «Stuttgarter Schuldbekennnis» und das «Darmstädter Wort» muss heute – so hat es Carl Ordnung formuliert – «gekoppelt sein mit einem abermaligen Bekenntnis zu Umkehr und Neuanfang». ¹¹⁵ Die Kirchen in beiden deutschen Staaten haben sich schwer damit getan, sich der (in der Sache schon vom «Darmstädter Wort» verworfenen) «antikommunistischen Verblendung» zu entziehen, wie sie vor allem von der Propaganda des kalten Krieges ausgenutzt wurde. Umso bedeutsamer ist es, wenn jetzt Bischof Dr. Christoph Demke, Magdeburg, ohne jedes Wenn und Aber erklärt: «Unsere Kirchen haben dieser Ausnutzung nicht widerstanden», und dann fortfährt: «Die Überwindung des Antikommunismus in der konkreten Form des Antisowjetismus ist nach wie vor eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung eines dauerhaften Friedens.» ¹¹⁶

Obwohl sich heute eine weltweite Friedensbewegung gegen Rüstungsinteressen und Kriegsspekulation auflehnt, ist sie doch noch viel zu schwach. Sie kann die nukleare Kriegsgefahr benennen, aber nicht bannen. In allen Kirchen, die heute im Ökumenischen Rat der Kirchen zusammengeschlossen sind, gibt es Christen mit klaren Friedenspositionen, die sich als Friedensvereinigungen auf nationaler und internationaler Ebene engagieren. ¹¹⁷ Zu dieser Entwicklung haben zweifellos die deutlichen Herausforderungen Bonhoeffers wesentlich beigetragen. Und doch gibt es immer noch kein eindeutiges, verbindliches Friedensvotum der Weltchristenheit, wie es Bonhoeffer als Frucht biblischer Erkenntnis nicht nur für möglich, sondern für geboten hielt. Es entstand weder als Antwort auf die Verwüstungen und Schrecken des zweiten Weltkrieges noch als Reaktion auf die ersten Atombombenabwürfe, noch heute angesichts der Eskalation nuklearer und chemischer Waffenpotentiale.

Bonhoeffer wusste, dass überall da, wo Friede nur als religiöses Prinzip verkündet wird, reale Kriegsgefahr verschleiert, christliche Friedenskräfte gespalten oder sogar gelähmt werden. Welche unheilvolle Rolle Theologie und Kirche zumindest in der europäischen Geschichte bei der Rechtfertigung von Krieg und Verhinderung von Revolution gespielt haben, ist deutlich. Bonhoeffer war der Meinung, dass sachgerecht biblisch orientierte Theologie diese unheilvolle Tradition zu überwinden vermag. «Die Stunde eilt! [...] Für Christen ist Friede kein Problem, sondern ein Gebot Christi, das zur Erhaltung der Menschheit erfüllt werden muss.» ¹¹⁸ Die makabre Möglichkeit, die gesamte Menschheit und die von ihr bewohnte Erde zu vernichten,

¹¹⁵ Ordnung, Carl: Die Kirchen und der 8. Mai, in: Standpunkt 13, 1985, H. 5, S. 113f., hier S. 114.

¹¹⁶ Erbe – Befreiung – Friedensdienst. Gespräch Karl Hennigs mit Bischof Dr. Christoph Demke, Magdeburg, in: Standpunkt 13, 1985, H. 3, S. 69–72, hier S. 72.

¹¹⁷ Vgl. die Erklärung der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver 1982 zu «Friede und Gerechtigkeit».

¹¹⁸ Vom 2. bis 9. Juli 1985 fand in Prag die VI. Allchristliche Friedensversammlung der Christlichen Friedenskonferenz statt. Sie nahm Bonhoeffers Ruf auf mit dem Thema: «Die Stunde eilt – wählt das Leben, nicht den atomaren Selbstmord der Menschheit».

fordert von uns das christliche Friedenszeugnis, für das Bonhoeffer in Fanö noch vergeblich um Zustimmung warb.

Es gibt erfreulich wachsende Übereinstimmung. So stimmen heute viele Christen, besonders in sozialistischen Ländern, mit dem oben zitierten Weißenseer Wort überein: «Wir sind dankbar, dass uns antifaschistische Kämpfer von außen den Weg zu innerer Befreiung öffneten. Uns bewegt die Verpflichtung, diese Freiheit zu bewahren. Das tun wir, indem wir uns mit allen verbinden, die im Dienst für Gerechtigkeit und Frieden dem Schwur treu bleiben: «Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg». Das tun wir, indem wir uns allen entgegenstellen, die den Faschismus verharmlosen. Dies geschieht, wo unter Berufung auf Leid und Härte des Kampfes die Frage nach Recht und Unrecht der Kämpfenden verdrängt wird. Das tun wir, indem wir uns allen entgegenstellen, die den Imperialismus verharmlosen. Dies geschieht, wo unter Berufung auf die Bedrohung des Friedens für alle Staaten der Anschein erweckt wird, als werde der Friede von allen Staaten bedroht.»¹¹⁹

Die Erfahrungen, die sich mit dem Datum des 8. Mai 1945 verbinden, sind für die Christen in der DDR Anlass zur «Besinnung und Ansporn für den Frieden» – so formuliert es das Wort des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU zum 40. Jahrestag der Befreiung: «Man muss den Frieden sichern, bevor er gebrochen wird; man muss ihn so schützen, dass er unantastbar ist und bleibt. Deshalb ist es heute lebensnotwendig, den Sozialismus weiter zu stärken und zugleich die breiteste Front aller Friedenskräfte zu schaffen, damit kein dritter, kein nuklearer Weltkrieg ausgelöst werden kann.»¹²⁰

Bonhoeffer war überzeugt, dass die vordringliche theologische Aufgabe darin zu bestehen habe, Frieden nicht länger als Problem, als offene Frage zu diskutieren, sondern Friede auf Erden endlich als bindendes, mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot zu vernehmen, das zu erfüllen ist. Damit ist ein Lernprozess beschrieben: Bonhoeffer forderte auf Grund biblischer Erkenntnisse ein gründliches, grundlegendes theologisches Umdenken, nicht aus akademischen Gründen, sondern um des Überlebens der Menschheit willen. In dieser Herausforderung zum Friedensengagement weiß sich die Berliner Sektion Theologie ihrem damals zunächst theologisch angefeindeten, dann politisch verfemten Lehrer dankbar verpflichtet.

Für jene, die Bonhoeffer nicht persönlich kennengelernt haben, ihn aber als theologischen Lehrer lesen und als Widerstandskämpfer verehren, ist es immer wieder schwer zu verstehen, warum 1934 so wenige Christen dachten wie er. Wir gern würden wir in ihm den Repräsentanten von Pfarrern, Kirchenleitungen und theologi-

119 Weißenseer Blätter 2/1985, S. 2.

120 Besinnung und Ansporn im Kampf um den Frieden. Wort des Präsidiums des Hauptvorstandes an alle Mitglieder zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus, der Befreiung des deutschen Volkes, in: Dokumente der CDU [DDR], Bd. 12: 1981–1986, hrsg. v. Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU [DDR], Berlin 1987, S. 238.

schen Lehrern sehen. Aber sogar in der Bekennenden Kirche war er ein einsamer Rufer.

In der Zeit von September 1930 bis Juni 1931 hielt er Referate in Gemeinden und Vorlesungen an der Berliner Universität zu aktuellen Fragen der Zeit. Er nutzte jede Gelegenheit, seine Sorge um den Frieden in Europa anzusprechen. «Als ein christlicher Geistlicher glaube ich, dass hier eine der größten Aufgaben der Kirche liegt. Die Friedensarbeit in allen Ländern und in der ganzen Welt zu bestärken.»¹²¹ Er betonte, dass, wenn auch die Kirchen diese Friedensarbeit leider nicht begonnen hätten, sie sich jetzt wenigstens anschließen sollten.

«In der Arbeiterklasse begann zum Beispiel die deutsche Friedensbewegung, und das Interesse am internationalen Handeln machte diese Leute ganz von selbst zu Pazifisten. In Deutschland tauchte zuerst der Gedanke auf, dass die Arbeiter in Frankreich und Deutschland einander näherstünden als die verschiedenen Klassen in jedem Land für sich. Sie können bedeutende Arbeiterorganisationen mit pazifistischem Programm finden: Besonders auch die christlichen Arbeiterorganisationen arbeiten gerade in dieser Richtung [...] Es gibt viele verschiedene Motive, die alle auf den Frieden hinarbeiten, aber was für ein Motiv es auch immer sei, es gibt ein großes Ziel und ein großes Werk: die Friedensbewegung in Deutschland ist eine große Macht [...] Wir dürfen keine Zeit mehr vergeuden. Lasst uns für einen immerwährenden Frieden zusammenarbeiten.»¹²² Bonhoeffer sah, wie gefährdet diese Friedensbewegung durch die wachsende materielle Not der Arbeiter war. Aber als eigentliche Gefahr nannte er den übersteigerten deutschen Nationalismus, der auch innerhalb der Kirche offenkundig und daher friedensfeindlich vertreten wurde.

1931 wurde Bonhoeffer Assistent an der Theologischen Fakultät der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin, wo er sich im Jahr zuvor habilitiert hatte. Mit seiner Lehrtätigkeit (bald als Privatdozent) erregte er Interesse und Aufsehen. Ob in Vorlesungen, Seminaren, auf ökumenischen Konferenzen, als Pfarrer in deutschen Auslandsgemeinden in Barcelona und London – für ihn war die Theologie nicht nur mit der Friedensfrage verknüpft, für ihn wurde angesichts der angespannten Weltlage die Friedensfrage zum Prüfstein der Theologie. Befragt, warum er sich so stark auf ökumenischer Ebene engagiere, soll Bonhoeffer gesagt haben: Ich tue dies, weil das Internationale uns gegen den kriegerischen Nationalismus helfen kann. Im September 1931 nahm Dietrich Bonhoeffer an einer Konferenz des «Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen» in Cambridge teil. In dieser Bewegung, die unmittelbar vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges gegründet worden war, fand er interessierte Hörer, Freunde und Mitstreiter. Auf dieser Tagung gründete der Weltbund eine internationale Jugendgruppe. Einer der drei Sekretäre wurde Bonhoeffer. Zwei Jahre später wurde er auch bei der wichtigen ökumenischen Bewegung «Life

121 Bonhoeffer: Gesammelte Schriften, S. 73.

122 Ebd.

and Work» zum Jugendsekretär gewählt. Diese Jahre waren für ihn von ökumenischer Friedensverantwortung geprägt. Viele auf diesen Begegnungen gewonnenen Freunde wurden dann in den Jahren des Kirchenkampfes für ihn besonders wichtig.

Weil Bonhoeffer den politisch erreichbaren Frieden nicht schon für das Reich Gottes hielt, sondern für «verantwortliches Menschenwerk» im Namen Christi, lag ihm viel an sorgfältiger theologischer Verständigung in der ökumenischen Arbeit. 1932 referierte er auf einer Jugendkonferenz in Černošské Kupelé anhand von 8 Thesen zur «theologischen Begründung der Weltbundarbeit». Eine gemeinsame, weltwirksame Friedensbotschaft von Christen setzt eine tiefe theologische Übereinstimmung voraus. Aber – so Bonhoeffer: «... es gibt noch keine Theologie der ökumenischen Bewegung. Sooft die Kirche Christi in ihrer Geschichte zu einem neuen Verständnis ihres Wesens kam, hat sie eine neue, diesem ihrem Selbstverständnis angemessene Theologie hervorgebracht. Eine Wendung des kirchlichen Selbstverständnisses erweist sich als echt dadurch, dass sie eine Theologie hervorbringt. Denn Theologie ist die Selbstverständigung der Kirche über ihr eigenes Wesen auf Grund ihres Verständnisses der Offenbarung Gottes in Christus, und diese Selbstverständigung setzt notwendig immer dort ein, wo eine neue Wendung im kirchlichen Selbstverständnis vorliegt.»¹²³

Eine friedensnotendige «Wendung» wäre für Bonhoeffer eine weitgehende Zusammenarbeit des jetzt noch in Nationalkirchen gespaltenen «Leibes Christi». Darüber hinaus erfordere Friedensarbeit die Zusammenarbeit mit anderen, sogar nichtchristlichen Friedensbewegungen. Doch verbindliches Handeln wird erst durch eine gemeinsame, verbindliche ökumenische Theologie ermöglicht. «Die Kirche darf keine Prinzipien verkünden, die immer wahr sind. Denn was immer wahr ist, ist gerade heute nicht wahr. Gott ist immer gerade heute Gott. Die im Weltbund zusammengeschlossenen Kirchen meinen eine ganz bestimmte Ordnung als und von Gott heute geboten zu erkennen: Die Ordnung des internationalen Friedens ist heute Gottes Gebot für uns.»

Bonhoeffer forderte 1932 ein konkretes Friedenszeugnis des Christen, weil sie sich der konkreten politischen Situation nicht durch Allgemeinheiten entziehen dürfen. Für ihn ist das Evangelium für Christen wie für die Kirchen eine verpflichtende Botschaft, die sich sowohl in der Verantwortung des Einzelnen wie in der Verantwortung der Kirchen verwirklicht. Er fragt: «Kann die Kirche mit derselben Sicherheit sagen: Wir brauchen eine sozialistische Wirtschaftsordnung, oder: Geht nicht in den Krieg, wie sie sagen kann: Dir sind Deine Sünden vergeben? Offenbar wird Evangelium und Gebet nur in Vollmacht verkündet, wo es ganz konkret besprochen wird. Sonst bleibt es allgemein im Bekannten, im Menschlichen, im Ohnmächtigen, in der Lüge.»¹²⁴

123 Ebd., S. 140.

124 Ebd., S. 160.

Wenn Kirchen sich für Frieden wirklich ernsthaft engagieren und in Zusammenarbeit mit anderen in der gefährdeten internationalen Lage auch wirklich positive Veränderungen erreichen wollen, so muss die Friedensfrage mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit verbunden sein. Das fordert die Kirche nicht nur für sich selbst; sie ist, indem sie für Gerechtigkeit eintritt, im besten Sinne des Wortes Kirche, die für andere da ist. «Die im Weltbund zusammengeschlossenen Kirchen meinen eine ganz bestimmte Ordnung als uns von Gott heute geboten zu erkennen: die Ordnung des internationalen Friedens.» Wer das anerkennt, der darf nicht länger, ungeachtet biblischer Zusammenhänge, «Daseiendes» schon als «Gott-Gewolltes», als «von Gott Geschaffenes» sanktionieren und damit gesellschaftliche Zustände auf Ewigkeit rechtfertigen, etwa «die Zerrissenheit der Menschheit in Völker, nationaler Kampf, der Krieg, die Klassengegensätze, die Ausbeutung der Schwachen durch die Starken, die wirtschaftliche Konkurrenz auf Tod und Leben [...] Es gibt in der gefallenen Welt ein Recht auf Kampf. Das bedeutet aber kein Recht auf Krieg [...] Der Krieg ist als Mittel des Kampfes ein uns heute von Gott verbotenes Tun, weil er äußere und innere Vernichtung der Menschen bedeutet und so den Blick auf Christus raubt.»¹²⁵

Für Bonhoeffer ist die Friedensarbeit des Weltbundes deshalb so wichtig, weil er auf internationaler Ebene für «Verständigung» arbeitet: «Verständigung im christlichen Sinn heißt nicht nur sich kennen und schätzen lernen und gut Freund miteinander werden. Wie es dem Sozialismus gelingt, sich durch eine Botschaft auf internationale Basis zu stellen, so kann auch die Kirche allein durch eine gegenwartsvolle christliche Verkündigung und Theologie die übernationale Basis für Verständigung in umfassender Weise legen.» Weil aber der Friede mit dem jeweils konkreten Staat, der Wirtschaft und dem sozialen Leben zusammenhängt, kann die Kirche sich nur dann wirksam für den Frieden einsetzen, wenn sie Sachkenntnis hat. «Es ist unleugbar, dass wir hier alle noch unser Nichtwissen bekennen müssen, aber es ist ebenso unleugbar, dass wir dies unser Nichtwissen als Schuld erkennen sollen.»¹²⁶ Somit sind der einzelne Christ sowie eine Kirche, die sich diesen Fragen gar nicht erst stellen, unbußfertig. Bonhoeffer hat sich diesen Forderungen nicht nur theologisch gestellt, er hat sie praktiziert. Die 1934 in Fanö versammelten Kirchenvertreter hoffte Bonhoeffer dafür zu gewinnen, mit einer verbindlichen Friedensbotschaft gegen den drohenden Krieg als Kirche für die gefährdete Welt einzutreten, also friedienstiftend für «alle Menschen» da zu sein. Die ihre nationalen Kirchen repräsentierenden Vertreter wären dann zugleich um Christi Willen Anwälte des Friedens der anderen Völker, also der ganzen Welt, gewesen. Damit hatte zum ersten Mal in der europäischen Kirchengeschichte ein Theologe kirchliche Vertreter verschiedener Länder dazu herausgefordert, angesichts der allen Völkern gemeinsam drohenden Kriegsgefahr «gemeinsam» ökumenische Verantwortung wahrzunehmen.

125 Ebd., S. 149 ff.

126 Ebd., S. 142.

Von Bonhoeffers Referat «Die Kirche und die Völkerwelt» sind leider nur die Thesen erhalten. Aber der Wortlaut der Andacht über Psalm 85 Vers 9 liegt glücklicherweise vor. Augenzeugen berichten, dass bereits in dieser Andacht zur Sprache gekommen sei, was er im Referat dann ausführlich entfaltet habe: «Unsere theologische Aufgabe besteht darum hier allein darin, Gottes Friedensangebot als bindendes Gebot zu vernehmen und nicht als offene Frage zu diskutieren. Friede auf Erden ist kein Problem, sondern ist ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot.»¹²⁷

Bonhoeffer hatte wahrscheinlich seine Bedenken gegenüber der Sowjetunion und dem Sozialismus, wie wohl viele Teilnehmer dieser Konferenz. Aber es ist wichtig zu sehen, dass er die Sowjetunion an den Kriegsvorbereitungen nicht beteiligt, sondern vielmehr durch sie bedroht sieht. Er fordert die Kirche auf, nicht gegen, sondern gemeinsam mit der Sowjetunion das drohende Völkermorden zu verhindern. Noch mehr: Er sagt ausdrücklich, dass die Friedensbereitschaft der Sowjetunion die immer noch unentschlossenen Kirchen zum Nachdenken bringen müsse: «Die Völker warten darauf, im Osten und im Westen. Müssen wir uns von den Heiden im Osten beschämen lassen? Sollten wir die einzelnen, die ihr Leben an diese Botschaft wagen, allein lassen? Die Stunde eilt – !!» Für Bonhoeffer steht fest, in diesem Krieg würde er keine faschistische Waffe anfassen.

Bonhoeffer hatte auch gehofft, dass die ökumenischen Kirchenvertreter sich in Fanö eindeutig mit der Bekennenden Kirche in Deutschland solidarisieren würden. Damit hätten sie die folgenschwere Zustimmung der offiziellen Kirchen in Deutschland den faschistischen Machthabern gegenüber als «gottlose Bindung» gebrandmarkt. Damit hätte der antifaschistische Widerstand in Deutschland bereits 1934 eine große internationale Unterstützung erfahren. Aus diesem Grunde hatte Bonhoeffer für die deutsche Jugenddelegation nur Vertreter der Bekennenden Kirche ausgewählt: also nur solche, die der Barmer Theologischen Erklärung persönlich zustimmten. Er hatte erwartet, dass von nun an alle ökumenischen Gremien nur noch die Bekennende Kirche als wahre Gemeinde Jesu Christi in Deutschland anerkennen würden. Aber auch dazu hat sich die Konferenz in Fanö nicht entschließen können. Bonhoeffers Referat war schon vor Konferenzbeginn kritisiert worden; es sollte sogar abgesetzt werden, weil die «Zusammenarbeit der Völker für den Frieden» jetzt kein vorrangiges Thema sei. Viel wichtiger sei jetzt, was die Kirchen von der Schöpfungs- und Erhaltungsordnung her ihren eigenen Völkern zur Stabilisierung zu sagen hätten. Aber Bonhoeffer veränderte seinen Beitrag nicht. Er beharrte auf der für ihn vordringlichen Forderung nach Zusammenarbeit für den Frieden unter den Völkern. Wahrscheinlich hatte ihn darin die Tatsache bestärkt, dass der damalige Leiter der Studienabteilung von «Life and Work», Hans Schönfeld, ein deutscher Theologe, die fatale Rassenlehre verteidigte, als der Erzbischof von Canterbury in der Times gegen die Judenverfolgung protes-

127 Ebd., S. 216.

tiert hatte. Anstatt diesem ersten öffentlichen Protest zu weltweiter Unterstützung zu verhelfen, riet Schönfeld, dass die Kirchen auf dem Gebiet der Rassenforschung mehr als auf jedem anderen zu lernen hätten. [...]

Bonhoeffer musste einsehen, dass die Kirchenvertreter noch nicht bereit waren, ein Friedenswagnis aus Glauben einzugehen. Es wurde nur zu deutlich, wie diplomatische Rücksichtnahmen auf nationale Interessen als «gottlose Bindungen» fungierten. Das alarmierende Wort gegen den Krieg, das bewahrende Friedenszeugnis Christi blieb unausgesprochen. Aber Bonhoeffer resignierte nicht, obwohl ihm am 5.8.1936 die Lehrbefugnis an der Universität, auch auf Betreiben der Kirche, entzogen wurde. Der Kirchenkampf beanspruchte nun Bonhoeffers Aufmerksamkeit ganz. Und wieder stand er fast allein, als er kompromisslos nur die Bekennende Kirche «Wahre Kirche» nannte. Zwangsweise wurde das illegale Priesterseminar der Bekennenden Kirche in Finkenwalde, dem Bonhoeffer vorstand, aufgelöst; es folgten «Reichsredeverbot» (1940) und «Reichsschreibverbot» (1941). Bonhoeffer resignierte auch nicht angesichts der schwerwiegenden Tatsache, dass noch nicht einmal die Bekennende Kirche sich der Friedensfrage ernsthaft gestellt hatte. Denn es gab zum faschistischen Krieg keine gemeinsame, im Sinne der Barmer Theologischen Erklärung erarbeitete kritische Position. Bonhoeffers Widerstand gegen den Hitlerfaschismus führte ihn zwar nicht in die Reihen einer antifaschistisch-revolutionär-demokratischen Volksfront. Zusammen mit anderen Familienangehörigen war er jedoch in den Kreisen der militärischen «Abwehr» aktiv, die einen Putsch zum Sturz Hitlers vorbereiteten, der dann am 20. Juli 1944 scheiterte. Bonhoeffer war aber schon am 5. April 1943 verhaftet worden.

Die breite Zusammenarbeit für den Frieden, die Bonhoeffer weder auf ökumenischer Ebene noch in den Reihen der Bekennenden Kirche bewirken konnte, erlebte er erst in der Gemeinschaft der Verhafteten. Ohne sich persönlich zu kennen oder miteinander sprechen zu können, wussten sich doch alle Häftlinge einig, dass der Faschismus der Feind der Menschheit war. Für eine Zukunft ohne Faschismus hatten sie alle ihr Leben eingesetzt, wenn auch nicht im gemeinsam organisierten politischen Kampf. Friedenskämpfer heute gedenken «in Dankbarkeit der Kämpfer und in Scham der Opfer; der deutschen Kommunisten und Demokraten, der Juden und aller anderen Opfer der faschistischen Genozide, der in ganz Europa von den Aggressoren Ermordeten, der für den Sieg über den Faschismus gefallenen Soldaten, Freiheitskämpfer und Partisanen. Wir gedenken auch derer, die missbraucht, gezwungen und betrogen, ums Leben gebracht wurden. Auch sie sind Mahnung zum Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden heute.»¹²⁸

Solches Gedenken an die Opfer verpflichtet dazu, «alles bis zum Letzten auszu-tilgen, was das vom Faschismus verursachte ungeheure Blutopfer verschuldet hat,

128 Weißenseer Blätter 2/1985.

und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt». ¹²⁹ Das heißt: Christen können heute die Konsequenzen aus dem zweiten Weltkrieg, der unsägliches Unrecht und Leid nicht nur über Europa gebracht hat, nicht als offene Frage diskutieren, sondern nur mit der Erfüllung des Friedensgebotes Jesu beantworten:

«Der Sieg am 8. Mai 1945 stärkt die Hoffnung überall dort, wo heute Friede und Gerechtigkeit nicht von den Feinden erbeten, sondern nur gegen sie erkämpft werden können. Gegen Neofaschismus und Revanchismus in Europa, gegen den Rassismus in Südafrika, gegen die Contras in Nicaragua und Afghanistan, gegen den militärindustriellen Komplex, vor allem der USA, und insbesondere gegen die NATO-Staaten, die heute sogar den Weltraum militarisieren wollen.» ¹³⁰

An der Biographie Bonhoeffers lernen heute junge Christen in den Kirchengemeinden, in kirchlichen Ausbildungsstätten und an den Sektionen Theologie, was es bedeutet, wenn die biblische Botschaft von der Befreiung aus «gottlosen Bindungen» konsequent gelebt wird. Es geht uns um verantwortliche Mitarbeit für den Frieden unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen. Und wir wollen diese Erfahrungen aus einem sozialistischen Land im Sinne Bonhoeffers in die ökumenische Friedensverantwortung der Kirchen einbringen. Besonders die Christliche Friedenskonferenz ¹³¹ hat Bonhoeffers Theologie und seine antifaschistische Position für ihren Friedenskampf aufgenommen und in ihrer wachsenden Arbeit für ihren Friedenskampf aufgenommen und in ihrer wachsenden Arbeit unter ihren Mitgliedern in aller Welt zu einer klaren antiimperialistischen Position gefunden. Ob es das Friedenskonzil der Kirchen, auf das Bonhoeffer hoffte, eines Tages geben wird? Die Stunde eilt. Aber wir dürfen keine Zeit verlieren und müssen jetzt schon alle Stimmen von Christen, die für Frieden und Abrüstung eintreten, mit all denen vereinigen, die überzeugt sind, dass eine friedliche Koexistenz der Völker gerade zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen erkämpft und bewahrt werden kann.

Es gibt heute Tendenzen, die drauf hinauslaufen, Bonhoeffers Erbe aufs Spiel zu setzen. Es wird zwar von dem Theologen Bonhoeffer gesprochen, aber ohne den gesellschaftsrelevanten Bezug seiner Theologie im Blick zu haben. Der Theologe Bonhoeffer wird auf den Sockel gehoben, aber der antifaschistische Widerstandskämpfer zugleich vom Sockel gestürzt. Eine andere Versuchung, Bonhoeffers Erbe

129 Besinnung und Ansporn, S. 237.

130 Weißenseer Blätter 2/1985.

131 Die Christliche Friedenskonferenz wurde 1958 aus der Erkenntnis heraus gegründet, dass die Christen 1933 den Faschismus in Deutschland nicht als radikale Form der Menschenlätierung und darum auch nicht als Gotteslästerung angeprangert hatten. Pastor Martin Niemöller, der Prager Theologe Hromádka, Hans-Joachim Iwand, Werner Schmauch, Emil Fuchs und der englische Quäker Richard Ullmann riefen mit noch vielen anderen die Christen zum Protest gegen die Remilitarisierung und zu einem kompromisslosen Nein zu Atomwaffen auf. Sie hatten in den Jahren zwischen 1947 und 1958 begriffen, dass es nicht genügt, Gewissen wachzurütteln. Darum hat die CFK auch von Anfang an die von Bonhoeffer schon geforderte Zusammenarbeit mit politischen Friedensbewegungen gesucht.

preiszugeben, ist gegenwärtig dort gegeben, wo Bonhoeffer sogar für die Ziele eines bürgerlichen Neo-Konservatismus reklamiert wird. Bonhoeffers Erbe zu bewahren bedeutet heute, seine engagierte Theologie, die angesichts unserer vom machbaren Weltuntergang bedrohten Menschheit Christen und Kirchen um Gottes Willen zum Widerstand gegen diese Bedrohung mobilisiert, den Gemeinden zugänglich zu machen. Bonhoeffer ist uns besonders mit dem, was uns sein Nachdenken im Gefängnis schriftlich zugänglich macht, ein unentbehrlicher wegweisender Lehrer geworden. Gilt es doch, gut unterscheiden zu lernen, wo Kirchen sich in gottlose Bindungen verstricken oder wo sie heute eine Koalition der Vernunft wagen.

Christen können die Konsequenzen aus dem zweiten Weltkrieg, der unsägliches Unrecht und Leid nicht nur über Europa gebracht hat, nicht als offene Frage diskutieren, sondern nur mit der Erfüllung des Friedensgebotes Jesu beantworten. Die Sektion Theologie der Humboldt-Universität weiß sich dem Erbe ihres ehemaligen Lehrers Dietrich Bonhoeffer verpflichtet. Dass 1981 anlässlich seines 75. Geburtstages ein Bonhoeffer-Preis gestiftet wurde, ist ein öffentliches Zeichen dafür.

Im Jahr der 750-Jahr-Feier Berlins legen wir diese Referate und Beiträge vor, die 1986 dem 80. Geburtstag Dietrich Bonhoeffers gewidmet wurden. 750 Jahre lang haben in dieser Stadt sonntags und zu Festen Glocken geläutet, und es ist gepredigt worden; auch in den zwölf bitteren Jahren, da von dieser «Reichshauptstadt» Lebensgefahr für alle Länder ausging. Bonhoeffer war überzeugt, dass jeder Christ, der es mit der Nachfolge Christi ernst meint, alle seine Fähigkeiten in den Dienst von Völkerfreundschaft und Frieden stellen müsse. Bis zur Befreiung vom Hitlerfaschismus wurde aber solche Überzeugung zwölf Jahre lang bestraft, sogar mit dem Tod. Selbst in der Bekennenden Kirche fand Bonhoeffers Überzeugung von der Notwendigkeit politischen Engagements wenig Resonanz. Kritisches Nachdenken über den Krieg hat in unseren Kirchen überhaupt erst spät nach dem Abwurf der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki begonnen.

Diese Arbeiten belegen die Resonanz, die Bonhoeffers Erkenntnisse und Forderungen heute an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität und in der Christlichen Friedenskonferenz haben. Die Beiträge von Eberhard Bethge, Hanfried Müller, Tiemo Rainer Peters, Dieter Kraft und Carl Ordnung wurden als Vorträge auf dem V. Ökumenischen Symposium zu Friedensfragen gehalten, das gemeinsam von der Sektion Theologie und der Christlichen Friedenskonferenz zum Thema «Dietrich Bonhoeffer – Gefährdetes Erbe in bedrohter Welt» durchgeführt wurde. Albrecht Schönherr hielt seinen Vortrag in der Stephanus-Kirche Weimar-Schöndorf (Buchenwald) zur Erinnerung an den kurzen Aufenthalt von Dietrich Bonhoeffer in Buchenwald auf dem Transport nach Flossenbürg. Die Arbeiten von Carl-Jürgen Kaltenborn und Gerhard Winter sind in der unveröffentlichten Festschrift zu Hanfried Müllers 60. Geburtstag «provocatio ecclesiae» zu finden.

Ansprache zur Wiedereröffnung des Friedhofes Adass Jisroel in Berlin¹³²

(26. Juni 1986)

Liebe Freunde!

Ich möchte Ihnen danken, dass Sie die Strapazen des langen Weges in die Vergangenheit auf sich genommen haben – in diese Stadt, die seit ihrer Gründung Abrahams Kindern das Leben schwer gemacht hat. Und dann wurde zwölf finstere Jahre lang von dieser Stelle aus gegen Juden mit dem Tod regiert! Der Hitlerfaschismus hat «Adass Jisroel» zuerst die Menschen genommen und dann alle Häuser. Nur dieser Friedhof ist als sichtbarer Beweis geblieben, dass da einmal Menschen zusammen mit dem Rabbiner Dr. Hildesheimer gesetzestreu, aber aller Bildung aufgeschlossen, angefangen haben und dieser Stadt Bestes suchten. «Schalom» bedeutete ihnen friedliches Zusammenleben von Menschen auch unterschiedlichen Glaubens. Und das haben alle, deren Namen auf diesen Grabsteinen stehen, in den Schulen von Adass Jisroel gelehrt oder gelernt, im Rabbinerseminar erforscht, in den Synagogen bezeugt und im Alltag gelebt.

Ich möchte Dr. Mario Offenberg danken, dass er uns als Sektion Theologie der Humboldt-Universität daran beteiligt hat, hier wuchernde Vergesslichkeit roden zu helfen: Theologiestudenten haben Grabsteine entziffert und in die einzige Kartei, die von dieser Gemeinde geblieben ist, eingetragen. Uns ist dieser Friedhof zum Lehrhaus geworden – genau so, wie es die Berliner Jüdin Nelly Sachs in einem Gedicht sagt (Nelly Sachs hat bis zu ihrer rettenden Flucht im Siegmundhof 16 gelebt!):

Wir Steine
Wenn einer uns hebt
Hebt er Urzeiten empor –
Wenn einer uns hebt
Hebt er den Garten Eden empor –
Wenn einer uns hebt
Hebt er Adam und Evas Erkenntnis empor
Und der Schlange staubessende Verführung.

Wenn einer uns hebt
Hebt er Billionen Erinnerungen in seiner Hand
Die sich nicht auflösen im Blute
Wie der Abend
Denn Gedenksteine sind wir
Alles Sterben umfassend.

132 *In: Maleck: Heinrich Fink, S. 106–108.

Ein Ranzen voll gelebten Lebens sind wir
Wer uns hebt, hebt die hartgewordenen Gräser der Erde.
Ihr Jakobshäupter,
Die Wurzeln der Träume halten wir versteckt für euch ...

Unsere Universität, an der auch Theologen lehren und studieren, weiß sich verpflichtet, auch die Wurzeln dieser Träume für uns zu entziffern. Wir möchten die «Billionen Erinnerungen» und Hoffnungen von Adass Jisroel auf friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben einbringen in unsere große Zuversicht, dass die Vernünftigen unserer Erde Frieden beschließen können, wenn sie nur wollen.

Und wir wollen alles dazu tun, dass die Tränenströme aus faschistischer Zeit einmünden in die realisierte Hoffnung des Propheten Amos: «Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.» In dem Gedicht von Nelly Sachs heißt es weiter:

Wenn einer uns anrührt
Rührt er eine Klagemauer an.
Wie der Diamant zerschneidet eure Klage unsere Härte
Bis sie zerfällt und weiches Herz wird –
Während ihr versteinet.

Wenn einer uns anrührt
Rührt er die Wegscheiden der Mitternacht an
Klingend von Geburt und Tod.

Damit dieser Platz «klingend von Geburt und Tod» «Schalom» bezeugt, möchten wir sehr konkret mit diesen Steinen in Berührung bleiben: Von nun an werden in jedem Sommer 50 Theologiestudenten hier drei Wochen lang nötige Pflegearbeiten tun. Es soll ein Zeichen dafür sein, dass wir evangelischen Theologen mit der blutigen anti-judaistisch-antisemitischen Tradition unserer Theologen-Väter gebrochen haben. Wir möchten gerade an dieser Stätte deutlich machen, dass in unserem neuen Deutschland die Toten und die Lebenden eine sichere Stätte haben.

Und damit auch Namen von noch Lebenden von Adass Jisroel an diesem Platz verzeichnet sind, möchte ich ein Buch überreichen mit der Bitte, Ihre Namen einzutragen, damit die Erinnerung an den heutigen Tag als «Lebenszeichen» auf diesem Friedhof aufbewahrt wird.

Schalom.

Der unwegsame Weg der Wahrheit.

Rede zur Übernahme des Rektorates der Humboldt-Universität zu Berlin

(3. Mai 1990)¹³³

Zuerst möchte ich allen danken, die an der Vorbereitung und Gestaltung dieser festlichen Investitur beteiligt sind. Auch bei dieser Gelegenheit danke ich noch einmal allen, die mir ihre Stimme, das heißt ihr Vertrauen, gegeben haben, diese universitätsleitende Verantwortung zu übernehmen. Und dass Sie alle unsere Einladung angenommen haben zum «Dabei-Sein» ist für mich der ermutigende Ausdruck dafür, dass Sie dieser Universität zutrauen, beim Lernen und Lehren, beim Forschen und verantwortlichen Verwalten, einen neuen Anfang zu machen!

I.

In den 180 Jahren ihres Bestehens war unsere Alma mater wahrlich nie ein Elfenbeinturm! Sie begann mit uns nur allzu gut bekannten Problemen: Dieses Palais (das der König Friedrich II. seinem Bruder Prinz Heinrich geschenkt hatte!) wurde der Universität zugewiesen, war aber von Höflingen und ihrer Dienerschaft bewohnt, die keineswegs die Absicht hatten, auszuziehen! So musste die Eröffnungsfeier ausfallen, weil dafür keine Räume vorhanden waren. Der Vorlesungsbetrieb konnte nur provisorisch beginnen, weil für die vorhandenen Räume noch die Ausstattung fehlte!

Die Charité, nun zu «friedlichen» Universitätszwecken bestimmt, unterstand aber noch dem Kriegsminister! Zwei weitere Kliniken hatten immerhin je 12 Betten! Es gab weder Statuten noch eine Prüfungsordnung, und als die Statuten endlich vorlagen, zögerte der König bis 1816 die Bestätigung hinaus. Die staatliche Kontrollkommission, die Lehrer und Studenten aufmerksam zu beobachten hatte, funktionierte dagegen recht gut – wohl einer der Gründe, warum Wilhelm von Humboldt den Staatsdienst quittierte.

Unsere Universität war also der Sache nach beteiligt an allen Spannungen, Krisen, an gelungenem Fortschritt und an Niederlagen dieser wichtigen Jahrhunderte europäischer und deutscher Geschichte: Lehrer und Studenten waren beteiligt am Ringen um befreiende Reformen im feudal-monarchistischen Preußen, aber ihr Eintreten für die politische Wende der Französischen Revolution stand im Schatten der Erfahrung, das Napoleonische Heer als Besatzungsmacht erleben zu müssen ...

Zugleich waren sie aber in der eigenen Universität mit Lehrern und Kommilitonen konfrontiert, die – weil mit den konservativen Kräften verbündet – alles hinderten oder sogar bekämpften, was demokratischer Veränderung und realisierbarer Gerechtigkeit dienen konnte. Im Kampf gegen die Armee Napoleons hatte Preußen mit der Hälfte seines Territoriums auch alle Universitäten westlich der Elbe verloren. Die Neugründer der Berliner Universität hofften, dass mit dem verlorenen Krieg zumin-

133 *In: Maleck: Heinrich Fink, S. 95–102.

dest für die Wissenschaft der Anfang demokratischer Freiheit gewonnen wäre. Sie waren überzeugt, dass erstmalig umfassende Forschung und im demokratischen Elan vermittelte Erkenntnisse folgerichtig zu befreienden Reformen aus feudalen Zwängen führen müssten.

Aber sie mussten bald einsehen, dass auch in diesem neu errichteten Haus der Wissenschaft sich die alten Gegensätze trotzdem wieder platzierten. Aber nicht nur demokratische Gesinnung wurde angefeindet, sondern christlich-antisemitisch eingestellte Lehrer und Studenten waren nicht bereit, jüdischen Gelehrten und Studenten die staatlich endlich zugestandene Gleichberechtigung auch im Rahmen der Universität zuzugestehen.

Ich erwähne das in dieser Stunde, weil ich zutiefst dankbar dafür bin, dass der Philosoph Johann Gottlieb Fichte, nach Prof. Schmalz der erste gewählte Rektor unserer Universität, sein Amt schon nach Monaten wieder zur Verfügung stellte, weil der Senat nicht bereit war, einen Studenten zu bestrafen, der öffentlich vor der Universität einen jüdischen Kommilitonen zusammengeschlagen hatte. Fichte selber hatte sich noch 1795 öffentlich gegen die Emanzipation der jüdischen Mitbürger in Preußen ausgesprochen. Nun war er bereit, aus seiner neuen, besseren Überzeugung Konsequenzen zu ziehen. (Er hielt den Hals hin für seine Wende!!)

Wenn heute die entscheidenden Stichworte «Wende» und «Reform» nicht zu Alibi- oder Schlagworten entwertet werden sollen, müssen alle unsere kritischen und selbstkritischen Reflektionen zuerst im Kontext der selbst zu verantwortenden Jahre stehen, aber zugleich im Zusammenhang der Geschichte, von der unsere Universität seit ihren Anfängen nicht nur betroffen wurde, sondern deren Entscheidungen sie mitbeeinflusst, also mitgetroffen hat. An welche moralischen Kategorien bindet zum Beispiel der Doktoreid im Wandel der Zeiten? Ich spreche jetzt davon, weil ich meine, dass wir die wenigen Antifaschisten unter den Berliner Hochschullehrern, die ihre Überzeugung mit dem Leben bezahlen mussten, gebührend ehren. Aber bis heute ist die Frage unbeantwortet geblieben, warum Lehrer und Studenten unserer Universität nach der Machtübertragung auf Hitler ihre jüdischen Kollegen und Kommilitonen so lautlos bürokratisch, ganz ohne kollegiale Solidarität, sichtbare Trauer oder gar Protest ausgegrenzt haben. Und nach der Befreiung vom Faschismus wurde ohne angemessene Reue das Ausmaß der Gelehrtenausrottung an der eigenen Universität und in den von den deutschen Armeen besetzten Ländern stumm zur Kenntnis genommen. Liegt es vielleicht daran, dass der folgenschwere Satz «Die Juden sind unser Unglück» von einem ordentlichen Professor dieses Hauses vor über 100 Jahren zu Papier gebracht worden ist? Der Historiker Prof. Treitschke war zudem auch Reichstagsabgeordneter und konnte auf dieser Ebene mit Zustimmung rechnen. Er beriet die Studenten bei ihrer sehr demokratisch anmutenden Unterschriftenaktion 1881 in Berlin, als mit 1700 Unterschriften 41 Prozent aller Berliner Immatrikulierten gegen die Gleichberechtigung von Juden an der Berliner Universität protestierten. Der «Ver ein Deutscher Studenten» mit seiner deutlich antisemitischen Überzeugung wurde

von Rektor August von Hofmann, einem Chemiker, an der Universität ausdrücklich verboten, dafür beantwortete aber der Reichskanzler Bismarck freundlich ein Schreiben anlässlich ihrer Vereinsgründung.

II.

Ich habe seit 1954 als Bauernsohn selber an dieser Universität denken gelernt, als die Stadt noch die offenen Trümmerwunden des zweiten Weltkrieges hatte. Für mich wurde Heinrich Vogel durch seine Leidenschaft zum Lehrer, mit der er das theologische Denken offensiv in den Protest gegen die atomare Bewaffnung einbezog und zum Unterscheiden der Geister – «ob sie von Gott sind» – herausforderte. Atomwaffen waren für ihn Gotteslästerung, weil alles Lebendige zerstört oder folgenschwer beschädigt wird. Das war mein Lernprozess zur politischen Friedensverantwortung. Der greise Martin Buber, der antifaschistische Theologe Emil Fuchs, Frauen und Männer der Bekennenden Kirche wie Gertrud Staewen, Helga Weckerling, Martin Niemöller, Helmut Gollwitzer, Karl Barth und schließlich der Prager Theologe Joseph Hromádka ermutigten uns, den Schwur von Buchenwald «Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus» auch für die Theologie als verbindliche Herausforderung zu verstehen.

Ein wichtiger Mitbegründer der Bekennenden Kirche, Dietrich Bonhoeffer, war an dieser Universität Privatdozent. Auf Antrag seiner Theologenkollegen wurde ihm 1936 wegen pazifistischer Beeinflussung der Theologiestudenten die Lehrberechtigung entzogen. Noch am 9. April 1945 musste er sein christliches Friedenszeugnis mit dem Tod besiegeln. Aber seine kritischen Gedanken über Machtmissbrauch der Kirche im Faschismus prägen bis heute Theologiestudenten nicht nur in Europa. Wir entdeckten das Friedenszeugnis der Bibel völlig neu im Kontext der kompromisslosen Forderung sozialer Gerechtigkeit, wie sie von Propheten und Evangelisten biblisch überliefert ist. Wir konnten es nicht fassen, wieso die Kirche gegen diese biblischen Grundaussagen den Fürsten und Königen durch Jahrhunderte geholfen hatte, ihre Kriege zu rechtfertigen. Und gegen die biblischen Weisungen von sozialer Gerechtigkeit wurden die Privilegien der Reichen kirchlich sanktioniert. Sie verschwiegen die Botschaft von der Sklavenbefreiung Gottes, weil sie längst die Leibeigenschaft im Christlichen Abendland akzeptierten. Jahrhundertlang Feind, hatte die Kirche auch kein Auge für Arierparagraph, Euthanasie und den Überfall auf die Nachbarstaaten. Wahrscheinlich hat uns diese kopernikanische Wende in der Theologie wenig Zeit gelassen, die innerpolitischen Probleme unserer Republik aufmerksamer zu bedenken.

Für den Theologen Daniel Friedrich Schleiermacher, einer der Mitbegründer der Universität, war demokratische Emanzipation nur möglich, wenn Thron und Altar aus der sich gegenseitig rechtfertigenden Verklammerung gelöst würden. Diese Erkenntnis hat in der Folgezeit leider die Theologische Fakultät nicht geprägt.

Erst nach 1949 – bei der grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche in der DDR – haben Kirchen und theologische Fakultäten erste Erfahrungen gesammelt.

Nun kommt es darauf an, dass wir noch – oder schon wieder – ausreichend Nüchternheit zur Hand haben beim Nachdenken über das Ausmaß von akademischem Meineid und Zerstörung der Wissenschaft, als sie sich in den Dienst des deutschen Faschismus stellte, und dass die Teilung unserer Stadt und ihrer Universität zuerst im Kontext der bedingungslosen deutschen Kapitulation gesehen werden muss, bevor wir die Spuren des Stalinismus nennen. Darum bleibt für mich der begrüßenswerte Einigungsprozess Deutschlands ein in allen Phasen vor und mit den europäischen Nachbarn zu verantwortender Prozess. Wenn wir vorschnell dem nur 12 Jahre währenden Faschismus und Krieg die 40 langen Jahre marxistisch-stalinistischer Bevormundung entgegenstellen, brüskieren wir die Opfer der Konzentrationslager und des Zweiten Weltkrieges und die sechs Millionen ermordeten Juden Europas.

Lehrer und Studenten müssen jetzt sorgfältige, selbstkritische Arbeit leisten: Es gilt, Irrtum von bewusster Irreführung zu unterscheiden. Und Kritik wird nur dann helfen, Neues hervorzubringen, wenn sie ihre Kriterien darzulegen vermag. Und darum ist es ein wichtiges Ereignis, dass zwischen die Lehrstühle ein Runder Tisch gerückt wurde. Warum und woran die Gesellschaftsordnung unseres Landes scheiterte, wird auch beharrlich wissenschaftlich erfragt werden müssen. Sozialismus als Vision von machbarer Gerechtigkeit und Frieden ist allerdings ebenso wenig durch Korruption, Staatssicherheit und misslungene Planwirtschaft zu zerstören wie durch die jahrzehntelangen Torturen von Presseunfreiheit und Bevormundung durch eine in Dogmatik zunehmend erstarrte Staatspartei – wie auch die Kirche als Gemeinde Jesu Christi nicht gescheitert ist an Machtmissbrauch von Bischöfen, an Kreuzzügen, Inquisition und Antisemitismus.

Und die 15 Millionen jährlich im Kontext des freien Marktes verhungernenden Kinder fordern auch eine mit den Mitteln der Wissenschaft zu erbringende moralische Lösung.

Die wichtigen Vertreter der Theologie der Befreiung Philipp Potter (Jamaika) und Ernesto Cardenal (Nikaragua) – beide Ehrendoktoren unserer Universität – haben auch heute noch diese Vision, wenn sie für ihren Kontinent Gerechtigkeit «hoffend» fordern. Solidarisch mit ihnen sind wir ihnen aber eine konkrete Antwort schuldig, weshalb gerade gestandene Antifaschisten der ersten Stunde – dann in Regierungsverantwortung – in Methoden der Macht ihrer Peiniger von damals verfielen. Wie konnten es passieren, dass sie mit Volkseigentum augenscheinlich skrupellos wie Millionäre umgegangen sind ...

Was hat unsere Universität zum Thema «menschlicher Charakter» erforscht, das uns jetzt helfen könnte, «Charaktere» durchschaubar zu machen: vom Judenhass eines Treitschke und Oberhofprediger Stöcker, von den Ordinarien, die Arierparagraph und Euthanasie als notwendige Konsequenzen zur deutschen Volksgesundheit lehrten, bis hin zur zerstörerischen Machtausübung unserer so schmächtig gescheiterten Regierung und ihrer führenden Partei.

Kann man nach dieser – kurzen – 180-jährigen Geschichte unserer Universität sagen: Die Fakultäten müssen wieder Ort kompromisslos offener Diskussion und Platz der freien Forschung werden – weil endlich ohne Bevormundung?

Aber wann wäre das denn schon so gewesen? Wir müssen an dieser Stelle nie Dage-wesenes schaffen in solider, solidarischer Arbeit, wie es auch unser erstes demokratisch gewähltes Parlament zu leisten hat, wie auch alle Gremien, die sich um neuen Anfang bemühen, der im friedlichen Aufbegehren durch Demonstrationen und Diskussionen als Mittel einer unblutigen Revolution ermöglicht worden ist. Auch im Erneuerungsprozess der Universität möchte ich allen danken, die gegen die unrühmliche Gehorsamstradition unserer deutschen Geschichte nicht geschossen haben. Meine Hoffnung ist, dass wir auch bevorstehende Konflikte und Krisen ohne Gewaltanwendung bestehen. Es geht aber auch um Gewaltabwendung. Noch sind im Hause der Wissenschaft die alten patriarchalischen Strukturen des christlichen Abendlandes stabil. Alle müssen wir uns darum bemühen, dass die bis jetzt noch völlig unzureichenden Ergebnisse der Gleichstellung von Studentinnen und Wissenschaftlerinnen (besonders wenn sie Ausländerinnen sind!) verteidigt und ständig verbessert werden müssen. Wir brauchen keine männliche, sondern endlich eine menschliche Universität.

Wenn ich als Theologe aus- und nachdrücklich für die Gleichstellung der Frauen eintrete, tue ich das speziell für die Männer, damit sie nicht länger der theologisch falschen Bibelinterpretation anhängen, die leider kirchlich jahrhundertlang vertreten worden ist: Da wird behauptet, es sei Gottes Wille, dass die Frau dem Manne untertan zu sein habe ...

Nicht erst seit der Herbstwende wird an unserer Universität nach kritischer Anwendung von Erkenntnissen aus bitteren Erfahrungen gefragt. Die Herausforderungen Gorbatschows trafen auf bereitwillige Mitdenker. So entstand zum Beispiel der «Zentrale Arbeitskreis für Friedensforschung» erstmals interdisziplinär, der sehr bald schon im internationalen Gespräch war. Und die Frage der Homosexualität wurde aus der makabren Polit-Prüderie befreit. Aber ich will hier nicht Einzelheiten wie Alibis aufzählen. Wir wissen nur zu gut: Es war zu wenig! Und darum war leider unser Lehrkörper nicht dabei, als Künstler und Kirchenleute in brennender Ungeduld auf der Straße und in Theatern die Wende wollten: «Stell Dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg», «Demokratie jetzt!». Ich frage mich oft, was würde Erich Fried uns «jetzt» sagen. Seine Gedichte, seine persönlichen Argumente waren mir persönlich immer wichtig. Er starb 1988 auf dem Weg zu unserem Symposium der theologischen Fakultät «Zum Gedenken der Pogromnacht 1938». Er sagte mir am Telefon, dass er auf eigene Verantwortung das Krankenhaus verlasse und in Berlin mit letzter Kraft lesen wolle. Mit ihm, der in seinen Versen so unerbittlich einübte, nach Vergangenheit zu fragen, lese ich «Wegzeichen», als ob er sie mir jetzt als Ratschlag setzen würde bei der Übernahme dieser Pflicht auf dem mühsamen Weg unserer Universität

zur Gemeinsamkeit der Universitäten Berlins – und – am Ende meines Rektorats, dann im «gemeinsamen Haus Europa»:

«WEGZEICHEN»

Wo noch Lügen liegen
wie unbegrabene Leichen
dort ist der Weg der Wahrheit
nicht leicht zu erkennen
und einige sträuben sich noch –
oder finden ihn zu gefährlich.
Die Wahrheit dringt vor
und schickt zugleich ihre Sucher
in die Geschichte zurück
und beginnt aufzuräumen
mit den Verleumdungen
und mit dem Totschweigen der Toten.
Vieles wird wehtun
manches verlegen machen
aber die Wahrheit ist
der Weg der Notwendigkeit
wenn das Reich der Freiheit nicht wieder
nur ein leeres Wort bleiben soll
und nur ein Gespött
für Feinde und für Enttäuschte ...

Machen wir uns gemeinsam auf den noch unwegsamen Weg der Wahrheit.

Begrüßungsrede beim Akademischen Festakt der Humboldt-Universität zu Berlin in der Komischen Oper Berlin¹³⁴

(25. November 1991)

Wir begehen heute in festlicher Veranstaltung die Immatrikulation von 4988 Studentinnen und Studenten, die sich beworben haben, in 25 Fachbereichen das von ihnen gewünschte Fachwissen zu erwerben. Aber Sie wissen auch, dass Sie sich mit dieser Immatrikulation an der Humboldt-Universität an einem tiefgreifenden gesellschafts-

134 *In: Politische Kultur (Dokumentation), S. 8–10. – Während des Festaktes erhielt Fink von Senator Manfred Erhardt die Mitteilung, dass er am Abend in dessen Büro zu erscheinen habe. Dort teilte man ihm mit, dass Erhardt ihn entlassen werde. In den Erinnerungen Finks ist zu lesen: «Ich ahnte nicht, dass diese Rede meine letzte Amtshandlung sein würde.» (Fink: Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde, S. 61) – Es sind in der Fassung dieser Rede in *UTOPIE kreativ* keine Angaben zur Quelle enthalten. Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass es sich um eine Verschriftlichung des Tonbandmitschnitts handelt. An dieser sind hier kleine Satzzeichenkorrekturen vorgenommen worden. Die Auslassungszeichen (...) wurden beibehalten.

politischen Veränderungsprozess beteiligen! Sie kommen in eine Universität, die mit der Wende herausgefordert ist, die Vision ihrer Gründer auf die Probe erneuernder Bewährung zu stellen ...

1810 wurde die Berliner Universität von Wissenschaftlern gegründet, die – von den Forderungen der Französischen Revolution beflügelt – davon überzeugt waren, dass sogar in Preußen «Freiheit der Wissenschaften» erreichbar sei, dass, wenn Lehre und Forschung aus scholastischer Determination gelöst sind, der Zusammenhang aller Erkenntnisse begriffen und Bildung im Sinne zur Vernunft befreiender Menschlichkeit erlangt werden kann. Diese Universität wollte nicht nur interpretieren, sondern gründete sich bewusst als Teil der Preußen verändernden Reformbewegung. Also: Eine Universität als Wagnis!

Jahrelang wurden neue Vorschläge für eine Berliner Universität dem König vorgelegt. Dass es auch ironische Töne gab, ist in einer Rezension von Savigny des Schleiermacherischen Konzeptes 1808 zu lesen:

«Es ist sehr sonderbar, dass alle deutschen Universitäten unter den zwei Hauptformen der Verfassung die gewählt haben, welche in Paris entstanden zu sein scheint, während die der italienischen Universitäten von manchen französischen nachgebildet worden ist. Da lag Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit in den Händen von Studenten, der Rektor war ein Student, und die Professoren waren entweder gar nicht Mitglieder der Korporation oder von den Studenten abhängig. Ja, auf den italienischen Universitäten war es gerade die deutsche Nation, die sich von jeher am freiesten und unabhängigsten zu erhalten wusste. Wir sind weit entfernt, das Extrem dieser Form zu verteidigen, welches ohnehin nur unter ganz anderen Verhältnissen als den unseren bestehen konnte; allein es scheint uns sehr der Untersuchung wert, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Studenten als öffentlich anerkannter Korporation einige konstitutionelle Rechte anzuvertrauen. Diese öffentliche Würdigung müsste bei zweckmäßigem Gebrauch ernsten und würdigen Sinn befördern, und die feindliche Gesinnung gegen Gesetz und Recht, die sich oft selbst auf eine kleinliche Weise äußert, fände hier ihre natürlichste Ableitung.»

Wie wenig «fertig» die zwei Jahre später gegründete Universität war, erwies sich auch am Tag der ersten Vorlesungen, am 15. Oktober 1810, denn (so stöhnt Friedrich Fichte¹³⁵) die Wände des nun umfunktionierten Prinz-Heinrich-Palais waren noch nass vom Renovieren, außerdem gab es nicht genug Stühle und Tische für die lernbereiten Studenten (wie sich das gleicht!). Und die feierliche Inauguration musste kurzfristig verschoben werden, denn die Studenten waren nicht fertig geworden. Sieben Jahre wurde dann noch darum gestritten.

135 *Das ist ein Schreibfehler. Gemeint sein kann nur Johann Gottlieb Fichte, der 1810 die Position des Dekans der philosophischen Fakultät einnahm und von 1811 bis 1812 Rektor der Universität war.

Ich möchte Ihnen für Ihr Vertrauen danken, dass Sie nun 1991 eine wieder «unfertige» Universität gewählt haben, die sich in einem komplizierten Prozess ihrer Erneuerung befindet. Und weil dieser Prozess noch nicht zwei Jahre währt, erleben Sie Professoren – und leider sehr wenige Professorinnen –, die zwar ausgewiesene Könner im Fach, aber genau wie Sie Lernende in der demokratischen Erneuerung sind. Dieser Erneuerungsprozess ist auf Zukunft orientiert, aber er hat die Vergangenheit als Gegenstand.

An dieser Vergangenheit sind Sie mit nur wenigen Lebensjahren beteiligt. Zumal ich selber darauf bestehe, dass für uns Vergangenheit nicht nur «DDR» – also «40 Jahre» – heißt, sondern wir haben uns der Zeit ab 1933 zu stellen, als auch mit den Stimmen von Studenten und Universitätslehrern in Deutschland die noch junge, ungeübte Demokratie abgewählt wurde zugunsten nationalsozialistischer Herrschaft für ein «starkes» Deutschland, das sich nicht länger «zersetzen» lässt von Sozialdemokraten, Juden, Homosexuellen und Kommunisten.¹³⁶

Auch unsere Universität hat tiefe Narben aus jener Zeit. Oder sind es vielleicht sogar noch Wunden?

Für welches Fach auch immer Sie immatrikuliert sein mögen, unser Weg zur Demokratie ist kein beliebiges Wahlfach, weil jede Universität in Deutschland, in alten und neuen Bundesländern, an dieser Geschichte seit 1933 beteiligt ist. Wer studiert, kommt freiwillig zu erfahrenen Lehrern, nicht, um ihnen zu glauben, wohl aber um kritisch-selbständiges Umgehen mit Erkenntnissen zu lernen. Aber alle Erkenntnisse, auch die der exakten Wissenschaften, tragen nun diese Zeichen ihrer Zeit. Aus allen Fakultäten wurden nach 1933 auch weltbekannte Wissenschaftler sowie Studenten nur deshalb entlassen, weil deutsche Universitäten von nun an nur noch «arischen», also «reinrassigen» Deutschen vorbehalten sein sollten.¹³⁷ Das war eine horrende Verleugnung besonders auch der exakten Naturwissenschaften. Ich frage mich aber, weshalb dieser praktizierte Skandal, gedacht und formuliert schon am Beginn dieses Jahrhunderts, nach der Befreiung vom Faschismus so Komplizenhaft diskret übergangen werden konnte, denn nun war ja aller Welt offenbar, dass im Zusammenwirken auch vieler Wissenschaften der planmäßige Mord nicht nur der deutschen, sondern der europäischen Juden betrieben worden war.

Zum wissenschaftlichen Lernen gehört auch, unsachgemäße Vergleiche als Fehlerquellen zu erkennen, auch wenn sie im Volksmund noch akzeptiert werden. Die mörderischen Konsequenzen dieser wissenschaftlich erstellten deutschen «Ariergesetzgebung» und ihrer theologischen, pädagogischen und politischen Umsetzung sind jedenfalls mit keinem Ereignis in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts

136 *In diesem Satz sind die Worte «starke» und «zersetzen» anders als in der Fassung in *UTOPIE kreativ* in Anführungsstriche gesetzt worden, um die unzweifelhafte Distanz des Redners zu den Vorgängen sichtbar zu machen.

137 *Aus dem in Fußnote 136 genannten Grund sind in diesem Satz die Worte «arischen» und «reinrassigen» anders als in der Fassung in *UTOPIE kreativ* in Anführungsstriche gesetzt worden.

zu vergleichen. Und dabei spreche ich nicht von Schuld, schon gar nicht Ihnen gegenüber. Aber diese Ereignisse bleiben Teil unserer Geschichte wie Universitätsgeschichte, mit der Sie sich genauso auseinanderzusetzen haben wie mit allen Varianten der Entmündigung oder gar Erpressung auch von Studenten und Wissenschaftlern, der Instrumentalisierung der Wissenschaften in 40 Jahren DDR-Geschichte.

Ich bin sehr dankbar, dass Elie Wiesel¹³⁸ unsere Bitte, an diesem Beginn Ihres Studiums beteiligt zu sein, angenommen hat. Ich habe bei Elie Wiesel gelesen: «Durch Erinnern helfen Sie Ihrem eigenen Volk, die Geister zu bezwingen, die auf seiner Geschichte lasten. Eine Gesellschaft, die mit ihren Toten (deutlicher: 6 Millionen Ermordeten) nicht im Reinen ist, wird ihre Lebenden dauernd verstören und traumatisieren. Dagegen hilft nur Erinnern!» Das war mir wie eine Deutung für Hoyerswerda.¹³⁹ Die da Steine werfen und das Leben der Schutzsuchenden bedrohen, sind selber entwurzelt. Weil ihre Eltern und Großeltern sich an nichts erinnern wollten, können sie so schnell vergessen, so gewalttätig gegen Fremde sein und damit ihre Geschichte vergessen. Wenn wir uns in Demokratie einlernen wollen, brauchen wir Verbündete. Und gerade das bietet Elie Wiesel an. «Ich rufe Sie auf, junge Männer und Frauen, die in Deutschland geboren sind, verbünden Sie sich mit uns! Rechtfertigen Sie das Vertrauen, das wir in Ihre Zukunft setzen! Kämpfen Sie gegen das Vergessen, Widersetzen Sie sich dem Versuch, die Vergangenheit zu verschleiern!»

Dieses Angebot hat mich ermutigt, Elie Wiesel für diesen Studienauftakt einzuladen. Ich wünschte mir, dass Sie, mit Überlebenden der Nazizeit verbündet, unsere jüngste Vergangenheit nicht dadurch verschleiern, dass Sie nur wegen Ähnlichkeiten 40 Jahre DDR mit Faschismus gleichsetzen. Damit verhöhnern wir doch die Opfer [...]: «Nicht alle Opfer waren Juden, aber alle Juden waren Opfer.»

Philipp Potter aus Jamaika hat einen seiner vielen Ehrendoktoren von der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität bekommen. So haben wir uns mit ihm verbündet. Er hat seine Aufgabe als Generalsekretär des Christlichen Studenten-Weltbundes und erst recht seine Zeit als Generalsekretär des Weltrates der Kirchen genutzt, um Brücken zu bauen zwischen den Rassen. Uralte Herren- und Sklaven-

138 *Elie Wiesel (*1928, †2016), in Rumänien geborener Überlebender des Holocaust, Häftling im KZ Auschwitz (Stammlager), im KZ Auschwitz-Monowitz und im KZ Buchenwald, später Schriftsteller, Hochschullehrer und Publizist, lebte seit 1963 in den USA und erhielt 1986 den Friedensnobelpreis für sein Wirken im Kampf gegen Gewalt, Unterdrückung und Rassismus. – Wie es zu seinem Auftritt beim Immatrikulationsfestakt gekommen ist, beschreibt Fink so: Er – Fink – habe im August 1991 in Oslo an einer von Wiesel initiierten Konferenz «Dialog gegen den Hass» teilgenommen und sei von Wiesel während der Tagung gefragt worden, «ob es in Deutschland im Einigungsprozess aktuelle Fälle von Rassismus gegeben habe». Zurück in Berlin habe er dies den Studenten erzählt, und diese hätten vorgeschlagen, Wiesel als Redner einzuladen. (Fink: Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde, S. 61)

139 *In Hoyerswerda in Sachsen war es vom 17. bis 23. September 1991 durch zeitweilig mehr als 500 Personen zu massiven rassistischen Übergriffen auf ausländische Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter und Flüchtlinge gekommen, die von der Polizei nicht gestoppt werden konnten. Fink berichtet davon, dass Studentinnen und Studenten «spontan» nach Hoyerswerda gefahren seien und «den Betroffenen ihre Solidarität» gezollt hätten – «wenn auch ratlos angesichts des aggressiven Nationalismus». (Ebd.)

mentalität hat er unermüdlich aufgedeckt und als Gotteslästerung angeprangert. Sie werden noch in diesem begonnenen Studienjahr erste Schritte im sich vereinigenden Europa tun. 1992 soll es sein. Sie selber werden aktiv dieses neue Kapitel der Geschichte unseres durch Kriege hart gezeichneten Kontinents leben. Wir bringen wir unsere Geschichte ein nach diesem unglaublichen NS-Rassismus? Denn diese Vereinigung darf nicht neue koloniale, rassische Benachteiligung für die Nichteuropäer schaffen. Darum freue ich mich, dass Philipp Potter uns heute seine Hoffnung auf den Weg geben wird.

Professor Jens Reich¹⁴⁰ hat das Bündnis 90 mitbegründet und hat ertragen gelernt, dass dieser demokratische Widerstand so bald gedämpft wurde. Lernen Sie, beim Studieren «Warum?» und nach den Zusammenhängen zu fragen [...] Anschluss allein schafft noch keine demokratischen Überzeugungen ...

Weil wir große Unterstützung von Professorinnen und Professoren aus West-Berlin und den alten Bundesländern erfahren haben, werden Sie bald erleben, wieviel Neues in unserer Universität längst begonnen hat. Man muss es nur in Erfahrung bringen wollen.

Kommilitoninnen und Kommilitonen! Dieser Festakt ist keine liturgische Selbstverpflichtung vergangener Zeiten, sondern als Glückwunsch ein ermutigender gegenseitiger Aufruf, die Chance des Neuen zu wagen, dass jede Studentin und jeder Student Verbündete findet, um der Zukunft willen mit der gegenwärtigen Vergangenheit studierend leben zu lernen.

«Heimkehr ins Paradies». Diskussion mit Reinhold Andert und Cuno Füssel im «Kulturforum der PDS»

(8. Dezember 1996)¹⁴¹

Rückkehr ins Paradies? Unmöglich, meint der katholische Theologe Cuno Füssel, Bremen, zur Überschrift, die über der biblischen Diskussion auf dem Kulturforum stand. Und wenn es möglich wäre, müsste man es verbieten. Denn unsere Arbeit sei in die Zukunft gewandt. Um Arbeit ging es auch hier, auch um Gerechtigkeit, Solidarität, um Menschsein. Dr. Cuno Füssel, Professor Heinrich Fink von der protestantischen Front und Reinhold Andert machten die biblische Botschaft zu einem ganz weltlichen Ansinnen.

REINHOLD ANDERT: Heimkehr ins Paradies? – Warum? Viele kennen wahrscheinlich noch aus der Kinderbibel diese Schöpfungsgeschichte, zumindest die

140 *Jens Reich, Molekularbiologe und einer der herausragenden Politiker des Herbstes 1989 und des 41. Jahres der DDR, war – aus einem Forschungsaufenthalt in den USA angereist – neben Elie Wiesel und Philipp Potter der dritte auswärtige Redner auf dem Festakt. Eine weitere Rede hielt – unmittelbar nach Fink – als Vertreterin der Studentinnen und Studenten Dominique Krössin.

141 *In: UTOPIE kreativ, Heft 80, Juni 1997, S. 66–77. – Die Schreibweise Cuno für Füssels (Jg. 1941) Vornamen ist unüblich. Üblich ist Kuno. – Reinhold Andert (Jg. 1944) ist ein in der DDR sehr bekannt gewesener Liedermacher und Autor (Mitglied des «Oktoberklub»).

Version des Paradieses. Es gibt ja auch andere. Aber diese Paradies-Version lautet verkürzt ungefähr so: Nach dem Sündenfall wurden Adam und Eva aus dem Paradies vertrieben und mussten nun im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot essen. Also, der Herr ließ Disteln und Dornen wachsen. Und die Arbeit ist die Folge der Sünde. Die Arbeit ist eine Strafe. Nun wehren sich die Theologen heftig gegen diese billige, einfache Exegese, die Bibelauslegung. Sie meinen, die Bibel hätte viele Varianten, und diese, die ja über Jahrhunderte gepredigt wurde, wäre ein Irrweg. Was sagt der Katholik dazu?

CUNO FÜSSEL: Rückkehr ins Paradies? – eine klare theologische Antwort – ist unmöglich. Wenn es möglich wäre, müsste man sie verbieten. Denn unsere Aufgabe liegt in der Zukunft und nicht in der Vergangenheit. Aber auch die Paradiesgeschichte ist doppelbödig. Die Geschichte bei der Vertreibung ist bekannt, dass vorher schon arbeiten im Paradies an der Tagesordnung war, wird meistens vergessen. Aber für diejenigen, die es nachschlagen möchten: Im 1. Buch Moses, 1. Kap., 15. Vers steht, der Beauftragende – in der Bibel immer der Herr genannt – setzte sie in den Garten mit der Arbeitsanweisung, den Garten zu hegen und zu pflegen. Das sind zwei sehr schöne Tätigkeiten. Es ging also nicht ums Faulenzen. Und man sollte auch nicht – verführt durch eine etwas reduzierte Pädagogik – meinen, das Paradies sei ein Schlafraffenland gewesen, wo den Faulenzern die gebratenen Tauben in den Mund flogen. Es ging also um Arbeit. Marx würde sagen, um «nichtentfremdete Arbeit», in der der Mensch sich selber schafft, also auch sein Heil schaffen kann.

Die gestörten Beziehungen zu Gott haben dazu geführt, dass fairerweise auch die Arbeit eine gestörte Beziehung wurde. Die gestörten Verhältnisse zur Natur und die Störung der Menschen untereinander haben dazu geführt, dass Arbeit eine Plage wurde und wir nicht nur unser Brot im Schweiß unseres Angesichts zu essen haben, sondern auch den anderen mit unserer Arbeit auf den Geist gehen. Rückkehr zu ungestörten Verhältnissen ist nicht möglich. Umkehrschluss? Wir sollten uns überlegen, ob wir störungsfreie Verhältnisse zu schaffen in der Lage sind in dieser Welt. Und darin besteht ein Auftrag, der zieht sich durch die lange Geschichte des Judentums und des Christentums und endet nicht bei ein paar lächerlichen Konfessionsspaltungen in Mitteleuropa.

Ein Moment dabei ist wichtig: Arbeit ist zu definieren ohne Zurücknahme der Arbeit, das heißt, der Verwandlung von materiellen Voraussetzungen in Produkte, in neue Formen, wenn wir sie nicht beziehen auf die menschlichen Beziehungen, in denen Arbeit geschieht. Die Störungen der menschlichen Beziehungen haben also eine Störung der Arbeit selber zur Folge. Daher, glaube ich, ist es wichtig, dass wir uns überlegen, wie sieht denn Arbeit jetzt aus als Sozialisierungsfaktor, nicht, wie wird sie bezahlt, verschwindet sie sogar, fehlt sie uns? Sondern warum leiden wir sowohl unter der fehlenden Arbeit als auch unter der real existierenden Arbeit?

Meine Antwort wäre, dass die Arbeit ein Zusammenschluss ist. Wir werden darauf getrimmt in der kapitalistischen Gesellschaft, das als Einzelarbeit misszuverstehen.

Gerade dort, wo sie hochbezahlt ist, ist sie meistens Einzelarbeit. In Wirklichkeit müssten wir zurückkehren zur Zusammenarbeit. Da mangelt es auf allen Ebenen. Wir haben keine Formen einer produktiven, kreativen, einer uns alle befriedigenden Zusammenarbeit. Wir haben dem Spaltungsdrang des Kapitalismus, der Individualisierung, der Atomisierung nachgegeben und wundern uns, dass wir zum Beispiel die Proteste, die die Arbeit betreffen, nicht richtig organisieren können. Unser Verhältnis zueinander ist so tief gestört, dass wir unfähig sind, zu einer kreativen, den Menschen befriedigenden, ihn erst zum Menschen machenden Arbeit zu gelangen. Das ist eine der Grundbotschaften der Bibel.

Die Bibel ist immerhin 3000 Jahre alt und stellt ein Dokument dar, das nicht Frömmeleien gesammelt hat, sondern massive Auseinandersetzungen der Menschen mit ihrer Geschichte und ihren Problemen. Deswegen wehre ich mich als Theologe dagegen, dass wir unser Leben einfach so dämlich aufteilen in Arbeitszeit und Freizeit. Wir sollten selber werden, was wir sein wollen, vielleicht sogar auch glücklich, aber zumindest wollen wir sinnvoll leben. Und das hat etwas mit Kultur zu tun. Kultur entsteht dort, wo wir den Dingen und vor allem auch unserer Arbeit Bedeutung verleihen. Wenn wir dazu unfähig sind, brauchen wir uns über die Folgen nicht zu entsetzen.

HEINRICH FINK: In diesem zweiten Schöpfungsbericht wird deutlich gemacht, dass, so wie der entsprechende Berichterstatter sich das vorstellt, Gott die Welt erschaffen hat in sieben Tagen bzw. an sechs Tagen. Am siebenten hat er sich ausgeruht. Er erklärte jeden Tag, dass das, was er geschaffen hat, gut ist, und als er den Menschen geschaffen hatte, nun glücklich war, nicht mehr allein zu sein. Das ist für mich der Ausgangspunkt, dass Gott den Menschen dann an seiner Schöpfung beteiligt hat, indem er ihm die Verantwortung gab, die Erde zu erhalten. Also Gott braucht den Menschen, um die Erde zu erhalten, der Mensch ist derjenige, der diese Erde weiter zu schaffen hat.

Dieser Schöpfungsbericht gibt eigentlich die Beteiligung des Menschen an dieser Schöpfung bekannt und macht kund, dass die Kreativität eben eine Aufgabe für diese Menschen ist. Da Gott überzeugt war, dass der Mensch – nämlich Adam, eigentlich heißt das die «Menschheit» – nicht allein sein soll, hatte er ihm eine Gesellin gegeben. In dieser Gesellschaft ist der Mensch eigentlich erst komplett. Durch die Beteiligung an der Schöpfung tat Gott den Menschen kund, dass er erstens nicht allein arbeiten soll, zweitens, es eine entsprechende Beauftragung gibt, dass Arbeit ein Genuss ist, und dass, indem der Mensch arbeitet, er arbeitet, auch um zu lieben. Also in der Arbeit findet der Mensch seine Emanzipation, seine Verwirklichung, aber auch gleichzeitig seine Rechtfertigung.

Da ist für mich neu zu definieren, dass Arbeit in der Tat nicht nur eine entsprechende Arbeit zum Lohnerwerb ist, sondern für mich aus der biblischen-hebräischen Interpretation die Selbstverwirklichung des Menschen. Ohne Arbeit gibt es im Grunde genommen kein Leben. Thora heißt eigentlich Leben, und aus der Inter-

pretation dieser Thora heraus ist die ständige Selbstverwirklichung des Lebens – zu arbeiten. Es ist interessant, dass es auch einen Rhythmus gibt. Einen Rhythmus von Arbeit und Feier. Der Mensch soll sechs Tage arbeiten und sich am siebenten Tag total ausruhen von dieser Arbeit, ausruhen im Sinne von gar nichts mehr tun. Dieses nennt dann der entsprechende Tradent «Sabbat». Der Sabbat ist ein – für mich wichtiges – Korrespondendum zur Arbeit. Er ist nach wie vor in der Tradition die «Feier nach der Arbeit». Wenn die Arbeit die Kreativität des Menschen entwickelt, hat er dann auch die Fähigkeit, mit dieser Kreativität nachzudenken. Von daher gehört für mich eigentlich zur Arbeit das Nachdenken über die Arbeit. Das Nachdenken über die Arbeit hat in der Tradition denn auch Geschichte gebracht. Das heißt, die Erinnerung gebracht. In der jüdischen Tradition ist die Erinnerung überhaupt das Wichtigste, was menschliche Gesellschaft haben kann, und eigentlich ist für mich auch die Erinnerung die Kultur. Der Mensch erinnert sich an das, was er getan hat. Indem er sich erinnert, entwickelt er auch ein ganz bestimmtes Selbstbewusstsein. Daraus entsteht seine Emanzipation.

REINHOLD ANDERT: Paradies ist für alle, die nicht syrisch oder altsyrisch können, übersetzt ein «umzäunter Obstgarten», nicht? Den pflegen und mal Obacht geben, das ist eigentlich eine paradiesische Arbeit. Das ist prima. Aber dann schickt er die raus aus dem Paradies, lässt da Disteln und Dornen wachsen, es wird dann wirklich eine schweißtreibende Angelegenheit, die Arbeit. Ich finde doch, sie ist, wenn man das nimmt, eine Strafe. Und sie diene dann als Rechtfertigung der ganzen protestantischen Arbeitsethik. Im Mittelalter war die Arbeit ja das, was sie wirklich ist, eine Schande, nur Knechte und Mägde mussten sich dieser Schande unterziehen. Die Leute, die schlau waren, ließen für sich arbeiten, weil sie eben nicht sündigen wollten. Deshalb die Frage «Heimkehr ins Paradies» – wenn jetzt die Arbeit durch den «segensreichen» Kapitalismus Gott sei Dank verknappt wird, dann ist das doch prima. Dann war die Erbsünde gar nicht so schlimm. Dann ist der Weg ins Paradies frei.

CUNO FÜSSEL: Wenn wir davon ausgehen, dass Arbeit Strafe ist, dann würde ich dem zustimmen. Aber ich glaube schon, dass wir den Arbeitsbegriff auch in dieser Hinsicht differenzieren müssen. Es gibt natürlich Arbeit, die eine üble Plackerei ist. Jeder Mensch ist froh, wenn sie durch Maschinen übernommen wird. Es gibt aber auch eine andere Arbeit, in der ich eben etwas gestalten kann, indem ich etwas Schönes, Nützliches, Hilfreiches produzieren kann. Ich glaube nicht, dass diese Arbeit etwas ist, das wir missen möchten. Nur dass dann durch die Klassenteilung der Gesellschaft die Plackerei den einen zugemutet wird und die kreative Arbeit den anderen vorbehalten bleibt, das ist unbestreitbar. Das ist aber ein anderes Problem. Das hat nichts damit zu tun, ob Arbeit als solche verschwindet oder bleibt, sondern es ist die Frage, wie ihre verschiedenen Anteile dann eben in negative Arbeitsteilung gesamtgesellschaftlich verteilt werden. Ich meine, dass auch das Recht auf Arbeit, sich beteiligen zu dürfen an der Gestaltung von Natur und Umwelt und zwischenmenschlichen Beziehungen, etwas Positives ist.

Heinrich Fink hat eben schon gesagt, dass die Neugewinnung des Bestimmungsverhältnisses von Arbeit und Feiern auch auf dem Programm steht. Und erst dann, wenn beides wieder zusammen eine Einheit bildet, können wir die verschiedenen Anteile neu gewichten. Ich glaube, darin liegt eine ganze Menge von Problemen. Dadurch, dass wir sie isoliert betrachten, geraten wir immer neu in Sackgassen und stellen die falschen Fragen, zum Beispiel: Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus? Statt zu fragen: Wie lässt sich die Arbeit so definieren, dass sie nicht nur neu verteilt werden kann und muss, sondern dass sie auch für alle Beteiligten sinnvoll und befriedigend ist?

Aber in diesem Zusammenhang müssen wir, glaube ich, konzeptionell neu ansetzen und dürfen uns keine Fragen aufdrängen lassen, die von vornherein in Sackgassen führen. Eine Neubestimmung nicht nur von Arbeit und Freizeit, von Arbeit und Liebe, von Arbeit und anderen sinnvollen Tätigkeiten erfordert auch eine Neudiskussion der Konzeption unserer Gesellschaft. Ich meine, da sind diejenigen, die unzufrieden sind mit den Verhältnissen, im Moment etwas phantasielos. Die herrschende Klasse ist einfalllos geworden, und wir lassen uns von dieser Einfalllosigkeit anstecken. Das liegt auch teilweise daran, dass wir die Schätze, die unsere große jüdisch-christliche Tradition hat, nicht heben wollen. Wir verschenken einen Schatz der Erinnerung an Befreiungsgeschichten, an Kreativitätsgeschichten, an einen anderen Umgang mit Arbeit, den wir aber heben und den wir auswerten müssten, wenn wir der gegenwärtigen Situation gewachsen sein wollen. Meine Kritik an dem gegenwärtigen Desaster: Der Wille der Beteiligten, gemeinsam etwas zu verändern, ist zu gering. Nicht der Mangel an Ideen und nicht die desolote Verfassung unserer Regierung oder die schlechte Verteilung von Arbeit und Einkommen sind die eigentlichen Probleme. Es fehlt an der Lust, darüber nachzudenken, das anders zu machen, und es fehlt an Vertrauen in den guten Ausgang der Geschichte. Das Nörgeln ist sozusagen zur Volkskunst geworden.

HEINRICH FINK: Wir müssen deutlich machen, dass das Paradies ein Ort des Konfliktes ist. Gott hat sich dort auseinandergesetzt mit Adam und Eva. Wir sagen immer, sie haben einen entsprechenden Verlust gehabt. Sie mussten raus aus dem Paradies. Das ist zwar wahr. Aber dadurch, dass sie das Paradies einerseits verlassen haben, aber andererseits nun selbst verantwortlich waren für ihr Leben, ist die Paradiesgeschichte auch eine Abnabelungsgeschichte. Sie sind nicht mehr abhängig von Gott. Gott hat sie befreit, selbständig zu arbeiten, zu leben, sich selbständig weiterzuentwickeln, erwachsen zu werden. Indem aber immer in Form von Belohnung und in Form von Bestrafung gedacht wird, gehen wir von der Botschaft ab. Arbeit ist keine Strafe, sondern Arbeit ist die Möglichkeit der Selbstverwirklichung, ist die Möglichkeit des Erwachsenwerdens, ist die Möglichkeit der Emanzipation. Und da glaube ich, wird in der Zukunft ein ganz großes Problem werden. Dass wir nicht mehr emanzipierte Männer und Frauen haben, weil sie eigentlich nicht mehr kreativ mit einer Aufgabe umgehen können.

REINHOLD ANDERT: Ich wundere mich, dass ihr euch so viel Mühe gebt mit dem Begriff. Wenn ich an eurer Stelle wäre, ich würde die Bibel aufschlagen und sagen: Was sorgt ihr euch ängstlich, was ihr essen und wie ihr euch kleiden sollt. Schaut die Lilien des Feldes und die Spatzen [...] der Herr im Himmel kleidet sie – und so weiter. Das ist das Problem. Wir haben am Anfang des Kulturforums einen wunderbaren Film gesehen «Roger and me», eine wahnsinnige Hilflosigkeit der amerikanischen Gesellschaft auf das Problem der Arbeitslosigkeit. Auch die Kirche oder die «Theologie» spielen eine Rolle. Ein Prediger wird für zwanzigtausend Dollar in eine Riesenhalle engagiert, und er klopft da unheimliche Sprüche und beruhigt und – «Vertraut auf Gott», «Alles wird gut!» Die singen einen Choral und gehen nach Hause.

HEINRICH FINK: Ja, aber er vertröstet auf das Paradies.

REINHOLD ANDERT: Doch jetzt kommen wir zum Leben.

HEINRICH FINK: Da ist dieser Film «Roger and me» für mich ein ganz wichtiger Film auch in meinem Weiterdenken geworden. Menschen werden aus ihren Häusern vertrieben. Statt nun der Pfarrer – dieser Herr Roger – den betreffenden Beamten, der die Vollstreckung zu führen hat, mal beim Schlafittchen nimmt und sagt: Die bleiben drin. Das wäre nach meiner Meinung die Aufgabe gewesen, die nun in dem Moment – ich sage jetzt nicht Kirche, ich sage Christen – dort zu tun gewesen wäre. Stattdessen hält er ihnen an einem Weihnachtsabend eine Predigt, vertröstet sie auch noch mit Charles Dickens. Also eine Perfidie und eine Persiflage ohnegleichen. Ich glaube, dass die Frage der Realisierung von Botschaft eine Frage der Solidarität ist. An diesem Film ist deutlich geworden, dass die Solidarität bei Herrn Roger alles andere war. Das ist das Ergebnis einer verwehrten Predigt, die diese Botschaft – nämlich, dass es keine Sklaven geben darf, keine Ausgebeuteten und so weiter – vertan hat. Die Kirche ist im Moment, wenn sie so weitermacht, am Ende ihrer Botschaft. Und damit hat sie nichts mehr zu sagen und wird auch nicht mehr gehört. Zur Tatsache, dass Leute aus der Kirche austreten, kann man nur sagen, sie tun recht daran, dass sie das tun. Denn die Kirche gibt ihnen Dinge, die ihnen die Welt auch geben könnte, aber sie vertritt sie jetzt nicht vor dieser Welt.

CUNO FÜSSEL: «Betrachtet die Vögel des Himmels. Sie säen nicht, sie ernten nicht, und Gott der Herr ernährt sie doch.» – 12. Kapitel des Lukasevangeliums. Wenn man den Kontext vergisst, könnte es so klingen, als ob es das Hippie-Evangelium wäre. Davor ist eine Geschichte, die berichtet von einem reichen Mann, der so eine große Ernte hatte, dass er eine neue Scheune bauen musste, um Getreide zu horten und damit natürlich durch Verknappung die Preise zu erhöhen. Er war schon ein guter Marktwirtschaftler. Doch in dieser Nacht wurde er «abgerufen» und musste sterben. Was nutzte ihm seine Vorratspolitik? Dann kommen die eben zitierten Sätze, aber auch die stehen nicht allein, sondern der Schlusssatz ist der entscheidende: «Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit, und alles andere wird euch hinzugegeben werden.» Was heißt das? Das heißt ganz konkret, die Produkte unserer Arbeit, die Vorratshaltung, die Sorge um unser Leben sind zurückzu-

binden an eine gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Und genau das ist unser Problem in dieser Zeit. Nicht die Frage, gibt es viel Arbeit, gibt es gute Arbeit, gibt es schlechte Arbeit, sondern wir haben ungerechte Wirtschaftsverhältnisse, wir haben eine in sich gesplante Gesellschaft und eine den biblischen Gesetzen weit entfernte Gesamtwirtschaftsordnung, die auf Ausbeutung, auf Gewinnmaximalisierung, auf Niederkonkurrieren des anderen ausgerichtet ist. Die Botschaft der Bibel würde sagen, schafft erst einmal gerechte Verhältnisse, sorgt dafür, dass flächendeckend soziale Gerechtigkeit hergestellt ist, dann lassen sich die anderen Probleme nivellieren und möglicherweise sogar lösen.

Das Pferd wird also von hinten aufgezügelt, wenn wir über Umverteilung von Arbeit reden und nicht darüber nachdenken, dass wir erstens genug Arbeit haben, dass wir mehr als genug Geld haben, nur dass beides nicht zusammenkommen kann, weil die bestehenden Verhältnisse absolut ungerecht sind. Und wer sich nicht traut, das laut zu sagen, der sollte sich nicht an politischen Debatten beteiligen. Wer nicht in der Lage ist, die Revolution und den Strukturumschwung, den die Liberalen planen, zu konterkarieren durch eine große Alternative, durch ein großes Bündnis auf der anderen Seite, der wird untergehen in dem zynischen Feldzug, der im Moment im Gange ist. Wenn wir nicht die Wirtschaftsordnung, die wir haben, zur Debatte stellen, sondern an ihr herummanipulieren wollen und dann darüber jammern, dass nichts dabei herauskommt, dann werden wir nicht zum Ziel kommen. Die Bibel ist da viel radikaler. Sie sagt, jammert doch nicht über eure Daseinsfürsorge: Die eine Versicherung ist zu hoch, die andere leistet nichts, die Krankenkasse ist gestiegen –, sondern sorgt insgesamt für solidarische, gerechte Verhältnisse, dann werdet ihr die anderen Probleme in den Griff bekommen.

REINHOLD ANDERT: Nun ist es so, das Einzige, was Herrn Kohl noch aus der Ruhe bringen könnte, ist ein geharnischter Brief der Fuldaer Bischofskonferenz. Warum kommt denn der nicht? Oder eine neue Enzyklika des Papstes?

CUNO FÜSSEL: Ich erwarte keine Korrektur der Wirtschaftsverhältnisse durch ein Wort der Bischöfe, sondern durch eine aktive Politik derjenigen, die in diesem Land betroffen sind und die sich noch zur Kirche bekennen. Auch wenn der Heilige Vater in der Welt herumfliegt und allen möglichen Unsinn anstellt, wird er uns die Chance nicht verderben, dass wir ernst machen mit unserem Glauben und mit dem Leben aus dem Evangelium und aus der jüdisch-christlichen Tradition heraus, auch neue Impulse zum Beispiel für eine neue Wirtschaftsordnung zu formulieren. Und wer also die Neoliberalen, diese selbsternannten Päpste dieser Bewegung und ihre Texte kennt, der weiß, dass sie vor dem Stichwort Gerechtigkeit mehr Angst haben als der Teufel vor dem Weihwasser. Nur keiner von den Linken traut sich, dieses aufs Papier zu schreiben und wirklich zu sagen, es geht um Gerechtigkeit, um nichts anderes. Und alles andere wird euch hinzugegeben werden. Warum tun sie es nicht? Weil sie es wahrscheinlich selber nicht glauben, dass es das Stichwort ist, das Remedur schafft. Und da möchte ich ganz gern ansetzen, da sind alle anderen Dinge nicht sekundär

im Sinne von Beliebigkeit, aber sie sind der zweite Schritt. Und den ersten sind wir nicht bereit zu tun. Deswegen müssen wir immer über den unterbleibenden zweiten zusammen jammern und werden dann am Ende eine große Trauergemeinde statt eine disziplinierte revolutionierte Gemeinde.

FRAGE AUS DEM PUBLIKUM: Nun haben sie von dem Baum nichts essen dürfen, und nun haben sie keine Erkenntnis. So laufen die Menschen ohne göttliche Erkenntnis aus dem Paradies heraus und sind zum Arbeiten bestimmt.

CUNO FÜSSEL: So ist die Geschichte nicht gelaufen. Zunächst einmal, die berühmte Geschichte vom Paradies, die wir uns hier durch die Überschrift eingebracht haben, lief doch ein wenig anders. Die Menschen kamen voll zu der Erkenntnis, nämlich auch zur Erkenntnis ihrer Verantwortung, und dass es auf sie selber ankommt. Damit wurden die Verhältnisse eben so, wie sie sind, also schwieriger, als wenn man alles gemacht und vorgelesen bekommt. Aber der Preis der Mündigkeit ist die Übernahme der Arbeit und der Verantwortung. Beides müssen wir selbst übernehmen und nur so werden wir zu Subjekten. Die Übernahme von Arbeit und Verantwortung ist das Produkt dieser Geschichte, und dabei müssen wir bleiben. Beides können wir nicht abtreten und abschütteln. Aber die Frage, wie man offensiv mit der christlichen Botschaft in diesem Land umgehen sollte, ist eine ganz andere Sache. Ich bin der Meinung, dass wir schon noch einen Schritt tun könnten und vielleicht auch im Rahmen von Kulturtagen der PDS oder wie immer das aussehen mag. Aber es kommt darauf an, dass die Subjekte alle selber tätig werden. Wir haben schon so viele Botschaften im Laufe von ein paar tausend Jahren von uns gegeben, es hat sich nichts geändert. Das liegt nicht nur an der Botschaft, sondern an der Willigkeit derjenigen, die sie gehört haben, sie auch umzusetzen. Da würde ich um große Mitarbeit auf allen Seiten bitten.

FRAGE AUS DEM PUBLIKUM: Darf man Professor Fink so verstehen, dass die Vertreibung aus dem Paradies eigentlich die Selbstertüchtigung des Menschen darstellt, sich um seine Belange selbst zu kümmern und nicht nur auf Gott zu vertrauen? Ist diese Selbstbestätigung des Menschen, durch die Befreiung, am Baum der Erkenntnis gekostet zu haben, identisch damit, dass er die Erkenntnis damit auch gewonnen hat? Wir wissen es doch nicht.

HEINRICH FINK: Es sind Berichte, Glaubensberichte, Glaubensüberzeugungen. Es sind keine dogmatischen Festlegungen. Dass er zu unterscheiden gelernt hat zwischen Gut und Böse, das ist für mich eine Botschaft daraus. Dieses Gut und Böse auch anzuwenden versteht. Das ist für mich die Folge daraus. Mensch, dir ist gesagt, was gut und böse ist. Die Erhaltung des Lebens ist gut. Es ist auch in der jüdischen Tradition nichts wichtiger als die Erhaltung des Lebens. Man kann jedes Gesetz, jedes Gebot, alles brechen, wenn es um das Leben geht.

Das andere ist natürlich, dass es eine entsprechende Zusage der Selbständigkeit des Menschen gibt und er auch selbst entscheiden muss über sich und über seine Umgebung und dafür auch eine Verantwortung hat. In dieser Entscheidung muss er keinen fragen, weder Papst noch König noch sonst wen, wenn Leben gefährdet ist und wenn

irgendjemand auch psychischen Schaden nimmt, wenn er geschlagen wird. Es heißt zum Beispiel in Psalm 119, Vers 121: Ich habe Recht und Gerechtigkeit geübt – betet einer, der in Not ist, also der Psalmbeter, wahrscheinlich David –, überlass mich nicht denen, die mir Gewalt antun. Tritt ein für das Wohl deines Knechtes, dass die Frechen mich nicht unterdrücken. Meine Augen schmachten nach deiner Hilfe und nach deiner gerechten Verheißung. Handle an deinem Knecht – und so weiter. Es geht auch darum, dass es keine Knechtschaft gibt, die eine Untertänigkeit hat. Allenfalls gibt es eine entsprechende Autoritätenbeziehung. Aber diese Autoritätenbeziehung ist nicht Untertan sein. Die Reformation war ein Aufschrei, und dieser Aufschrei muss weitergehen. Ich glaube, dass im Augenblick die Frage nach der Gerechtigkeit – das ist nämlich genau die Frage des Hebräers: «Du wolltest Opfer, und ich habe Gerechtigkeit erwartet von dir» – die soziale Frage ist, die wir gemeinsam stellen können. Ich glaube, dass es demnächst eine linke Ökumene geben muss, wie Adam Schaff sie jetzt schon gefordert hat, die diese Frage der Gerechtigkeit intensiver stellt. Von daher finde ich die Frage hier auf einem Kulturforum wichtig, weil es um zukünftige Kultur geht, um die Frage des Umgangs der Menschen untereinander. Das Augenblickliche hat eben nichts mehr mit Kultur zu tun, das ist die Ausbeutung, um eben Geld zu kriegen, um eben zu leben.

ZWISCHENRUF AUS DEM PUBLIKUM: Ich habe nur Bedenken in Bezug auf die Glaubwürdigkeit dieser Botschaft im Rückblick auf die Geschichte. Hätte die Kirche sich in der Vergangenheit immer so verhalten, wie diese Botschaft verkündet hat, aber sie hat doch eher immer die Ungerechtigkeit gesegnet und auch die Kanonen und so weiter. Das macht heute die Glaubwürdigkeit so doppelt schwer.

HEINRICH FINK: Der Zwischenruf ist berechtigt. Die Kirche hat nun schon, wenn ich meine Tradition mit Christus anfangen, mit Jesus von Nazareth, also zweitausend Jahre, diese entsprechende Auseinandersetzung mit sich selber. Und die kommunistische Partei oder die kommunistische Fraktion erst siebzig Jahre. Aber was euch trösten könnte, ist, dass daran die Botschaft nicht verloren gegangen ist, trotz Inquisition, trotz Faschismus und so weiter. Und wenn ihr nach siebzig Jahren schon anfangt, an eurer Botschaft zu zweifeln, ob sie richtig ist, dann seid ihr also noch kleingläubiger als wir, und das solltet ihr lieber nicht tun.

ZWISCHENRUF AUS DEM PUBLIKUM: Es mag ja naiv sein, die paradiesische Geschichte zu projizieren auf die realen Vorgänge und den paradiesischen Zustand aus dem Zustand der Wildbeuterei, der Jäger und Sammler zu betrachten, die sich der Natur gegenüber eben anders verhielten als die, die den Ackerbau erfunden hatten, Frauen waren es. Und die waren es auch, die nun also auch mit den Disteln zu tun hatten. Damit haben sie ein neues Verhältnis zur Natur in Gang gesetzt, das sie abhängig machte davon, dass sie etwas produzieren. Und sie waren von dem Zeitpunkt an nicht nur von dem abhängig, was sie von den für sie günstigen Umständen in der Natur vorfanden. Die biblische Geschichte, die das in verschiedenen Varianten beschreibt, ist für mich eine sehr schöne Interpretation dieses Vorgangs und damit

durchaus zu vereinen mit der Tatsache, dass tatsächlich alle menschliche Kultur davon abhängt, dass der Mensch sich mit den Bedingungen seines Lebens produktiv und schöpferisch auseinandersetzt. Das tut er in verschiedenen Formen durch die Gesellschaftsgeschichte hindurch, immer mit ganz anderen Risiken. Ich sehe da auch gar keinen Dissens mit den christlichen Vorstellungen, welche Bedeutung die Arbeit im Leben des Menschen hat. Mein Problem ist das der Gerechtigkeit. Da bin ich selbstverständlich vor dem Christen in einem Nachteil. Denn er hat ja eine Instanz, vor der entschieden werden kann, was Gerechtigkeit ist. Sie mögen sagen, nein, das ist ganz anders. Das Problem ist aber, was für den Kulturhistoriker klar ist, dass natürlich der Neoliberale völlig im Recht ist. Er hat eine andere Auffassung von Gerechtigkeit. Ich habe versucht zu sagen, Friedrich Engels hat gesagt, Menschenskind, das ist doch völliger Unsinn, die Arbeit gleich zu verteilen. Das ist eine blödsinnige Vorstellung von Gerechtigkeit, wenn die Arbeit so wenig ergiebig ist. Das ergibt keine Kunst, keine Wissenschaft, keine Staatsmänner, Platon und alles gar nicht möglich. So kann man die Weltgeschichte nicht betrachten. Die Arbeit muss erst ergiebig sein, damit alle Zeit für Muße haben können. So einfach, so simpel war das Modell. Ich vereinfache das. Nun soll eine gerechtere Ordnung geschaffen werden. Aber vor wen ziehen wir, um Gerechtigkeit einzufordern, und wer soll entscheiden, was gerecht ist?

CUNO FÜSSEL: Wichtig ist doch, dass wir gemeinsam unser Leben meistern müssen und deswegen auch gemeinsam an der Veränderung der Bedingungen, unter denen wir das tun, arbeiten müssen. Wir reden die ganze Zeit fast immer so, als ob jeder nur für sich allein auf der Welt ist und arbeitet, und dieser Gedanke der Sozialität der Arbeit, dass das in sich schon ein Gemeinschaftsverhältnis ist und nicht nachträglich erst durch Addition entsteht, das scheint uns total abhandengekommen zu sein. Deswegen ist das auch so schwer zu vermitteln, wo sitzt denn die Gerechtigkeit. Die sitzt nicht in irgendeinem Gerichtshof. Es gibt keine Instanz außerhalb, an die ich appellieren kann. Sie ist ein Produkt der gemeinsamen Arbeit und ein gemeinsames Projekt, das ich in der Geschichte erkämpfen und durchsetzen muss. Und auch nicht der liebe Gott garantiert Gerechtigkeit. Er hat uns nur gesagt, also wenn ihr mich überhaupt verstehen könnt und wollt, dann handelt gerecht miteinander, das heißt, schafft eine Gesellschaft, in der jedem ein Überleben in Würde und Freiheit garantiert ist. Das war zum Beispiel neuerdings die Forderung der Zapatistas. Keiner von den Reportern, die vermutet haben, dass sie gerne schießen möchten, ist auf die Idee gekommen, dass hier ein neues Gesellschaftsprojekt verkündet wurde. Beim Aufstand der Chiapas war das Grundmodell: Wir wollen nicht an die Macht, wir wollen keine Gewehre, wir wollen auch nicht die Regierung stürzen, wir wollen endlich eine gerechte Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der alle Menschen Platz haben. Das haben die Kommentatoren bei uns, die geschult an Hegel und anderen Denkern waren, überhaupt nicht verstanden. Nur die armen Indios hatten es verstanden, weil sie eine Mischung von Marxismus und Bibel gelernt hatten bei Befreiungstheologen, die bei uns nicht an der Tagesordnung ist. Deswegen ist es müßig zu fragen, wo ist

die Instanz, von der wir Gerechtigkeit einklagen können? Wir sind es, wir haben ein Geschichtsprojekt zu entfalten, aus dem heraus klar wird, das wird der Weg zu einer gerechten Gesellschaft sein. Da muss man nicht an Gott glauben, man kann es auch sein lassen. Man kann wie Sartre sagen: Du bist Gott und ich bin frei, also arbeiten wir beide an der Geschichte weiter. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass wir immer wieder Instanzen aus uns heraus verlagern, das ist ja das Grundmodell der Entfremdung. Da bin ich der Meinung, wir müssen das selber sehen, wie sieht so eine Gemeinschaft aus, die wir gemeinsam konstruieren? Das Modell der Gerechtigkeit ist relativ einfach.

FRAGE AUS DEM PUBLIKUM: Was ist gerecht?

HEINRICH FINK: Gerecht ist, was Leben ermöglicht und dem anderen das Leben gönnt.

Heinrich Vogeler und die Utopie vom neuen Menschen.

Gespräch mit Jan Vogeler in der Inselgalerie in Berlin

(4. Dezember 2003)¹⁴²

HEINRICH FINK: Jan Vogeler interessiert uns als Zeitzeuge über seinen Vater. Sicherlich: Was können Kinder für ihren Vater? Aber immerhin, manche Kinder stehen zu ihrem Vater und erklären deutlich, dass sie sich von ihm nicht distanzieren. Jan Vogeler hat den wichtigsten Teil des Werkes von Heinrich Vogeler erhalten. Er hat ihn gerettet. Und: Er hat als Zeitzeuge nicht nur Geschichte konserviert, sondern auch aufgedeckt.

Jan Vogeler wurde am 9. Oktober 1923 in Moskau geboren.¹⁴³ Von 1925 bis 1932 wohnten die Vogelers in Berlin-Neukölln, in der Bräsigstraße 138. Wer dort vorbeikommt, wird eine kleine Gedenktafel sehen. Jan ist auch in Berlin eingeschult worden. 1932 ging Jan Vogeler mit seinen Eltern nach Moskau. Sie wohnten im Kreml bei den Großeltern Marchlewski. Später zogen sie in das bekannte Haus an der Moskwa, das 1931 für Prominente gebaut worden war. Sehr bald wurde es berüchtigt, weil sehr viele alte Genossen, unter anderem Bucharin, von dort aus verhaftet wurden. Jan ging in Moskau in die Karl-Liebknecht-Schule. Dort war er mit den uns bekannten Schülern Wolfgang Leonhard, Stefan Doernberg und Markus Wolf zusammen. Wolfgang Leonhard beschrieb schon ein paar Pointen dieser Biographien in «Die Revolution entlässt ihre Kinder», Gleiches tut Markus Wolf in «Troika».

1937 kamen sie in die deutsche Schule, die bald schließen musste, weil die Lehrer verhaftet wurden. Von 1941 bis 1943 saß Jan Vogeler mit Doernberg und Leonhard,

142 * In: UTOPIE kreativ, Heft 165/166 (Juli/August 2004), S. 637–647. – Der Abdruck des Gesprächs in *UTOPIE kreativ* ist dort durch zahlreiche Marginalien mit weiteren Angaben zum Leben von Heinrich und Jan Vogeler ergänzt. Zum Gespräch eingeladen hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

143 * Er ist nur wenig mehr als ein Jahr nach diesem Gespräch mit Fink – am 23. Januar 2005 – in Worpsswede gestorben.

Marianne Weinert und Markus Wolf auf der Schulbank in der Kominternschule. Auch die wurde 1943 geschlossen.

Das Nationalkomitee «Freies Deutschland» brauchte tüchtige Dolmetscher. Einer dieser Dolmetscher wurde Jan Vogeler. Er kam an die Front. 35 Jahre lang war er dann an der Moskauer Universität, erst als Student der Geschichte der Philosophie, dann als Dozent. 1952 fühlte er sich gezwungen, den künstlerischen Nachlass von Heinrich Vogeler, der inzwischen in der ganzen Sowjetunion zusammengetragen worden war, der DDR zu übergeben. Darüber werden wir noch reden. Er hat das damals, so betonte er, als Sowjetbürger getan. Er war Professor für Philosophie an der Lomonossow-Universität. Er hat Seminare über Heidegger gehalten. Er fühlte sich der «Frankfurter Schule» insofern verpflichtet, weil er meinte, die kritische Richtung dieser Schule müsse gerade an einer Moskauer Universität gehört werden. Außerdem arbeitete er ständig als Dolmetscher. Jan Vogeler war im deutschen Gottesdienst in der Peter-und-Paul-Kirche Übersetzer. Er hat damit nicht nur deutsche Theologie kennengelernt, sondern auch bald Kontakt zur Freien Universität in Berlin gehabt, mit Lehrern wie Helmut Gollwitzer und zur Evangelischen Akademie mit Franz von Hammerstein.

Jan Vogelers Emeritierung 1990 war für ihn Anlass, nach Deutschland überzusiedeln. 1992 lud ihn Karl-Friedrich von Weizsäcker nach München ein. An der Münchener Universität arbeitete Jan Vogeler im Fachbereich Kommunikationswissenschaften über die Propaganda der Roten Armee und des Nationalkomitees «Freies Deutschland». Danach ging Jan Vogeler zurück an den Ursprungsort seines Vaters, nach Worpswede, ins Teufelsmoor.

Es gibt ein Buch mit Postkartengrüßen seines Vaters an ihn. Ein Sammler namens Gerhard Kaufmann hat diese Postkartengrüße irgendwo aufgefunden und in einem Buch zusammengefasst. Dort schreibt Jan Vogeler sehr innig über seinen Vater: «Mein Vater berichtete mir von seinen Reisen durch Zentralasien und den Kaukasus in Form von kleinen postkartengroßen Aquarellen oder Farbstiftzeichnungen. Die eine oder andere Farbkarte schickte er mir sogar in einem Briefumschlag. Die optischen Eindrücke, die mein Vater sammelte, waren Bausteine für ein Werk, das ihm deutlich vorschwebte und das er begonnen hatte, in einigen Entwürfen zu Komplexbildern in die Tat umzusetzen.»

Heinrich Vogeler war der bekannte Jugendstilmaler, und kein Geringerer als Josef Beuys schwärmt von ihm als dem großen Maler mit dem großen Entwurf. Dieser große Entwurf wurde auch von der Bremer Bürgerschaft intensiv aufgenommen. Man schmückte sich mit Heinrich Vogelers Möbeln und Accessoires. Wer einmal in Worpswede war, weiß, wie reich das Werk von Heinrich Vogeler ist. Ende 1918 erfolgte Heinrich Vogelers tiefer Bruch mit seinem bisherigen Werk nicht als Kunst, sondern als Politik. Für ihn war der Krieg, um mit Rosa Luxemburg zu sprechen, eine Barbarei. Er schrieb an den deutschen Kaiser einen Brief, einen Friedensappell mit der Bitte um Entlassung aus der Armee. Damit wurde er zwar sehr ernst genommen,

aber anders als gewollt. Er bekam eine Einweisung zur Untersuchung seines Geisteszustandes. Für Heinrich Vogeler bedeutete diese Zeit eine politisch-weltanschauliche Neuorientierung. Der bekannte Künstler trat in die kommunistische Partei ein.

Was hat er Dir davon berichtet?

JAN VOGELER: Ich würde unterstreichen, dass nicht nur Heinrich Vogeler, sondern viele Deutsche und nicht nur Deutsche, durch den Ersten Weltkrieg erst zu Pazifisten, dann zu Sozialdemokraten und dann die Linken mit Rosa Luxemburg zu Kommunisten wurden. Heinrich Vogeler nannte sich Kommunist, als er aus dem Krieg nach Hause, nach Worpswede kam, ohne formell zur Partei zu gehören. Das geschah bei ihm durch den Einfluss, den die russische Revolution auf ihn hatte. Sie richtete sich damals vor allem gegen den Krieg und sorgte für den Frieden in Russland. Heinrich Vogeler war aber ein sehr eigenartiger Kommunist. Vielleicht sollte man hier sogar unterstreichen, dass er 1929 – nachdem er 1925 tatsächlich in die KPD eingetreten war – aus dieser Partei hier in Berlin ausgeschlossen wurde, weil man ihn zu den Rechten, den Brandler-Leuten zählte, die eine andere Politik in der Führung der Partei machten als die Gruppe um Thälmann. Heinrich Vogeler versuchte sogar, aus seiner Sicht des Kommunismus verschiedene Experimente real durchzuführen.

Er war 1872 in der Familie eines reichen Bremer Kaufmanns geboren worden, hatte aber früh zu malen begonnen. Er wurde einer der ersten Worpsweder Maler. Was ihn an Worpswede nebenbei so angezogen hat, war nicht nur Worpswede selbst, sondern auch eine sehr schöne Worpswederin mit einem schönen blonden norddeutschen Zopf. Sie wurde seine erste Frau, Martha Vogeler. Mit ihr baute er in Worpswede ein Haus aus den Geldern, die er noch von seinem in Bremen gestorbenen Vater geerbt hatte. Dieses Haus steht heute noch, heißt Barkenhoff und wurde in den ersten zehn Jahren vor dem Ersten Weltkrieg Zentrum nicht nur des Lebens Heinrich Vogelers mit seiner Frau und seinen dort geborenen drei Töchtern, sondern auch für eine intellektuelle, sehr breit interessierte Gruppe von Dichtern, unter anderem Rainer Maria Rilke. Sie kamen oft nach Worpswede, lebten in diesem Haus. Viel später, nach dem Ersten Weltkrieg, hat er aus diesem Haus ein Kinderheim für die Kinder politisch Verfolgter gemacht. Es gab in Berlin, in Bremen, in Hamburg blutige Kämpfe mit vielen Toten. Und es gab die Kinder dieser Gefallenen und derer, die für lange Jahre im Gefängnis landeten. Jedenfalls war das der reale Versuch, auf dem Barkenhoff eine Zelle einer ganz neuen Gesellschaft zu gründen. Das war der erste Versuch Heinrich Vogelers, die neue Gesellschaft in Worpswede aufzubauen.

1920 ist diese Martha mit den drei Töchtern aus dem Barkenhoff ausgezogen und hat sich in Worpswede ein eigenes Haus gebaut. In diesem Haus wird heute noch nach ihren überlieferten Anweisungen Kunstgewerbliches in Form von handgewebten Stoffen hergestellt. Die Martha ist mit ihren Kindern aus dem Barkenhoff, der zur Kommune wurde, ausgebrochen und hat zu Heinrich gesagt: Mit dir will ich nichts

zu tun haben. Sie hat ein eigenes Leben entwickelt in der Nähe vom Barkenhoff, im «Haus im Schluh».

HEINRICH FINK: Zu seiner Ehrenrettung: Er hat ihr das Haus gebaut.

JAN VOGELER: Er hat ihr zumindest geholfen, in geldlicher und anderer erdenklicher Hinsicht, weil er sehr interessiert war an der Entwicklung und am Leben der drei Töchter, die auch nichts mit den sogenannten Kommunisten zu tun haben wollten. Der berühmte Barkenhoff. Das war das erste Leben Heinrich Vogelers. Es war die Zeit, als Heinrich Vogeler – zehn Jahre vor dem Ersten Weltkrieg – als Jugendstilmalers berühmt wurde, nebenbei auch gut verdient hat und das Geld auch in die weitere Entwicklung dieses Hauses und anderer zugehöriger Bauten gesteckt hat. Mich gab es ja damals noch nicht, ich bin später, 1923, geboren. Aber rückblickend möchte ich sagen: Das war die schöpferisch erfolgreichste und auch glücklichste Zeit Heinrich Vogelers. Wenn Sie mir das nicht glauben, fahren Sie nach Worpswede und sehen Sie sich an, was es da außer diesem Haus noch an Kunstwerken gibt. Zum Beispiel der Worpsweder Bahnhof – der wurde auch von ihm gebaut.

HEINRICH FINK: Heinrich Vogeler selbst hat diesen Bruch aber nicht so gesehen. Er meinte, dass seine großen Werke, die er dann in der Sowjetunion geschaffen hat, letztlich eine Weiterentwicklung waren. Ich würde Dich gern fragen, wie Du das siehst: als Stilbruch oder Weiterentwicklung?

JAN VOGELER: Nein, Du hast es richtig gesagt. Es ist ein Stilbruch, der schon vorher begann. Er begann hier im Barkenhoff, um 1918/19, nach dem Ersten Weltkrieg und nach seinem Brief gegen den deutschen Kaiser. Da begann er noch hier nach einer neuen Kunst zu suchen. Das Schlagwort dafür war «Wandmalerei». Dieses Haus wurde von ihm innen ausgemalt. Das war zu einer Zeit, da er sich schon als Kommunist bezeichnete. Zumindest inhaltlich war es eine neue Kunst.

Es gibt da ein berühmtes Bild. Es entstand auch noch vor dem Ersten Weltkrieg. Das zeigt Martha Vogeler und den Eingang zum Barkenhoff. Und es zeigt einige Künstler und Künstlerinnen aus der damaligen Zeit. An dem Bild hat er mehrere Jahre gemalt. Ich möchte hervorheben, dass Martha Vogeler hier schon als andere Frau erscheint.

Ich möchte eine sehr umstrittene Frage aufwerfen: Martha, die ihm oft Modell gestanden hatte, war, als er sie kennenlernte, ein ganz einfaches Bauernmädchen, obwohl ihr Vater Lehrer war. Aber für Vogeler war es wichtig gewesen, dieses Mädchen zu einer allseitig entfalteten Persönlichkeit zu machen – und das ist ihm gelungen. Er schickte sie nach Bremen zu seinen Bekannten, und sie lernte dort Musik. Sie lernte Sprachen, und sie lernte, wie man sich benimmt – und sie entwickelte sich so, dass sie hier schon als eine Frau dasteht, die zwar gemalt ist in die Idylle des Barkenhoffes, aber die schon hinausgewachsen ist aus der Rolle, nur eine Frau von Vogeler zu sein. Sie wurde später eine interessante Persönlichkeit und hat bis 1961 in Worpswede gelebt. Dann gibt es ein anderes typisches Bild aus dieser glücklichen Zeit vor dem

Ersten Weltkrieg. Das zeigt auch Martha Vogeler, aber es gilt als Frühlingsbild. Dieses Bild hängt jetzt im «Haus im Schluh».

Jetzt machen wir einen Zeitsprung: Es gibt auch ein Bild von Lenin. Aber dieser Lenin ist ganz eigenartig. Er ist auf einem roten Hintergrund gemalt wie eine Fahne mit lauter schwarzen Trauerzeichen. Es ist 1924 entstanden, nachdem Heinrich Vogeler schon mit seiner zweiten Frau, meiner Mutter Sonja Marchlewska, nach Moskau gekommen war und die Sowjetunion bereiste, Baku zum Beispiel und südliche Gebiete. Zu dieser Zeit entwickelte Heinrich Vogeler einen ganz neuen Stil. Seine Idee war, dass der zukünftige Künstler nicht einfach nur ein Bild malt, um es an einen Reichen zu verkaufen, sondern Wandmalerei in Form von Komplexbildern macht. Das ist der Bruch, an den wir herankommen wollen. Vogeler meinte, vielleicht werde in der Zukunft der Maler nicht einfach Bilder fürs Aufhängen malen, sondern Wandbilder für Gemeinden christlicher oder kommunistischer Art. Das war der Versuch Vogelers, stilistisch und inhaltlich einen neuen Weg in der Bildenden Kunst in Russland zu betreten.

HEINRICH FINK: Ich finde es wichtig, darüber nachzudenken, ob der Schritt vom Jugendstil zum sozialistischen Realismus nun ein Stilbruch war oder, wie Vogeler selber meinte, ein Fortdenken. Es war für ihn wichtig, dass diese Dialektik in der Kunst auch verinnerlicht wurde. Von daher ist es auch interessant, dass er meinte, für ihn sei die Vernunft die Hebamme sowohl für die Kunst als auch für seine politische Haltung. 1919 schrieb er mit anderen: «Das neue Leben – ein kommunistisches Manifest». Dort versucht er sich zu erklären. Es ist ziemlich lang, ich will nur drei Auszüge bringen:

«Ein wunderbar bewegtes Leben mit einer höheren Kultur sehen wir so aus der sozialistischen Revolution erwachsen. Überall das Ringen um die Freiheit der Selbstsicherung an den Stellen, wo der kapitalistisch orientierte Gewaltmensch aus seinem Weltbild heraus nur eine neue Sklaverei erkennen kann.» Heinrich Vogeler versuchte nun, sein Bekenntnis auf einen Nenner zu bringen. Sein Bekenntnis war ein Bekenntnis zum Frieden. Die einzige Partei, die aus diesem Krieg gelernt hatte, war für Heinrich Vogeler letztlich die kommunistische Partei.

«Der Weg zum Frieden zwischen Mensch und Mensch liegt vor uns. Kein wahrer Friede liegt zwischen Paragraphen. Was nützen uns alle Demokraten, die eine neue Militärmacht aufstellen müssen, um ihr kapitalistisches Reich mit Grenzen und Zöllen zu befestigen? Uns kann nur helfen der große Gläubige an den dauernden unzerstörbaren Frieden zwischen Mensch und Mensch, zwischen Volk und Volk, der den tierischen Egoismus in sich überwand und das ewige Gesetz der Werkstätigenliebe für sich und alle zurückerobert. Der Kommunist, der Parteilose, der freie Mensch.» Für ihn war die Freiheit des Menschen ein neuer Mensch. Und diese Freiheit fand Vogeler in der Erziehung zum neuen Menschen. Er hat den Barkenhoff umgewandelt in einen Hof für Kinder. Diese Kinder waren ihm sehr wichtig. Begonnen hat es mit Vogelers Entschluss, sein damals von der Arbeitsgemeinschaft bewirtschaftetes Anwesen der

Roten Hilfe zur Mitnutzung für ein Kinderheim anzubieten. Damit hatte Vogeler den biederen Worpssweder Bürgern ein rotes Kuckucksei ins Nest gelegt ...

JAN VOGELER: Vielleicht darf ich dazu etwas anmerken. Heinrich Vogeler war ja nicht der einzige der deutschen Intelligenz, der erstens erschüttert war durch den Ersten Weltkrieg und der zweitens im Anfangsstadium der Sowjetunion glaubte, dass dort tatsächlich eine sozialistische, ganz andere Gesellschaft entsteht. Er hat seine Vorstellungen von einer neuen Gesellschaft noch lange in sich getragen und erst später, viel später, in der Stalinzeit, begannen meine Mutter und mein Vater zu zweifeln an diesem Experiment «sozialistische Sowjetunion».

Wo machen wir jetzt weiter? Mit Heinrich Vogeler als Pädagoge. Das ist auch eine sehr interessante Frage, die im Unterschied zu seinen Komplexbildern leider noch nicht genügend erforscht ist. Es geht darum, dass für Vogeler nach 1918/19/20 die Art der Erziehung und Schulbildung, die er selbst als Kind und später in ihrer weiteren Entwicklung im Deutschland der Weimarer Republik und außerhalb Deutschlands erlebte, zu einer alten Gesellschaft gehörte. Er fand, dass sie keineswegs den Menschen vorbereitet, als allseitig entwickeltes Individuum und selbständig denkender Mensch in die erwachsene Zeit hineinzuwachsen.

Mir scheint, dass Vogeler einer von denen war, die sehr früh versuchten, auch in der Reform der Bildung voranzukommen. Das hing natürlich mit seinen praktischen Versuchen in der Worpssweder Barkenhoff-Schule zusammen. Vorhin sprach ich über diese Wandbilder. Die ersten Wandbilder entstanden im großen Speisesaal, in dem Mitte der zwanziger Jahre die Kinder vom Barkenhoff saßen. Das war das erste Mal, dass Vogeler mit der damaligen herrschenden Kulturpolitik zusammenstieß, die versuchte, diese Bilder vom Barkenhoff als «erzieherisch schädlich» zu vernichten. Nicht nur Maler, sondern auch die größten Intellektuellen in Deutschland, Einstein zum Beispiel, haben sich mit einem Manifest, mit einer öffentlichen Erklärung, gegen den Versuch gewandt, diese Bilder vom Barkenhoff zu vernichten. Dadurch wurde Vogeler unter der deutschen linken – nicht unbedingt kommunistischen – Intelligenz sehr berühmt. Nicht nur durch seine Werke, nicht nur durch sein kommunistisches Manifest, sondern auch durch diese Diskussion, die es Mitte der zwanziger Jahre um Liquidierung oder Erhaltung dieser Kunstrichtung vom Barkenhoff gab.

HEINRICH FINK: Der neue Mensch war für Heinrich Vogeler der gebildete Mensch, und damit meinte er gar nicht in erster Linie Anhäufung von Wissen, sondern einen Menschen, der etwas Neues, eine neue Gesellschaft schaffen kann. Wie hast Du das damals bei ihm erlebt, Du warst ja immerhin schon 18 Jahre?

JAN VOGELER: Als mein Vater starb, 1942, war ich noch sehr jung. Ich war anfangs zu klein, um seine Kunst zu bewerten und richtig zu verstehen. Aber als Mensch war er für mich – das sage ich jetzt ganz bewusst etwas übertreibend – ein idealer neuer Mensch, ein Mensch zum Beispiel, der mich nie geschlagen hat, der immer versucht hat, mein eigenes Denken, meine Eigenständigkeit auch auf solchen Gebieten wie Religion, Glaube oder auch der politischen Bildung nicht zu vergewaltigen, nicht zu

verbieten. Sondern er versuchte, auch wenn das jetzt ein bisschen hochtrabend klingt, zu meiner Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit beizutragen. Wenn Sie so wollen, war ich in diesem Geiste meinem Vater treu geblieben, als ich später nicht nur Student der Lomonossow-Universität wurde, sondern 30 Jahre lang versucht habe, in der Stalinzeit Studenten über Geschichte der Philosophie zu fördern.

HEINRICH FINK: Das war nach der Stalinzeit.

JAN VOGELER: Das war nach der Stalinzeit, aber das Erbe war noch da.

HEINRICH FINK: Hat Heinrich Vogeler die Stalinzeit eigentlich so kritisch erlebt, wie wir das jetzt von ihm erwarten?

JAN VOGELER: Das ist eine sehr schwierige Frage. Heinrich Vogeler fuhr 1931 arbeitslos aus Berlin nach Russland – eigentlich gar nicht als Emigrant, sondern weil ein Kommunist, ein sehr gebildeter alter Marxist, Lengnik,¹⁴⁴ der Vogeler in Deutschland kennengelernt hat, ihn nach Moskau eingeladen hat, um eine sehr schöpferische eigenartige Arbeit zu beginnen. Das war die Zeit der Kollektivwirtschaften, die zu dieser Zeit gegründet wurden. Das bedeutete, dass zum Beispiel 100 Bauern zwangsweise oder halb zwangsweise in einer Kollektivwirtschaft zusammengefasst wurden. Dann mussten sie ihre Kühe, ihre Schafe, ihre Schweine zusammenlegen und dafür Ställe bauen, die nicht nur für eine Kuh oder ein Schaf oder ein Pferd sind. Also musste eine Produktion für die nötigen Produktionsgebäude entwickelt werden. Das sollte von Moskau aus ein Komitee für Standardisierung leiten. Und da sollte Vogeler mitmachen. Das hat sich dann sehr bald als unmöglich erwiesen. Die Bedingungen waren in jedem Dorf und jeder Gemeinde ganz anders.

Meine Mutter und ich kamen 1932 nach Moskau, und da begann ein ganz neues Leben für Heinrich Vogeler. Vogeler wurde nicht verhaftet, nicht erschossen, obwohl er in Deutschland, bevor er nach Russland gefahren ist, aus der KPD 1929 als Rechter, als potenzieller Antistalinist ausgeschlossen worden war.

In Russland hat er, als ich – als heranwachsender Junge – ihn allmählich immer besser kennenlernte, fast nie das ganze Jahr in Moskau gelebt, sondern ist andauernd durch die Sowjetunion gereist: Zentralasien 1926, Aserbaidshjan 1939, Karelien 1934/35, Kaukasus 1933. Viele seiner Bilder sind auf diesen Reisen entstanden. Ich sehe es so, dass Vogeler der Meinung war, dass dort irgendwo, nicht unbedingt in Moskau, nicht unbedingt in der KPdSU, das neue Leben und neue Beziehungen zwischen den Menschen, vielleicht auch neue Menschen entstehen. Das hat ihn sehr interessiert. Das ist auch der Inhalt seiner Kunst in Moskau gewesen. Gleichzeitig lebten wir in Moskau damals schon nicht mehr im Kreml, sondern im Haus der Regierung oder im «Haus am Moskwafluss». Vielleicht haben einige von ihnen das Buch von Juri

144 *Gemeint ist wohl Friedrich Wilhelmowitsch Lengnik (*1873, †1936), Mitkämpfer Lenins (u. a. Adressat eines Lenin-Briefes vom 27. Dezember 1902).

Trifonow gelesen oder werden es lesen.¹⁴⁵ Das sind Bücher, die dokumentieren, dass wir – Sonja und Heinrich Vogeler und ich – gegenüber dem Kreml lebten. Das Haus steht heute noch in Moskau. Wenn Sie wollen, können Sie es sich ansehen. Unten ist sogar ein Museum, wo das Andenken der dort Verhafteten, später Erschossenen – Hunderte, Tausende – bewahrt ist. 3000 Menschen lebten in diesem Haus, so groß war es. Dort haben wir also gelebt und haben natürlich sehr schlimme Sachen erlebt.

Ich möchte nur ein Beispiel erwähnen: Es gab 1936/37/38 die großen Prozesse in Moskau, in denen viele Kommunisten, die als Spione angeklagt und verurteilt, liquidiert und erschossen wurden. Das Besondere in unserer Familie war, dass meine Mutter Sonja Vogeler viele von denen kannte, die vor der Revolution in der Emigration in Deutschland gelebt hatten – so wie ihre Eltern mit ihr. Insofern hatte Sonja Marchlewska eine sehr kritische Einstellung zu diesen Prozessen. Vogeler selber sah das wahrscheinlich nicht so scharf, denn er kannte diese Leute nicht so sehr. Darüber sprach man auch in der Familie nicht viel. Ich wurde zum Beispiel als Junge in Moskau von meiner Mutter so erzogen, dass ich niemandem erzählen durfte, auch nicht den Schulkameraden, was bei uns gesprochen wird, und ich durfte niemanden von denen zu mir einladen. Ich will damit nur sagen, dass es bei uns in der Familie (damit meine ich meine Eltern und die Großmutter mütterlicherseits, die lange gelebt hat) ein bisschen so war, dass mein – ich sag mal rechtzeitig – 1925 verstorbener Großvater Julian Marchlewski, ein Anhänger Lenins, nicht mehr gefährlich werden konnte. Ich will damit sagen, dass wir diese Zeit relativ gut überlebt haben.

HEINRICH FINK: Brach für Heinrich Vogeler letztlich eine Utopie zusammen, oder war und blieb diese Utopie für ihn bis zum Schluss bestehen?

JAN VOGELER: In seinen letzten Monaten in der Verbannung war er dann schon sehr kritisch, obwohl er Angst hatte, das zu Papier zu bringen. Seine Reisen durch die Sowjetunion zeigen, dass er tatsächlich an die Utopie glaubte, trotz aller Schwierigkeiten. Russland war ja ein sehr rückständiges Land, als die Revolution begann. Es ging für Millionen Menschen erst einmal darum, ihr Analphabetentum zu überwinden, Kultur zu schaffen. Nebenbei gesagt, es gab in den ersten Jahren in Sowjetrußland auch sehr interessante Bewegungen innerhalb aller Kunst- und Kulturrichtungen.

HEINRICH FINK: Mir liegt doch noch mal an dem Stichwort «Utopie Sozialismus». Ist Heinrich Vogeler daran verzweifelt oder hat er sich diese Utopie erhalten? Du hast über diese Reisen gesprochen. Ich finde es unglaublich, welche Entbehrungen er auf diesen Reisen in Kauf genommen hat. Er ist in Karelien auf dem Esel, durch den Kaukasus auf dem Pferd geritten, und dann immer auch die Sonja mit

145 *Das Buch ist in beiden deutschen Staaten herausgebracht worden: 1977 in der Übersetzung von Alexander Kaempfe unter dem Titel «Das Haus an der Moskwa» in München im C. Bertelsmann Verlag und 1983 in der Übersetzung von Eckhard Thiele unter dem Titel «Das Haus an der Uferstraße» in Berlin/DDR im Verlag Volk und Welt im Band 3 der Ausgewählten Werke des Autors. Im April 1990 erschien eine weitere Ausgabe der Thiele-Übersetzung als Nr. 481 der monatlich erscheinenden Roman-Zeitung des Verlages Volk und Welt.

dabei. Es gibt ein wunderschönes Bild, das erinnert mich an die Flucht aus Ägypten, an Josef und Maria und das Jesuskind, wie sie durch Karelien gehen und einer da vorn den Esel geleitet. Er hat immer wieder versucht, in diesem großen Russland die einzelnen Typen für sich einzufangen.

JAN VOGELER: Ich würde die Antwort ein bisschen breiter fassen. Ich glaube, die Kommunisten und die kommunistischen Parteien haben leider eine sehr schwere und tragische Entwicklung hinter sich. Viele Kommunisten, die damals lebten, haben sich im antifaschistischen Kampf, zum Beispiel in Spanien oder in Deutschland oder in der Roten Armee gegen die Wehrmacht, geopfert. Ich glaube, dass es unter ihnen sehr viele gab, die immer – trotz allem, was geschah, trotz Terror und Erschießung und so weiter – daran glaubten, dass sich irgendwie die Widersprüche so entwickeln werden, dass es zu einem besseren, einem anderen, sozialistischen Zustand der Gesellschaft kommt. Ich glaube, dass diese Ansicht auch bei Heinrich Vogeler sehr tief verankert war. Auch die schwersten Erlebnisse, die er hatte, haben das nicht erschüttert – bis vielleicht auf die letzten Monate in Kasachstan, wo er praktisch verhungert ist wie viele zwangsevakuierete Deutsche aus Moskau. Bis auf diese Zeit also, wo er in Kasachstan verhungert ist, war, glaube ich, bei ihm und auch bei vielen anderen – ich will ihn da nicht hervorheben – der Glaube, dass es eine andere, bessere Gesellschaft noch geben wird.

HEINRICH FINK: Eins muss ich erwähnen: Heinrich Vogeler hat eine sehr große Antifaschismus-Ausstellung gestaltet und mit ihr gezeigt, wo der Feind eigentlich steht. Als Künstler hat er dort das Unmenschliche des Faschismus deutlich gemacht.

JAN VOGELER: Die Ausstellung war im Mai 1941, unmittelbar vor dem Überfall.

HEINRICH FINK: Heinrich Vogelers ständiges Bemühen, die Gesellschaft mit Kunst zu verändern, wird heute nicht mehr gesehen. Es ist die Frage: Kann Kunst wirklich die Gesellschaft verändern? Kann Kunst wirklich Menschen verändern? Für ihn war es Gewissheit. Er meinte: Das will ich mit meiner Kunst tun, und hat es nach meiner Meinung auch geschafft. Du hast schon erwähnt, dass er durch eine Zwangsevakuierung von Moskau nach Kasachstan, in die Gegend von Karaganda, zum Kolchos «Budjonny» gekommen ist. War er da allein? Man findet gar nichts dazu, ob Deine Mutter auch dabei war.

JAN VOGELER: Nein. Ich bin ja auch nicht in Kasachstan gewesen. Da muss ich etwas erläutern. 1937 wohnten wir in Moskau. Mit «wir» meine ich meine Mutter, meinen Vater und mich. Ich war noch zu klein, um einen eigenen Pass zu bekommen. Ich war eingeschrieben im Pass meiner Mutter. Aber 1937 wurde den Deutschen, die in Moskau mit einem deutschen Pass eingereist waren – wir kamen ja noch vor dem Faschismus mit einem legalen Pass nach Moskau – gesagt: Entweder geht ihr zurück in euer liebes faschistisches Deutschland oder ihr nehmt die sowjetische Staatsbürgerschaft an. Wir nahmen die sowjetische Staatsbürgerschaft an. Aber danach stand in dem Pass meines Vaters: Nationalität deutsch. Und in dem Pass meiner Mutter stand: polnisch. So wurde ich Pole. Das hat in unser aller Biographie eine Rolle gespielt. So

wurde ich sogar 1941 in die Armee eingezogen, als der Krieg ausbrach, zwar als Sowjetbürger, aber mit der polnischen Nationalität. Auch meine Mutter Sonja Marchlewska wurde 1941 als Dolmetscherin zur Roten Armee eingezogen, und zwar zum Generalstab der Roten Armee, Abteilung Aufklärung.

So kam es, dass meine Mutter und ich nicht als Deutsche nach Kasachstan abtransportiert wurden. Ich habe meinen Vater am Tag der Evakuierung, dem 14. September 1941, wenn ich mich nicht irre, in Moskau zum Bahnhof gebracht, wo er mit vielen, vielen anderen Deutschen, die in Moskau gelebt hatten, nach Kasachstan abtransportiert wurde. Ich habe das damals nicht als eine Verhaftung oder Verschickung im negativen Sinne betrachtet. Die Wehrmacht näherte sich schon Moskau. Aus Moskau wurden Kinder, Alte, Kranke und so weiter evakuiert, und die Regierung ging auch nach Kuibyschew.¹⁴⁶

Jedenfalls war für Heinrich Vogeler bis an sein Ende der Glaube, dass es eine neue Entwicklung in der sozialistischen Gesellschaft geben wird und er vielleicht noch einen Beitrag im Kampf gegen den Faschismus leisten kann, lebenswichtig. Seine letzten Werke sind Flugblätter gewesen – in deutscher Sprache an die deutsche Wehrmacht gerichtet, 1941 geschrieben, bevor er abtransportiert wurde. Die wurden dann tatsächlich von der politischen Verwaltung der Roten Armee übernommen, zum Teil mit Texten von Erich Weinert, und sie haben die Wehrmacht erreicht.

HEINRICH FINK: Wann hast Du vom Tod deines Vaters erfahren?

JAN VOGELER: Das war tragisch. Ich habe das sehr spät erfahren. Wolfgang Leonhard hat es mir erzählt, der auch nach Kasachstan zwangsevakuert war und dort erfahren hat, dass mein Vater gestorben war. Wir trafen uns in der Kominternschule, und dort habe ich das erst erfahren. Das war schwierig für mich.

HEINRICH FINK: Es ist bekannt, dass Du den Nachlass von Heinrich Vogeler der DDR 1952/53 übergeben hast. Wie bist Du denn an den Nachlass gekommen?

JAN VOGELER: 1952 beendete ich mein Studium der Geschichte der Philosophie an der Moskauer Universität. In meiner Moskauer Wohnung, in meinem kleinen Zimmer, lagen über 50 Bilder und ein ganzer Packen von Skizzen meines Vaters. Vor mir stand damals das Problem, dass ich in absehbarer Zeit die Universität beenden würde. Nach damaligem sowjetischen Gesetz musste ein Absolvent einen Arbeitsplatz annehmen, der ihm zugewiesen wurde. Was sollte ich mit all diesen Sachen machen? Da half mir Friedrich Wolf. Der war erster Botschafter in Polen. Meine Mutter war auch gerade nach Polen ausgewandert. Sie besprach sich also mit dem DDR-Botschafter Friedrich Wolf in Warschau. Es wurde ein Briefwechsel eingefädelt. Ich konnte die Bilder ja nicht einfach einpacken und irgendwo hinschicken. Das war schwierig damals in der Sowjetunion. So jedenfalls ist es gelungen, dass dieser künstlerische Nachlass von Heinrich Vogeler – der ein sehr wertvoller ist, in finanzieller und

146 *Kuibyschew – am Ostufer der Wolga gelegen – heißt heute wieder Samara. Den Namen Kuibyschew – nach dem Revolutionär Walerian Kuibyschew – trug die Stadt von 1935 bis 1990.

in künstlerischer Hinsicht – 1952 nach Deutschland, damals DDR, gebracht wurde. Dort wurde er der Nationalgalerie übergeben.

Ich las dann in Moskau in der Zeitung, im Neuen Deutschland, dass die Sowjetregierung den künstlerischen Nachlass von Heinrich Vogeler der DDR übergeben hat. Heute gehört das zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz, und als ich mich an sie wandte und fragte, ob ich die Bilder mal ansehen könnte, sagten die: Nein, Sie haben ja gar keine Beziehung dazu, das ist doch damals von der Sowjetregierung der DDR-Regierung übergeben worden. Ich habe keinen Anspruch auf diese Bilder und bin eigentlich nur stolz darauf, dass es immerhin gelungen ist, diese Werke von Heinrich Vogeler zu retten und dass sie hier in der Nationalgalerie sind.

HEINRICH FINK: Wichtige Quellen für Geschichte sind immer Briefe. Friedrich Wolf schreibt an seinen Sohn Markus Wolf am 6. Januar 1951: «Was hörst du über Vogelers Nachlass? Ich sprach jüngst mit Wilhelm Pieck darüber. Er ist sehr interessiert daran.» Davor gab es Bemühungen von Professor Dr. Friedrich Wolf, Irene Gysi und dem Generalsekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Fritz Gönberg, eine Publikation über das Schaffen Heinrich Vogelers herauszugeben in Verbindung mit einem von Sonja Marchlewska überreichten Skizzenbuch mit Aquarellen und Zeichnungen Vogelers. Friedrich Wolf erklärte sich bereit, dafür das Vorwort zu schreiben. Das findet man in der Akademie der Künste der DDR, im Friedrich-Wolf-Archiv. Trotzdem hier die Frage: Wem gehört denn nun der Nachlass?

JAN VOGELER: Dem deutschen Volk.

HEINRICH FINK: Es ist schwierig, Heinrich Vogeler wirklich zu würdigen. Lew Kopelew schreibt: «Heinrich Vogelers Lebensweg ist eine tragische Parabel, die wesentliche Züge unseres Jahrhunderts, besonders die widersprüchliche und dennoch fruchtbare deutsch-russische Wahlverwandschaft widerspiegelt. Der Künstler, der stets auf der Suche nach neuen Ausdrucksmitteln war und von den sozialen und politischen Wirren mitgerissen wurde, blieb sein Leben lang ein geistreicher, sensibler und naiver Träumer. Ein Mitbegründer der Künstlergemeinschaft Worpswede, ein Deutscher, ein westeuropäischer Künstler, dem französische Impressionisten und englische Prä-Raffaeliten vorbildlich nahe waren, hat als einer der ersten seiner Landsleute und Zeitgenossen die übernationale Bedeutung der eigenständigen russischen Kunst empfunden und Russland als Land der großen geistigen Bewegung erkannt.»

Ich finde es sehr bewegend, was Sonja Marchlewska über diese Zeit von Heinrich Vogeler schreibt: «Wenn die Kriegsjahre für Heinrich Vogeler viel Leid brachten, so sollten alle diejenigen, die diese Tatsache zum Anlass nehmen, die Sowjetmenschen anzuklagen, sich darauf besinnen, dass all das Schwere jener Jahre im Ergebnis des Überfalls geschehen ist, den deutsche faschistische Heere auf das im friedlichen Aufbau befindliche Sowjetrußland unternahmen.» Ich glaube schon, dass hier ein Stück Wahrheit in der Geschichte zusammengefasst ist.

Kraft zu kämpfen. Rede auf der XII. Rosa-Luxemburg-Konferenz

(2007)¹⁴⁷

Christian Klar ist seit fast 25 Jahren im Gefängnis. Im Moment sitzt er in Bruchsal. 29 ehemalige KZ-Häftlinge und Widerstandskämpfer haben an den Bundespräsidenten eine Botschaft gerichtet, um die Freilassung von Christian Klar zu erreichen. Unter ihnen war Peter Gingold, den wir sehr, sehr vermissen, unter ihnen ist auch Esther Bejarano. Bisher haben wir keine Antwort bekommen. Der Brief wird hoffentlich sehr intensiv bearbeitet. Aber inzwischen hat das Bundespräsidialamt sich dafür geöffnet, doch zu einer Begnadigung von Christian zu kommen. Außerdem läuft nach wie vor noch eine entsprechende Initiative von Künstlerinnen und Künstlern, hauptsächlich Theaterschaffende, die bereits 1998 begonnen hat. Diese Initiative unterstützen auch drei Gewerkschaften.

Viele von Ihnen haben den Film «Zur Person» über Christian Klar von Günter Gaus gesehen. Er hat Christian eine gute Öffentlichkeit gebracht. Leider ist der Bundespräsident Johannes Rau über seine Initiative, Christian zu begnadigen, gestorben. Die Selbstauflösung der RAF liegt lange zurück und die entsprechende Erklärung von Christian, dass es für ihn ein Zurück in einen bewaffneten Kampf nicht mehr gibt, ist auch bekannt. Ein Schutzbedürfnis der Bürger ist gegenstandslos. Es gibt keinen Grund mehr, Christian weiter im Gefängnis zu halten.

Vielleicht könnte dies alles für diese Konferenz eine Anregung sein, um eine Begnadigung und die Freilassung Christians zu bitten. Bei meinem letzten Besuch bei Christian hat er mir von dem wertvollen Geschenk, täglich die *junge Welt* lesen zu können, berichtet. Er hat sehr intensiv die Rosa-Luxemburg-Konferenzen verfolgt und mit mir über das Buch von Heinz Dietrich «Sozialismus im 21. Jahrhundert» diskutiert, schreibt mir gelegentlich noch Anregungen dazu. Er grüßt euch alle mit einer kurzen Botschaft:

«Liebe Freunde, das Thema der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz «Das geht anders» bedeutet, so verstehe ich, vor allem die Würdigung der Inspiration, die seit einiger Zeit von verschiedenen Ländern Lateinamerikas ausgeht. Dort wird nach zwei Jahrzehnten sozial vernichtender Rezepte der internationalen Besitzerklasse – endlich den Rechten der Massen wieder Geltung gegeben und darüber hinaus an einer Perspektive gearbeitet.

Aber wie sieht das in Europa aus? Von hier aus rollt weiter dieses imperiale Bündnis, das sich ermächtigt, jedes Land der Erde, das sich seiner Zurichtung für die aktuel-

147 *In: Beilage der Tageszeitung *junge Welt* vom 31.1.2007. Die *junge Welt* ist Organisatorin der jährlich stattfindenden Rosa-Luxemburg-Konferenzen. – Die Unterüberschrift lautet: Heinrich Fink (Berlin) sprach über Christian Klar und verlas einen Gruß von ihm an die Rosa-Luxemburg-Konferenz. Dem Text ist vorangestellt: Heinrich Fink (geb. 1935) ist evangelischer Theologe und Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Christian Klar (geb. 1952) war Mitglied der Rote Armee Fraktion (RAF), er ist seit 1982 in Bruchsal inhaftiert. – Klar wurde knapp zwei Jahre nach dieser Fink-Rede – am 19. Dezember 2008 – vorzeitig aus der Haft entlassen.

le Neuverteilung der Profite widersetzt, aus dem Himmel herab zu züchtigen und seine ganze gesellschaftliche Daseinsform in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Die propagandistische Vorarbeit leisten dabei Regierungen und große professionelle PR-Agenturen, die Ideologien verbreiten, mit denen alles verherrlicht wird, was den Menschen darauf reduziert, benutzt zu werden.

Trotzdem gilt hier ebenso: «Das geht anders». Wo sollte sonst die Kraft zu kämpfen herkommen? Die spezielle Sache dürfte sein, dass die in Europa ökonomisch gerade abstürzenden großen Gesellschaftsbereiche den chauvinistischen Rettern entrissen werden. Sonst wird es nicht möglich sein, die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen.

Es muss immer wieder betont werden: Schließlich ist die Welt geschichtlich reif dafür, dass die zukünftig Neugeborenen in ein Leben treten können, das die volle Förderung aller ihrer menschlichen Potentiale bereithalten kann und die Gespenster der Entfremdung von des Menschen gesellschaftlicher Bestimmung vertrieben sind.»

Vielleicht noch eine kurze Erklärung von mir. Ich werde immer wieder gefragt, warum ich Christian Klar besuche. Es geht darauf zurück, dass seine Mutter Christa Klar sehr aktiv in unserer antifaschistischen Bewegung mitarbeitet, wir uns im Workcamp in Buchenwald kennengelernt haben und sie mich gebeten hat, Christian zu besuchen. Es gibt für mich dafür keine Rechtfertigung als die: In meiner Bibel steht, man soll Gefangene besuchen.

«Es darf kein Recht auf Volksverhetzung geben».

Gespräch mit Markus Bernhardt für die Tageszeitung junge Welt

(6. Januar 2014)¹⁴⁸

Die NPD zerlegt sich zunehmend selbst. Flügelkämpfe und Finanzquerelen dominieren das Erscheinungsbild der neofaschistischen Partei. Braucht es überhaupt noch ein Verbotungsverfahren?

Ja. Der NPD wurde schon oft vorausgesagt, in der politischen Bedeutungslosigkeit zu versinken. Darauf ist jedoch kein Verlass. Schließlich ist sie noch immer in zwei Landtagen – nämlich in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern – vertreten.

Aktuelle Umfragen sehen die NPD in Sachsen aber nur noch bei einem Prozent ...

Das mag sein. Es muss aber beachtet werden, dass sich die Wähler der Partei bei Umfragen nur selten zu erkennen geben. Es mag zwar zutreffend sein, dass die NPD in Sachsen aufgrund des Rücktritts ihres bisherigen Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel und seines daraufhin folgenden Parteiaustritts geschwächt ist. Trotzdem sollte die Aktionsfähigkeit der Neonazis nicht unterschätzt werden. Die von der Partei ge-

148 *In: junge Welt vom 6.1.2014, S. 8. Dem Gespräch ist vorangestellt: «Trotz des desolaten Zustands der NPD: Antifaschisten fordern weiter Parteiverbot. Ein Gespräch mit Heinrich Fink. – Professor Dr. Heinrich Fink ist Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und ehemaliger Rektor der Berliner Humboldt-Universität (1990–1992).»

steuerten Kampagnen gegen Flüchtlingsunterkünfte zeigen, dass sie durchaus handlungsfähig ist.

Im Rahmen der Enthüllungen über das mörderische Treiben des «Nationalsozialistischen Untergrundes» (NSU) wurde auch publik, dass die neofaschistischen Netzwerke von Behörden alimentiert wurden. Sollte man statt eines NPD-Verbotes nicht eine Auflösung der Verfassungsschutzämter fordern?

Das eine schließt das andere ja nicht aus. Natürlich stellt sich die Frage, wofür ein angeblich demokratisches Land wie die Bundesrepublik 16 Landesämter für Verfassungsschutz, ein gleichnamiges Bundesamt, den Militärischen Abschirmdienst der Bundeswehr sowie den Bundesnachrichtendienst (BND) benötigt, die allesamt im Inland spitzeln. Das ändert aber nichts daran, dass ich der Überzeugung bin, dass man sich mit der Existenz neofaschistischer Parteien und Organisationen niemals abfinden darf und diesen Volksverhetzern die Basis entzogen werden muss.

Also machen Sie sich auch für eine Auflösung der Geheimdienste stark?

Ich bin der Meinung, dass die bundesdeutschen Geheimdienste aufgelöst werden müssen. Dass das wirklich in naher Zukunft passiert, glaube ich zwar nicht, aber man darf von dieser wichtigen Forderung nicht abweichen. Es ist doch fatal, dass diese Behörden als Konsequenz aus ihren Verstrickungen mit dem braunen Terror mit noch mehr Kompetenzen ausgestattet worden sind. Dabei sind sie nicht zu kontrollieren, sondern eine ernst zu nehmende Gefahr für die Demokratie.

Sollte das Bundesverfassungsgericht die NPD im zweiten Verfahren dieser Art tatsächlich verbieten, steht zu befürchten, dass sich Ersatzorganisationen bilden. So schlossen sich führende Mitglieder 2012 in Nordrhein-Westfalen verbotener «Kameradschaften» in der Partei «Die Rechte» zusammen ...

Ich bin selbstredend dafür, dass auch «Die Rechte» verboten wird. Offenbar wird eben dies ja auch von den zuständigen Behörden in Nordrhein-Westfalen geprüft. Es darf einfach kein Recht auf Volksverhetzung geben. Von daher bin ich der Überzeugung, dass die zuständigen staatlichen Stellen mit aller Macht gegen neofaschistische Zusammenschlüsse vorgehen müssen. Das entbindet jedoch die Bevölkerung nicht davon, ebenfalls gegen rassistische oder antisemitische Stimmungsmache aktiv zu werden und überall gegen Neonazis mobil zu machen, wo diese versuchen, an Boden zu gewinnen.

Aber nicht wenige Bürger demonstrierten in den vergangenen Monaten etwa in Berlin-Hellersdorf und im sächsischen Schneeberg gemeinsam mit NPD-Leuten gegen Flüchtlinge bzw. wie in Duisburg gegen bulgarische und rumänische Migranten. Wie können solche Leute für ein Engagement gegen rechts gewonnen werden?

Ich weigere mich, pauschal Bevölkerungsschelte zu betreiben. Tatsächlich haben wir in den vergangenen Monaten hochgradig unappetitliche Szenen zur Kenntnis nehmen müssen. Da sind wir dann aber schnell bei der Diskussion darüber, dass Antifaschismus mehr sein muss, als gegen Nazis aktiv zu sein.

Inwiefern?

Antifaschismus heißt für mich, sich auf den Schwur von Buchenwald zu berufen, in dem die Notwendigkeit des Kampfes gegen Krieg und Militarismus genauso betont wird wie der Kampf gegen Faschismus. Hinzu kommt, dass Antifaschismus auch bedeutet, die soziale Demagogie der Nazis zu thematisieren. So ist es bestenfalls ein schlechter Scherz, dass die NPD gegen Hartz IV agitiert, während sich Rechte anderorts für eine Art Neuaufgabe des Arbeitsdienstes stark machen.

«Ihr müsst die Kirchen dabeihaben!» Gespräch über Peter Gingold mit Mathias Meyers für die Tageszeitung junge Welt

(8. März 2016)¹⁴⁹

Wann haben Sie Peter Gingold kennen gelernt?

Ich habe ihn nach 1990 kennengelernt. Wir sind uns vorher schon einige Male begegnet, hatten miteinander gesprochen. Ich habe immer gedacht: Was ist das nur für ein wunderbarer Mensch, und er hat so ein wunderbares Lächeln. Nach 1990 haben wir uns beide für die Zusammenarbeit und schließlich die Vereinigung der antifaschistischen Organisationen von West und Ost eingesetzt. Peter hat dabei mit seiner Autorität eine wichtige Rolle gespielt. Er mahnte uns alle zur Einheit und trat gegen die auf beiden Seiten existierenden Vorbehalte auf. Für mich war Peter ein Mahner – aus seiner eigenen Erfahrung heraus.

Eine unserer letzten Begegnungen fand 2005 in Buchenwald statt. Es regnete und Peter fror. Auf dem Ettersberg bemerkte er mit leiser Stimme: «Wir frieren hier an einem kühlen Sommertag. Was müssen unsere Kameraden bei Frost, Schnee und bitterer Kälte beim stundenlangen Stehen auf dem Appellplatz gelitten haben.» Wir gingen in den Zellenbau. Dort blieb er vor der Zelle von Paul Schneider¹⁵⁰ stehen und sagte: «Pfarrer Paul Schneider erinnert mich an ein Versagen unserer antifaschistischen Arbeit. Wenn wir Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre uns zusammengefunden, ein Bündnis aller Kritiker des Faschismus geschaffen hätten, dann hätten wir vielleicht die Machtübertragung an die Nazis verhindern können. Dass wir den Widerstand nicht koordinierten, das war unser großes Versäumnis.» Wir diskutierten

149 *In: junge Welt vom 8.3.2016, S. 13. – Die Unterüberschrift lautet: «Der Theologieprofessor Heinrich Fink über den Antifaschismus seines Freundes und Mitkämpfers Peter Gingold». – Anlass des Gesprächs war der 100. Geburtstag des am 8. März 1916 in Aschaffenburg geborenen und am 29. Oktober 2006 in Frankfurt am Main gestorbenen kommunistischen Widerstandskämpfers deutsch-jüdischer Herkunft Peter Gingold. – Dem Gespräch ist vorangestellt: «Heinrich Fink ist Professor für praktische Theologie. Er lehrte dieses Fach an der Humboldt-Universität in Berlin, deren Rektor er von 1990 bis 1992 war. Von 2003 bis 2014 war er Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), deren Ehrenpräsident er bis heute ist. Der Verfassungsschutz schreibt regelmäßig über ihn: Fink liefere besonders häufig Belege für den kommunistisch gefärbten linksextremistischen Antifaschismus, Antimilitarismus und Antikapitalismus, der in großen Teilen der VVN-BdA vertreten wird. Dabei gehe er von «staats- und verfassungsfeindlichen Grundpositionen» aus.»

150 Paul Schneider, 1897–1939, Evangelischer Pfarrer und Gegner des Faschismus, Mitglied der Bekennenden Kirche, 1937–1939 Häftling im KZ Buchenwald, dort durch die Überdosis eines Herzmedikamentes vom Lagerarzt ermordet.

die Gründe. Peter nannte den Antikommunismus, der tief im deutschen Volk verwurzelt war, als ein Hindernis für die Einheit. Er benannte aber auch Fehler seiner Partei. Vor der Todeszelle von Ernst Thälmann¹⁵¹ im KZ Buchenwald wiederholte er noch einmal sein Bedauern: «Warum haben sich Ernst Thälmann, Paul Schneider, Rudolf Breitscheid¹⁵² und Dietrich Bonhoeffer¹⁵³ nicht vorher kennengelernt, warum hat die Kommunistische Partei keinen Kontakt zur Bekennenden Kirche gesucht?» Dieses folgenschwere Versäumnis hat sie dann alle vier in dieses KZ gebracht.

Die Mahnung zur Einheit im heutigen antifaschistischen Kampf wiederholte er immer wieder in seinen Gesprächen mit Jugendlichen. Er leitete dabei seine Haltung aus seinen eigenen Erfahrungen ab – dadurch wirkte er auf so überzeugende und mobilisierende Weise.

Was verschaffte Ihrer Meinung nach Peter Gingold die Autorität, von der Sie sprachen, wieso konnte er so mobilisierend wirken?

Während unseres Aufenthalts in Buchenwald besuchten wir Jugendliche, die dort ein antifaschistisches Workcamp organisiert hatten und bei der Erhaltung der Gedenkstätte halfen. Peter berichtete ihnen von seiner antifaschistischen Arbeit in seiner kommunistischen Jugendgruppe, seiner ersten Verhaftung schon 1933, seiner Emigration nach Frankreich und der Fortsetzung des Kampfes als Mitglied der KPD im Exil. Ihm gelang es durch seine lebendige Art der Schilderung, den Jugendlichen seine eigenen Unsicherheiten, aber auch seine Entscheidungen und klaren Haltungen in allen Phasen seines Lebens zu vermitteln. Er erzählte von der starken Solidarität unter den Antifaschisten, und er berichtete von seiner Verhaftung, der im Gestapo-Gefängnis in Paris erlittenen Folter durch die Faschisten und von seiner wagemutigen, gelungenen Flucht. Wenn er von seiner Beteiligung am Aufstand zur Befreiung von Paris berichtete und vom 8. Mai 1945, dem Tag des Sieges über den Faschismus, den er mit italienischen Partisanen in Turin erlebte, wurde den Jugendlichen auch sein nächster Schritt erklärlich: sofort zurück nach Deutschland zu gehen und sich zusammen mit seiner Frau Ettie mit aller Kraft für ein neues, ein antifaschistisches und wirklich demokratisches Deutschland zu engagieren. Die erneute Verfolgung nach dem Verbot der KPD 1956, die zeitweise Aberkennung der Staatsbürgerschaft oder das Berufsverbot für ihre Tochter konnten Ettie und Peter nicht davon abhalten, ungebeugt und in fester Überzeugung ihren Kampf fortzusetzen.

151 Ernst Thälmann, 1886–1944, ab 1925 Vorsitzender der KPD, im März 1933 verhaftet und nach mehr als elf Jahren Einzelhaft im August 1944 im KZ Buchenwald ermordet.

152 Rudolf Breitscheid, 1874–1944, SPD-Mitglied, vor 1933 zeitweise Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion, ab Herbst 1943 Häftling im KZ Buchenwald, dort im August 1944 infolge eines alliierten Luftangriffs um Leben gekommen.

153 Dietrich Bonhoeffer, 1906–1945, Evangelischer Theologe, Vertreter der Bekennenden Kirche, aktiv im antifaschistischen Widerstand, im April 1943 verhaftet und am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg erhängt. – *Siehe im vorliegenden Band den Aufsatz von Fink über Bonhoeffer.

Peters Botschaft an die Jugendlichen lautete auch an diesem Tag in Buchenwald: Wir dürfen niemals resignieren! Wir müssen im Scheitern hoffen, dass wir die besseren Argumente haben und weiterkämpfen. Wir haben die Aufgabe, die Welt zu verändern.

Peter Gingold beschreibt in der Rede das Phänomen, dass in allen Ländern Europas, die vom Faschismus befreit wurden, die Kommunisten nach der Befreiung eine gebührende Anerkennung für ihren Beitrag im antifaschistischen Kampf erfuhren. Nur in Westdeutschland nicht.

Das ist sehr deutlich geworden, als Peter 2004 zum 60. Jahrestag der Landung der Westalliierten in der Normandie von der französischen Regierung eingeladen war. Er hat sich am Rande der Feierlichkeiten mit alten Kämpfern der Wehrmacht, die im Gefolge des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder anwesend waren, bekanntgemacht und ihnen von seiner Beteiligung am Kampf der Résistance gegen die deutsche Besatzung erzählt. Die Wehrmachtsveteranen, also die ehemaligen Besatzer, stellten dann, erstaunt über die Anwesenheit eines Widerstandskämpfers, fest: «Aber dann haben Sie ja gegen uns gekämpft?» Und Peter sagte dann: «Ja!» Das finde ich phantastisch.

In der Bundesrepublik wurden die antifaschistischen Widerstandskämpfer, insbesondere die kommunistischen, von Beginn an an den Rand gedrängt. Sie galten als «Vaterlandsverräter», und die alten Faschisten kamen vielfach wieder in die entscheidenden Positionen im Land. Nach dem KPD-Verbot wurden Kommunisten erneut zu Gefängnisstrafen verurteilt, teilweise von den gleichen Richtern, die während des Faschismus jeden Widerstand mit Haft, KZ und Tod bestraft hatten. Peter hat oft auf die Folgen des Antikommunismus hingewiesen, der in der BRD bruchlos übernommen wurde.

Wozu würde Peter Gingold angesichts solcher Entwicklungen wie sie mit dem NSU und den Verbindungen staatlicher Organe zu militanten faschistischen Gruppen oder mit Pegida, AfD etc. sichtbar werden, heute raten?

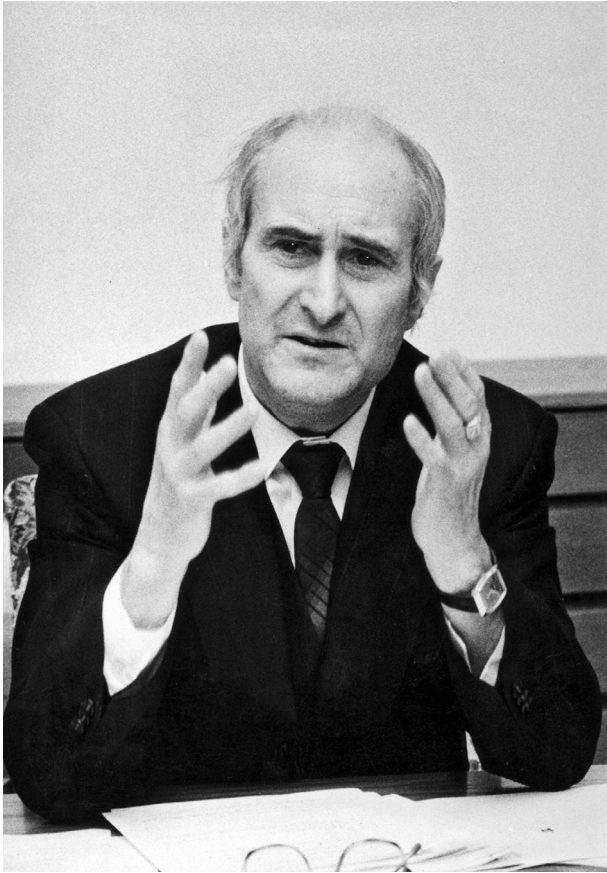
Wehrt euch! Wehrt euch dagegen und klärt auf! Die große Hoffnung, mit der Peter lebte, lautete: «Wider das Vergessen aufzuklären und Menschen zu überzeugen, dass es möglich ist, die Welt zu verändern.» Er jedenfalls hat Menschen mit seiner Kraft verändert, vielen immer wieder Mut gemacht.

Wir sollen die Mahnung von Peter, die er immer hatte, so beherzigen, dass wir uns nicht in irgendeiner Weise beeindruckt lassen, von all dem, was diese Mahnung infrage stellen könnte. Eine der wesentlichen Fragen für ihn war: Wie verbünden wir uns? Der Bündnischarakter des Antifaschismus war seine ständige Mahnung gewesen. Er hat z. B. immer bei Kampagnen für ein Verbot der NPD gesagt: «Ihr müsst die Kirchen dabeihaben. Es muss Unterschriften und Unterstützung etwa von Bischöfen geben.» Menschen anderer politischer Überzeugungen dazu zu bewegen, ihre antifaschistische Position für eine gemeinsame Forderung, in eine gemeinsame Bewegung

einzubringen, ist Peter oft gut gelungen. Das war eine seiner Lehren, vielleicht seine wichtigste Lehre aus dem historischen antifaschistischen Widerstand.

Peters Rede auf dem Parteitag der DKP ist daher sehr stark. Er konzentriert sich auf den Kern – auch was seine eigene Geschichte betrifft. Er sagt: Findet zu den Wurzeln des Kommunismus, zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zurück. Die müssen eure Beweggründe sein.

Als wir am 11. November 2006 im Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main Abschied von Peter nahmen, war dies die Manifestation eines breiten Bündnisses von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Juden, von autonomen und traditionellen Antifaschisten, von alten und jungen Kämpferinnen und Kämpfern gegen Rechtsentwicklung und Faschismus. Und alle waren sich einig, Peters Kampf fortzusetzen.



Heinrich Fink bei einer Pressekonferenz im Jahr 1990

AUSGEWÄHLTE LITERATUR

- Dahn, Daniela: Demokratisierungsdruck aus dem Osten. Geleitwort, in: Fink, Heinrich: *Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde. Erinnerungen des ersten frei gewählten Rektors*, Berlin 2013, S. 7–12
- Dahn, Daniela: Volkslektüre. Eine Presseschau, in: Dahn, Daniela/Mausfeld, Rainer: *Tamtam und Tabu. Die Einheit: Drei Jahrzehnte der Bewährung*, Frankfurt a. M. 2020, S. 13–88.
- Fink, Heinrich: Herausforderung zum Frieden. Dieterich Bonhoeffers ökumenisches Engagement am Anfang seiner akademischen Lehrtätigkeit in Berlin, in: *Dem Frieden verpflichtet. Friedensforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin*, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin (DDR) 1985, S. 213–226.
- Fink, Heinrich: *Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde. Erinnerungen des ersten frei gewählten Rektors. Mit einem Geleitwort von Daniela Dahn und mit Nachbemerktungen des damaligen Kanzlers der Universität Karl Schwarz*, Hannover 2013.
- Fink, Heinrich/Kaltenborn, Carl-Jürgen/Kraft, Dieter (Hrsg.): *Dieterich Bonhoeffer – Gefährdetes Erbe in bedrohter Welt. Beiträge zur Auseinandersetzung um sein Werk*, Berlin (DDR) 1987.
- Hahn, André: *Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht. Politische Kultur im letzten Jahr der DDR. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi*, Berlin 1998.
- Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): *Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin*, Berlin 1991.
- Klein, Dieter: *Die Humboldt-Universität 1989. Erneuerung vorbei an wirklich Neuem*, in: Girnus, Wolfgang/Meier, Klaus (Hrsg.): *Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1949 bis 1990. Zeitzeugen – Einblicke – Analysen*, Leipzig 2010, S. 601–628.

Karau, Gisela: Die «Affäre» Heinrich Fink, Berlin 1992.

Maleck, Bernhard: Heinrich Fink: «Sich der Verantwortung stellen», Berlin 1992.

Neue Porträts in Frage und Antwort. Günter Gaus im Gespräch mit Heinrich Fink, Wolfgang Thierse, Volker Braun, Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Ullmann, Stefanie Spira, Regine Hildebrandt, Angela Merkel, Joachim Gauck, Hans Bentzien, Berlin 1992.

Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation der Zeitschrift UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen, Berlin, Januar 1992.

«Ein wichtiger Mitbegründer der Bekennenden Kirche, Dietrich Bonhoeffer, war an dieser Universität Privatdozent. Auf Antrag seiner Theologenkollegen wurde ihm 1936 wegen pazifistischer Beeinflussung der Theologiestudenten die Lehrberechtigung entzogen. Noch am 9. April 1945 musste er sein christliches Friedenszeugnis mit dem Tod besiegeln. Aber seine kritischen Gedanken über Machtmissbrauch der Kirche im Faschismus prägen bis heute Theologiestudenten nicht nur in Europa. Wir entdeckten das Friedenszeugnis der Bibel völlig neu im Kontext der kompromisslosen Forderung sozialer Gerechtigkeit, wie sie von Propheten und Evangelisten biblisch überliefert ist.» Heinrich Fink zur Amtseinführung als Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin am 3. Mai 1990